

«Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen; dies zeigt unsere Geschichte ganz sicher.»

Joschka Fischer, Aussenminister Deutschlands 1998–2005

Seite 95

«Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir […] verhältnismässig wurscht.»

Renate Schmidt, Familienministerin Deutschlands 2002 bis 2005

Seite 104

ExpressZeitung

Ausgabe 30, Dezember 2019



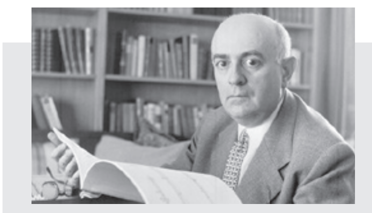
CHF 11.00 / Euro 9.00



100 Jahre Krieg gegen Deutschland

Die grosse Ent~~nazifizierung~~deutschung

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs schoben die Alliierten nicht nur der deutschen Regierung in einem Schauprozess (Nürnberger Prozesse, Ausg. 29), sondern gar dem gesamten deutschen Volk die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg unter. Es folgte im Nachkriegsdeutschland eine fragwürdige Kampagne der Siegermächte: Von Intellektuellen, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschlands Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalteten, wurde eine scharfe propagandistische Waffe namens «Umerziehung» («Reeducation») geschmiedet, die im Laufe der Jahrzehnte entscheidend zur psychologischen Destabilisierung der deutschen Heimatbevölkerung beitrug, und damit die vielleicht wichtigste und effektivste Waffe in einem unbemerkt gegen den UN-«Feindstaat» Deutschland fortgeführten Krieg war. Sie erreichte, was die Alliierten mit Bomben und Waffen nie geschafft hätten: Die Deutschen selbst zu ihren schlimmsten Feinden zu machen!



«Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.»

Theodor Adorno, prägender Philosoph der 68er-Bewegung, am 01.05.1945 über die Situation in Deutschland

Seite 8



«Ja, ich bin Marxist!»

Gerhard Schröder, BRD-Bundeskanzler von 1998 bis 2005

Seite 97



«Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiss es bis heute nicht.»

Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen und vielleicht eines Tages Bundeskanzler?

Seite 92



«[…] es geht darum, das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen.»

Louis Nizers Empfehlung für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, die in Roosevelts Kabinett und mit 100.000 Exemplaren in der US-Armee verteilt wurde



Lieber Leser,

verrückt ist das schon. Jeder Bundesminister der BRD muss bei seinem Antritt folgenden unmissverständlichen Amtseid leisten: «Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.» Die Realität steht diesem Versprechen aber allzu oft um 180 Grad entgegen: Fortgesetzt werden Personen ins Amt gewählt, die sich bereits offen gegen diesen Eid bekannt haben, und damit eigentlich unwählbar wären. Z.B. die ehemalige Familienministerin Renate Schmidt (SPD), die 1986 gesagt hatte: «Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir […] verhältnismässig wurscht.» Ungeheuerlich, oder? Und kein Einzelfall in den höchsten Positionen der BRD-Politik.

Auch ein Blick auf den aktuellen Zustand Deutschlands führt wirklich kaum zu der Schlussfolgerung, die deutsche Politik widme sich dem «Wohle des deutschen Volkes»: Sinkende Löhne, sinkende Geburtenraten, dagegen steigende Kriminalität und soziale Verwahrlosung. Ja, man wird den Eindruck nicht los, dass die nominalen «Volksvertreter» immer weniger «für» die Deutschen und immer mehr «gegen» sie arbeiten. Wie kommt es, dass diese Leute trotz alledem weiterhin ins Amt gewählt werden?

Man könnte bei der Beobachtung dieser Zustände von einer Negativentwicklung, einer bösen Laune der Geschichte oder einfach dem unheilvollen «Zeitgeist» ausgehen. Die Gesellschaft habe sich dummerweise in diese gefährliche Richtung entwickelt. Allerdings könnte man ins Grübeln kommen, ob nicht doch mehr dahintersteckt, wenn man mal einen Blick auf die UN-Charta – quasi die Verfassung der Welt-Organisation – wagt. Hier steht doch tatsächlich geschrieben, dass die Charta, die offiziell zum «Wohl» (siehe Amtseid) aller Völker entstand, für Deutschland nicht gilt! Dazu muss man zuerst wissen, dass die «Vereinten Nationen» vor ihrer Gründung als suprastaatliche Organisation ein militärisches Bündnis im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland darstellten.

Zweiter Weltkrieg? Moment, ist der nicht schon längst vorbei? Laut der UNO nicht so richtig: Erstaunlicherweise gibt es eine Reihe von Paria-Staaten, denen nicht einmal der nominale Schutz der UN-Charta gewährt wird. Also Staaten, die selbst nach der UN-Charta aussen vor und quasi «internationales Freiwild» sind. Nach der heute noch gültigen Fassung der UN-Charta gibt es nämlich regelrechte «Feindstaaten», damit also quasi Feinde aller UN-Staaten oder zugespitzt: Feinde der Menschheit. So heisst es in Artikel 53, Absatz 2 (auch als «Feindstaatenklausel» bezeichnet): «Der Ausdruck ‚Feindstaat' in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.» Dies liegt eben in der Geschichte der UN-Charta als Weiterentwicklung eines Kriegsbündnisses begründet. «In Europa ist diese Liste nicht einmal kurz», zählte einmal die Welt zusammen: «Italien, Ungarn, Rumänien, Finnland, Kroatien, die Slowakei und natürlich Deutschland mit Österreich». Diese Staaten seien «immer noch ‚Feindstaaten', die anzugreifen die UN-Charta einen Freibrief darstellt» (online, 25.9.2012).

Gegen diese Staaten darf laut Artikel 53 Absatz 1 ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates Gewalt angewendet werden. Und Artikel 107 bestimmt: «Massnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des Zweiten Weltkriegs in Bezug auf einen Staat ergreifen

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Herausgeber	André Barmettler
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08 / info@expresszeitung.com
Website	www.expresszeitung.com
Erscheinung	8 x jährlich im Abonnement
Abo-Preis	Schweiz: CHF 69.- / EU: EUR 59.-
Bestellung	https://shop.expresszeitung.com / abo@expresszeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* redaktion@expresszeitung.com
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	Februar 2020

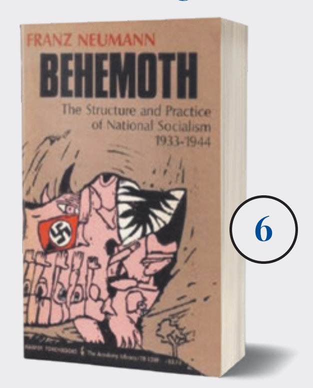
oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder ausser Kraft gesetzt noch untersagt» – also genehmigt. Deutschland ist also weiterhin «Feindstaat», womit sich die berechtigte Frage stellt, ob der in den vorherigen zwei Ausgaben thematisierte «Krieg gegen Deutschland» jemals aufgehört hat.

«Aber was hat jetzt mit deutschen Politikern zu tun?», mag man sich fragen. Eine durchaus mögliche Antwort lautet, dass unsere vermeintlichen «Volksvertreter» (wissend oder unwissend sei dahingestellt) auch Teil dieses fortgeführten Krieges sind: Die 1949 neu geschaffene BRD trat 1973 der UNO bei, womit sie auch diese «Feindstaatenklausel» akzeptierte. Das Deutsche Reich hingegen, das laut Bundesverfassungsgericht weiter fortexistiert, jedoch nicht mehr «handlungsfähig» ist (Ausgabe 29), war genau jener «Feindstaat», «der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.» Das heisst: Die BRD besetzt heute ein Teilgebiet des fortexistierenden Deutschen Reiches und ist gleichzeitig Teil einer ehemaligen (?) Kriegskoalition gegen das Deutsche Reich. Dieser «ehemalige» Kriegszustand scheint wiederum laut der Feindstaatenklausel gar nicht aufgehoben.

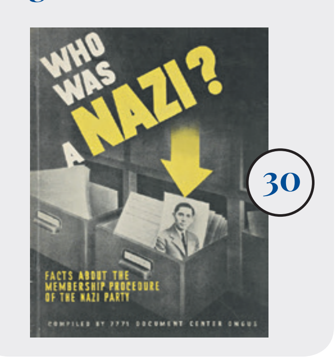
Demnach würde sich die BRD momentan im fortgesetzten Krieg gegen das Deutsche Reich bzw. gegen die Bewohner dieses Gebiets befinden. Das würde dann auch erklären, warum BRD-Politiker entgegen ihrem Amtseid eine Politik verfolgen, die das Wohl der einheimischen Bevölkerung nicht mehrt, sondern eher mindert. Arbeiten sie in Wahrheit für das alliierte Kriegsbündnis UNO gegen Deutschland?

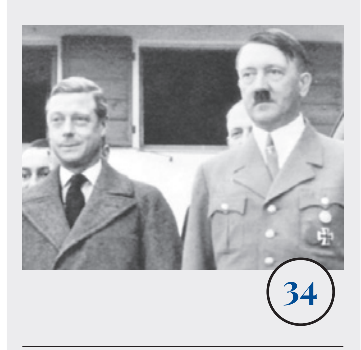
Das würde auch die Ergebnisse des als fortschrittlich und demokratisch daherkommenden Programms «Umerziehung» («Reeducation») erklären, welches die Alliierten in Deutschland nach dem Krieg umsetzten. Intellektuelle, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschlands Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalteten, verfolgten laut eigener Aussage das Ziel, das alte «militaristische» und «barbarische» Gedankengut zu beseitigen und die Deutschen zu freiheitlich gesinnten Demokraten zu erziehen. Doch die Folgen waren dramatisch und genauso gegenteilig wie die hehren Versprechungen der UN-Charta und des BRD-Amtseids: Psychologisch wurde das deutsche Volk durch dieses Erziehungsprogramm nur geschwächt und von seinen historischen Wurzeln getrennt. Dabei hatten zahlreiche Schriftsteller und Geistesgrössen Jahrhunderte zuvor bereits erkannt, ein Volk von seiner Geschichte abzuschneiden, bedeute nichts anderes als Völkermord.

Wie im Falle des Amtseids der BRD-Minister oder der UN-Charta brachte die «Umerziehung» in Wahrheit das Gegenteil dessen, was sie versprach, womit naheliegt, dass auch sie kein humanistisches Erziehungsprogramm war, sondern vielmehr eine psychologische Kriegswaffe im weiter fortgeführten Krieg gegen den «Feindstaat» Deutschland. Sogar die effektivste Waffe, denn die sinkende Geburtenrate hat allmählich zu dem geführt, was die Alliierten mit konventionellen Kriegsmitteln vielleicht nie geschafft hätten: Das nachhaltige und vielleicht eines Tages endgültige Verschwinden des deutschen Volks! ***(tk)***















Sicher liesse sich zu jedem in der ExpressZeitung bereits behandelten Thema auch ein Dreiteiler erstellen. Unser Anspruch ist allerdings immer, dem Leser die wichtigsten Fakten in möglichst ansprechender und kurzweiliger Form zu präsentieren. Wir wollen uns nicht allzu oft wiederholen und unsere Leser nicht mit Informations-Redundanz langweilen. Im Falle des Krieges gegen Deutschland kamen wir ausnahmsweise zu der Entscheidung, dass sogar ein dritter Teil nicht an Spannung verlieren würde und entschieden uns deshalb für die Trilogie. In der nahen Zukunft wird es jedoch wieder mit Einteilern weitergehen. Themen, die in den nächsten Monaten anstehen (könnten!), sind:

- **Jugendämter, Kindesentzug**
- **Krebs**
- **Das Geldsystem**
- **China**
- **Der hybride Krieg**
- **Technokratie, A.I.**
- **Energiewende**
- **Medienmanipulation**
- **Transhumanismus**
- **Geo-Engineering**

Zusammenfas

Was ist die «Reeducation»

Nachdem die Alliierten völkerrechtswidrig Dutzende Millionen Deutsche bombardiert, ermordet, vergewaltigt, aus ihrer Heimat vertrieben, in Lager deportiert oder verhungern lassen hatten,

sowie private Besitztümer jeglicher Art, Industrieanlagen, Maschinen, Kunstschätze, Edelmetalle uvm. in (inflationsbereinigt) zweistelliger Billionenhöhe der deutschen Bevölkerung geraubt hatten,

dazu die deutsche Geisteselite in der Wissenschaft zu grossen Teilen ins Ausland entführt und zehntausende Patente beschlagnahmt hatten, (Ausgaben 28 u. 29)

schoben sie nicht nur der deutschen Regierung in einem Schauprozess (Nürnberger Prozesse, Ausgabe 29), sondern gar dem gesamten deutschen Volk die Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg unter.

Es folgte im Nachkriegsdeutschland eine fragwürdige Kampagne der Siegermächte namens «Reeducation» («Umerziehung»), um die Deutschen zu überzeugen, «dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Anständigkeit der modernen Zivilisation beteiligt war» (US-Finanzminister Henry Morgenthau). Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs war es eine absurde, undenkbare Idee gewesen, ein ganzes Volk für die Verbrechen seiner Führer oder seiner Armee verantwortlich zu machen. Wie in den Nürnberger Prozessen trotzten die Alliierten auch bei der «Reeducation» allen anerkannten Regeln des Völkerrechts.

Es entstand das Wort «Kollektivschuld», das man allmählich in Deutschland kultivierte. Beispielsweise mussten Anwärter für eine Presselizenz den US-Prüfern einen Aufsatz mit dem Titel «Die Kollektivschuld des deutschen Volkes» (siehe S.33) vorlegen.

Im nächsten Schritt stand «Die Änderung der deutschen Psychologie» als «Hauptaufgabe der Militärregierung» an (General Robert A. McClure). Wie Louis Nizer – Lieblingsautor der Präsidenten Roosevelt, Truman und Eisenhower – gefordert hatte, galt es, «das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen» (siehe S.22).

Dem deutschen Volk wurde wahlweise oder gleichzeitig vorgeworfen, «autoritär», «obrigkeitshörig», «paranoid», «militaristisch», «bösartig», «barbarisch» oder «Feinde der Zivilisation» zu sein und dies nicht erst seit Hitler: Die Kriegslust sei Teil einer urdeutschen Veranlagung, die seit Jahrhunderten respektive Jahrtausenden existiere. «2000 Jahre deutschen Wesens» seien laut Louis Nizer für den Nazismus und damit den Krieg verantwortlich. Die Tatsache, dass Briten und Franzosen im 19. Jahrhundert weit mehr vernichtende Kriege als Deutschland geführt hatten, wurde dabei geflissentlich beiseitegelassen.

Die Siegermächte verlautbarten öffentlich, die deutsche Kultur sei «unleugbar minderwertiger ist als die irgendeines anderen Volkes» (Broschüre «Occupation», siehe S.28). Doch wie passt solch eine Behauptung mit der Tatsache zusammen, dass Deutschland seit dem frühen 19. Jahrhundert als «Land der Dichter und Denker» galt? Dass Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts die Industrienation Grossbritannien wirtschaftlich überflügelte? Dass laut dem amerikanischen Geistlichen Ludwig A. Fritsch «Jede grössere Stadt in Deutschland [...] so viele Kunstgegenstände [besass] wie sonst ein ganzes Land»? Dass der US-Generalmajor Hugh Knerr enthüllte, die Amerikaner seien auf «verschiedenen Gebieten der Forschung [...] alarmierend rückständig» im Vergleich zu den Deutschen? Dass zehntausende deutsche Wissenschaftler gekidnappt und Erfindungen, Entdeckungen, Warenzeichen, Patente, uvm. von den Alliierten geraubt wurden?

Da den USA der Titel «Hauptsiegermacht» zugestanden worden war, hatte ihre politische und kulturelle Elite auch den grössten Einfluss auf die «Reeducation».

Um zu erkennen, warum die Deutschen fälschlicherweise als «Feinde der Zivilisation» abgestempelt wurden, gilt es einen Blick auf die Hauptpersonen der Umerziehung – vor allem in den USA - zu werfen, denn sie einten zwei gemeinsame Nenner: Marxismus und Deutschenfeindlichkeit, die weit über die Ablehnung des Nationalsozialismus hinausging.

Zu den wichtigsten «Umerziehern» Deutschlands gehörten:

Roosevelts Kabinett, bestehend aus deutschlandfeindlichen Sozialisten und unterwandert von kommunistischen Agenten, bekannt für sein sozialistisches Staatsprogramm «New Deal». Roosevelt verfolgte eine freiheitsfeindliche Politik, die sich u.a. durch ein Verbot von Gold in Privatbesitz auszeichnete - Marx hätte sich im Grab die Hände gerieben. Im Rahmen des

Die grössten Kriegstreiber von 1800 bis 1940

Von den 287 Kriegen, die von 1800 bis 1940 geführt wurden, waren nach einer Untersuchung des US-Professors Quincy Wright beteiligt:

Land	Kriege	%
England	mit 80 Kriegen	28%
Frankreich	mit 75 Kriegen	26%
Spanien	mit 66 Kriegen	23%
Russland	mit 63 Kriegen	22%
Österreich-Ungarn	mit 55 Kriegen	19%
Türkei	mit 43 Kriegen	15%
Polen	mit 32 Kriegen	11%
Schweden	mit 26 Kriegen	9%
Holland	mit 23 Kriegen	8%
Deutschland mit Preussen	mit 23 Kriegen	8%
Dänemark	mit 20 Kriegen	7%

Quelle: Gerhard Krause, Die Schuld am deutschen Schicksal, K.W. Schütz, Pr. Oldendorf 1973, S.22 f.

Warum wurde den Briten, Franzosen und Russen im Gegensatz zu den Deutschen keine angeborene Kriegslust unterstellt? Hatten sie im 19. Jahrhundert nicht sogar mehr vernichtende Kriege geführt als die Deutschen?

sung: («Umerziehung»)?

«New Deals» wurden in der Vorkriegszeit zahlreiche Intellektuelle gefördert, die versuchten, die These aufzustellen, das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation.

- Die Frankfurter Schule (IfS), die sich schon 1923 bei ihrer Gründung zum Marxismus bekannt hatte.

- Trotzkisten aus New York, die vor allem die US-Geheimdienste OSS und CIA nutzten.

- Dazu viele weitere Kommunisten, Sowjet-Agenten, Stalin-Verehrer oder später DDR-Sympathisanten, die es sich in den einflussreichsten Positionen im besetzten Deutschland und danach in der BRD bequem machten.

- Man muss ganz und gar kein Anhänger oder Verteidiger des Nationalsozialismus sein, um die «Umerziehung» als verheerend anzusehen, denn der Teufel kann bekanntlich nicht mit dem Beelzebub ausgetrieben werden. Was einem Land blüht, in dem Marxisten die Schaltstellen der Macht besetzen, kann man sich mit einem Blick auf die marxistische Ideologie ausrechnen: Marxismus ist eine staatsvergötternde, traditions- und menschenfeindliche Ideologie, die im 20. Jahrhundert über 100 Millionen Tote hinterliess – weit mehr als der Nationalsozialismus.

- Hass gegen den Feind war bei Hitlers Kriegsgegnern (Churchill, Roosevelt, Stalin) mindestens genauso stark anzutreffen wie bei ihm selbst und setzte sich fort bei den Intellektuellen, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschlands Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalteten. So wünschte der berühmte Theodor Adorno während des Krieges, dass die «Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen» (siehe S.8). Ist das Humanismus in Reinform? Genau wie der Krieg nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde, wurde schnell deutlich, dass auch die Umerziehung nicht gegen den Nazismus gerichtet war, sondern aus einem ideologischen Hass heraus gegen die deutsche Bevölkerung.

- Kommt dazu, dass die Protagonisten der Umerziehung Menschen als «völlig manipulierbar[e], dumpf[e]» (Wilhelm Reich, siehe S.12) Verschiebemasse ansahen, während sie sich selbst in der Rolle der überlegenen Erzieher wähnten. Schon der Gedanke, man müsse ein ganzes Volk umerziehen, setzt genau den Grössenwahn voraus, den man heutzutage vor allem mit Hitler in Verbindung bringt. Es ist auch kein Geheimnis, dass eine «Umstrukturierung des Menschen» Teil der kommunistischen Ideologie ist. Erinnert die Umerziehung nicht verdächtig an diese Devise?

- Der Vorgänger der «Information Control Division» (siehe S.24 f.), die die Medienlandschaft in der US-Besatzungszone gestaltete, war übrigens die «Division für psychologische Kriegsführung». Man fühlt sich an das Zitat von Robert H. Jackson, Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, erinnert: «Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem [psychologischen?] Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind.»

- Es gilt zudem, das Missverständnis auszuräumen, Westdeutschland habe sich im Kalten Krieg den «Kapitalisten» angeschlossen: Die vielleicht wichtigsten Gegner des Kommunismus in Westdeutschland waren bei genauerer Betrachtung eigentlich Marxisten, die die Strategie einer Unterwanderung der traditionellen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt verfolgten, bevor die Staaten in den Weltkommunismus überführt werden sollten.

- In diesem Kontext ist auch die Erziehung zu «Toleranz» und «Weltoffenheit – eigentlich positive Werte – im Rahmen der «Reeducation» zu verstehen: Das Endziel der marxistischen Strategie war immer, eine kommunistische Weltregierung zu errichten. Schon Marx stellte klar, die «Emanzipation der Arbeiterklasse» müsse «alle Länder» umfassen. Die Umerziehung der Deutschen zu einem «Weltbürgertum» (Aurel Kolnai, siehe S.15) verfolgte ebenjenes Ziel, den deutschen Patriotismus zu schwächen, um die BRD unter die Kontrolle regionaler und globaler Regierungsstrukturen wie EU und UN zu bringen - als Vorstufe zu einer Weltregierung.

- Die Methoden der «Reeducation» in der Nachkriegszeit setzten sich in der BRD fort: Spätestens mit der linken Studentenrevolte von 1968 und dem «langen Marsch durch die Institutionen» wurde die «geistige Landschaft in Deutschland, vor allem im Bereich der Geschichtsschreibung, [...] zunehmend politisiert und intolerant» (Alfred de Zayas, siehe S.81).

- Vielsagend ist, dass in der BRD Personen zu Helden hochstilisiert wurden, die u.a. für die Kommunisten spionierten (Marcel Reich-Ranicki), während der Kriegszeit laut eigener Aussage als Teil der US-Armee Kriegsverbrechen begingen (Ernest Hemingway) oder gar zum Genozid an Deutschen aufriefen (Thomas Mann).

- Sogar die Wiedervereinigung wurde mit dem Vorwurf der «Schuld» und der Warnung vor einem Wiederaufleben des deutschen Grossmachtstrebens von Mitgliedern aller grossen Parteien bekämpft. Auch Kriegseinsätze der Bundeswehr sowie eine Masseneinwanderung in die Sozialsysteme werden mit dem Argument der «Schuld» gerechtfertigt.

- Einem Staat (oder «Staatsfragment»?, Ausgabe 29), dessen wichtigstes Fundament Selbsthass und Schuldkomplexe sind, kann wohl früher oder später nur ein Schicksal blühen: Dessen Auflösung (wahrscheinlich in einem Weltstaat).

OPFERZAHLEN DES KOMMUNISMUS

Staat	Tote
China	65 Millionen
Sowjetunion	30 Millionen
Nordkorea	2 Millionen
Kambodscha	2 Millionen
Afrika	1,7 Millionen
Afghanistan	2 Millionen
Osteuropa	1 Million
Lateinamerika	150.000

Quelle: Gunnar Heinsohn: Lexikon der Völkermorde, 1998, S. 244

Die Umerziehung basierte weitgehend auf der marxistischen Ideologie. Kann ein Übel (Nationalsozialismus) mit einem anderen Übel (Marxismus) wirklich wirksam bekämpft werden?

Die Chronik des Deutschland -



Die Römer belagern Kathargo: Zeichnung des englischen Malers Edward Poynter aus dem Jahr 1868

146 v. Chr.:

Karthargo (und seine Vergangenheit) wird vernichtet

Der Dritte Punische Krieg dauerte von 149 bis 146 v. Chr. und war der letzte Konflikt zwischen den beiden Mächten Rom und Karthago. Die Kampfhandlungen beschränkten sich vorwiegend auf die Belagerung Karthagos und endeten mit der Zerstörung der Stadt und der Versklavung ihrer Einwohner durch die Römer. Was darauf folgte war eine nahezu vollständige Tilgung der jahrhundertealten kathargischen Geschichte aus dem kollektiven Gedächtnis. So schreibt der Tagesspiegel:

«Rom vernichtete Stadt und Kultur so perfekt, dass es heute nur minimale schriftliche Nachrichten aus Karthago selbst gibt. Und auch die Archäologie kann nur wenig aus den spärlichen Überresten der eingeebneten Stadt herausfiltern. Die Geschichte Karthagos in Wissenschaft und Schulbüchern ist die von den Siegern geschriebene Geschichte. Und so entstand das Bild der raffgierigen Pfeffersäcke, die ihre Kinder einem grausamen Götzenritual opferten und notorisch verlogen agierten. Die ins Sagenhafte übersteigerten römischen Berichte über die militärischen Erfolge Hannibals dienten allein dem Zweck, die eigenen Siege über ihn umso heller erstrahlen zu lassen.» [1]

Eine ehemalige Grossmacht? Deren militärische Zerstörung, gefolgt von einer Siegergeschichtsschreibung? Woran könnte das erinnern?

Einer der glühendsten Befürworter der Zerstörung Karthagos war der römische Staatsmann und Philosoph Cato der Ältere. Von ihm stammt angeblich der berühmte Satz: «Ceterum censeo Carthaginem esse delendam» («Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss»), welchen er jahrelang nach jeder seiner Reden geäussert haben soll. Ausgerechnet dieser Ausspruch Catos wurde von der englischen Wochenzeitung Saturday Review wiederbelebt, als sie am 01. Februar 1896 schrieb: «Macht Euch fertig zum Kampf gegen Deutschland, denn Germaniam esse delendam. (Anm: Deutschland muss zerstört werden).» (Ausgabe 28)

Wusste oder hoffte man zumindest 1896 schon, dass Deutschland ein ähnliches Schicksal wie Kathargo blühen würde? ***(tk)***

Quelle:
de.wikipedia.org, Geschichte Karthagos
1. tagesspiegel.de, Kathargo - Eine Grossmacht wird vernichtet, 20.05.2010

Kriegs gegen Teil 3

1923:

Das «Institut für Sozialforschung» (IfS) wird gegründet

Im Jahr 1923 stand der Kommunismus in Deutschland vor dem moralischen Bankrott. Die marxistische Revolution 1918/1919 war nicht zum Durchbruch gekommen und nachdem im Zuge der Oktoberrevolution 1917 offen zutage getreten war, dass die Konzepte von Marx und Engels in der Realität nicht funktionierten und riesige Leichenberge hinterliessen, mussten die deutschen Kommunisten ihre Taktik ändern. Eine Gruppe von marxistischen Soziologen, Philosophen und Psychologen trat 1923 zusammen, um dem Marxismus eine neue Richtung zu geben. Ihr führender Kopf war der Sozialphilosoph Max Horkheimer.

Im Jahre 1923 gründeten er und seine marxistischen Verbündeten in Frankfurt das «Institut für Sozialforschung» (IfS). Es wurde von Felix Weil finanziell ausgestattet, einem Millionärssohn, der an einen deutschen Rätestaat glaubte und versuchte, eine Einrichtung in der Art des Moskauer «Marx-Engels-Instituts» zu schaffen. Er rüstete das Institut mit einem Stab von Professoren und Studenten, mit Bibliotheken und Archiven aus, die er eines Tages einem siegreichen sozialistischen Staat auf deutschem Boden stiften wollte. Das Institut wurde der Frankfurter Universität angegliedert. Später tauften sich die Mitglieder des IfS «Frankfurter Schule». Nach Hitlers Machtübernahme emigrierten die Mitglieder der «Frankfurter Schule» in die USA, kurz nach Kriegsende kehrten sie zurück, um in der BRD wieder erfolgreich Fuss zu fassen.

Die «autoritäre Persönlichkeit»

Die Frankfurter Schule verpackte das marxistische Gedankengut in eine neue Lehre namens «Kritische Theorie», die nicht mehr offen zum Klassenkampf aufrief, sondern die westlichen Grundwerte wie Marktwirtschaft, Familie oder Heimatverbundenheit negativ darstellte und hinterfragte. Sie behauptete, der Einzelne werde durch die bisherige bürgerlich-kapitalistische Ordnung unterdrückt und zu einer «autoritären Persönlichkeit» erzogen. Mit der Begründung der angeblichen Unterdrückung wurden die früheren selbstverständlichen und bewährten Ordnungen in Familie, Lebenskreis und Gesellschaft herabgesetzt, als altmodisch bezeichnet oder gar als nazistisch dargestellt. Dies sollte wohl in erster Linie zur Auflösung der Familie, als kleinster und stabilster Zelle einer gesunden Gesellschaft, führen. Schon Marx sah in seinem «Kommunistischen Manifest» als «eine der Hauptaufgaben der sozialen Revolution die Auflösung der Familie» an.

Die Vertreter der Frankfurter Schule gelangten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in hohe Positionen des deutschen Bildungssystems und begannen, die heranwachsenden Generationen mit ihrem Gedankengut zu beeinflussen. Die erste Generation, die die Ideen der Frankfurter Schule übernahm, waren die Studenten des 68er-Jahrgangs, die ab Anfang der Siebziger-Jahre Schlüsselpositionen in Politik und Gesellschaft übernahmen.

Schlüsselfiguren der Frankfurter Schule


Max Horkheimer


Theodor W. Adorno


Herbert Marcuse


Erich Fromm

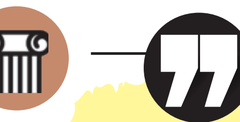

Jürgen Habermas

Theodor W. Adorno
Studien zum autoritären Charakter
suhrkamp taschenbuch wissenschaft

Theodor W. ADORNO
Aspekte des neuen Rechtsradikalismus
Suhrkamp

Suhrkamp-Taschenbücher von Theodor W. Adorno (Frankfurter Schule), die sich in der BRD in Millionenauflagen verkauften.





Der Suhrkamp-Verlag verlegte, z.T. in Grossauflagen, alles, was von der Lehrer- und Schülergeneration der Frankfurter Schule geschrieben wurde. Von 1963-1980 gab der Verlag 1000 Bände «Kritische Theorie» verschiedenster Fachbereiche heraus. Nach Auskunft des Suhrkamp-Leiters Siegfried Unseld erreichte Suhrkamp bis 1988 eine Auflage von 30 Mio.

Der Einfluss der Frankfurter Schule geht schon allein aus der bezeichnenden Tatsache hervor, dass ab Ende der Sechziger-Jahre Jürgen Habermas aus der Frankfurter Schule zum meistzitierten Autor der westdeutschen pädagogischen Fachzeitschriften wurde. ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Institut für Sozialforschung

«[...] möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden.»

Theodor W. Adorno vom Institut für Sozialforschung (IfS) in einem Brief an seine Eltern vom 26.09.1943, in dem er seine Wunschvorstellung für das weitere Schicksal der Deutschen erläuterte

«In Deutschland hat die grosse allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge.»

Adorno in einem Brief vom 07.04.1945 über das Massensterben auf deutschem Boden

«Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.»

Brief Adornos vom 01.05.1945 über die Situation in Deutschland unmittelbar vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Quelle: faz.net, Die vielen Hansjürgens und Utes, 18.08.2003

1929:

Erich Fromm vermischt Psychoanalyse mit Marxismus

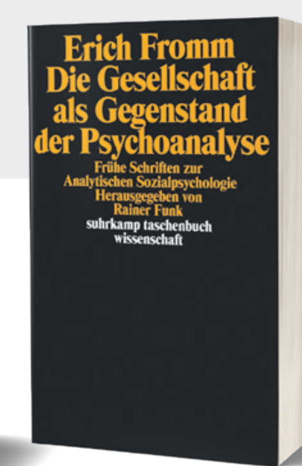
Als erklärter Marxist und Anhänger der psychologischen Theorien von Sigmund Freud wurde der durch fehlenden akademischen Abschluss selbsterklärte «Psychologe» Erich Fromm 1929 durch den Soziologen Leo Löwenthal in das «Frankfurter Psychoanalytische Institut» geholt, das nicht zufällig in den Räumen des Instituts für Sozialforschung (IfS, siehe S.7 f.) untergekommen war, an dem er 1930 auf Lebenszeit als Leiter der sozialpsychologischen Abteilung eingestellt wurde, wo er unter Horkheimers besonderer Förderung die Freud´sche Lehre in die «Kritische Theorie» einbrachte. In seinem 1931 erschienenen Aufsatz «Politik und Psychoanalyse» bezeichnete er die Psychoanalyse als das Mittel, «den Weg von der ökonomischen Bedingung durch Kopf und Herz des Menschen hindurch bis zum ideologischen Resultat» [1] zu verfolgen. In anderen Worten als den typisch verklausulierten der Frankfurter Schule: Mit der Psychoanalyse sollten aus Anhängern der Marktwirtschaft Marxisten geformt werden.

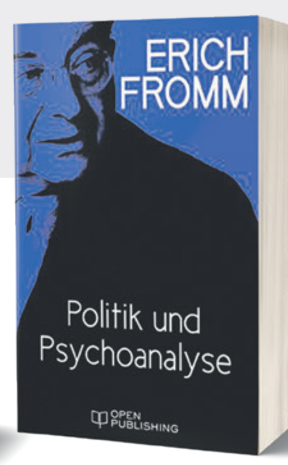
Mit dem Psychologen Alexander Mitscherlich (siehe S.105) war Fromm vor allem für die Übernahme der Psychoanalyse als Mittel der Umerziehung («Reeducation» und «Reorientation») in Deutschland verantwortlich und bewirkte die Verbreitung dieser Ansichten in einer weiten Öffentlichkeit, nachdem sie vorher in Deutschland im Gegensatz zu den USA nur die Aufmerksamkeit kleiner wissenschaftlicher Gruppen gefunden hatten. An der Politisierung der Psychoanalyse und an ihrem Missbrauch zu ideologischen Zwecken hatte Erich Fromm erheblichen Anteil. Schon 1931 hatte er zu Beginn seiner Frankfurter Tätigkeit den programmatischen Artikel «Politik und Psychoanalyse» veröffentlicht, in dem er empfahl, die Erkenntnisse der Psychoanalyse auf die Politik anzuwenden. Durch seine Beiträge in Horkheimers «Zeitschrift für Sozialforschung» und im Gemeinschaftswerk «Studien über Autorität und Familie» trug er entscheidend zur in der BRD popularisierten Theorie bei, innerhalb der traditionellen Familie bilde sich ein autoritärer, obrigkeitshöriger Charakter heran.

Fromms Lehre vom «autoritären Persönlichkeit» der Deutschen bot den Schlüssel zur «Psychologie des Nazismus». Das deutsche Kleinbürgertum habe schon immer einen sadomasochistischen Charakter gehabt, der durch «Verehrung des Starken, Hass auf den Schwachen, Engherzigkeit, Kleinlichkeit, Feindseligkeit, Sparsamkeit bis zum Geiz (sowohl mit Gefühlen wie mit Geld)» gekennzeichnet sei.

Interessant, dass Fromm - wie sie viele seiner marxistischen Frankfurter Kollegen - seinen Lebensabend in der recht konservativen Schweiz verbrachte, wo bis zu seinem Tod 1980 noch recht wenig von den Auswirkungen der neomarxistischen Lehren zu spüren war. ***(tk)***





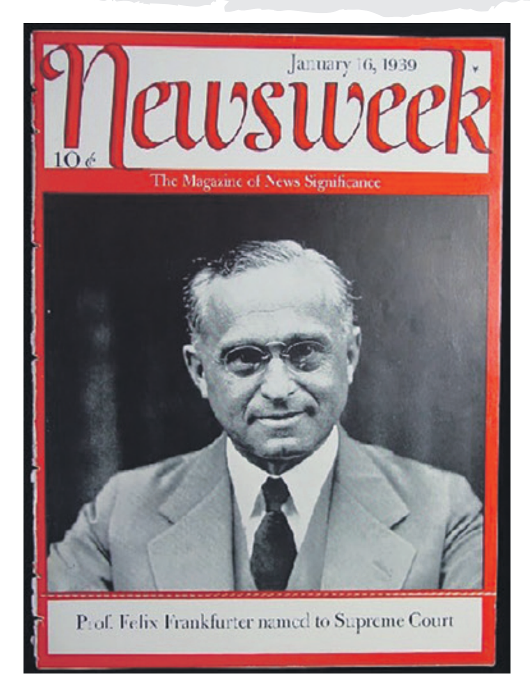


Wie die Titel seiner Schriften schon preisgeben, wollte Erich Fromm nicht nur das Individuum, sondern die «Gesellschaft» Freuds Psychoanalyse unterwerfen, «Politik und Psychoanalyse» vermischen, um «Die autoritäre Persönlichkeit» zu bekämpfen.

Quellen:
de.wikipedia.org, Erich Fromm
1. Erich Fromm, Analytische Sozialpsychologie

1933 bis 1938:

Sozialisten strömen in die Roosevelt-Administration



Viele Beobachter sahen in dem Juristen Felix Frankfurter den mächtigsten Mann Amerikas.

Als der 32. US-Präsident, Franklin D. Roosevelt, am 04. März 1933 sein Amt antrat, ahnte in der gemeinen Bevölkerung wohl kaum jemand, dass er in den kommenden 12 Jahren innen- wie aussenpolitisch keinen Stein mehr auf dem anderen belassen werden würde: Der schweren Wirtschaftskrise, die seit dem Börsenkrach 1929 herrschte, begegnete er mit dem Staatsprogramm «New Deal», das massive Eingriffe in den freien Markt mit sich brachte: So wurden beispielsweise eine staatliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung eingeführt, die Steuern für den Mittelstand massiv erhöht und die Regierung probierte, die Wirtschaft mittels grosser Konjunkturprogramme anzukurbeln. Franklin D. Roosevelt entband 1933 den US-Dollar vom Gold und verbot dessen Privatbesitz, was den Dollar endgültig zu «Fiat Money», ungedeckter Papierwährung, machte und die Wirtschaft massiv destabilisierte. Unter Roosevelt wurde alles Gold in Privatbesitz, bis auf eine geringe pro Person zugestandene Menge, beschlagnahmt; es war folglich der US-amerikanischen Bevölkerung von 1933 bis zur Aufhebung der Gold-Prohibition am 1. Januar 1975 verboten, Gold zu besitzen. Der von Roosevelt gepredigte «Liberalismus» bedeutete bei genauerer Betrachtung nichts anderes als mehr Staat und weniger Freiheit für den Normalbürger bzw. Sozialismus. Das hätten die US-Bürger eigentlich schon erkennen können, als ihre Regierung die Sowjetunion 1933 diplomatisch anerkannte – zu einem Zeitpunkt, als Millionen Ukrainer dort den Hungertod starben.

Die Machtausweitung durch einen Krieg gegen Deutschland war die fast logische Konsequenz, da Roosevelt nun den Wirtschaftskoloss Amerika zu seinen Zwecken bzw. denen seiner Berater und Einflüsterer einsetzen konnte. Nach Roosevelts Wahlsieg im Jahre 1933 wurde Henry Morgenthau Staatssekretär im US-Finanzministerium und ein Wegbereiter des «New Deals». Besonders an seiner Person, die sowohl die Sowjets aufrüstete als auch eine knallharte Deindustrialisierungspolitik gegen Deutschland vertrat, wird die Verbindung zwischen dem sozialistischen «New Deal» und dem darauffolgenden Krieg erkennbar (Ausgabe 28).

Auch der spätere US-Vizepräsident Henry Wallace war eine entscheidende Figur des New Deals und der Aussenpolitik. Das Landwirtschaftsministerium, das er von 1933 bis 1940 geführt hatte, war ein Sammelbecken für kommunistische Spione gewesen (siehe S.11). Auch in seiner Ablehnung der deutschen Bevölkerung, stand Wallace Morgenthau in nichts nach. In einer Radioansprache am 29. Dezember 1942 sagte er: «Die Deutschen müssen lernen, all das zu verlernen, was ihnen beigebracht wurde, nicht nur von Hitler, sondern auch von seinen Vorläufern in den letzten hundert Jahren [...]» (1)

Roosevelts kommunistische Berater

Bis etwa 1938 strömten zahlreiche Sozialisten und sogar teilweise sowjetische Agenten in Roosevelts Administration. Über diese Mitarbeiter der US-Regierung schreibt der Autor Caspar von Schrenck-Notzing: **«Ihre Pflanzschule war das Seminar des Harvard-Professors Felix Frankfurter gewesen, der das Infiltrieren seiner Studenten in Regierungspositionen und eine umfangreiche Korrespondenz mit den Mächtigen der Welt derart zu seiner Lebensaufgabe machte, dass [Raymond] Moley [Leiter der Vorbereitung des New Deal] in ihm den mächtigsten Mann Amerikas sah. Vorsichtigere Beobachter nannten ihn ‚ein Drittel bis ein Viertel von Roosevelts Ohr' und schätzten die Zahl der von Frankfurter protegierten Beamten auf 100.»** (2)

Die vielleicht einflussreichsten Sozialisten in der Administration waren neben Roosevelt, Morgenthau und Wallace:

Harry Hopkins



Harry Hopkins, der vielleicht engste Vertraute Roosevelts (links) und mit hoher Wahrscheinlichkeit Sowjetagent

Harry Hopkins, der 1938 bis 1940 Handelsminister war und Roosevelt sowohl in Sachen New Deal als auch dem «Leih- und Pachtgesetz» beraten hatte. Durch das Leih- und Pachtgesetz vom 11. März 1941 bekamen die russischen Streitkräfte von den USA bis zum Ende des Krieges militärisches Material im Wert von elf Milliarden Dollar – eine kaum vorstellbare Summe für heutige Verhältnisse. Erst mit dieser Ausrüstung konnten die Sowjets weit in den Westen vorstossen und grosse Teile Europas erobern.

Der während des Zweiten Weltkrieges verantwortliche KGB-Offizier Iskhak Ahkmerov erklärte, dass Hopkins der mit Abstand wichtigste Kriegsagent der Sowjets in den Vereinigten Staaten war. (3) Dies geht aus den Akten der höchsten Geheimhaltungsstufe hervor, die der ehemalige KGB-Archivmitarbeiter Wassili Mitrochin zwischen 1972 und 1984 kopierte und die nach seinem Übertritt in den Westen 1992 bekannt wurden. Bereits vorher war Hopkins von Oleg Gordijewski, ebenfalls ehemaliger KGB-Mitarbeiter, als sowjetischer Spion bezeichnet worden. (4)

> **«Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen entweder das deutsche Volk kastrieren oder man muss die Deutschen so behandeln, dass sie nicht einfach weiterhin Menschen zeugen können, die im alten Geist fortfahren wollen.»**
>
> *Franklin D. Roosevelt am 9. August 1944 im Gespräch mit Henry Morgenthau*
>
> Quelle: spiegel.de, "Diese Deutschen sind ja solche Teufel», 11.12.1967



Alger Hiss

Alger Hiss nahm 1933 eine Stelle als Berater und Rechtsanwalt für den Stab des New-Deal-Programms an. 1935 trat Hiss in das Justizministerium ein und wechselte 1937 in das Aussenministerium. Bei der Konferenz von Jalta - ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Vereinigtes Königreich) und Josef Stalin (UdSSR) im Februar 1945 - gehörte er zur US-Delegation. Er hatte entscheidenden Anteil daran, dass auf der Konferenz elf souveräne Staaten den Kommunisten überlassen wurden. Stalin riss sich in Jalta mit voller Unterstützung Roosevelts Osteuropa unter den Nagel (Ausgabe 28).

1944 arbeitete Hiss in einer neuen Abteilung des Aussenministeriums, dem «Office of Special Political Affairs» («Abteilung für politische Sonderangelegenheiten»). Diese Abteilung war für die internationale Planung und Organisation nach Kriegsende verantwortlich. Später wurde er deren Direktor und war deshalb Mitglied des Stabs der Konferenz in Dumbarton Oaks, wo die ersten Pläne für die künftigen Vereinten Nationen entworfen wurden.

Im September 1939 informierte Whittaker Chambers, einer der Redakteure des TIME-Magazins und ehemaliges Mitglied der «Kommunistischen Partei der USA» (KPUSA), das FBI, dass er bis vor wenigen Monaten Informant des sowjetischen Geheimdienstes gewesen sei. In einer ersten Befragung nannte er auch Hiss und dessen Frau Priscilla als sowjetische Spione. Doch die Angelegenheit wurde nicht weiter verfolgt, nicht zuletzt, weil hohe Beamte und prominente Juristen sich für Hiss einsetzten, darunter ebenjener Felix Frankfurter, den Roosevelt 1939 zum Richter am Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ernannt hatte.

Chambers wiederholte am 3. August 1948 vor dem «Komitee für unamerikanische Umtriebe» (House Un-American Activities Committee, HUAC), Hiss sei ein Spion für die Sowjetunion gewesen. Hiss habe Dokumente einem Oberst des NKWD ausgehändigt. Er sei mit Hiss und dessen Ehefrau Priscilla gut befreundet gewesen, als Beweis dafür zitierte Chambers mehrere persönliche Einzelheiten über sie.

Obwohl seine Freunde ihm davon abrieten, erschien Hiss freiwillig vor dem Ausschuss. Er leugnete, je Kommunist gewesen zu sein und Chambers je gekannt zu haben. Letzteres aber widerlegten mehrere Zeugen. Hiss konnte nicht wegen Spionage angeklagt werden, da die Vorwürfe bereits verjährt waren. Da er aber vor dem HUAC unter Eid bestritten hatte, ein Spion gewesen zu sein, klagte man ihn wegen Meineids an. Am 25. Januar 1950 verurteilte man Hiss rechtskräftig zu fünf Jahren Gefängnis, von denen er 44 Monate absass. Dass Hiss ein Sowjet-Spion war, ist also so gut wie gesichert. (5)

Harry Dexter White

Harry Dexter White arbeitete seit den 1930er Jahren im US-Finanzministerium und errichtete im Jahr 1944 bei der Konferenz von Bretton Woods den Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Direktor er 1946-1947 wurde. Er gilt zudem als «Vater der Weltbank». In Bretton Woods war er unter Finanzminister Henry Morgenthau US-amerikanischer Verhandlungsführer. White gilt neben seinem Vor-

Die «Ware Group» – Eine sowjetische Spionagezelle in der Roosevelt-Administration



Unter der Tarnung einer «marxistischen Diskussionsgruppe» wirkte während der Jahre der Roosevelt-Präsidentschaft eine kommunistische Spionagezelle in Washington, die sich Zugang zu den höchsten Regierungsstellen verschafft hatte und deren Mitglieder sich vor allem im Landwirtschaftsministerium angesammelt hatten. Neben der Aufgabe, Dokumente der US-Regierung für die Sowjets zu stehlen, nahm die Zelle auch Einfluss auf politische Entscheidungen. Ihr inoffizieller Name war «Ware Group», nach dem Gründer Harold Ware, Mitglied der «Kommunistischen Partei der USA» (KPUSA). Mitglieder dieser einflussreichen Gruppe waren:



Lee Pressman wurde im Juli 1933 zum Leiter der Rechtsabteilung des Landwirtschaftsministeriums ernannt. 1950 gestand er seine Mitgliedschaft in der «Ware Group» vor dem Kongress.



Donald Hiss, Bruder von Alger Hiss, ab 1933 im Landwirtschaftsministerium, ab 1936 als Assistent im Aussenministerium

Victor Perlo, Mitglied des «War Production Board» (kurz: WPB), ein Gremium der US-amerikanischen Regierung, das 1942 nach dem Kriegseintritt der USA auf Anordnung des Präsidenten Franklin D. Roosevelt gegründet wurde. Zweck der Einrichtung war es, die Ressourcen an Material, Personal und Produktionsmitteln so einzuteilen, dass eine effektive Rüstungsproduktion aufgebaut und unterhalten werden konnte. Neben Perlo wurden u.a. folgende Sowjet-Spione im WPB bekannt: Edward Fitzgerald, Harold Glasser, Harry Magdoff, William W. Remington, Nathan Gregory Silvermaster.



John Abt, Rechtsberater der «Kommunistischen Partei der USA» (KPUSA), 1933-1935 Leiter der Prozessabteilung des Landwirtschaftsministeriums, 1936-1937 Assistent des «United States Attorney General» (Vorsitzender des Justizministeriums)



Nathan Witt, Mitarbeiter im Landwirtschaftsministerium



George Silverman, u.a. Mitarbeiter von Roosevelts Planungsbehörde «National Recovery Administration»



Alger Hiss, Aussenministerium **(siehe S.10)**

Nathaniel Weyl, Mitglied der Kommunistischen Partei und Berater im Landwirtschaftsministerium ab 1933

Henry Collins trat 1933 in die «National Recovery Administration» ein, es folgten zahlreiche weitere wichtige Posten in Roosevelts Administration.

John Herrmann, arbeitete für das Landwirtschaftsministerium, er gestand seine Mitgliedschaft in der «Ware Group» 1952 vor einem Senatskomitee.



Charles Kramer, Mitarbeiter des Arbeitsministeriums

Quelle: en.wikipedia.org, Ware Group

Roosevelts Finanzminister Henry Morgenthau, Verfasser des Morgenthau-Plans, 1943 auf dem Cover des Time-Magazins

* **DER MORGENTHAU-PLAN** vom August 1944 war ein vom damaligen US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau veranlasster Entwurf zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat nach dem absehbaren Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. 1:1 umgesetzt hätte er laut der Einschätzung von zahlreichen Experten, die sowohl Churchill als auch Roosevelt warnten, zum Tod von 40 Prozent der deutschen Bevölkerung geführt.

gesetzten Henry Morgenthau als der Urheber des **«MORGENTHAU-PLANES»*** für Nachkriegsdeutschland.

Am 7. November 1945 wurde er von der übergelaufenen Sowjetspionin Elizabeth Bentley als Spion für die Sowjetunion bezeichnet. Am 4. Dezember desselben Jahres erhielt das FBI weitere Daten aus der Befragung von Bentley, die dies bestätigten. Recherchen des amerikanischen und britischen Geheimdiensts bestätigten diese Informationen – White war unter den Decknamen «Lawyer», «Richard» und «Jurist» geführt worden.

Harry Dexter White (links) und der berühmte Ökonom John Maynard Keynes (rechts) beim Eröffnungstreffen des Gouverneursrates des Internationalen Währungsfonds in Savannah (Georgia), USA am 8. März 1946.

Künstliche geschaffene «Kriegspsychose»?

Wie u.a. der Morgenthau-Plan zeigt, war sich diese Gruppe darüber einig darüber, Deutschland einen schweren Schlag zu versetzen – und das schon lange vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. Lediglich in den Methoden kam es zu Meinungsverschiedenheiten. Die Junge Freiheit schrieb über den deutschen Diplomaten Hans-Heinrich Dieckhoff (1884-1952), der von 1937/38 als Botschafter des Deutschen Reichs in den USA und 1943/44 in Spanien tätig war:

«So wies er [Dieckhoff] auf das ‚deutsche Weissbuch über die Polendokumente' hin, die die ‚Einkreisungspolitik' der USA gegen Deutschland belegten. In dieser 1940 herausgegebenen Publikation aus Papieren des Warschauer Aussenministeriums findet sich ein Bericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Jerzy Potocki, vom 12. Januar 1939, in dem von einer künstlich geschaffenen ‚Kriegspsychose' gegen Deutschland die Rede ist. ‚Jüdische Intellektuelle' wie Bernard Baruch, Felix Frankfurter, Henry Morgenthau ‚und andere, die mit dem Präsidenten befreundet sind' , seien führend beteiligt. ‚Sie wollen, dass der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird [...], und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen' , womit in vorderster Linie Deutschland gemeint war. Es folgen Sätze [im Bericht des polnischen Botschafters], die geeignet sind, das Klischee einer jüdischen Verschwörung zu bedienen.» [7]

Drei Formen des Sozialismus?

Der Historiker Anthony C. Sutton wertete Akten des amerikanischen Aussenministeriums aus und glich diese mit Informationen aus der Geschichtsschreibung, Biographien und persönlichen Dokumenten ab. Er kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: In seinen Studien fand er heraus, dass Wallstreet-Banken den Aufstieg Hitlers, die Wahl Franklin D. Roosevelts und die bolschewistische Oktoberrevolution finanziert hatten. Lenin, Roosevelt und Hitler einte ein gemeinsamer Nenner, der für die Banken entscheidend war: Sie waren Sozialisten. Ein internationaler Sozialist (Lenin), ein vermeintlich gemässigter Sozialist (Roosevelt) und ein Nationalsozialist (Hitler). [8] Sozialisten befürworten naturgemäss starke Regierungen, und nur starke Regierungen können vernichtende Kriege wie den Zweiten Weltkrieg entfachen. ***(tk)***



Quellen:

1. Jeffrey K. Olick, In The House of the Hangman, Chicago, 2005, S.40 f.
2. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.36
3. Christopher Andrew, The Sword and the Shield, Harper Collins, USA, 1999
4. Christopher Andrew und Oleg Gordijewski, KGB: The Inside Story of its Foreign Relations from Lenin to Gorbachev, Hodder and Stoughton, London, 1991, S.297-299, 341, 357
5. de.wikipedia.org, Alger Hiss
6. de.wikipedia.org, Harry Dexter White
7. jf-archiv.de, Der Warner aus Übersee, 17.08.2007
8. Anthony C. Sutton, Wall Street and the Bolshevik Revolution, DAP, 2001/ Wall Street and FDR, Clairview Books, 2014/ Wallstreet und der Aufstieg Hitlers, Basel, Perseus Verlag, 2008

FAZIT

Führte Deutschland 1941 gar an zwei Fronten einen Krieg gegen Stalins Regime? Die Indizien für diese steile These liegen recht klar auf der Hand: An den wichtigsten Schaltstellen der Macht sassen (mit 99prozentiger Sicherheit) Sowjetagenten! Nur durch das in den Vereinigten Staaten erlassene Leih- und Pachtgesetz vom 11. März 1941 war Stalin nach Hitlers vernichtendem „Barbarossa"-Feldzug überhaupt in der Lage, den Krieg im Osten weiterführen zu können. Die russischen Streitkräfte bekamen von den USA bis zum Ende des Krieges militärisches Material im Wert von Milliarden. Was jedoch kaum bekannt ist: Der wichtigste Ratgeber Roosevelts für das Leih- und Pachtgesetz war der später von äusserst glaubwürdigen Quellen als Sowjetspion bezichtigte Harry Hopkins – auch allgemein der engste Berater Roosevelts.

Einen weiteren Schritt voran im kommunistischen Plan der Welteroberung ging es dann auf der Konferenz von Jalta (Februar 1945). Bei diesem diplomatischen Treffen wurde das gesamte Osteuropa den Kommunisten überschrieben. Elf souveräne Nationen wurden mit einem Federstrich in die rote Sklaverei verbannt. Und wer führte diese Feder? Der US-Präsidentenberater Alger Hiss, bei dem eine Spionage-Tätigkeit für Stalin so gut wie gesichert ist. Überspitzt könnte man sagen: Die Sowjetunion verhandelte in Jalta nicht mit den USA, sondern mit sich selbst!

Auch der „Morgenthau-Plan" wurde gemeinsam mit Harry Dexter White ausgearbeitet, der von dem vom KGB-Offizier Iskhak Ahkmerov als mit Abstand wichtigster Kriegsagent der Sowjetunion bezeichnet wurde!

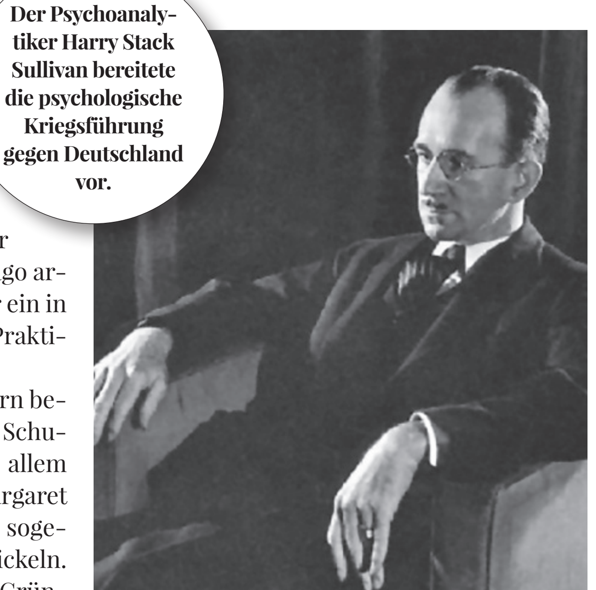
1933 bis 1938:

Harry Stack Sullivan & Co. entwickeln die «Neopsychoanalyse»

In keinem anderen Land hatte Sigmund Freuds Psychoanalyse mehr Anhänger gefunden als in den USA. Die in Wien konzipierte und in Zürich klinisch erprobte psychologische Theorie war zuerst in Amerika zwischen 1910 und 1940 ein grosser Aufstieg vergönnt. Parallel dazu entwickelte sich jedoch eine andere Schule, die Freuds Lehren als politisches Instrument verstand. Zu den sogenannten «Neo-Freudianern», die Mitte der 30er-Jahre begannen, ihre Kritik auf Deutschland zu richten, gehörten die Deutschland-Auswanderer Erich Fromm (siehe S.8) und Karen Horney, die für das Psychoanalytische Institut in Chicago arbeitete, sowie Harry Stack Sullivan, der ein in psychiatrischen Kreisen angesehener Praktiker und Organisator war.

Dieses neo-freudianische Dreigestirn begann mit der kulturanthropologischen Schule des Ethnologen Franz Boas – vor allem Edward Sapir, Ruth Benedickt und Margaret Mead – zusammenzuarbeiten und die sogenannte «Neopsychoanalyse» zu entwickeln. Die Bewegung wurde 1936 durch die Gründung der «Washington School of Psychiatry» institutionalisiert. Diese stand unter der Leitung ebenjenes Neo-Freudianers Harry Stack Sullivan. Nach langjähriger Praxis an staatlichen Anstalten hatte er sich eigentlich als einer der 4-5 meistverdienenden Psychiater in New York niedergelassen, um dort seinen Lebensabend mit Forschungen zu verbringen. Nach eigener Aussage waren es jedoch die Geschehnisse in Deutschland nach Hitlers Machtergreifung, die seine Pläne änderten. Er kehrte nach Washington zurück, um an der Formulierung einer «praktischen Psychiatrie für den nationalen Ernstfall» (also den Krieg, der für ihn nicht mehr vermeidbar schien) zu arbeiten.

Der Psychoanalytiker Harry Stack Sullivan bereitete die psychologische Kriegsführung gegen Deutschland vor.



In Washington gründete er die Zeitschrift «Psychiatrie – Zeitschrift für Biologie und Pathologie zwischenmenschlicher Beziehungen» und trat mit seiner «Washington School of Psychiatry» in eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Instanzen, die die psychologische Kriegsführung (im Sinne der Propaganda und im Sinne der Änderung der Psychologie der Besiegten) vorbereiteten. Sullivan war entscheidend am Aufbau des «United States Office of War Information» (OWI, siehe S. 17 f.) beteiligt. Aus der psychoanalytischen Theorie wurde in wenigen Jahren eine politische Praxis zur Umerziehung der Deutschen. ***(tk)***

Quellen:
en.wikipedia.org, Harry Stack Sullivan
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.96

1935:

Wilhelm Reich fordert Umerziehung der Deutschen und der ganzen Welt

WILHELM REICH
DIE SEXUALITÄT IM KULTURKAMPF
ZUR SOZIALISTISCHEN UMSTRUKTURIERUNG DES MENSCHEN
SEXPOL-VERLAG · KOPENHAGEN 1936

Reichs Werk «Die Sexualität im Kulturkampf – Zur sozialistischen Umstrukturierung des Menschen» aus dem Jahr 1936 nahm die «sexuelle Revolution» und die «Befreiung der Frau» Jahrzehnte vorweg.

Im Wien der 1920er fand eine Verschmelzung von Soziologie, Politik und Psychologie statt, vor allem im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich. Dieser war in Wien von 1922 bis 1928 Sigmund Freuds erster Assistent gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch von Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis «Marsch auf Rom» auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: «Nein, man sollte fleischfarben sein.» In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene «sex-ökonomische» Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste.

Bald begann Reich aus Amerika gegen Deutschland zu polemisieren. Er berief sich auf einen Artikel von William Schlamm, der nach dem Saarplebiszit 1935 (Ausgabe 28) geschrieben hatte: «In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In Wirklichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulierbar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen.»

Für Reich war also die Saarland-Abstimmung, in der sich 90,8% der Teilnehmer für die Wiedereingliederung des Saarlandes in das Deutsche Reich entschieden hatten, der Beweis für die Unfähigkeit der Massen zur Vernunft (insbesondere der deutschen Massen).

Familie Keimzelle des Faschismus

Reich meinte, dass «die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, dass die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind.» Um die Änderung dieser Situation bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: «Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen. [...] Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, dass es gegen seine eigenen Interessen handelt.»

Er erklärte, man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. «Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur», so Reich. Reich leitete den Faschismus zwar nicht aus dem deutschen Volkscharakter ab, sondern vermutete ihn weltweit versteckt in jedem Individuum. Eine Umerziehung der Deutschen, die er ebenso wie die ausgesprochenen Deutschen-Hasser später befürwortete, sollte sich allerdings auf die ganze Welt übertragen lassen.

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, dass die «zentrale reaktionäre Keimzelle» die Familie sei. «Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuums durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, dass die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und der Zivilisation verteidigt.» Kern der autoritären Familie sei eine Mutter-Fixierung: «Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature.»

Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter-Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution (Polygamie, Auflösung sexueller Tabus, Kommunen statt Familien) das politische Heilmittel. Durch «sex-ökonomische Massen-Hygiene» sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen. ***(tk)***

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.99-100, 102

Die traditionelle Familie:
Das Feindbild Wilhelm Reichs.

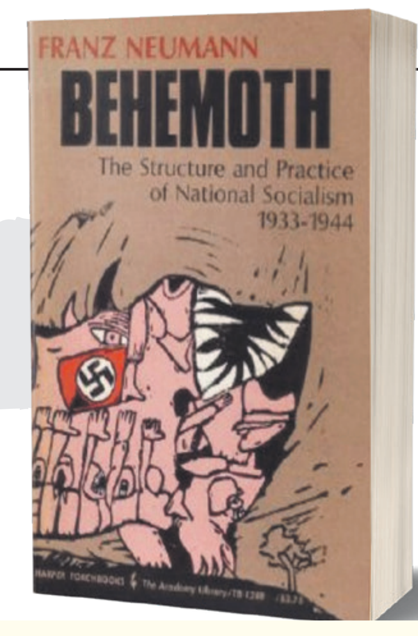
FAZIT

Eine marxistische Ideologie, die die Institution Familie – die wichtigste Stütze einer gesunden Gesellschaft – einreissen will, sollte also im Nachkriegsdeutschland grossen Einfluss gewinnen. Dass sich die Ideen von Reich, Fromm und Horkheimer durchsetzten, ist am heutigen Zustand der deutschen Gesellschaft klar zu erkennen. Die Familie wird von Politik und Medien zunehmend degradiert und mit anderen, vermeintlich «alternativen» Lebensmodellen gleichgesetzt. Ungefähr jede zweite Ehe wird geschieden, sogenannte «Patchwork-Familien» werden immer mehr und die Jugend entscheidet sich mittlerweile eher für das zwanglose Single-Leben. Die sinkende Geburtenrate wird verharmlosend als «demographischer Wandel» bezeichnet, in klareren Worten handelt es sich um das allmähliche Verschwinden des deutschen Volks. Wurde der Krieg einfach mit anderen Mitteln weitergeführt?



Mit diesen Zeichen der «sexuellen Befreiung» in der Gegenwart wäre Wilhelm Reich wohl sehr zufrieden.

1936: Franz Neumann veröffentlicht «Behemoth»



Das deutsche Kollektiv als alles verschlingendes Monster auf dem Buchcover zu Franz Neumanns «Behemoth».

Franz Neumann nahm als Student an der Novemberrevolution 1918/19 teil und trat dann der SPD bei, woraufhin er später als Gewerkschaftsberater arbeitete. Im Mai 1933 emigrierte er nach England. Dort nahm er an der «London School of Economics and Political Science» bei den Sozialisten Harold Laski und Karl Mannheim ein Studium der Politikwissenschaft und der Soziologie auf, das er 1936 mit einer zweiten Promotion abschloss. 1936 siedelte er nach New York über. An dem aus Frankfurt dorthin vertriebenen Institut für Sozialforschung (IfS, siehe S. 7 f.), das damals der Columbia University angegliedert war, arbeitete er an der Seite von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse.

Während dieser Jahre entstand sein Hauptwerk «Behemoth», eine Strukturanalyse des Nationalsozialismus, die das deutsche Volkstum als Quelle für die Macht Hitlers identifizierte. Schon unmittelbar nach seinem Erscheinen diente das Werk als Standardliteratur der US-amerikanischen NS-Forschung und als Nachschlagewerk, um US-amerikanischen Besatzungsbehörden die Zuständigkeiten und Funktionsabläufe im besiegten NS-Regime verständlicher zu machen. Sogar bei der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse und der Nachfolgeprozesse folgte die Anklagevertretung Neumanns Analyse.

Wichtigster Mann der Entnazifizierung?

In der jüdischen Eschatologie (Lehre von der Endzeit), die ihrerseits auf babylonische Ursprünge zurückgeht, wird von zwei Ungeheuern berichtet, welche das Chaos beherrschen. Behemoth beherrscht das Land bzw. die Wüste, Leviathan die See. Nach den apokalyptischen Schriften bekämpfen sich beide gegenseitig und errichten kurz vor dem Ende der Welt eine Schreckensherrschaft. Neumann nimmt Bezug darauf, wenn er in «Behemoth» schreibt: «Da wir glauben, dass der Nationalsozialismus ein Unstaat ist oder sich dazu entwickelt, ein Chaos, eine Herrschaft der Gesetzlosigkeit und Anarchie, welche die Rechte wie die Würde des Menschen ‚verschlungen' hat und dabei ist, die Welt durch die Obergewalt über riesige Landmassen in ein Chaos zu verwandeln, scheint uns dies der richtige Name für das nationalsozialistische System: DER BEHEMOTH.»

1942 nach seiner Arbeit für das IfS wechselte Neumann nach Washington zum Office of Strategic Services (OSS, siehe S. 18 ff.), für das er einige Jahre als Deutschlandexperte tätig war, und danach als Leiter des wissenschaftlichen Zweigs der Deutschland-Abteilung ins US-Aussenministerium. Seine Arbeit im OSS bestand vor allem darin, die Tätigkeit der künftigen Militärregierung in Deutschland vorzubereiten. In Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Bundesrichter Robert H. Jackson und den amerikanischen Hauptankläger Telford Taylor verfasste er mehrere Anklageschriften für die Nürnberger Prozesse. 1946 nahm er für die USA an ihnen teil. Obskurerweise bemängelte er in «Behemoth» u.a. die Abschaffung der Gewaltenteilung und die Aushöhlung des Grundsatzes «nulla poena sine lege, nullum crimen sine lege» («ohne Gesetz keine Strafe, ohne Gesetz kein Verbrechen») in Hitlers Deutschland. Zwei Prinzipien, die ebenso bei den Nürnberger Prozessen schmerzlich vermisst wurden (Ausgabe 29). **Der niederländische Schriftsteller Ian Buruma urteilt, Neumann sei «der wichtigste Kopf hinter der Entnazifizierung» in Deutschland gewesen.** ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Franz Neumann (Politikwissenschaftler)
de.wikipedia.org, Behemoth (Franz Neumann)



Stalin lernt dazu

«Es wäre aber lächerlich, die Hitler-Clique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.»

(am 23. Februar 1942)

«[Die Rotarmisten] haben begriffen, dass man den Feind nicht besiegen kann, ohne es gelernt zu haben, ihn aus ganzer Seele zu hassen.»

(am 1. Mai 1942)

Josef Stalin, Diktator der Sowjetunion von 1927 bis 1953

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.40

1938: Aurel Kolnai macht die Deutschen zu «Barbaren»

Der ungarische Psychoanalytiker Aurel Kolnai, genau wie Erich Fromm (siehe S.8) ein Anhänger Sigmund Freuds, lieferte mit seinem Werk «The war against the West» («Der Krieg gegen den Westen») eine der frühesten philosophischen Analysen des Nationalsozialismus. Das Buch wurde als Meisterwerk der Ideologiekritik vor allem in den USA in den höchsten Tönen gelobt.

Kolnai hatte schon vor Erich Fromm – vielleicht als erster – versucht, die Psychoanalyse systematisch auf die Politik anzuwenden. Jetzt versuchte er in seinem Buch «The war against the West» eine anglo-amerikanisch-sowjetische Allianz gegen Deutschland geistesgeschichtlich zu fundieren: Nationalismus müsse durch ein «Weltbürgertum» ersetzt werden, dem die deutsche Mentalität diametral entgegenstehen würde. Es stehe ein Kampf der «in moralischer Bewusstheit organisierten Welt der Zivilisation [die Alliierten] gegen die Rebellen gegen die Menschheit [Deutschland]» an. Allerdings werde dieser Kampf der Eingang zum Weltstaat sein. Aufgabe der Alliierten sei «die moralische Verdammung der Barbaren, die der Menschheit trotzen; wir sind dabei, eine rationale und demokratische Gesellschaft zu bauen, in der sich keine Stämme herumschlagen – sondern nur die Exekutive der Menschheit auf der einen Seite, die Verletzer des Menschheitsgesetzer auf der anderen Seite.» ***(tk)***



Für Aurel Kolnai war das «Weltbürgertum» und der Weltstaat die Antithese zu Deutschland, den «Rebellen gegen die Menschheit».

Foto: Syda Productions/shutterstock

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.305

1941-1945: Thomas Mann betreibt Propaganda für die Alliierten

Thomas Mann gilt als einer der wichtigen deutschen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. Sein literarischer Schwerpunkt lag auf den Gattungen Roman und Erzählung, ausserdem verfasste er zahlreiche Essays und weitere Veröffentlichungen.

Mitte Februar 1933 verliess Thomas Mann Deutschland. Aber nicht im Zuge einer überstürzten Flucht, sondern aufgrund einer seit langem geplanten Auslandslesereise. Adolf Hitler war zu diesem Zeitpunkt erst seit knapp zwei Wochen an der Macht. Während seiner Reise durch mehrere europäische Länder wurde Thomas Mann von verschiedenen Personen, die dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden, bedrängt, nicht wieder nach Deutschland zurückzukehren und vom Ausland aus politisch Stellung gegen das neue Deutschland zu beziehen. Thomas Mann, der äusserst wohlhabend war und neben seiner Villa in München noch diverse Sommerresidenzen und weitere beträchtliche Vermögenswerte besass, weigerte sich aus Sorge um seinen Besitz zunächst, dauerhaft im Ausland zu bleiben.

Buchcover von «Listen, Germany!», das Thomas Manns Ansprachen für die BBC zusammenfasst.

Besonders dem Drängen seiner politisch engagierten Kinder Klaus (siehe S.48) und Erika, die u.a. später Propaganda für die Sozialisten im Spanischen Bürgerkrieg betrieb, ist es wohl geschuldet, dass er letztlich doch nicht nach Deutschland zurückkehrte. Sein Verleger Samuel Fischer sah selbst hingegen keine Notwendigkeit zur Emigration. Er versuchte von Deutschland aus, Thomas Mann, dessen Bücher weder verbrannt noch verboten waren, zur Rückkehr zu bewegen. Allerdings vergeblich, Mann blieb im Ausland.

Mann befürwortet Massenbombardements

Am 21. Februar 1938 siedelte Mann in die USA über, von wo er sich unablässig gegen den Nationalsozialismus aussprach. Von März 1941 bis Mai 1945 sendete die britische Propaganda einmal monatlich für deutsche Hörer bestimmte, fünf bis acht Minuten lange Ansprachen Thomas Manns im Rundfunk. In den im «Recording Department» der BBC in Los Angeles auf Schallplatte gesprochenen und telefonisch nach London übertragenen Reden sprach Mann, der Deutschland seit neun Jahren nicht mehr betreten hatte, über



➔ das Terrorregime Hitlers, das er nie persönlich erlebt hatte, und skizzierte die dortigen grauenhaften Zustände, die er zumindest nie am eigenen Leib zu spüren bekommen hatte.

Den alliierten Bombenterror unterstützte er: Nachdem beispielsweise die Briten in der Nacht zum 29. März 1942 seine Heimatstadt Lübeck mit Bomben überzogen hatten, meldete sich Mann einige Tage später aus seinem sicheren kalifornischen Exil und erklärte:

«[...] ich denke an Coventry und habe nichts einzuwenden gegen die Lehre, dass alles bezahlt werden muss. Hat Deutschland geglaubt, es werde für die Untaten, die sein Vorsprung in der Barbarei ihm gestattete, niemals zu zahlen haben?» [1]

Die Luftangriffe der Deutschen auf die englische Stadt Coventry mit etwa 400-500 Toten standen in keinerlei Verhältnis zu den brutalen Massenbombardements der Alliierten (Ausgabe 28). Zudem war der Angriff auf die Rüstungsfabriken in Coventry im Gegensatz zur Bombardierung der deutschen Zivilbevölkerung von militärisch-strategischer Bedeutung und seinerseits eine Reaktion auf die Bombardierung Berlins.


Thomas Mann vor seiner prächtigen Exil-Villa in Los Angeles

Bewunderung für Roosevelt

Für den Sozialisten und Bündnispartner Stalins Franklin D. Roosevelt hegte Thomas Mann grosse Zuneigung. Mehrmals empfing Roosevelt Mann im Weissen Haus. Mann berichtet von einer Begegnung im Januar 1941:

«Er hat mir wieder starken Eindruck gemacht oder doch mein sympathisches Interesse neu erregt: Diese Mischung von Schlauheit, Sonnigkeit, Verwöhntheit, Gefalllustigkeit und ehrlichem Glauben ist schwer zu charakterisieren, aber etwas wie Segen ist auf ihm, und ich bin ihm zugetan als dem, wie mir scheint, geborenem Gegenspieler gegen das, was fallen muss.» [2]

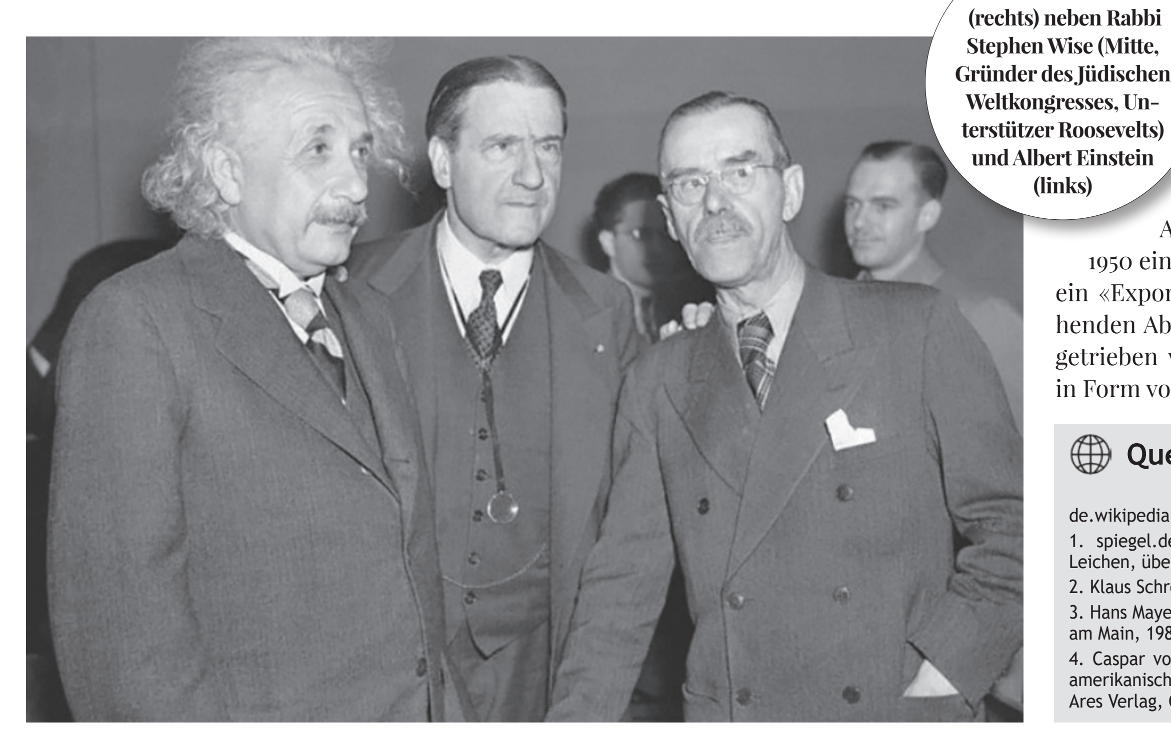
An Manns 70. Geburtstag im Juni 1945 hielt der Einflüsterer der Roosevelt-Administration Felix Frankfurter (siehe S.9 f.) bei einem Bankett im Waldorf Astoria Hotel in New York die ihn aufs höchste ehrende Hauptansprache. [2]

Manns Wunsch nach Mord an Deutschen

Am 01.08.1943 unterzeichnete er – gemeinsam mit weiteren Intellektuellen wie Bertolt Brecht – den propagandistischen «Aufruf an das deutsche Volk», der in zahlreichen amerikanischen Zeitungen erschien. Wie es vor dem Herauslassen dieses vermeintlich wohlmeinenden Aufrufs an dem Tag in New York zugegangen war, notierte Brecht in seinem «Arbeitsjournal». Geschildert werden die Umstände und der Eintrag Brechts über Thomas Mann von Manns Biographen Hans Mayer. Danach hatte Mann in vertrauter Runde eine kaltblütige Liquidierung von 500.000 seiner deutschen Landsleute als Anschub für eine «deutsche Demokratie» gefordert. In Brechts Eintrag in seinem «Arbeitsjournal» vom 9. August 1943 heisst es:

«Als Thomas Mann vorigen Sonntag, die Hände im Schoss, zurückgelehnt sagte: ‚ja, eine halbe Million muss getötet werden in Deutschland', klang das ganz und gar bestialisch.» [3]

Zu seinem 75. Geburtstag erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 06. Juni 1950 ein Artikel, in dem es hiess, Mann sei ein «Exponent einer bis zur Dummheit gehenden Abneigung gegen Deutschland», der getrieben werde von der «Vernichtungslust in Form von moralischen Urteilen». [4] ***(tk)***


Thomas Mann (rechts) neben Rabbi Stephen Wise (Mitte, Gründer des Jüdischen Weltkongresses, Unterstützer Roosevelts) und Albert Einstein (links)

Quellen:

de.wikipedia.org, Thomas Mann

1. spiegel.de, Deutschland im Feuersturm - «Überall Leichen, überall Tod», 01.04.2003
2. Klaus Schröter, Thomas Mann, Reinbek, 1964, S. 133
3. Hans Mayer, Thomas Mann, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, 1980, S. 399
4. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S. 212

13. Juni 1942:

«Amt für Kriegsinformationen der Vereinigten Staaten» wird gegründet

Schon die Führungsspitze des «United States Office of War Information» (OWI, «Amt für Kriegsinformationen der Vereinigten Staaten») – einer US-Regierungsbehörde zur Verbreitung von Kriegsinformationen und -propaganda während des Zweiten Weltkrieges - hätte für die deutsche Bevölkerung ein Warnzeichen sein können: Der stellvertretende Leiter Archibald MacLeish hatte von 1911 bis 1915 an der Yale-Universität studiert, wo er in den dortigen Skull-&-Bones-Orden aufgenommen wurde. (1) Dieser Exklusivclub, der jährlich nur 15 ausgewählte Studenten in seine Reihen lässt und zahlreiche führende Vertreter in Politik und Wirtschaft hervorgebracht hat (u.a. die Präsidenten George W. Bush und seinen Vater George H.W. Bush.), ist auch unter dem Namen «Orden des Todes» bekannt, was sein Emblem aus Totenkopf und Knochen verdeutlicht.

Chefpropagandist Elmer Davis hatte wiederum 1910 ein Rhodes-Stipendium an der Universität Oxford erhalten. (2) Ausgerechnet Namensgeber Cecil Rhodes hatte 1891 einen Geheimbund gegründet, der die britische Macht auf den gesamten Globus ausdehnen sollte und der schon kurz nach seiner Gründung mit den Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland begann (Ausgabe 28).

Das Emblem von «Skull & Bones», dem «Orden des Todes», dem der stellvertretende Leiter des OWI angehörte.

Der amerikanische Goebbels?

Präsident Roosevelt installierte das OWI im Juni 1942 durch Exekutivbefehl 9182. Die Aufgabe der Behörde war es, durch Radio-Übertragungen, Zeitungen, Poster, Fotografien, Kinofilme und weitere Medienarten die US-Bürger für den Krieg zu gewinnen und durch Propaganda in Übersee den Kriegsgegner zu demoralisieren. Es hagelte öffentliche Kritik, da viele Amerikaner sich schwertaten, Unterschiede zwischen der US-Propagandamaschine (allein im OWI 3.000 Mitarbeiter) und Joseph Goebbels´ «Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda» (2.000 Mitarbeiter) zu erkennen. Das führte auch dazu, dass dem OWI auf Druck des Kongresses seine Mittel für Operationen im Inland (nicht im Ausland) ab 1944 gekürzt wurden.

Beispielsweise arbeitete das OWI mit den Hollywood-Filmstudios zusammen, um Filme zu produzieren, die die Kriegsziele der Alliierten förderten. Die erste Frage an Filmproduzenten etwa war: «Wird der Film helfen, den Krieg zu gewinnen?». Die Devise des Leiters Elmer Davis (ehemaliger CBS-Reporter) lautete: **«Der einfachste Weg, um eine Propaganda-Idee in die Gedanken der meisten Menschen zu injizieren, ist durch das Medium eines Unterhaltungsfilms, wenn sie nicht realisieren, dass sie beeinflusst werden.»** Hollywood-Filme porträtierten die Alliierten als tapfere Friedenskämpfer und die Deutschen als Bösewichte.

In Übersee wurden u.a. millionenfach Flugblätter abgeworfen, die die gegnerischen Armeen von der militärischen Überlegenheit der Alliierten überzeugen sollten. Magazine wie «Victory» wurden verteilt, die den Europäern den amerikanischen «Lifestyle» näher-

Gleichsetzung des Zweiten Weltkriegs mit der Amerikanischen Revolution

«Dies ist der Feind», so wurde Nazideutschland bezeichnet

Aufforderung zum Kampf in Übersee

«Rächt Pearl Harbour», Ermunterung zum Beitritt in die US-Armee

Anwerbeplakat für einen «Kriegsjob»

Propaganda des «United States Office of War Information» (OWI)

brachten. Eine der geschicktesten Raffinessen waren Radioberichte unter falschem Namen: Z.B. gaben sich Sprecher als Bewohner von besetzten Gebieten wie Belgien oder Frankreich aus und berichteten den Zuhörern von den angeblich schrecklichen Zuständen unter der Besatzungsmacht.

Viele Schreiber, Produzenten, Schauspieler und Rundfunksprecher des OWI vertraten offen Franklin D. Roosevelts New Deal-Politik und galten als Sozialisten. Andere sympathisierten mit der Sowjetunion bzw. waren frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA. Owen Lattimore, Leiter der Operationen im Pazifik, der später Vizepräsident Henry Wallace bei Reisen durch China begleitete, wurde von dem russischen Überläufer Alexander Barmine der Spionage für die Sowjets beschuldigt. Flora Wovschin, die von 1943 bis 1945 für den OWI tätig gewesen war, wurde später gar als Sowjetagentin überführt.

Nach der offiziellen Auflösung des OWI nach Kriegsende führten viele seiner Mitarbeiter ihre Arbeit im Aussenministerium weiter. ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, United States Office of War Information
en.wikipedia.org, United States Office of War Information
1. de.wikipedia.org, Archibald MacLeish
2. en.wikipedia.org, Elmer Davis



Dass der amerikanische Propagandachef Mitglied von «Skull and Bones» – dem Orden des Todes – war, ist angesichts der Tatsache, dass das deutsche Volk inzwischen ausstirbt und die deutsche Linke offen den «Volkstod» fordert, zumindest eine interessante Beobachtung.





«Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Programms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, dass ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten. Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. [...] Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.»

Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent österreichischer Herkunft, der vom «Office of War Information» eingezogen und als Filmbeauftragter mit der «Information Control Division» nach Deutschland geschickt wurde

Quelle: spiegel.de, «Salto mortale vom sechsten Stock», 10.08.1992

1942: Herbert Marcuse tritt dem «Office of Strategic Services» (OSS) bei

Das am 11. Juli 1941 von Präsident Franklin D. Roosevelt ins Leben gerufene «Office of the Coordinator of Information» (COI) wurde am 13. Juni 1942 in das «Office of Strategic Services» (OSS) umgewandelt – am selben Tag, an dem Roosevelt das OWI (siehe S.17 f.) ins Leben rief. Der erste zentrale Auslandsnachrichtendienst der USA unterstand dem Kriegsministerium. Einziger Leiter des OSS war der Wallstreet-Anwalt William J. Donovan, ein Freund des Präsidenten, der später Geldgeber der europäischen Einheitsbemühungen wurde. Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endete die Geschichte des OSS, doch nicht die seiner Mitarbeiter. Präsident Truman liess den Dienst auflösen, einzelne Abteilungen wurden vom US-Aussenministerium übernommen. Zwei Jahre später wurde mit der CIA ein neuer Auslandsnachrichtendienst ins Leben gerufen, wo zahlreiche OSS-Agenten ihre Arbeit fortsetzten.



Das Emblem des OSS

Kurz nach der Gründung des OSS trat Herbert Marcuse vom marxistischen IfS (siehe S.7 f.) in dessen Forschungs- und Analyseabteilung (Research and Analysis Branch) ein. Zu Marcuses Aufgaben gehörte es, die politisch Verantwortlichen und die gesellschaftlichen Stützen des Naziregimes zu identifizieren sowie die Kräfte zu

Wussten Sie...

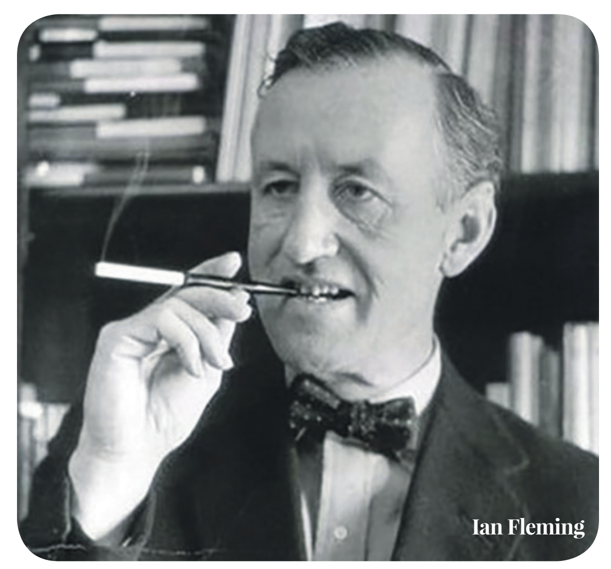
...dass die in Hollywood weltberühmt gewordene Schauspielerin Marlene Dietrich mit dem OSS zusammenarbeitete und für den Geheimdienst einige Musikalben aufnahm, deren auf deutsch gesungene Stücke die Wehrmachtssoldaten demoralisieren sollten?

Quelle: cia.gov, Look Back... Marlene Dietrich: Singing for a Cause, 2008





Marlene Dietrich



Ian Fleming

...und dass der James-Bond-Autor Ian Fleming Geheimagent des britischen Marine-Nachrichtendienstes war und William J. Donovan, dem späteren Chef des OSS, sogar Vorschläge schickte, wie man den OSS aufbauen sollte? Wurden deshalb etwa die Chefs der geheimen Untergrundorganisationen, welche die Welt beherrschen wollen, in den Bond-Filmen so oft von Deutschen gespielt?

Quelle: de.wikipedia.org, Ian Fleming

benennen, die für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands zur Verfügung stünden. In einem Brief an Max Horkheimer beschrieb er, dass seine Funktion darin bestünde, «Vorschläge zu machen, wie dem amerikanischen Volk der Feind zu präsentieren ist, in Presse, Film, Propaganda etc». Marcuses Gruppe erarbeitete Hintergrundinformationen und praktische Ratschläge im Rahmen eines umfassenden Programms für die künftige Militärregierung in Deutschland. Zu der Gruppe zählten viele deutsch-jüdische Emigranten, u.a. auch Franz Neumann (siehe S.14). *(tk)*

Quelle: de.wikipedia.org, Herbert Marcuse

1943: Medienzar macht Kaiser Friedrich II. zum ersten Nazi

Mitte der 1920er Jahre ging der Ungar Paul Winkler nach Paris und gründete dort die Presse- und Verlagsagentur «Opera Mundi». Der amerikanische Verleger William Randolph Hearst machte ihn zu seinem Europa-Repräsentanten, womit «Opera Mundi» 15 Jahre später zur grössten Agentur Europas wurde. Mit der Etablierung von Vichy-Frankreich im Juni 1940 (Ausgabe 28) emigrierte Winkler in die Vereinigten Staaten, wohin er seine Unternehmenswerte und das Konzept mitnahm.

Als politischer Autor kaufte sich Winkler in den USA als aussenpolitischer Kolumnist bei der Washington Post ein und polemisierte dort gegen NS-Deutschland. So warnte er etwa davor auf «den guten Deutschen» in Deutschland zu hoffen, denn «dort kämpften nur zwei Arten des Bösen miteinander». [1]

The Thousand-year Conspiracy. Secret Germany behind the mask

Paul Winkler

Note: This is not the actual book cover

«Die tausendjährige Verschwörung – das geheime Deutschland hinter der Maske», erschienen 1943

> **«Dem gesamten deutschen Volk muss eingehämmert werden, dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Gesittung der modernen Welt beteiligt war.»**
>
> *Franklin Delano Roosevelt, US-Präsident 1933-1945, in einem Brief an Kriegsminister Stimson*

Quelle: Alfred M. de Zayas, die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München, 1977, S.37

Auch bei den Nürnberger Prozessen wurden die deutschen Angeklagten einer gemeinsamen «Verschwörung» beschuldigt.





Mit seinem Buch «The thousand Years Conspiracy - secret Germany behind the mask» («Die tausendjährige Verschwörung – das geheime Deutschland hinter der Maske»), das 1943 erschien, glaubte Winkler tief in die Geschichte der Deutschen einzudringen. Er schloss sich den zahlreichen Autoren an, die seit Ende 1930er – oft mit Staatsförderung – versuchten, die These aufzustellen, das deutsche Volk verschwöre sich seit Jahrhunderten gegen die Zivilisation. Bauer und Junker, Bürger und Fürst seien alle in eine Verschwörung verstrickt. Wo andere der vielen US-Autoren, die gegen Deutschland polemisierten, Hitler in Bismarck, Fichte, Turnvater Jahn oder Luther wiedererkannten, entlarvte Winkler Kaiser Friedrich II. (1194-1250) als den ersten Nazi.[2] ***(tk)***

Quellen:
1. de.wikipedia.org, Paul Winkler (Verleger)
2. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.55

General de Gaulle glaubte an vererbte deutsche Aggressivität



Charles de Gaulle (zweiter von rechts) auf der Konferenz von Casablanca, wo die «Bedingungslose Kapitulation» Deutschlands als Kriegsziel der Alliierten festgelegt wurde.

Charles de Gaulle führte im Zweiten Weltkrieg den Widerstand in Frankreich gegen die deutsche Besatzung an. Von Januar 1959 bis April 1969 war er Präsident der Republik Frankreich. Während des Krieges war er ein überzeugter Anhänger der Kollektivschuldthese. In seinen Memoiren schrieb er über das Verhältnis des deutschen Volks zu Hitler: «Das von ihm zutiefst verführte Deutschland folgte ihm mit Elan. Bis zuletzt war es ihm ergeben und diente ihm mit allen seinen Kräften in einer Weise, wie kein Volk jemals zuvor irgendeinem Führer gedient hatte.» Der General glaubte an eine vererbte Aggressivität des Volkes, die er in der ganzen deutschen Geschichte zu sehen vermeinte. Konsequenterweise forderte er, dem «Germanentum» die Voraussetzung zur Aggression zu nehmen. ***(tk)***

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.40

INTERESSANT

Dass die Befehlshaber der alliierten Mächte Winklers Ansicht teilten, es mache keinen Sinn, auf «den guten Deutschen» in Deutschland zu hoffen, wird vor allem dadurch deutlich, dass Churchill und Roosevelt den deutschen Widerstand gegen Hitler im Stich liessen (siehe S.36 f.). Der Krieg wie auch die darauffolgende Umerziehung waren nicht gegen den Nazismus, sondern gegen die deutsche Bevölkerung gerichtet.

1943: Renommierter Psychiater erklärt Deutschland für psychisch krank

Wo die Psychologie (siehe u.a. S.15) ihren Kriegsbeitrag gegen Deutschland leistete, konnte die ihr verwandte Psychiatrie nicht zurückbleiben. 1943 vertrat der New Yorker Professor Richard M. Brickner unter dem Titel «Ist Deutschland unheilbar?» den psychiatrischen Gesichtspunkt. Der Schlüssel zur deutschen Frage, meinte Brickner, liege nicht im Büro der politischen Experten, sondern im Sprechzimmer des Arztes. Deutschland sei ein Patient. Es leide an **Paranoia**, der Wahnkrankheit. Das heisse nicht, dass jeder Deutsche paranoid sei, sondern nur, dass die vorherrschende Richtung paranoid sei und den nichtparanoiden Zeitgenossen zwinge, sich anzupassen.

Für Brickner war der Zusammenbruch Deutschlands und das darauffolgende Massensterben nach dem Zweiten Weltkrieg eine ideale Schocktherapie für einen «paranoiden» Patienten.

«[Wir werden den Deutschen] eine Lektion erteilen, die auch in 1000 Jahren nicht vergessen sein wird.»

Winston Churchill am 11. Dezember 1941

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.28

Aus der Diagnose folge die Therapie. Man müsse sich auf dem Vorschlag des stellvertretenden US-Aussenministers Sumner Welles stützen, einen unbegrenzten Zeitraum verstreichen zu lassen, ohne einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. In diesem Zeitraum könne der Patient Deutschland einer Behandlung unterzogen werden. Der geeignetste Zeitpunkt für den Beginn einer Behandlung sei der Tag nach dem Zusammenbruch, da dann die deutsche Seele am empfänglichsten sei. Ausgangspunkt der Behandlung seien die nicht-paranoiden Individuen, die zu Trägern nicht-paranoider Werte gemacht werden müssten. Sie müssten gestützt werden, und daraufhin sollten nach und nach alle Randgruppen in ihren Bereich hineingezogen werden. Man müsse darauf achten, dass die Träger nicht-paranoider Werte nicht mit tragischen Ergebnissen identifiziert würden. Der stützende Eingriff von aussen sei daher unumgänglich. ***(tk)***

Quelle:
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.106-107

«Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia. Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.»

(am 7. August 1944 im Gespräch mit Henry Morgenthau)
Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der Alliierten in Europa

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.29 und 31

WIDERSPRUCH

Dass es den weltweit akzeptierten Diagnosemethoden für psychische Krankheiten an wissenschaftlicher Seriosität mangelt, wurde bereits in der ExpressZeitung Ausgabe 16 behandelt. Der Verdacht fehlender Wissenschaftlichkeit ist auch bei der für die Alliierten mehr als nützlichen und damit recht opportunistisch wirkenden «Paranoia»-Diagnose gegeben.



Neuroleptika, Antidepressiva & Co. – Wie Psychopharmaka das Gehirn zerstören
Psychopharmaka führen zu schädlichen Veränderungen der Hirnchemie.
Seite 22

Die Ritalin-Epidemie: Harte Drogen für lebhafte Kinder
Etwa 20 Millionen Kindern in aller Welt wurde mittlerweile eine psychische Störung angehängt.
Seite 34

ExpressZeitung
Ausgabe 16, April 2018
Jetzt abonnieren - Seite 2

Psychiatrischer Diagnosewahn

Werden kritische Gedanken bald auch zu Krankheitsbildern mit Behandlungszwang?

Zahlreiche Skandalfälle haben inzwischen gezeigt, dass man heute auch als rechtschaffener Bürger westlicher Demokratien grundlos in einer psychiatrischen Klinik verschwinden kann. Da es den weltweit akzeptierten Diagnosemethoden für psychische Krankheiten an wissenschaftlicher Seriosität mangelt, können Psychiater mittlerweile jede noch so normale Facette der menschlichen Gedanken- und Gefühlswelt als Krankheit diagnostizieren. Besonders verhängnisvoll wirkt sich dieser Mangel an Wissenschaftlichkeit auf das Feld der Zwangspsychiatrie aus, da psychologische Gutachter die Möglichkeit bekommen, durch willkürliche Diagnosen Einweisungen in die Psychiatrie zu erwirken – auch bei völlig unschuldigen und geistig gesunden Menschen.

Chemie-Zombies im Altenheim
Bewohner von Pflegeheimen werden mit harten Medikamentencocktails ruhiggestellt.
Seite 56

Die Krake Psychiatrie: Per Gutachten in den Gulag
Für eine Zwangseinweisung reicht es meist, wenn ein psychologischer Gutachter die «Fremd- oder Eigengefährdung» einer Person feststellt.
Seite 4

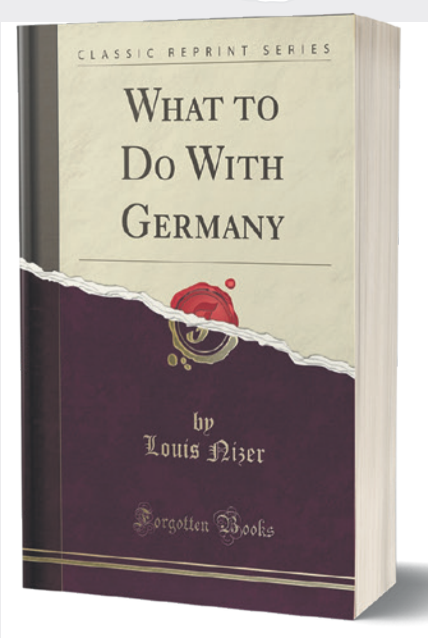
Zwangspsychiatrie: Was ist möglich? – Beispiel Deutschland
In Deutschland gibt es drei juristische Wege, die zur Zwangseinweisung in die Psychiatrie führen.
Seite 40

«Manche Gutachter sind – bewusst oder unbewusst – in ihrem Interesse, weiter beauftragt zu werden, bereit, dem Wunsch des Auftraggebers zu entsprechen. [...] Das ist eine ganz unheilige Allianz zwischen Psychiatrie und Justiz. Es gibt aber kein Interesse daran, diese unheilige Allianz aufzulösen.»
Dr. Hanna Ziegert, psychiatrische Gutachterin

1944: Louis Nizer veröffentlicht «What to do with Germany?»

Den geistigen Nährboden für die US-Nachkriegspolitik bereitete das Buch «What to do with Germany?»(«Was soll mit Deutschland gemacht werden?») des Anwalts Louis Nizer. Anders als beispielsweise Henry Morgenthau (siehe S.10) schlug Nizer nicht die Ausschaltung Deutschlands als wirtschaftlichen Machtfaktor vor, sondern im Gegenteil dessen wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg. Nizers Nachkriegsplan für Deutschland bestand primär darin, eine Umerziehung von bisher nicht bekannten Dimensionen am deutschen Volk durchzuführen, die sich des schulischen Lehrstoffs, besonders aber auch der Massenmedien wie Film und Rundfunk bedienen sollte. In «What to do with Germany?» konnten die US-Bürger während des Krieges u.a. lesen:

«Ihr Staat als geschlossene Einheit, durch den die Deutschen handelten, muss aufgelöst werden. Ihre nationale Einheit haben sie so lange verwirkt, bis sie durch Annahme zivilisierter Lebensregeln bewiesen haben, dass sie sich geändert haben. Kurz gesagt, die deutsche Staatshoheit muss ausser Kraft gesetzt werden. [...] Anfangs wird die Besetzung Deutschlands starke militärische Kräfte binden zum Schutz ihrer Anlagen. Aber sobald die Entwaffnung und andere Massnahmen des Friedensprogramms, über das wir später sprechen, wirksam werden, wird die Polizeikontrolle im gleichen Verhältnis abnehmen. [...] **Psychologisch gesehen ist die vollständige Besetzung eine notwendige Bedingung für das Erziehungsprogramm, über das wir später reden werden. [...]**



Nizers Buch, das empfahl, «das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören», war die Lieblingslektüre von drei US-Präsidenten.

Die grössten Kenner des Erziehungswesens werden herangezogen, um auch die stärksten Säulen des Preussentums und seines letzten Ausläufers, des Nationalsozialismus, einzureissen. An deren Stelle werden sie dann ein neues und verbessertes Erziehungssystem setzen. Diese Lehrkräfte müssen selbstverständlich die entsprechende Feinfühligkeit und psychologisches Fingerspitzengefühl besitzen. [...] Eine sich immer mehr verstärkende Folge von Lehren über Toleranz wird so entstehen. [...]

Wir müssen für diesen ‚Feldzug' grosszügig zumindest einen Bruchteil des Geldes ausgeben und einen Bruchteil der Zeit, die das ‚Oberkommando' für die militärischen Unternehmungen verschwendet hat. Wir



müssen allen Scharfsinn und alle geistige Wendigkeit einsetzen, bei Radio, Film und für geschickte Erziehungspropaganda. Es ist die grösste und vornehmste Aufgabe, die uns je auferlegt worden ist, **denn es geht darum, das geistige Fundament eines ganzen Volkes zu zerstören und diesem einen neuen Charakter einzuprägen.**

[…] Wir werden sowohl für Alt wie auch für Jung einen Zwangsunterricht einführen, der allerdings nicht an Klassenzimmer gebunden ist. Die ungeheure Überzeugungskraft dramatischer Darbietung muss voll ausgeschöpft werden. Der Film käme hier voll zur Geltung. Die grössten Schriftsteller, Filmproduzenten und Stars werden unter Anleitung der ‚Internationalen Universität' die bodenlose Bösartigkeit des Nazismus dramatisieren und dem gegenüber die Schönheit und Einfalt eines Deutschland loben, das sich nicht länger mit Schiessen und Marschieren befasst.

Sie werden damit beauftragt, ein anziehendes Bild der Demokratie darzustellen, und der Rundfunk wird sowohl durch Unterhaltung wie auch durch ungetarnte Vorträge in die Häuser selbst eindringen.» [1]

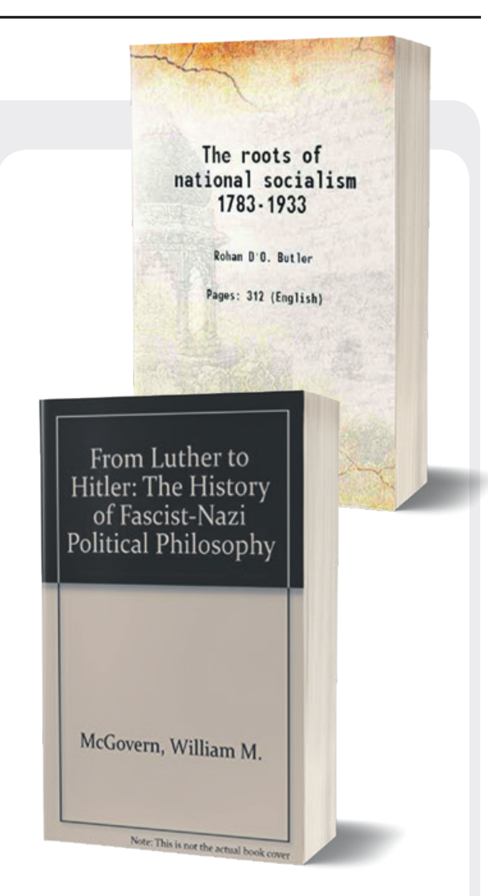
Die Deutschen als niedere Rasse?

Nizer forderte also die allumfassende geistige Umerziehung des deutschen Volkes durch Bildungs-/Erziehungswesen und Medien, denn er sah nicht im Nazismus, sondern im gesamten deutschen Volk eine ewige Gefahr für den Weltfrieden:

«Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrags oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. […] Es gab einen Kaiser vor Hitler, und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Grossen vor Bismarck – in der Tat sind 2000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. […] **Ja, es gibt eine Verschwörung gegen den Weltfrieden und gegen jeden freien Menschen in jedem Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem Volk angeboren. […]** Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzerklauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht geändert. **Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt.»** [1]

Man könnte diese Zeilen mit einem Achselzucken übergehen, wenn nicht das Buch von Nizer die Lieblingslektüre von drei amerikanischen Präsidenten gewesen wäre: **Roosevelt verteilte es an seine Kabinettsmitglieder, Eisenhower verteilte 100.000 Exemplare an die Armee und liess alle Offiziere seines Stabs Aufnahmen über das Buch schreiben, Harry S. Truman schliesslich hielt es für «eines der fesselndsten und aufschlussreichsten Bücher», die er je gelesen habe, und meinte: «Jeder in diesem Land sollte es lesen.»** [2] *(tk)*

Quellen:
1. us.archive.org, What to do with Germany
2. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.16 f.



Weitere Publikationen, die die deutsche Bevölkerung und den Nationalsozialismus gleichsetzten: «Die Wurzeln des Nationalsozialismus» («The Roots of National Socialism») von Rohan Butler (New York, 1942) und «Von Luther zu Hitler» («From Luther to Hitler») von William McGovern (Boston, 1941).



Die wenigsten Deutschen wissen, dass die Erziehung zur «Toleranz» auf Pläne zurückgeht, die in den Reihen des Kriegsgegners USA entstanden und die den Deutschen rassistisch eine angeborene Bösartigkeit unterstellten.

FAZIT

«Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt», so Nizer. Doch wie passt solch eine Behauptung mit der Tatsache zusammen, dass Deutschland seit dem frühen 19. Jahrhundert als «Land der Dichter und Denker» galt? Dass Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts die Industrienation Grossbritannien wirtschaftlich überflügelte? Laut dem amerikanischen Geistlichen Ludwig A. Fritsch «Jede grössere Stadt in Deutschland […] so viele Kunstgegenstände [besass] wie sonst ein ganzes Land»? Der US-Generalmajor Hugh Knerr enthüllte, die Amerikaner seien auf «verschiedenen Gebieten der Forschung […] alarmierend rückständig» im Vergleich zu den Deutschen? Zehntausende deutsche Wissenschaftler gekidnappt und Erfindungen, Entdeckungen, Warenzeichen, Patente, Forschungsergebnisse uvm. von den Alliierten geraubt wurden? War Deutschland nicht vielmehr der kulturelle Vorreiter einer fortschrittlichen westlichen Gesellschaft?

1944: Die «Gesellschaft für die Verhinderung des Dritten Weltkriegs» wird gegründet

Als sich ein Sieg der Alliierten bereits abzeichnete, wurde in den USA die «Gesellschaft für die Verhinderung des Dritten Weltkriegs» («Society for the Prevention of World War III») eingerichtet. Zum Vorsitzenden wurde der Kriminalschriftsteller Rex Stout, der u.a. für die kommunistische Zeitschrift «Masses» schrieb. Seine extrem deutschfeindliche Gesinnung gipfelte in dem Essay «Wir werden hassen, oder wir werden verlieren» («We Shall Hate, or We Shall Fail»), das am 17. Januar 1943 in der New York Times erschienen war. Sein offen zugegebener «Hass» gegen Deutschland richtete sich nicht allein gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen das deutsche Volk als Ganzes. Diese Grundeinstellung einte auch die Mitglieder der «Gesellschaft für die Verhinderung des Dritten Weltkriegs».

Hauptziel der Organisation war ein «harter Frieden» für Deutschland nach dem alliierten Sieg. Neben einem monatlich erscheinenden Magazin machte die Organisation auch mit Buchveröffentlichungen von sich reden. So wurde die Schrift «Kenne deinen Feind» («Know your enemy») des deutschen Emigranten T.H. Tetens herausgegeben, in der alle Deutschen als inhärent aggressiv, militaristisch und permanente Bedrohung für den Frieden dargestellt wurden. Es wurden 10.000 kostenlose Kopien an den US-Kongress, Medien und andere einflussreiche Individuen, sogar Priester, verteilt, um eine negative Stimmung gegenüber dem deutschen Volk zu erzeugen. Weitere Mitglieder waren William Shirer, Louis Nizer (siehe S.21 f.) und James Warburg (siehe S.55). Prominente wie Albert Einstein und der Finanzminister unter Roosevelt Henry Morgenthau (siehe S. 9 f.) besuchten 1947 die «Nationale Konferenz über das deutsche Problem», wo ein Programm formuliert wurde, das forderte, Deutschland wirtschaftlich zu verkrüppeln und sein Gebiet zu verkleinern. ***(tk)***

Quellen:
en.wikipedia.org, Society for the Prevention of World War III

'We Shall Hate, or We Shall Fail'

If we do not hate the Germans now, says Rex Stout, we shall fail in our effort to establish a lasting peace.

By Rex Stout

Author, Chairman Writers' War Board

LOVE your enemies. Fight your enemies, shoot them, starve them, kill them, destroy their cities, bomb their factories and gardens—but love them! That may make sense to the Tuesday Evening Culture Club but not to me.

The Christian imperatives and ideals are the noblest expression of man's highest aspirations, but when men shrink from the hard necessities imposed upon them by human defects and stupidities by hiding behind the skirts of those imperatives and ideals, there is nothing noble about that. There is one imperative: thou shalt

by violence of millions of fellow-beings but fleeing in repugnance from a four-letter word. I hate Germans, and am not ashamed of it. On the contrary, in view of what the Germans have done, and of what my countrymen are preparing to do to them, I would be profoundly ashamed of myself if I did not hate Germans.

I am not a born German-hater. In March, 1915, when a visiting British lecturer made biting remarks about the Germans, I arose and left the gathering because I thought he was intemperate and unfair. He wasn't. As I discovered later, I was grossly ignorant. The trouble was that the British hated the Germans not wisely but too little.

years was bound to have Hitler for dessert. And Hitler was bound to say, as he has said, "You can be a German or a Christian. You cannot be both."

He might as well have said Hindu or Moslem, instead of Christian. For what he meant was "You can be a German, or you can accept a code of morality. You cannot do both." That was implicit in Clausewitz. It has been stated or implied in a thousand ways by ten thousand Germans. Long before there were any Nazis, a German said a treaty was only a scrap of paper. Before Adolf Hitler was born another German, von Bulow, made a speech to a great audience assembled for a memorial performance of Beethoven's symphonies. B

Ein klarer Fall von «Hassrede»: Rex Stouts antideutscher Artikel «Wir werden hassen, oder wir werden verlieren» in der New York Times 1943

FAZIT

Laut Rex Stout mussten die Alliierten also «hassen» oder «verlieren». Der «Hass» gegen den Feind, der bei Hitlers Kriegsgegnern (Churchill, Roosevelt, Stalin) mindestens genauso stark anzutreffen war wie bei ihm selbst (Ausgabe 28), setzte sich fort bei den Intellektuellen, Psychologen, Soziologen usw., die Deutschland während des Krieges politisch opportun «analysierten», und sein Medien- und Bildungssystem nach dem Krieg gestalten sollten.

1944: Das «American Jewish Committee» (AJC) übernimmt die Lehre des «autoritären Charakters»

Die zionistische Organisation American Jewish Committee (AJC), gegründet 1906, schloss sich den Ideen der Frankfurter Schule (siehe S.7 f.) an. 1944 übernahm sie die Lehre vom «autoritären Charakter» der Deutschen, womit dieser beträchtliche Bedeutung zugesprochen wurde.

Im Mai 1944 hatte das AJC eine Tagung einberufen, die eine wissenschaftliche Erklärung für das Phänomen Nationalsozialismus ausarbeiten sollte. Aus der Tagung entstand eine Abteilung des AJC für wissenschaftliche Forschung, deren Leitung



Max Horkheimer (siehe S.7 ff.) übertragen wurde. Als letztes Resultat der sich auf das emigrierte Frankfurter IfS stützenden Forschungsabteilung wurden fünf Bände namens «Studien in Vorurteilen» (Studies in Prejudice) herausgebracht, aus denen vor allem die zweibändige Arbeit von Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson und R. Nevitt Sanford über die «autoritäre Persönlichkeit» herausragt.

Ziel der mit grossem statistischen Aufwand betriebenen Untersuchung war die «Aufdeckung potentiell faschistischer Individuen». Es ging darum, die «unbewussten seelischen Bedingungen, unter denen die Massen für eine Politik gewonnen werden können, die ihren eigenen vernünftigen Interessen widerspricht», zu erforschen. Jene Individuen, die auf eine faschistische Propaganda ansprächen, hätten zahlreiche

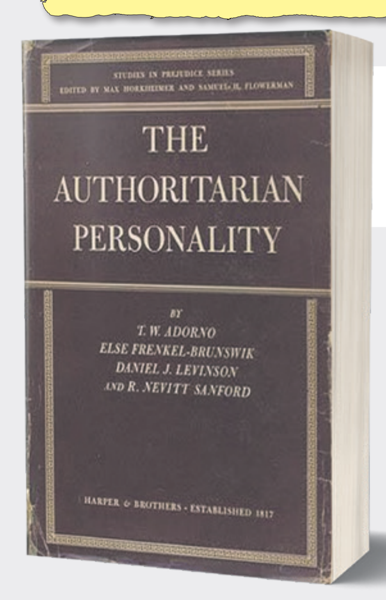




Charakteristika gemeinsam, die ein «Syndrom» bildeten. Mit einer sogenannten «F-Skala» wurden die antidemokratischen Tendenzen messbar gemacht. Das zitierte «Syndrom» war die «autoritäre Persönlichkeit», der die nicht-autoritäre (also wünschenswerte) gegenübergestellt wurde. Der autoritären Persönlichkeit sei «blinde, verbissene, insgeheim aufmuckende Anerkennung alles dessen, was ist» zuzuschreiben.

«Konventionelle Werte, wie äusserlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiss, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit und konformistisches unkritisches Verhalten» verbergen «eine tiefe Schwäche des eigenen Ichs, das sich den Anforderungen der Selbstbestimmung angesichts der übermächtigen sozialen Kräfte und Einrichtungen nicht mehr gewachsen fühlt,» so die Studie. Deutsche Tugenden, die zu dem einzigartigen Wirtschaftsaufschwung ab Mitte des 19. Jahrhunderts beigetragen hatten, waren also «autoritär» und deshalb abzulehnen.

> «1945 brach nicht das kurzlebige 1000jährige Reich Adolf Hitlers zusammen, sondern jenes Deutschland, das 1866 geschaffen wurde.»
>
> *Hans Kohn, US-Historiker*
>
> Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.198



Das AJC finanzierte die Studie über «Die autoritäre Persönlichkeit», um die Entstehung des Nationalsozialismus zu erklären. Die «autoritäre Persönlichkeit» war schon Jahre zuvor von der Frankfurter Schule (siehe S.7 f.) als Begriff eingeführt worden.

Zweierlei Mass?

In ihrer Jugend würden die autoritären Persönlichkeiten häufig «durch einen strengen Vater oder durch Mangel an Liebe überhaupt gebrochen und wiederholen, um überhaupt seelisch weiterleben zu können, ihrerseits, was ihnen selbst einmal widerfuhr».

So klar der autoritäre Charakter beschrieben wurde, so unklar ist der nicht-autoritäre Charakter. Waren die amerikanischen, britischen und französischen Soldaten als Kämpfer für die Demokratie alle mit ausreichend Liebe und Freiheit erzogen worden? Wo war genau der Unterschied zwischen US-Militär und deutscher Wehrmacht, die beide von ihren Soldaten das widerspruchslose Ausführen von Befehlen erwarteten? War ein britischer Pilot, der Bomben auf unschuldige deutsche Zivilisten abwarf, charakterlich vollkommen anders gepolt als ein deutscher KZ-Lagerwächter? *(tk)*

Quelle:
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.103-104

FAZIT **Wenn «konventionelle Werte, wie äusserlich korrektes Benehmen, Erfolg, Fleiss, Tüchtigkeit, physische Sauberkeit, Gesundheit […] eine tiefe Schwäche des eigenen Ichs» offenbaren und deshalb laut der Frankfurter Schule abzulehnen sind, dann wären wohl Faulheit, Unfreundlichkeit, Kurzsichtigkeit und purer Hedonismus das Gegenmittel. Was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn Individuen diese neuen «Werte» anstatt der «deutschen Tugenden» verinnerlichen, kann man heute gut beobachten.**



«Todesmühlen» ist der erste, unmittelbar nach der «Befreiung» von der «Psychological Warfare Division» produzierte Film über die Konzentrationslager.

Februar 1944:

Alliierte Streitkräfte gründen «Division für psychologische Kriegsführung»

Das «Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (SHAEF, dt. «Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte») war während des Zweiten Weltkrieges ab Ende 1943 das Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in London. Es erhielt Weisungen von den Combined Chiefs of Staff - gemeinsamer Operations- und Planungsstab der USA und Grossbritanniens – in Washington D.C.

Im Februar 1944 entstand hier die «Psychological Warfare Division» («Division für psychologische Kriegsführung», PWD), indem man Personal des britischen Propagandabüros «Political Warfare Executive» (PWE), des Office of Strategic Services (OSS, siehe S.18 f.) und des United States Office of War Information (OWI, siehe S.17 f.) rekrutierte.

Die Aufgaben der dem SHAEF unterstehenden PWD waren:

Wussten Sie...

...dass der erfolgreiche Horrorfilmregisseur Alfred Hitchcock im Auftrag der PWD 1945 an dem Dokumentarfilm «German Concentration Camps Factual Survey» über deutsche Konzentrationslager mitwirkte, der die Deutschen mit ihren Verbrechen konfrontieren sollte?

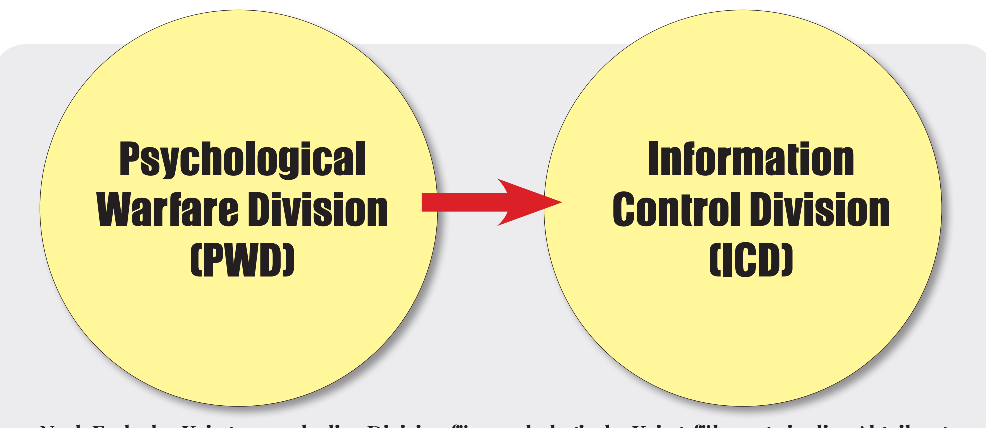
Quelle: spiegel.de, «Traumatisierende Bilder», 17.12.2014

1) psychologische Kriegsführung gegen den Feind
2) verschiedene Medien einzusetzen, um die Moral der «freundlichen» Nationen aufrechtzuerhalten, die von den Deutschen besetzt waren
3) die deutschen Soldaten für die Alliierten zu gewinnen
4) den Informationsfluss im von den Alliierten okkupierten Deutschland zu übernehmen

Zum Chef wurde Eisenhowers wichtigster Propagandaberater General Robert A. McClure gemacht. Nach Kriegsende leitete McClure die zur «Information Control Division» (ICD, Abteilung für Informationskontrolle) umstrukturierte PWD zwecks Medienkontrolle in der amerikanischen Besatzungszone. Nach kurzer Zwischenstation in Bad Homburg verlegte die ICD im Frühjahr 1946 ihren Sitz nach Berlin zum US-Militärgouverneur. Sie war für den gesamten Bereich der Kultur und des Nachrichtenwesens im Nachkriegsdeutschland zuständig.



Der vom ZDF produzierte Fernsehfilm «Die Suche nach Hitlers Volk» (2015) erzählt, wie Saul Padover Ende 1944 für die PWD durch Deutschland reiste, mit dem Auftrag, die Mentalität von «Hitlers Volk» zu ergründen



Nach Ende des Krieges wurde die «Division für psychologische Kriegsführung» in die «Abteilung für Informationskontrolle» umgestaltet. Sie kontrollierte nahezu alle Medien in der amerikanischen Besatzungszone.

Marxist Berater Eisenhowers?

Einer der wichtigsten Offiziere für die PWD war Saul K. Padover – ein US-Politikwissenschaftler mit grossen Sympathien für Karl Marx, über den er 1972 sogar eine Biografie veröffentlichte. 1944/45 zog Padover unmittelbar hinter der amerikanischen Front durch Frankreich, Belgien, West- und Mitteldeutschland und interviewte zahlreiche deutsche Kriegsgefangene und andere Personen. Seine Expertisen dienten der amerikanischen Militärverwaltung zur Orientierung. Auch Dwight D. Eisenhower zog sie als Oberbefehlshaber zu Rate.

Typischerweise war auch Padover mit dem New Deal (siehe S.9 ff.) verbunden: Von 1938 bis 1944 arbeitete er im Innenministerium, zuletzt als Referent des Innenministers Harold L. Ickes, der entscheidend an der Implementierung des New Deals mitgewirkt hatte.

In dem umfangreichen Band über die alliierte psychologische Kriegsführung unter Eisenhower, den Propagandaforscher Daniel Lerner unter dem Titel «Sykewar» verfasst hat, wird gezeigt, dass nicht jeder Amerikaner als Mitarbeiter der psychologischen Kriegsführung verwendet werden konnte. Am wenigsten geeignet seien die «typischen» Amerikaner. Prädestiniert dagegen seien Intellektuelle, die in ihrem Lebenslauf mit Europa Kontakt hatten und bestimmte «liberale» (anderes Wort für sozialististisch/neomarxistisch) Persönlichkeits-Charakteristika aufwiesen. [1] ***(tk)***

Quelle:
de.wikipedia.org, Psychological Warfare Division
1. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.134

FAZIT

Der Vorgänger der «Information Control Division» (siehe auch S.32), die die Medienlandschaft in der US-Besatzungszone gestaltete, war also die «Division für psychologische Kriegsführung». Man fühlt sich an das Zitat von Robert H. Jackson, Hauptanklagevertreter bei den Nürnberger Prozessen, erinnert: «Die Alliierten befinden sich technisch immer noch in einem [psychologischen?] Kriegszustand mit Deutschland, obwohl die politischen und militärischen Einrichtungen des Feindes zusammengebrochen sind.»

06. Juni 1944:

Die «Ritchie Boys» treffen in Europa ein

Als «Ritchie Boys» bezeichnet man die Absolventen des «Military Intelligence Training Center» oder Camp Ritchie genannten Ausbildungszentrums der US-Armee während des Zweiten Weltkriegs. Die etwa 9000 Teilnehmer ab Juni 1942 waren vorwiegend junge Emigranten aus Deutschland und Österreich, meist Juden, die in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat gefunden hatten. Wie der Spiegel berichtete, hatte das «skurrile Camp in den Blue Ridge Mountains [...] mit den Trainingslagern anderer US-Einheiten wenig gemein. Statt aus der Gulaschkanone wurden die Ritchie Boys durch einen ehemaligen Chefkoch des New Yorker Nobelhotels Waldorf Astoria verpflegt; statt strammer Kasernenhofatmosphäre herrschte intellektuelle Plauderstimmung.» [1]

In Camp Ritchie, Maryland, wurden die Ritchie Boys mit einem speziellen Trainingsprogramm auf ihren Einsatz in Europa vorbereitet. In Zusammenarbeit mit den amerikanischen Streitkräften sollten sie Deutschland besetzen. Ihnen wurden Konzepte der modernen psychologischen Kriegsführung beigebracht. Daraus ergab sich auch ihr Aufgabengebiet: den Gegner zu erforschen, zu demoralisieren und somit zur bedingungslosen Kapitulation zu bewegen.

Die ersten Ritchie Boys trafen am D-Day, dem 06.06.1944, zusammen mit den anderen alliierten Truppen in Europa ein. Kurz nach Erreichen des Festlandes verliessen sie ihre eigentlichen Einheiten und verfolgten ihre Spezialaufgaben. Durch gezielte Desinformation mittels gefälschter Zeitungsmeldungen, aber auch über Flugblätter, Radiosendungen und Lautsprecherwagen wurden die deutsche Bevölkerung und die Soldaten aufgefordert, die Kampfhandlungen einzustellen. Nach dem Krieg dolmetschten die Ritchie Boys während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, besetzten in der US-Militärregierung wichtige Verbindungsstellen oder halfen dabei, die Presselandschaft in Westdeutschland aufzubauen. Viele der Ritchie Boys machten zudem Karriere in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.



Die ehemaligen SED-Kader Lothar Bisky (Mitte) und Gregor Gysi (rechts) mit Ritchie-Boy Stefan Heym (links).



Braunschweiger Bote

Adolf Hitler ist tot - Mussolini hingerichtet

Deutsche Südarmee ergibt sich - Rundstedt gefangen

Berlin gefallen - Goebbels beging Selbstmord?

Kölnischer Kurier

NUMMER 8 19. Mai 1945

An das deutsche Volk

Premier Churchill über die Friedensziele

Deutschlands Regierung bestimmt

Hauptabteilungen entsprechen den Ministerien

Hessische Post

NUMMER 3 12. Mai 1945

Deutschland kapituliert bedingungslos

In Berlin unterschrieben

Jubel in der freien Welt

Der Text der Erklärung

Berlin, 8. Mai, 24 Uhr

Ruhr Zeitung

Die Waffen wurden gestreckt

Deutschland ergab sich bedingungslos – Am 8. Mai 1945, um Mitternacht, erscholl der Befehl: „Feuer einstellen!" Keitel und Jodl unterzeichnen

Eine Minute nach zwölf

Die Urkunde

6 000 000 Gefangene

Die Welt im Kino

Hans Habe – einer der wenigen von 9000 Ritchie Boys, dessen Identität bekannt ist – gründete 16 Zeitungen in der US-Besatzungszone. Die meisten dieser Neugründungen gingen später in anderen Zeitungen auf.

Identitäten im Dunkeln

So gründete beispielsweise der Ritchie Boy Hans Habe bis November 1945 in der amerikanischen Besatzungszone 16 deutschsprachige Zeitungen (u.a. Frankfurter Presse, Münchener Zeitung). Teilweise gingen die Zeitungen später in den neuen, von den Besatzungsbehörden lizenzierten Zeitungsgründungen auf. Als wichtigstes Zeitungsprojekt wurde seitens der amerikanischen Besatzungsmacht die Gründung der «Neuen Zeitung» in München aufgefasst. Sie war bewusst als grosse, überregionale Zeitung geplant. Habe fungierte als Chefredakteur, der Schriftsteller Erich Kästner war für das Feuilleton zuständig, und der Ritchie Boy und spätere DDR-Autor Stefan Heym kümmerte sich um die Aussenpolitik. Mit einer Auflage von bis zu 2,5 Millionen Exemplaren war die «Neue Zeitung» zeitweise die nach dem Daily Mirror auflagenstärkste Zeitung Europas. [2]

Der Ritchie Boy Guy Stern veröffentlichte zahlreiche Bücher und Sammelwerke zur deutschen Literaturgeschichte, insbesondere zur Emigranten- und Immigrantenliteratur. U.a. erhielt er 1987 das «Grosse Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland». [3]

Allerdings liegen die meisten Identitäten der Ritchie Boys im Dunkeln: Obwohl diese Abteilung eine entscheidende Rolle in der US-Armee spielte, blieb sie der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, bis sich der Dokumentarfilmer Christian Bauer 2004 ihrer Geschichte annahm. [4] Die meisten Dokumente betreffend Camp Ritchie waren im US-Nationalarchiv in St. Louis eingelagert. Bei einem Feuer im Jahr 1973 wurden beinahe 80% der Dokumente zerstört, sodass die Forschung sich seither überwiegend auf mündliche Informationen stützen muss. ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Ritchie Boys
1. spiegel.de, Amerikas deutsche Waffe gegen Hitler, 03.08.2012
2. de.wikipedia.org, Hans Habe
3. de.wikipedia.org, Guy Stern
4. amazon.com, The Ritchie Boys (DVD)

August 1944:

Morgenthau annulliert Militärhandbuch und macht Deutschland zur «besiegten Feindnation»

Das vom Militär und nach allen Regeln der herkömmlichen Kriegsführung ausgearbeitete «Handbuch für militärische Regierung in Deutschland» (Handbook for Military Government in Germany) lag der Roosevelt-Administration im August 1944 nach bereits drei Überarbeitungen druckfertig vor. Es befürwortete eine schnelle Wiederherstellung des normalen Lebens für die deutsche Bevölkerung und den Wiederaufbau Deutschlands. Nachdem Finanzminister Henry Morgenthau es gelesen hatte, lehnte er es mit den Worten ab:



Henry Morgenthau (links) neben Präsident Roosevelt.

«Zu viele Leute hier und in England vertreten die Ansicht, die Deutschen seien als Ganzes nicht verantwortlich dafür, was passiert ist – dass nur einige Nazis verantwortlich seien. Das basiert unglücklicherweise nicht auf Fakten. Das deutsche Volk muss erkennen, dass die ganze Nation an einer gesetzlosen Verschwörung gegen die Anständigkeit der modernen Zivilisation beteiligt war.»

Ein neues Dokument wurde auf Wunsch Morgenthaus erstellt: Die «Direktive JCS 1067» der US-Regierung an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen. Mit ihr wurden die Grundzüge der amerikanischen Besatzungspolitik festgelegt. Die Militärregierung wurde darin u.a. aufgefordert, «keine Schritte zur ökonomischen Rehabilitierung Deutschlands [oder] um die deutsche Wirtschaft zu stärken zu unternehmen». Zudem heisst es: «Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation.» Nachdem Präsident Truman Direktive JCS 1067 unterschrieben hatte, betonte Morgenthau, dass dies ein grosser Tag für das Finanzministerium gewesen sei, und dass er hoffe, «niemand würde sie mit dem Morgenthau Plan verwechseln». Dabei war es der potenzielle Sowjetagent Harry Hopkins (siehe S.9), der die Durchsetzung von JCS 1067 als Basis der Deutschlandpolitik in Kabinett und Pentagon vorantrieb. ***(tk)***

Quelle: en.wikipedia.org, Morgenthau Plan

September 1945:

«Here Is Germany» erscheint – US-Armee bezeichnet sich offen als «Eroberer»

Der US-Propagandafilm «Here Is Germany» wurde 1942 als Orientierungsfilm für US-amerikanische Soldaten konzipiert und von Regisseur Ernst Lubitsch erstellt. Im Oktober 1942 bereits fertiggestellt, wurde er jedoch von der Armee abgelehnt und daher zunächst nicht veröffentlicht. Im Februar 1944 schlug Regisseur Frank Capra vor, das Projekt wieder aufzunehmen, da der Film mit wenigen Änderungen schon sehr bald nützlich werden könne. Im Oktober 1944 bearbeitete er den Film, womit er am 5. April 1945 fertig wurde.

«Here Is Germany» wurde vom Kriegsministerium der Vereinigten Staaten (US War Department) produziert, das von der Filmproduktionsgesellschaft 20th Century Fox unterstützt wurde. Die Walt Disney Studios trugen Animationen dazu bei. Der Film wurde im September 1945 veröffentlicht, kam also zu spät für seinen ursprünglichen Zweck, zum Sieg der US-Armee beizutragen. Stattdessen wurde er dazu verwendet, der deutschen Bevölkerung im Rahmen der Umerziehung die «US-amerikanische Sicht des deutschen Charakters bezüglich seiner Geschichte von aggressiven Angriffskriegen» (1) darzustellen. So wurde er deutschen Gefangenen in den sogenannten POW-Schools (POW: Prisoner of War, also Schulen für Kriegsgefangene) vorgeführt. Im Mai 1946 wurde der Film in Kinos der amerikanischen Besatzungszone gezeigt.



Austreibung des Deutschtums

Im Eiltempo wird darin die Geschichte Deutschlands seit dem 18. Jahrhundert nacherzählt. Die Aussage: Durch Jahrhunderte der Monarchie und preussischer Obrigkeitshörigkeit seien Gewalt und Überlegenheit so fest in den Köpfen der Deutschen verankert worden, dass in zehn, zwanzig oder hundert Jahren ein neuer Führer den nächsten Krieg bringen könnte. Wie könne das verhindert werden? Ein Anfang sei gemacht: Deutschland hatte den Krieg für jeden offensichtlich verloren. Das Lehrmaterial für Schulen wurde genauso wie die gesamte Nazipropaganda zerstört, und die Inhalte des neuen Unterrichtsstoffs von den Siegermächten kontrolliert: «Neue Textbücher wurden für die deut-



sche Jugend vorbereitet [...] unter unserer Leitung, nicht der der Deutschen!»

Der Sprecher des Filmes verkündet mit hörbar stolzgeschwellter Brust: «Wir sind nicht als Befreier nach Deutschland gekommen, sondern als Eroberer! Und diesmal werden wir bleiben [...] 10 Jahre, 20 Jahre, wenn notwendig ewig.»

Im Laufe des Filmes offenbaren die Macher dann - wenig subtil - die Ziele der «Befreier», nämlich das vollständige Austreiben des Deutschtums aus dem Deutschen:

«Wir haben die Deutschen von Hitler befreit, aber wir haben sie nicht von Friedrich, Bismarck und dem Kaiser, von ihrer Geschichte und ihrer Traditionen befreit. Das müssen sie für sich selbst tun. Bis sie das tun, bleiben sie potentielle Feinde der Zivilisation.» *(tk)*

Quellen:
de.wikipedia.org, Here Is Germany
1. Clear Film on Germany, Motion Picture Daily. 09.05.1946, S. 2



Frank Capra - in den 1930er- und 1940er-Jahren zu Hollywoods populärsten und angesehensten Regisseuren zählend – erhält von General George C. Marshall die «Army Distinguished Service Medal» der US-Armee für die «ausserordentlichen Verdienste» durch seine Propagandafilme.



US-Soldaten plündern im Mai 1945 Malereien aus Schloss Neuschwanstein.

«Tausende gefährliche Nazis wurden zusammengetrieben, klassifiziert und eingesperrt. Aber der Job ist noch nicht zu Ende. Tief in der deutschen Seele, im ‚psychologischen Untergrund' schwelen die Feuer des Hasses, der Gier und der Gewalt. [...] Wenn du denkst, dass diese Deutschen sauber aussehen, anständig und harmlos – dann ERINNERE DICH. Es sind die, die den Krieg unterstützten [...] Bevor du nicht realisierst, dass der Nazismus nicht das Produkt einiger aussergewöhnlicher Individuen war, sondern tiefe Wurzeln in der deutschen Zivilisation hatte, wirst du nicht imstande sein, die wahre Bedrohung dessen zu erfassen, was du siehst. Die wahre Bedrohung der Weltsicherheit liegt in der Seele des deutschen Volkes. [...] Zentralheizung ist typisch für Deutschland, so war Buchenwald, wo Massenmorde mit typischer deutscher Gründlichkeit ausgeführt wurden. Deutsche Sauberkeit ist typisch – so sehr, dass sie aus menschlichen Körpern Seife machten. Nazi-Kunst gab der Welt Lampenschirme aus tätowierter menschlicher Haut.
[...] Das Deutschland der Nebel und schuppigen Drachen, der Räusche der Grausamkeit und des Blutes ist das gleiche Deutschland, das zwischen 1871 und 1914 eine industrielle Entwicklung durchmachte, die zu den grössten technischen Errungenschaften der modernen Welt zählt. Diese alarmierende Verbindung von romantischem Bösewicht und fähigem Geschäftsmann, vom sentimentalem Musikliebhaber und brutalem Unterdrücker hat Deutschland schon seit langem charakterisiert. Der Deutsche ist in Deutschland stets die Beute dieser wahnsinnigen Täuschung, aus der du schliessen kannst, dass die deutsche nationale Tradition (die die Seelen der Kinder formt, die in Deutschland aufwachsen) minderwertiger ist, in höchstem Grade und unleugbar minderwertiger ist als die irgendeines anderen Volkes in der modernen westlichen Welt.»

Ausschnitt aus der Broschüre «Occupation», die um die Jahreswende 1945/46 an alle amerikanischen Soldaten verteilt wurde.

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.154-155



«Es gibt nur einen Weg zur Erholung Europas, den der Produktion. Die gesamte europäische Wirtschaft ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohmaterialien und Fertigwaren verbunden. Die europäische Produktion kann ohne die Restauration des deutschen Beitrags zu dieser Produktion nicht wiedererstehen.»

Herbert Hoover, US-Präsident von 1929 bis 1933

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.171

Wie passte diese Schlüsselrolle Deutschlands in Europas Industrie mit der Behauptung der «Reeducation» zusammen, die deutsche Kultur sei «unleugbar minderwertiger als die irgendeines anderen Volkes»? War Deutschland nicht vielmehr der kulturelle Vorreiter einer fortschrittlichen westlichen Gesellschaft?

1945:

Wurden Nazis in britischen Lagern einer Gehirnwäsche unterzogen?


Ab Mai 1945 wurde von den Briten ein Internierungslager für Nationalsozialisten in Bad Fallingpostel (Niedersachsen) eingerichtet.

Jürgen Girgensohn war, obwohl er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs der SS-Division «Wiking» angehört hatte, in der BRD eine grosse Karriere in der Verwaltung beschieden. Er war u.a von 1970 bis 1983 Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Girgensohn vertrat die nach Kriegsende von den Alliierten aufoktroyierten Ideologien vorbildlich: Auch gerne als «Grossmeister der Toleranz» bezeichnet, gilt er als Vater der Gesamtschule, gegen deren zwangsweise Einführung sich damals noch erheblicher Widerstand, u.a. von der CDU, regte.

Erstaunlich, was der Historiker Götz Aly über ihn zu berichten weiss: «Jürgen Girgensohn, der 1924 geborene sozialdemokratische Bildungsminister Nordrhein-Westfalens der siebziger Jahre [...] hatte sich zur Waffen-SS gemeldet und war dort zum Rottenführer aufgestiegen. ‚Ich bin Nationalsozialist gewesen', bekannte er 1991, ‚vom Anfang meines Eintritts in das Jungvolk 1934 bis, man kann beinahe sagen, über den Krieg hinaus.' Im Nachhinein zeigte sich Girgensohn froh, dass er 1945 nicht nach Hause entlassen, sondern im britischen Umerziehungslager Fallingbostel interniert wurde, das für seine Altersjahrgänge eingerichtet worden war. Dort konnte er an geschichtlichen und philosophischen Kursen teilnehmen, die ein jüdischer Captain leitete.» [1]

Wurden möglicherweise nur diejenigen Nationalsozialisten in der BRD wiedereingegliedert und konnten hohe Posten besetzen, die davor von den Alliierten zwangsweise intensiv in Lagern umerzogen worden waren? ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Jürgen Girgensohn
1. archiv.berliner-zeitung.de, Das müssen wir erklären, 19.03.1998

April 1945:

«Intellektueller Vater» von BRD und EU tritt Division für psychologische Kriegsführung bei

Der Publizist, Soziologe und Politikwissenschaftler Eugen Kogon gilt als einer der «intellektuellen Väter» der Bundesrepublik sowie der Europäischen Union. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Kogon zunächst Berater der «Psychological Warfare Division» (PWD, siehe S.24 f.). Danach war er als freiwilliger Chronist für die US-Armee im Camp King - ein US-Militärstützpunkt im Taunus - tätig und begann im selben Jahr auch sein Buch «Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager», das 1946 veröffentlicht wurde und noch heute als Standardwerk über die NS-Verbrechen gilt. Das Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt und allein in deutscher Sprache über 500.000-mal verkauft.

Kogon bezeichnete sich selbst als Christ en katholischer Prägung, doch wollte er das Christentum mit Sozialismus verbinden. Ein Widerspruch in sich, da die Sozialisten in Russland seit Jahrzehnten einen erbarmungslosen Krieg gegen die christliche Kirche führten. Im September 1945 verfasste Kogon gemeinsam mit weiteren Persönlichkeiten, unter ihnen auch der Publizist und spätere Wegbegleiter, Kogons Walter Dirks, die Frankfurter Leitsätze. In diesem Programm der Volkspartei CDU forderten sie einen wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage und legten damit eine wichtige Grundlage für das christlich-sozialistische Gründungsprogramm der hessischen CDU und damit auch für die Ende 1946 beschlossene hessische Landesverfassung, die die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien vorsah. Er wandte sich in den 1950ern von der CDU Konrad Adenauers ab, die von Gemeineigentum und Verstaatlichung der Schlüsselindustrien nicht mehr viel wissen wollte, und setzte sich in zahlreichen Essays kritisch mit der Adenauer-Regierung auseinander.



Kogons «Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager» gilt als Standardwerk über die NS-Verbrechen.

Im Jahr 1946 gründeten Kogon und Dirks die Frankfurter Hefte, eine Zeitschrift für Kultur und Politik, die katholischen Glauben und Sozialismus vermischte. Die Frankfurter Hefte erreichten schnell eine für dama-



lige Verhältnisse sehr hohe Auflage von bis zu 75.000 Exemplaren und waren bis 1984 eine der einflussreichsten gesellschafts- und kulturpolitischen Zeitschriften der Nachkriegszeit.

Als eine Lehre aus dem Nationalsozialismus forderte Kogon auch früh eine Abkehr vom klassischen Nationalstaat und setzte sich für den Aufbau einer europäischen Republik ein. Er engagierte sich unter anderem in der Union Europäischer Föderalisten (UEF) und in der Europa-Union Deutschland, deren erster Präsident er von 1949 bis 1954 war. ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Eugen Kogon

« […] die Siegermächte wollten die deutsche, politische und kulturelle Vergangenheit zielbewusst begraben.»

Paul Gottfried, US-amerikanischer Politikwissenschaftler

Foto: Gage Skidmore

Quelle: web.archive.org; Im Gespräch mit Paul Gottfried über Obama, Liberalismus und «Weltdemokratie», 02.03.2009

18. Oktober 1945: Die Evangelische Kirche in Deutschland bekennt sich schuldig



JANUAR 1946

Verordnungs- und Nachrichtenblatt

AMTLICHES ORGAN DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND

Veröffentlicht unter der Zulassung Nr. US-W-1006 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung.

Die Stuttgarter Erklärung

Der Rat der EKD. begrüßt bei seiner Sitzung am 18/19. Oktober 1945 in Stuttgart Vertreter des
Oekumenischen Rates der Kirchen:
„Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volke nicht
großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schu
Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Län
den. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im
Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen
der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefu
klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht frö
nicht brennender geliebt haben.
Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf
mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie dar
bensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem
und Barmherzigkeit, daß er unsere Kirchen als sein Werkzeug brauchen und ihne
geben wird, sein Wort zu verkündigen und seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei un
und bei unserem ganzen Volk.
Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den andern Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.
Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann.
So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: „Veni, creator spiritus!"

Stuttgart, 18/19. Oktober 1945.

gez. D. Wurm, Asmussen DD., D. Meiser, Dr. Lilje, Hahn, Held, Dr. Heinemann, Smend D. Dr., Dibelius, Martin Niemöller, Lic. Niesel

Tagung des Rates der EKD am 18. u. 19.10.1945

Am 18. und 19. Oktober tagte in Stuttgart der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum zweiten Male seit seiner Begründung in Treysa. Elf von den zwölf Mitgliedern waren anwesend.
Die Tagung erhielt ihre besondere Bedeutung durch die Anwesenheit mehrerer offizieller Vertreter des Oekumenischen Rates in Stuttgart, mit denen amtliche und private Besprechungen gepflogen wurden. Die Mitglieder des Rates D. Wurm, Niemöller DD. und Asmussen DD. gaben Erklärungen ab, die in einer von allen Ratsmitgliedern unterschriebenen amtlichen Erklärung zusammengefaßt wurden. Vertreter der Oekumene, der Bischof von Chichester, der Generalsekretär Visser t'Hooft, Professor Krämer, Pastor Pierre Maury, Professor Cavert und Pastor Michelfelder antworteten mit herzbewegenden Erklärungen. Der Rat der EKD nahm die Aufforderung der Oekumene, dem Oeku-

Das «Stuttgarter Schuldbekenntnis» vom 19.10.1945

In Deutschland konnten sich 1945 praktisch nur die Kirchen öffentlich artikulieren, nachdem der deutsche Staat bloss noch auf dem Papier existierte und freie Medien zunächst nicht zugelassen waren. Die Vorstellung einer deutschen Kollektivschuld fand ihren Niederschlag in dem sogenannten «Stuttgarter Schuldbekenntnis» der Evangelischen Kirche in Deutschland, dessen Kernsatz lautet:

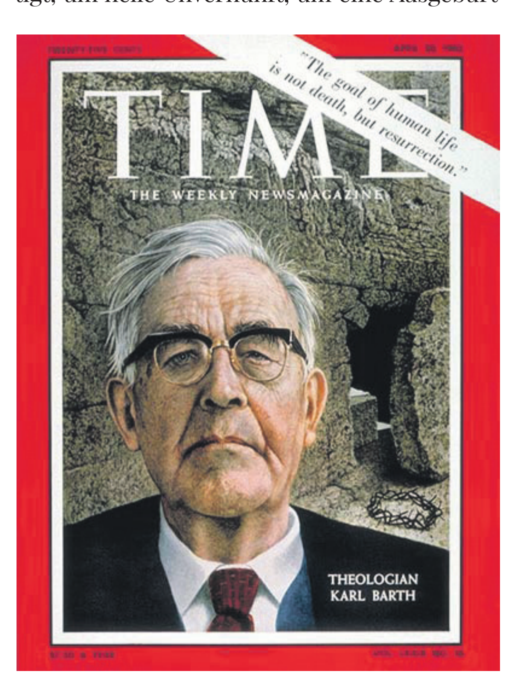
«Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden.»

Einzelne konkrete Verbrechen der Kirche wurden darin nicht benannt. Die Kirche bedauerte lediglich, nicht genug Widerstand gegen das Naziregime geleistet zu haben: «Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.» Aus der Unterwerfung der Kirchen unter eine totalitäre Diktatur, wie sie nur allzu oft in der Geschichte stattfand, wurde in dem Bekenntnis also kurzerhand ein Verbrechen gemacht, so als habe die Evangelische Kirche den Krieg geplant und durchgeführt. Eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

Wie kam es zum Schuldbekenntnis?

Eine der treibenden Kräfte zu dieser Erklärung war der aus Basel stammende Theologe Karl Barth, der 1935 von seinem Lehrstuhl in Bonn in die Schweiz zurückgekehrt war. Er hatte schon 1934 erklärt, dass der damalige Kirchenkampf sich weniger gegen das NS-Regime als gegen den falschen Weg der Geschichte der Deutschen im allgemeinen und der Evangelischen Kirche in Deutschland im besonderen zu richten habe. Als überzeugter Sozialist und ausgesprochener Marxismusfreund hatte er 1918/19 die Novemberrevolution in Deutschland begrüsst. Dazu schrieb er, er hoffe auf «die erfüllende geschichtliche Stunde […], wo die jetzt verlöschende Glut des marxistischen Dogmas als Weltwahrheit neu aufleuchten, wo die sozialistische Kirche in einer sozialistischen Welt auferstehen wird». [1]

Selbst nach den Vertreibungsverbrechen von 1945 und Stalins Schreckensherrschaft in Osteuropa nahm Barth für die Sowjets in einer ausgesprochen politischen und für die Öffentlichkeit gemeinten Rede im Berner Münster 1949 Stellung und erklärte unter Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit dabei: «Und dann kann man vom Kommunismus eben das nicht sagen, was man vom Nationalsozialismus vor zehn Jahren sagen musste: Dass es sich bei dem, was er meint und beabsichtigt, um helle Unvernunft, um eine Ausgeburt



Der marxistisch orientierte Theologe Karl Barth auf dem Cover des Time-Magazins. Er war eine der treibenden Kräfte des Schuldbekenntnisses.



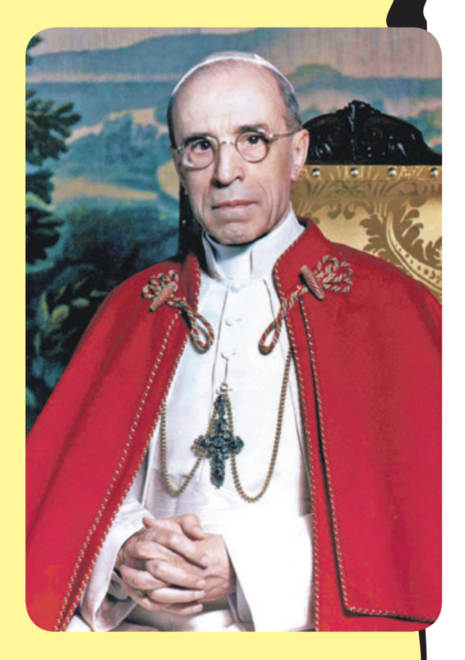
«Es gehen verhängnisvolle Irrtümer um, die einen Menschen für schuldig und verantwortlich erklären nur deshalb, weil er Glied oder Teil irgendeiner Gemeinschaft ist, ohne dass man sich die Mühe nimmt, nachzufragen und nachzuforschen, ob bei ihm wirklich eine persönliche Tat- oder Unterlassungsschuld vorliege.»

(in seiner Ansprache an das Hl. Kollegium vom 20. Februar 1946)

«[...] was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluss zu nehmen.» (vor der Pax-Christi-Bewegung am 13. September 1952)

Pius XII., Papst von 1939 bis 1958

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.44



des Wahnsinns und Verbrechens handelt. Es entbehrt nun wirklich allen Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem Gedankengut des Dritten Reiches, wenn man einen Mann von dem Format von Josef Stalin mit solchen Scharlatanen wie Hitler, Göring, Hess, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg, Streicher usw. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjetrussland – es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise – angefasst worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefasst haben: der sozialen Frage.» [2] Gegenüber dem nicht zu leugnenden Terror der Sowjets meinte er gar verharmlosend, man müsse eben beim Bolschewismus unterscheiden «zwischen seinen totalitären Greueln als solchen und dem, was dabei positiv gemeint und beabsichtigt ist». [3]

Geheimdienstagent erpresst Kirche

Eine weitere zentrale Figur war der Holländer Willem Adolf Visser 't Hooft, Generalsekretär des seit 1938 in Gründung befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), der während des Zweiten Weltkriegs in Genf ein Büro des holländischen und englischen Geheimdienstes leitete. [4] Er war also während des Krieges englischer Spitzel. [5]

Nachdem schon während des Zweiten Weltkrieges von der Leitung des ÖRK Bischoff George Bell aus Grossbritannien und Willem Adolf Visser 't Hooft aus den Niederlanden mit dem deutschen Pastor Dietrich Bonhoeffer von der evangelischen Kirche über eine gewünschte Schulderklärung gesprochen hatten, verstärkte sich der Druck auf die deutschen Theologen nach Kriegsende. Am 28. September 1945 schrieb Barth an Pastor Martin Niemöller, einen der massgeblichen Mitverfasser und Mitbetreiber der späteren Schulderklärung, in das am Boden liegende und hungernde Deutschland: «Wir brauchen ein Wort, in dem es unter anderem heissen müsste: Die vorläufige Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland erklärt, dass das deutsche Volk sich auf einem Irrweg befand, als es sich 1933 politisch in die Hände von Adolf Hitler begab. Sie erkennt und erklärt, dass sich die Evangelische Kirche in Deutschland durch falsches Reden und falsches Schweigen an dem Irrtum verantwortlich gemacht hat.» [6]

Vor der Stuttgarter Erklärung hatte Visser 't Hooft ebenso an den kurz darauf zum EKD-Ratsvorsitzenden ernannten Bischof Otto Dibelius geschrieben und dabei praktisch eine Schulderklärung vor der Wiederaufnahme der Deutschen in die kirchliche Gemeinschaft gefordert: «Sie dürfen darauf rechnen, dass wir von uns aus alles tun werden, um die Gemeinschaft wiederaufzunehmen. [...] Dieses Gespräch wird aber sehr viel leichter sein, wenn die bekennende Kirche Deutschlands sehr offen spricht – nicht nur über die Missetaten der Nazis, sondern auch besonders über die Unterlassungssünden des Deutschen Volkes einschliesslich der Kirche.»

«Es ist eine Verleugnung der Gerechtigkeit und der Liebe, wenn man uns alle, jeden deutschen Menschen für mitschuldig an jenen Verbrechen und darum für strafwürdig erklärt. Die unvermeidlichen Kriegsfolgen, das Leid um unsere Toten, um unsere zerstörten Städte, Wohnungen und Kirchen wollen wir annehmen und mit Gottes Hilfe geduldig tragen. Nicht aber ungerechte Beschuldigung und Bestrafung für Geschehnisse, unter deren Willkür, Ungerechtigkeit und Grausamkeit wir selbst durch lange Jahre geseufzt und schwer gelitten haben.»

Clemens August Graf von Galen, von 1933 bis 1946 Bischof von Münster, in einer Ansprache am 01.06.1945

Quelle: F. W. Rothenspieler, Der Gedanke einer Kollektivschuld in juristischer Sicht, Berlin, 1982, S.196





Grundlage der Kollektivschuldthese

Der deutsche Theologe Werner Petersmann erklärte später öffentlich, dass das Schuldbekenntnis dem deutschen Rat der Evangelischen Kirche vom Weltkirchenrat aufgedrängt worden war als Bedingung für Hilfe beim Wiederaufbau. Wie schon mehrfach von alliierter Seite praktiziert, wurden die Kirchenvertreter schlicht erpresst. Die deutschen Kirchenvertreter beugten sich schliesslich diesem Ansinnen angesichts der deutschen Not, in der Hoffnung auch auf materielle Hilfe.

Bezeichnenderweise erhielt Visser 't Hooft 1966 (mit Bischof Bell) den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche. Somit kann man sagen, dass die sogenannte Schulderklärung nicht aus eigener Initiative der EKD entstand, sondern dieser unter ökumenischer Erpressung abgenötigt wurde. Grotesk ist die Tatsache, dass sich die EKD zum Sprecher des deutschen Volks machte, obwohl die Hälfte des Volks aus Katholiken und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften bestand.



Der (ehemalige?) britische Geheimdienstagent Willem Adolph Visser 't Hooft bei seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1966.

Einige der Unterzeichner hatten vorher noch die durchaus berechtigten Bedenken geäussert, dass durch solch eine Erklärung das Bekenntnis einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausgesprochen werden könne, wozu sie nicht beitragen wollten. Sie wurden von dem wortgewandten Visser 't Hooft mit der Versicherung beruhigt: «Die Ökumene ist nun verpflichtet, alles Missverständnis und jeden Missbrauch auszuschliessen.» Und die Christen trauten dieser Zusicherung in ihrer Gutgläubigkeit.

Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, dass im Anschluss daran dieses Schuldbekenntnis politisch missbraucht wurde und im Narrativ der BRD bis heute eine grosse Rolle spielt. ***(tk)***

Quellen:

de.wikipedia.org, Stuttgarter Schuldbekenntnis
1. Karl Barth, Der Römerbrief, 1919
2. Karl Barth, Die Kirche zwischen Ost und West, Vortrag von 1949
3. Ebenda
4. Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit - Ein Lebensbericht, Propyläen, Berlin, 1981
5. Willem Adolf Visser 't Hooft, Die Welt war meine Gemeinde, R. Piper u. Co., München, 1972
6. Theologisches Lexikon, Berlin (Ost), 1978, S. 387

1945-1949: Auswahl der deutschen Lizenzträger nach tiefenpsychologischen Kriterien

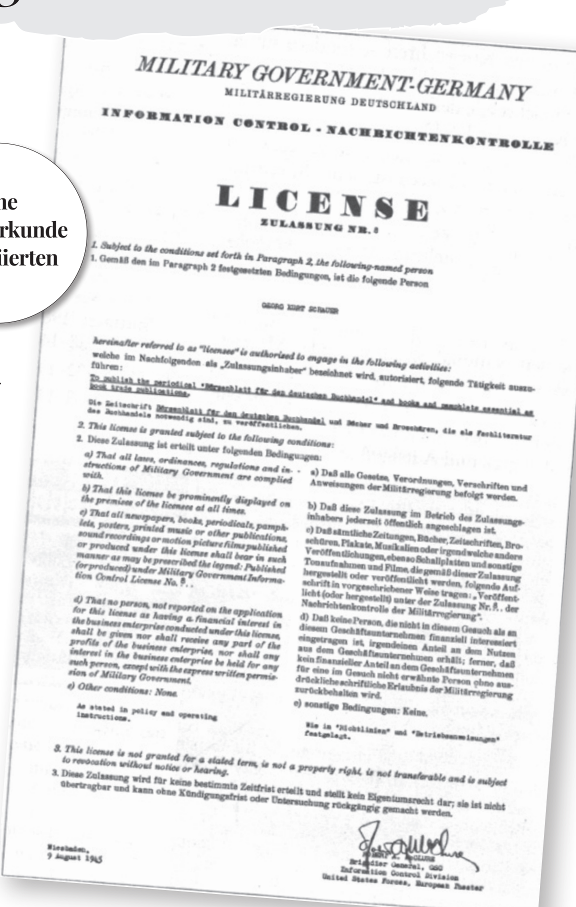
Unmittelbar nach der Besetzung Deutschlands erliessen die alliierten Streitkräfte durch das SHAEF-Gesetz 191 am 12.05.1945 ein allgemeines Verbot von medialen Veröffentlichungen und Auftritten jeglicher Art (Zeitungen, Plakate, Poster, Bücher, Konzerte, Filme, Radioprogramme, Zirkusse, Theater, Opern usw.). Für die Weiterführung all dieser Tätigkeiten wurden Zulassungen der Alliierten erteilt. Für diese Zulassungen setzte sich der amerikanische Sprachgebrauch (licence) durch, man sagte Lizenz. Nur wer eine Lizenz hatte, durfte sein Wort an die Öffentlichkeit richten. Der Autor Caspar von Schrenck-Notzing schreibt über diese frühen «Lizenzträger»: «In der Tat war unter den Lizenzträgern nur ein einziger im weitesten Sinne dem nationalen Lager der Weimarer Zeit zuzuzählen, der Lizenzträger Joseph E. Drexel (‚Nürnberger Nachrichten'), der als Nationalbolschewist eben dem genannten pro-östlichen Sektor der deutschen konservativen Meinung angehörte. Alle übrigen gehörten entweder der sozialistischen oder liberalen Linken an, oder (das war die Alternative der ersten Nachkriegszeit) der klerikal-föderativen Richtung [...]»

Das Screening Center

Die Auskundschaftung künftiger Lizenzträger wurde dafür bestellten «vetters» (Prüfern) überlassen, die auf Grund von Fragebögen und persönlichen Interviews die Eignung der Antragsteller zu prüfen hatten. Der Umfang der Lizenzierungstätigkeit (vom Zirkusdirektor zum Zeitungsherausgeber) und die relativ geringe Zeit, die auf den Antragsteller verwendet werden konnte, liess es wünschenswert erscheinen, die getroffene Auswahl noch einmal gründlich zu durchleuchten. Diese Tätigkeit wurde dem «ICD Screening Center» in Bad Orb überlassen.

Gründer des Screening Center war der New Yorker Psychiater David Mardochai Levy, einer der führenden amerikanischen Psychoanalytiker. Er war im Sommer 1945 auf Einladung der ICD (siehe S.25) in Deutschland eingetroffen und hatte sich an der Schule des OSS (siehe S.18 f.) in Bad Orb niedergelassen, wo deutsche Hilfswillige für den ameri-

Eine Lizenzurkunde der Alliierten



MILITARY GOVERNMENT-GERMANY
MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND
INFORMATION CONTROL - NACHRICHTENKONTROLLE

LICENSE
ZULASSUNG NR. 8

1. Subject to the conditions set forth in Paragraph 2, the following-named person
1. Gemäß den im Paragraph 2 festgesetzten Bedingungen, ist die folgende Person

GEORG KURT SCHAUER

hereinafter referred to as "licensee" is authorised to engage in the following activities:
welche im Nachfolgenden als „Zulassungsinhaber" bezeichnet wird, autorisiert, folgende Tätigkeit auszuführen:

To publish the periodical "Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" and books and pamphlets essential as book trade publications.

Die Zeitschrift Börsenblatt für den deutschen Buchhandel und Bücher und Broschüren, die als Fachliteratur des Buchhandels notwendig sind, zu veröffentlichen.

2. This license is granted subject to the following conditions:
2. Diese Zulassung ist erteilt unter folgenden Bedingungen:

a) That all laws, ordinances, regulations and instructions of Military Government are complied with.
a) Daß alle Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Anweisungen der Militärregierung befolgt werden.

b) That this license be prominently displayed on the premises of the licensee at all times.
b) Daß diese Zulassung im Betrieb des Zulassungsinhabers jederzeit öffentlich angeschlagen ist.

c) That all newspapers, books, periodicals, pamphlets, posters, printed music or other publications, sound recordings or motion picture films published or produced under this license shall bear in such manner as may be prescribed the legend: Published (or produced) under Military Government Information Control License No. 8.
c) Daß sämtliche Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Musikalien oder irgendwelche andere Veröffentlichungen, ebenso Schallplatten und sonstige Tonaufnahmen und Filme, die gemäß dieser Zulassung hergestellt oder veröffentlicht werden, folgende Aufschrift in vorgeschriebener Weise tragen: „Veröffentlicht (oder hergestellt) unter der Zulassung Nr. 8 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung".

d) That no person, not reported on the application for this license as having a financial interest in the business enterprise conducted under this license, shall be given nor shall receive any part of the profits of the business enterprise, nor shall any interest in the business enterprise be held for any such person, except with the express written permission of Military Government.
d) Daß keine Person, die nicht in diesem Gesuch als an diesem Geschäftsunternehmen finanziell interessiert eingetragen ist, irgendeinen Anteil an dem Nutzen aus dem Geschäftsunternehmen erhält; ferner, daß kein finanzieller Anteil an dem Geschäftsunternehmen für eine im Gesuch nicht erwähnte Person ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis der Militärregierung zurückbehalten wird.

e) Other conditions: None.
e) sonstige Bedingungen: Keine.

As stated in policy and operating instructions.
Wie in "Richtlinien" und "Betriebsanweisungen" festgelegt.

3. This license is not granted for a stated term, is not a property right, is not transferable and is subject to revocation without notice or hearing.
3. Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeitfrist erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden.

Wiesbaden,
9 August 1945

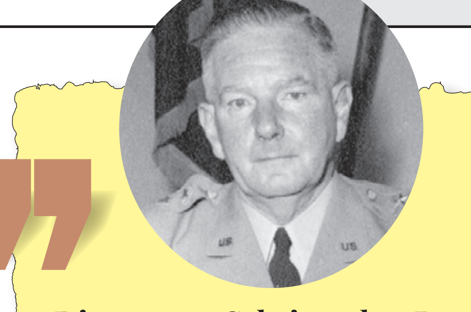
ROBERT A. McCLURE
Brigadier General, GSC
Information Control Division
United States Forces, European Theater

kanischen Nachrichtendienst ausgebildet wurden, denen vor allem die Nachprüfung von Angaben in Fragebögen oblag. Im Oktober 1945 kam es dann zur Errichtung des Screening Center in Bad Orb, das später dem ICD-Hauptquartier in Bad Homburg angeschlossen wurde.

Der Stab des Screening Center bestand aus einem nachrichtendienstlichen Spezialisten für Nationalsozialismus (Mr. Ernest Rott), einem Psychologen und einem Psychiater (David Mardochai Levy, später Bertram Schaffner). Zuerst liess man die potenziellen Lizenzträger zwei Aufsätze mit dem Thema «Meine Gefühle in der Nazizeit» und **«Die Kollektivschuld des deutschen Volkes»** verfassen. Dann wurde der Lizenzkandidat von Mr. Ernest Rott interviewt, der über das Dritte Reich genau bescheid zu wissen glaubte. Einem Theaterdirektor, der zwei Nazistücke aufgeführt hatte, habe er nachgewiesen, dass dieser nicht unter Zwang gehandelt habe, da er an einem Göring-Theater, wo solche Verpflichtungen nicht bestanden hätten, beschäftigt war und nicht an einem Goebbels-Theater. Der Theaterdirektor war somit lizenzunwürdig. Die Lizenzkandidaten mussten weiter 40 halbe Sätze vollenden, was ermöglichte, sie je nach dem Ergebnis sieben Stufen von «ausserordentlich demokratisch» bis «ausserordentlich undemokratisch» einzustufen.

Entnazifizierung nicht ausreichend

Auch der Psychologe hatte Arbeit. Der vielleicht künftige Lizenzträger musste sich zunächst einem Intelligenztest und einem Rorschach-Test unterwerfen. Schliesslich hatte sich der Lizenzkandidat einem psychiatrischen Tiefeninterview zu unterziehen, das «sich mit der Familie und der sozialen Umwelt des Kandidaten befasst und versucht, die Faktoren festzustellen, die seine politische und soziale Haltung beeinflusst und seine Persönlichkeit entwickelt haben. Die Motive für sein Handeln werden untersucht und festgestellt, wieviel Freiheit ihm gegeben werden kann und ob er als positive und kompromisslose Kraft vertrauenswürdig ist.» Des Weiteren hatte der Psychiater festzustellen, ob der Lizenzkandidat im politischen Interview die Wahrheit gesagt hatte und ob die Eigenschaften des Kandidaten der ihm zu übertragenden Aufgabe entsprachen. Schliesslich besprach der Stab den Kandidaten, und der Leiter schrieb einen Bericht, in dem der Kandidat in die Klassen Weiss A (einwandfreier Antinazi, der von den Nazis verfolgt wurde), Weiss B (Antinazi, der keinen aktiven Widerstand leistete), Grau – tragbar (Nichtnazi, der sich durch Konzessionen an die Nazis kompromittierte), Grau – nicht tragbar (Nichtnazi, der von den Nazis profitierte und mit ihnen zusammenarbeitete), Schwarz (Nichtmitglied der NSDAP, das trotzdem an deren Grundsätze glaubte und für offizielle Nazi-Organisationen arbeitete) eingeteilt wurde.



«Die ersten Schritte der Reeducation werden sich streng darauf beschränken, den Deutschen unwiderlegbare Fakten zu präsentieren, um ein Bewusstsein von Deutschlands Kriegsschuld zu erzeugen sowie einer Kollektivschuld für solche Verbrechen, wie sie in den Konzentrationslagern begangen wurden.»

Robert A. McClure, Leiter der Information Control Division (ICD)

Quelle: de.wikipedia.org, Kollektivschuld

Das Screening Center war gegen eine alleinige Entnazifizierung, da diese die logische Voraussetzung hatte, dass die Mitglieder der NSDAP eine kleine und unterscheidbare Gruppe waren, deren Entfernung das politische Leben «demokratisieren» würde. Dies sei nach Meinung der Mitarbeiter des Screening Centers gefährlich, da damit der «organische Zusammenhang zwischen Nazismus und Germanismus verkannt» werde. Wesentlich wäre, dass Persönlichkeit und Charakterstruktur den Deutschen vom Nichtdeutschen unterschieden. Die Transformation Deutschlands müsse viel weiter gehen: **«Die Änderung der deutschen Psychologie ist die Hauptaufgabe der Militärregierung»**, wie Levy sich ausdrückte.

Die Lizenzkandidaten waren alle im Vorfeld von «vetters» ausgesucht worden, formell waren sie alle kaum oder gar nicht durch Verbindungen zur NS-Diktatur belastet. Wenn sie trotzdem als Lizenzträger abgelehnt wurden, so spielte hier das Motto der Psychologen «Antinazis sind auch Deutsche» eine Rolle. Das heisst, auch der politisch Unbelastete konnte psychologisch belastet sein, sofern er eben einen deutschen Charakter besass. So war z.B. der «reaktionäre Antinazi» als Lizenzträger ausgeschlossen.

Frankfurter Schule lässt grüssen

Vor allem die Einstellung zur Familie konnte die Chance auf eine Lizenz steigern oder verringern. Die Mitarbeiter des Screening Centers glaubten, Adolf Hitler habe nichts weiter zu tun brauchen, als die deutsche Familienordnung auf den Staat zu übertragen. Die deutsche Familie sei durch die Autorität des Vaters bestimmt. Dieser sei allmächtig, allwissend und allgegenwärtig. Er









«Diese Schandtaten: Eure Schuld!», Propagandaposter der US-Militärregierung, das 1945 in der amerikanischen Besatzungszone verteilt wurde.



zwinge die Familie, auch unkluge Entscheidungen zu akzeptieren, nur um als Hüter der abstrakten Autorität diese zu bewahren. Die deutsche Familie sei ein Echo des Mannes. Sie habe die vorwiegend männlichen Werte akzeptiert und fürchte jeden Wechsel, der sie zwinge, mit dem Mann zu konkurrieren, statt ihm zu dienen. «Vom Kind gar wird erwartet, dass es den Eltern gegenüber abhängig, unterwürfig und exhibitionistisch ist, indem es seine Unterwürfigkeit durch Händeschütteln, Hackenschlagen und ‚korrektes' Benehmen exhibiert,» so ein Dokument des Screening Centers.

Diese erzwungene Passivität des deutschen Kindes sei der Faktor, «der die Aggressivität, Härte und sogar Grausamkeit des deutschen Erwachsenen» hervorbringe. Disziplin, Ordnung, Sauberkeit und Männlichkeit seien die vier Prinzipien der deutschen Erziehung, auf denen dann auch der deutsche Staat errichtet worden sei. Falls ein Kind diese Grundprinzipien nicht erlernt habe, sei es für die Gesellschaft nicht geeignet gewesen. Es sei unglücklich geworden und in passive Opposition oder aktiven Widerstand zum Elternhaus zunächst, zu Staat und Gesellschaft später gegangen.

Da aber die Eigenschaften, die zur Unangepasstheit in der deutschen Gesellschaft geführt hätten, die Angepasstheit in der Weltgesellschaft bedeuten würden, müsse es die Aufgabe des Screening Center sein, diese Unangepassten zu suchen.

Der Preis einer Lizenz ging in den meisten Fällen an die Lebensgeschichte, die den gewünschten sozialistischen Einschlag hatte, während als negativ gewisse «blinde Stellen» für den Autoritarismus in der Familie in der Beurteilung genannt wurden. In einer Tabelle führte der spätere Chefpsychiater Bertram Schaffner den Anteil der Lizenzkandidaten, die gegen ihre Eltern revoltierten, in den Beurteilungsklassen auf: Schwarz (0%), Grau – untragbar (15%), Grau – tragbar (25%), Weiss B (30%), Weiss A (45%). Je mehr man sich gegen die Eltern aufgelehnt hatte, desto höher war die Chance auf eine Lizenz.

Die Frage nach dem Zeitpunkt der Aufnahme des Geschlechtsverkehrs ermöglichte es, den Grad der demokratischen Gesinnung zu messen. Je früher der Zeitpunkt lag, desto demokratischer war die Gesinnung. Diese intimsten aller intimsten Fragen wurden wohlgemerkt im Namen der US-Regierung gestellt. ***(tk)***

Quelle:
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.115-120



Die Rebellion gegen die eigene Familie in jungen Jahren erhöhte die Chance auf eine Lizenz für die Anwärter.

> **«In vielen Städten wurden Amerikahäuser errichtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die ‚reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, dass die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die ‚Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.»**
>
> *Roswin Finkenzeller, Journalist, u.a. FAZ und BR*
>
> Quelle: Bayern bezahlt Amerika, FAZ, 07.10.2001

FAZIT

Die systematische Vermischung von Nazismus und deutschem Volk während der «Reeducation» zeigt, dass genau wie der Zweite Weltkrieg auch die Umerziehung nicht gegen den Nazismus gerichtet war, sondern aus einem ideologischen Hass heraus gegen Deutschland bzw. die deutsche Bevölkerung.

Die Widerlegung der Kollektivschuld des deutschen Volks am Zweiten Weltkrieg

Zwar wurde die These der Alleinschuld Deutschlands an den zwei Weltkriegen schon in Ausgabe 28 der ExpressZeitung widerlegt. Doch selbst wenn die Behauptung der deutschen Alleinschuld wahr wäre, würde die nach dem Krieg entworfene Kollektivschuldthese jeder Grundlage entbehren.

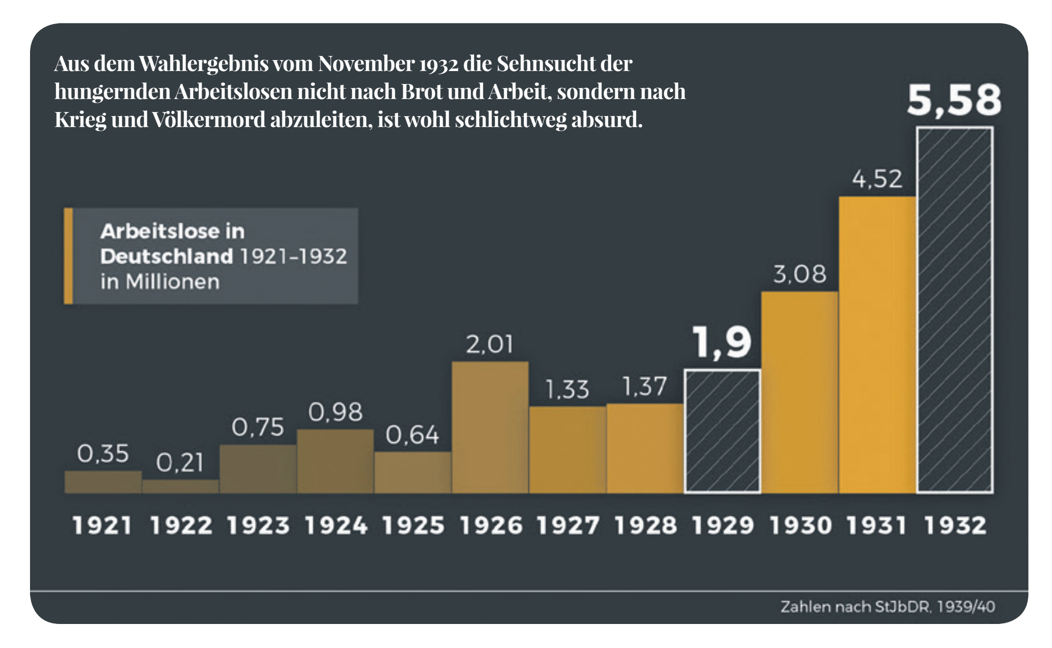
Wesentlicher Inhalt der Kollektivschuldthese ist der Vorwurf, «die Deutschen» hätten

a) Hitler gewählt, obwohl sie wussten, was die Wahl bedeutete,
b) sie hätten den Weltkrieg herbeigewünscht und
c) Verbrechen des Nationalsozialismus aktiv gefördert oder zumindest gebilligt.
d) Ausserdem seien sie blinde Gefolgsleute Hitlers gewesen und hätten es unterlassen, Hitler rechtzeitig zu stürzen.

a) Wahl Hitlers

Der Schuldspruch beginnt mit der Feststellung, «die Deutschen» hätten Hitler gewählt. Dazu ist zu bemerken, dass die Nazipartei bei den letzten freien Wahlen am 6. November 1932 nur 33% der Stimmen bekam. Die Wahlen vom März 1933, bei denen Hitler über 43% für sich verbuchen konnte, werden von den meisten Historikern nicht mehr zu den freien Wahlen gezählt, weil damals schon aufgrund der «Verordnung zum Schutz von Volk und Staat» die wichtigsten verfassungsmässigen Rechte nicht mehr galten; die starke Kommunistische Partei war verboten und Hitler Kanzler einer Koalition rechter Parteien; offiziell herrschte der Ausnahmezustand.

Um die Wahlergebnisse zu deuten, muss man den zeitgeschichtlichen Hintergrund



sehen, und der war Anfang der 30er Jahre mehr als düster: Nicht nur die Weltwirtschaftskrise, auch der grimmige «Frieden» von Versailles, die französische Rheinlandbesetzung und die untragbaren Reparationen hatten das Land ruiniert. Der langjährige Ministerpräsident von Preussen, Otto Braun (SPD), urteilte: «Tatsächlich wurde im Mai 1919 in Versailles die Axt an die Wurzel der Weimarer Republik und die Giftsaat des neuen Nationalismus in den deutschen Boden gelegt. Sie [...] brachte die Weimarer Republik zum Erliegen.» **Und der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, meinte: «Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles.»**

Im September 1932 zählte man fünf Millionen Arbeitslose, im Januar 1933 sechs Millionen. Der Lebensstandard des Jahres 1933 war auf den Stand von 1882 zurückgefallen. Blutige Strassenschlachten mit zahlreichen Toten und Verletzten waren an der Tagesordnung. Wenn man bedenkt, dass zum Beispiel die italienischen Kommunisten 1976 in einer Zeit relativer Prosperität und Ruhe 34% der Stimmen erringen konnten, dann erscheinen die 33% der Nazistimmen bei der letzten freien Wahl äusserst bescheiden. Es kommt hinzu, dass der Kommunismus den Wählern der Nachkriegszeit schon millionenfache Proben seines blutigen Könnens geliefert hatte, während der Nationalsozialismus als neue Partei für die meisten ein unbeschriebenes Blatt war. Aus dem Wahlergebnis vom November 1932 die Sehnsucht der hungernden Arbeitslosen nicht nach Brot und Arbeit, sondern nach Krieg und Völkermord abzuleiten, ist wohl schlichtweg absurd.

Hitler weltweit geschätzt

Grosse westeuropäische Zeitungen hatten am Vorabend der «braunen» Machtergreifung dringend empfohlen, die NSDAP als relativ stärkste Partei an der Regierung zu beteiligen. Auch aus dem Mund ausländischer Politiker war auf das Stichwort «Hitler» Erstaunliches zu hören; so sprach Churchill von ihm 1935 in Worten der Bewunderung «für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder sie zu überwinden». Noch 1938 meinte er, die bisherigen Leistungen des «Führers» seien weltgeschichtlich als Wunder anzusprechen; wenn Grossbritannien im Krieg unterlegen wäre, hätte er gewünscht, dass es einen Hitler gefunden hätte, damit dieser es zurück zu der ihm gebührenden Stellung unter den Nationen geführt hätte. Der amerikanische Präsident Herbert Hoover, der britische Aussenminister Sir John Simon und Avery Brundage, Präsident des Amerikanischen Olympischen Komitees, fanden bis weit in die 30er Jahre hinein respektvolle Worte für die Leistungen des Diktators, und der britische Expremier Lloyd George betrachtete Hitler als den grössten lebenden Deutschen, einen deutschen George Washington.

Einer der vielen internationalen Freunde Hitlers: Prinz Edward VIII., vom Januar 1936 bis zu seiner Abdankung im Dezember desselben Jahres König Grossbritanniens.

Auch auf dem europäischen Festland war man teilweise sehr optimistisch. Der französische Aussenminister Barthou zum Beispiel sah in dem Diktator einen «wahren Friedensfreund», während sein Landsmann, der Schriftsteller Jules Romains, ihn als «Genie»


Arbeitslosenschlange in Hannover 1930. Die Deutschen sehnten sich nach Arbeit und Brot, und nicht nach Krieg.



betrachtete. Ähnlich zahlreich sind die Äusserungen europäischer und amerikanischer Prominenz über Hitlers Charme, Intelligenz, seine angenehmen Umgangsformen, sein entwaffnendes Lächeln usw. [1]

b) Wunsch der Deutschen nach Weltkrieg

Aber haben nicht die Deutschen 1939 ihre angeborene Kriegslust bewiesen und damit eine 2000jährige Tradition fortgesetzt? Hat nicht der preussische Militarismus zum Krieg gedrängt?

Interessante Einblicke in die Stimmung auf der Strasse gewähren unter anderem die Berichte des Schweizer Schriftstellers Carl J. Burckhardt, der als Hoher Kommissar des Völkerbunds in Danzig ungewöhnlich gut über die Zeichen der Zeit informiert war. In einem Brief vom 20. August 1938 schreibt er über die Stimmung in Deutschland: «Derjenige, der das nicht erlebt hat, kann sich keine Vorstellung machen von dem Entsetzen, ja von der Verzweiflung der Massen, als man wieder anfing, von Krieg zu reden, als beispielsweise die Pferderequisition einsetzte [...] Das Geflüster von gestern wird heute zum offenen rebellischen Ausspruch. Nie habe ich so deutlich gespürt, dass die Völker für die Verbrechen ihrer Führer nicht verantwortlich sind.»

Interessant sind auch die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS (SD) zu diesem Thema. Als zum Beispiel im Oktober 1939 Gerüchte über einen Waffenstillstand aufkamen, wurde notiert: «In verschiedenen Betrieben führte die Mitteilung dieses Gerüchts zu längeren Arbeitspausen, da die Belegschaften sich über die angeblich neue Lage unterhielten. In Berlin kam es stellenweise auf Strassen und Plätzen zu freudigen Kundgebungen der Menschen, welche die Nachricht für wahr hielten [...] Auch in der Berliner Universität wurde am Schluss einer grossen Nachmittagsvorlesung das Gerücht als Tatsache bekanntgegeben. Die Mitteilung veranlasste die Studenten zu Begeisterungskundgebungen [...] Erst durch die gestern gegen Mittag durch die Sondermeldung des deutschen Rundfunks erfolgende Widerlegung der Gerüchte wurde deren Verbreitung ein Ende gesetzt. Das Dementi hatte verschiedentlich eine tiefe Niedergeschlagenheit derjenigen, die fest an die Wahrheit der durch das Gerücht verbreiteten Behauptungen geglaubt hatten, zur Folge.»

> «Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.»
>
> *Winston Churchill am 03. September 1939 über die britische Kriegserklärung an Deutschland*
>
> Quelle: zeit.de, Der 20. Juli 1944: Ein vergessener Tag



Wäre das Hinterfragen von Befehlen in einer angeblich «freien Demokratie» wie den USA nicht deutlich einfacher als in Nazi-Deutschland? Warum wurden trotzdem Millionen unschuldiger Zivilisten von US-Kriegen dahingerafft?

Es erscheint kaum verständlich, wie die Legende von der deutschen Kriegsbegeisterung entstehen konnte. Waren es die Erinnerungen an die echte Kriegsbegeisterung, die 1914 Berlin ebenso wie Paris und andere europäische Metropolen erfasst hatte? War es die grossdeutsche Wochenschau, die den endlosen Jubel und das Sieg-Heil-Geschrei fanatisierter NS-Parteitage als Stimme des Volkes ausgab? Oder war es schlicht und einfach Propaganda, die von den ganz und gar nicht friedlichen Strategien Churchills ablenken sollte? Immerhin hatte der Premierminister schon am 3. Dezember 1940 – als es nur einen deutsch-englischen, aber noch keinen «Weltkrieg» gab – einen Friedensplan des renommierten Militärhistorikers Lidell Hart mit den Worten abgelehnt: «Mir scheint, dass er eher ins Irrenhaus gehört.» [2]

c) Billigung nationalsozialistischer Verbrechen

Es ist allgemein anerkannt, dass es sich bei Nazi-Deutschland um eine totalitäre Diktatur gehandelt hatte. Aber seit wann ist eine totalitäre Diktatur legitimiert, im Namen des Volkes zu handeln. Schliessen sich totalitäre Diktatur und Kollektivschuld nicht gegenseitig aus? Es wäre naiv anzunehmen, in einer Diktatur mit totaler Informationskontrolle würden die Spatzen Staatsgeheimnisse und Verbrechen der Anführer nur so von den Dächern pfeifen. Die meisten Deutschen waren schlicht nicht in der Lage, sich unabhängig zu informieren. Sie mussten glauben, was in der Zeitung stand. Wer nichts über Verbrechen seiner Regierung weiss, der kann diese auch nicht billigen.

d) Hitler wurde nicht gestürzt

Der deutschen Opposition fehlte es nicht an Mut, Weitsicht, Selbstaufopferung oder an Unterstützung von innen. Es fehlten zwei Dinge: Glück und Unterstützung von aussen. Seit 1937 bestanden fortlaufend geheime Kontakte mit der Regierung in London. Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise schien 1938 der Umsturz zum Greifen nahe. Theo Kordt, der Abgesandte des deutschen Widerstands, überbrachte am 7. September in der Downing Street 10 die unverblümte Botschaft, man werde Hitler stürzen, wenn London Hitler eine klare Abfuhr erteilen und damit eine diplomatische Niederlage bereiten würde.

Die verlangte Erklärung wurde nicht abgegeben, Premier Chamberlain flog nach München, Hitler triumphierte durch den Wiederanschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, potentielle Bundesgenossen wurden unsicher, und der Hitler-Gegner Carl Friedrich Goerdeler musste einem amerikanischen Freund schreiben:



Eine unangenehme Wahrheit: Churchill und sein Aussenminister Lord Halifax sahen in Hitler den idealen Feind für ihren Krieg gegen Deutschland und wollten ihn nicht durch einen Coup oder ein Attentat verlieren.

« […] Das deutsche Volk wollte keinen Krieg; die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden; […] die Welt war rechtzeitig gewarnt und unterrichtet worden. Wenn man die Warnung beachtet und danach gehandelt hätte, würde Deutschland schon heute frei von seinem Diktator sein und sich gegen Mussolini wenden. In wenigen Wochen könnten wir damit beginnen, einen dauerhaften Weltfrieden zu gestalten, der auf Gerechtigkeit, Vernunft und Anstand beruht.»

Weitere konkrete Pläne und diplomatische Vorstösse der deutschen Widerständler, die auch die Mitarbeit Englands voraussetzten, gab es 1939, 1940, 1942 und 1943. Sie scheiterten am Desinteresse der britischen Regierung. Es bestanden von 1937 bis 1944 fast ununterbrochen geheime Kontakte zwischen dem Widerstand und angloamerikanischen Diplomaten. Ähnliche Erfahrungen wie die Abgesandten des Widerstands in London musste auch der prominente US-Journalist Louis P. Lochner in Washington machen. Im November 1941, also noch vor Eintritt des Kriegszustands zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten, hatte er Kontakte mit führenden Antinazis. 1942 versuchte er vergeblich, dem amerikanischen Präsidenten eine Botschaft der deutschen Opposition zu überbringen. Später wurde ihm dann vom Militärzensor mitgeteilt, Roosevelt als Höchstkommandierender habe «jede Erwähnung eines deutschen Widerstands» verboten. Nicht besser ging es 1943 Commander George Earle, dem amerikanischen Marineattaché in Istanbul, bei seinen Geheimverhandlungen mit führenden Hitlergegnern. Roosevelt zeigte sich desinteressiert und versetzte den Commander auf die entlegene Pazifikinsel Samoa.

Die Tatsache, dass der deutsche Widerstand von den Alliierten im Stich gelassen wurde, rückt in Hollywood-Blockbustern wie «Operation Walküre» über den gescheiterten Bombenanschlag auf Hitler am 20. Juli 1944 in den Hintergrund.

Das «glückliche Entkommen Hitlers»

Der langjährige Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier schrieb in der «Frankfurter Allgemeinen» vom 31. März 1975: «Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: dass dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.»

Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. **In einer Studie des «Office of Strategie Services» (OSS) mit der Überschrift «Das beste Ergebnis des ‚Hitlerwunders'» vom 30. Juli 1944 heisst es wörtlich, das «glückliche Entkommen Hitlers» sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland liesse sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen. In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen.**

In seiner Stauffenberg-Biographie schreibt Wolfgang Venohr: «Die neue Reichsregierung hätte aus den himmlischen Heerscharen Gottes gebildet werden können, die Alliierten hätten niemals von ihrem Ziel gelassen, Deutschland […] für immer zu entmachten.»

Die Frage «Warum habt ihr den Tyrannen nicht gestürzt?» ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit. Als Chruschtschow auf dem 20. Parteitag Stalins Verbrechen anprangerte, riefen die Delegierten spontan: «Warum habt ihr Stalin nicht getötet?» Chruschtschow erwiderte: «Was konnten wir tun? Es war eine Terrorherrschaft.»[3] ***(tk)***

Quellen:

1. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.50
2. Nawratil, S.53
3. Nawratil, S.70

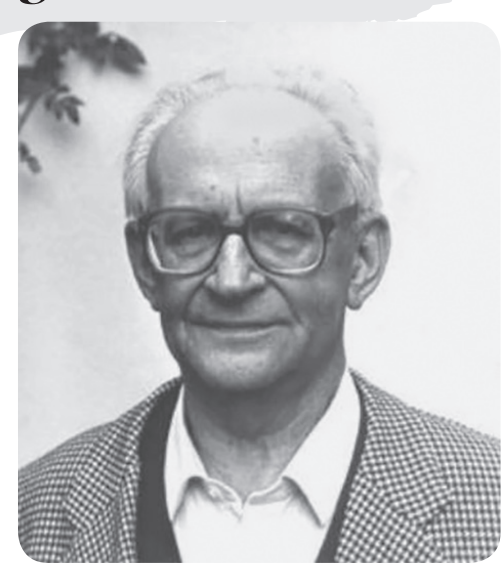
1946:

Marxist der Frankfurter Schule als Sektions- und Bürochef bei den Nürnberger Prozessen

Ossip Kurt Flechtheim bekämpfte als KPD-Mitglied ab 1927 nach Kräften die Weimarer Republik. 1935 wurde er als Mitglied der marxistischen Untergrundorganisation «Neu Beginnen» kurzzeitig verhaftet und emigrierte darauf mit Umweg über die Schweiz ab 1939 in die USA. Er arbeitete dort zunächst an Horkheimers Institut für Sozialforschung (IfS, siehe S.7 f.) an der Columbia Universität in New York. Dort lernte er u.a. Erich Fromm (siehe S.8) und Herbert Marcuse (siehe S.18 f.) kennen. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs trat er als überzeugter Marxist ausgerechnet in die US-amerikanische Armee ein. 1946 kehrte er als Oberstleutnant für einige Monate als Sektions- und Bürochef beim Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Berlin nach Deutschland zurück. Ab den 1950ern setzte er seine akademische Laufbahn in Deutschland bis in die 1980er fort. 1979 lehnte er die Annahme des Grossen Bundesverdienstkreuzes in einem Brief an Bundespräsident Walter Scheel mit der Begründung ab, dies hätten zu viele Nazis bekommen.

Fälle wie der von Flechtheim waren keine Seltenheit, womit sich die Frage stellt: Brachte die US-Armee wirklich den urtypischen amerikanischen «Way of Life» nach Deutschland oder nicht doch vielmehr einen als «Liberalismus» getarnten Neomarxismus? ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Ossip K. Flechtheim



Ossip Flechtheim: Marxist mit erfolgreicher Professorenkarriere in der BRD, ein massenhaftes Phänomen.

«Ihr habt euch wahrscheinlich gewundert, warum unsere Soldaten euch nicht beachten, wenn ihr ihnen zuwinkt oder auf der Strasse guten Morgen wünscht, und warum sie nicht mit euren Kindern spielen. Unsere Soldaten handeln auf Befehl […] Sie haben in den Ländern, in die eure Führer den Krieg trugen, schreckliche Dinge geschaut. Für diese Dinge, meint ihr, seid ihr nicht verantwortlich, sondern eure Führer. Aber aus dem deutschen Volk sind diese Führer hervorgegangen. Dieses Volk ist für seine Führer verantwortlich.»

Der britische Oberbefehlshaber Bernard Montgomery in seiner Botschaft an die deutsche Bevölkerung vom 11. Juni 1945

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.41

FAZIT

Warum traten so viele Marxisten in die US-Armee ein? Die Grundwerte Amerikas wie Individualismus und Marktwirtschaft lehnten sie ab. Unwahrscheinlich, dass sie diese verteidigen wollten. Ist es nicht wahrscheinlicher, dass sie das Ziel verfolgten, amerikanische Institutionen zu infiltrieren und marxistisch umzugestalten?

05. März 1946:

«Befreiungsgesetz» – Ein ganzes Volk wird angeklagt

Die 1947 veröffentlichte Broschüre «Who was a Nazi?» des «Amts der Militärregierung für Deutschland» (OMGUS) sollte den Deutschen dabei helfen, ehemalige Nationalsozialisten im eigenen Umkreis ausfindig zu machen, was zur Spaltung der Bevölkerung beitrug.

Das «Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und **Militarismus**» vom 05.03.1946, abgekürzt «Befreiungsgesetz», war ein Gesetz des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebietes (und damit der US-Militärregierung), das alle Deutschen, die die «nationalsozialistische Gewaltherrschaft» aktiv unterstützt hatten, von der Einflussnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausschloss und zur Wiedergutmachung verpflichtete. Im


Ausfüllen von Fragebögen in der britischen Zone zur Entnazifizierung bei Hamburg (1945)

Laufe des Jahres 1946 wurde das Befreiungsgesetz auf alle Besatzungszonen übertragen. Wie der Name schon sagt, ging es den Alliierten nicht nur um die Beseitigung des «Nationalsozialismus», sondern auch des **«Militarismus»**, der für sie den tieferen Ursprung des Nationalsozialismus darstellte.

Daraufhin wurden sogenannte «Spruchkammern» eingerichtet. Diese waren von den Alliierten geschaffene Gerichte zum Zweck der «Entnazifizierung». Jeder Deutsche über 18 Jahren hatte einen Meldebogen auszufüllen und bei dem für die zuständige Spruchkammer bestellten öffentlichen Kläger einzureichen. Im Meldebogen waren neben den persönlichen Angaben vor allem die Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Organisationen offenzulegen.

«Nürnberg des kleinen Mannes»

Nach einer Prüfung teilten die Spruchkammern die Angeklagten in fünf Hauptgruppen ein und ordneten einer jeden Gruppe entsprechende Sühnemassnahmen zu:

1. Hauptschuldige (Kriegsverbrecher)
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutzniesser)
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
4. Mitläufer
5. Entlastete, die vom Gesetz nicht betroffen waren.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurden zwar nur 0,7% in die beiden ersten Kategorien eingruppiert, doch dies bedeutete trotz des kleinen Anteils, dass hunderttausende Deutsche massiven Gefährdungen ihrer Existenz ausgesetzt wurden. Zu den Sühnemassnahmen gehörten Geldbussen, Amtsenthebungen, Berufsausschlüsse, Pensions- und Rentenverluste, Arbeitslager bis zu zehn Jahren, Enteignungen, Wahlrechtsentzüge bzw. -beschränkungen.

Im Volksmund galten die Spruchkammerverfahren als «Nürnberg des kleinen Manns». Für die normale deutsche Bevölkerung, die sowieso schon mit Kälte und Hunger zu kämpfen hatte, war die Teilnahme an der sogenannten «Entnazifizierung» eine weitere Tortur. Noch nie war ein gesamtes Volk nur ansatzweise mit derartigen kollektiven Strafmassnahmen konfrontiert worden.

Bald wurde allerdings erkannt, dass die Ziele des Befreiungsgesetzes allein durch Strafmassnahmen unmöglich umzusetzen waren. Man begann, nach anderen Wegen suchen....***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus
de.wikipedia.org, Spruchkammerverfahren

FAZIT

Dass ein ganzes Volk mit derartigen kollektiven Strafmassnahmen konfrontiert wurde, war eine völkerrechtliche Unverschämtheit! Kriege waren zuvor legitime Mittel der Politik gewesen und internationale Verträge wie die Haager Landkriegsordnung sollten gewährleisten, dass die Zivilbevölkerung möglichst aussen vor blieb. Diese Regeln wurden von den Siegermächten während und nach dem Zweiten Weltkrieg mit Füssen getreten!

13. Mai 1946: Die grösste Büchervernichtung aller Zeiten

Mantrahaft wird in Lehrmaterial, Büchern und Filmen besonderes Augenmerk auf die NS-Bücherverbrennungen gelegt, symbolhaft für die repressive Intoleranz des Nazi-Regimes. So wurde aus der Bücherverbrennung geradezu ein Synonym gemacht für eine totalitäre Herrschaft, die alternative Meinungen und Ideen unterdrückt.

Nur selten wird bei der Rückschau auf Nazi-Deutschland allerdings erwähnt, dass die Amerikaner sich desselben Verbrechens schuldig machten und – genau wie die Nazis – einen offenen Wettbewerb der Ideen nicht zuliessen. Durch den vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Kontrollratsbefehl Nr. 4, betreffend die «Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters» vom 13. Mai 1946 wurde nicht nur die Aussonderung von NS-Literatur aus Bibliotheksbeständen und deren vollständige Auslieferung an die Alliierten Behörden befohlen, sondern auch von «militaristischer» Literatur. Ein vielleicht absichtlich gewählter sehr dehnbarer und zum Missbrauch einladender Begriff. Der Befehl lautete:

«In Anbetracht der Gefahr, die die nationalsozialistische Lehre darstellt, und um so schnell wie möglich die nationalsozialistischen, faschistischen, militaristischen



➔ und antidemokratischen Ideen auszumerzen, gleichviel in welcher Form sie in Deutschland ihren Ausdruck gefunden haben, erlässt der Kontrollrat folgenden Befehl:

1. Innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung dieses Befehls haben alle Inhaber von Leihbüchereien, Buchhandlungen, Buchniederlagen und Verlagshäusern den Militärbefehlshabern oder sonstigen Vertretern der Alliierten Behörden folgendes auszuliefern:

a) Alle Bücher, Flugschriften, Zeitschriften, Zeitungssammlungen, Alben, Manuskripte, Urkunden, Landkarten, Pläne, Gesang- und Musikbücher, Filme und Lichtbilddarstellungen (Diapositive) - auch solche für Kinder jeglichen Alters -, welche nationalsozialistische Propaganda, Rassenlehre und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten oder gegen die Vereinten Nationen gerichtete Propaganda enthalten; [...]

2. Innerhalb der gleichen Frist haben alle [Bildungseinrichtungen] die in Ziffer 1 aufgeführte nationalsozialistische und militärische Literatur zu entfernen [...] und den Vertretern der Militärkommandantur oder anderen Alliierten Behörden zu übergeben. [...]

5. Alle in diesem Befehl erwähnten Veröffentlichungen und Materialien sind den Zonen-¬Befehlshabern zwecks Vernichtung zur Verfügung zu stellen. [...]» ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Kontrollratsbefehl Nr. 4

Nach dem Kontrollratsbefehl Nummer 4 wäre die ExpressZeitung Ausgabe 22, Thema: UNO, wohl als «gegen die Vereinten Nationen gerichtete Propaganda» vernichtet worden.



Dieses Mahnmal in Göttingen zur Erinnerung an eine Bücherverbrennung der Nazis entbehrt angesichts des Verhaltens der «Befreier» nicht jeder Ironie. Wie «tolerant» und «demokratisch» konnten die Besatzer gewesen sein, wenn sie genau wie die Nazis Bücher vernichteten?

«Freiheit bedeutet ihnen nichts, und sie bei anderen zu sehen, ist ihnen verhasst. Sobald sie erstarken, gehen sie auf Raub aus und leisten jedem, der sie dazu anführt, mit eiserner Disziplin Gehorsam.»

Winston Churchill in seiner Unterhausrede vom 21. September 1943 über die Deutschen

Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.41

FAZIT

Eine offene Debatte wurde also nicht zugelassen und abweichende Gedanken mit Gewalt unterdrückt. Wollte man die Deutschen nicht von solchen Zuständen befreien? Ist es nicht zum Scheitern verurteilt, Zensur mit Zensur zu bekämpfen bzw. den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen?

1946 bis 1947:

New-Deal-Juristen in Nürnberg

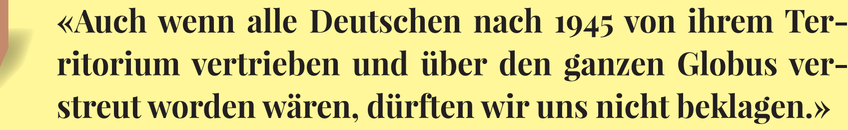
Ausgerechnet der amerikanische Hauptankläger Robert H. Jackson war der Inbegriff eines «New-Deal-Juristen».

War Sinn und Ziel des in London geschaffenen und in Nürnberg praktizierten Rechts (Ausgabe 29) eine Förderung der Interessen der New-Deal-Administration um Roosevelt (siehe S.9 ff.), obwohl diese gar nicht mehr im Amt war? Sowohl der amerikanische Richter in Nürnberg Francis Biddle wie der Hauptankläger Robert H. Jackson waren führende New-Deal-Juristen gewesen. Der Lebenslauf von Jackson ist das Muster einer New-Deal-Karriere. Nach seinem Karrierebeginn als Anwalt im Staat New York ging es für ihn mit Roosevelts Übernahme der Präsidentschaft in den Staatsdienst. Zunächst war er in der Rechtsabteilung von Morgenthaus Finanzministerium tätig und danach im Justizministerium. Von dort setzte ihn Roosevelt als Justizminister ein, damit er die juristische Rechtfertigung der Interventionspolitik lieferte. Jackson war massgeblich an der Unterscheidung der Kriegsparteien als Angreifer und Angegriffene beteiligt. Später machte ihn Roosevelt zum Mitglied des Obersten Gerichtshofes. Allerdings führte die zunehmende Kritik in Amerika, dass ein Richter des Obersten Ge-

richtshofs sich in Deutschland an der fragwürdigen Siegerjustiz beteiligte, zu Jacksons Abberufung und Ersetzung durch den minder prominenten Telford Taylor.

Hätte man zumindest als Richter nicht Personen auswählen müssen, die möglichst neutral – also relativ weit weg von der US-Regierungspolitik – waren? ***(tk)***

Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S. 159



«Auch wenn alle Deutschen nach 1945 von ihrem Territorium vertrieben und über den ganzen Globus verstreut worden wären, dürften wir uns nicht beklagen.»

Erhard Lucas-Busemann, einst Professor für die Sozialgeschichte der Neuzeit an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 9

1946 bis 1948: Militärregierung wechselt von harter zu sanfter Umerziehung



Die «Zook Kommission», die das das deutsche Bildungssystem im Sinne der «Reeducation» reformieren sollte, bei ihrer Ankunft in Frankfurt.

Der britische Kolonialbeamte Frederick Lugard trifft sich mit westafrikanischen Königen. Er entwickelte mit der Theorie der sogenannten «Indirect rule» («indirekte Herrschaft») die zentrale Theorie britischer Kolonialherrschaft des 20. Jahrhunderts. Bei der Machtausübung sollten örtliche und traditionelle Herrschaftsstrukturen einbezogen werden und die Kolonialherren möglichst selten in Erscheinung treten. Wurde Deutschland etwa auch einer «Indirect rule» unterworfen?

Was auf dem Gebiet der deutschen Erziehung zu geschehen hatte, sollte von einer zehnköpfigen Erziehungskommission ermittelt werden, die im Sommer 1946 unter dem Erziehungswissenschaftler George F. Zook Deutschland bereiste. Die Kommission berichtete am 20. September 1946 an den stellvertretenden Oberbefehlshaber der US-amerikanischen Besatzungszone Lucius D. Clay, «wie Deutschland am besten durch Erziehungsmassnahmen in den Kreis der demokratischen Nationen der Welt eingereiht werden könnte». Vor allem sei der sozialwissenschaftliche Unterricht als

«Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büssen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.»

Ausschnitt aus dem Potsdamer Abkommen vom 01.08.1945, in dem die Beschlüsse, Vereinbarungen und Absichtserklärungen der drei Siegermächte für Deutschland festgehalten sind

Quelle: zeit.de, Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin

«wichtigste Änderung, die in allen deutschen Schulen notwendig ist», nach Inhalt und Form grundsätzlich umzugestalten. «Dann werden die Sozialwissenwissenschaften (Geschichte, Geographie, Staats- und Heimatkunde) vielleicht den Hauptbeitrag zur Entwicklung demokratischen Bürgersinns leisten», so die Kommission.

Nach dem Besuch der Erziehungskommission wurde die «Abteilung für Erziehung und kulturelle Beziehungen» des «Amts der Militärregierung für Deutschland» (Office of Military Government, United States, OMGUS) aktiv. An die Spitze der Erziehungsabteilung setzte man Herman B. Wells, den Präsidenten der Universität von Indiana, der in der Vergangenheit u.a. dadurch aufgefallen war, dass seine Universität grosszügige Gelder aus Roosevelts New-Deal-Kasse erhalten hatte.

Sein Nachfolger Alonzo G. Grace verkündete 1948 auf einer Konferenz in Berchtesgarden sein Umerziehungs-Programm:

Punkt 1: «Die wahre Reform des deutschen Volkes wird von innen kommen. Sie wird geistig und moralisch sein. […]»

Punkt 8: **«Keine Besatzungsarmee hat oder wird je erfolgreich ein pädagogisches oder kulturelles Schema einem besiegten Volke auferlegen. Militärregierung wird als Militärregierung angesehen werden, ganz gleich, wie hoch die Motive derer sind, die ein besiegtes, erobertes und besetztes Deutschland ‚umerziehen und neu orientieren' sollen.** Er wird daher das Ziel der Militärregierung sein:







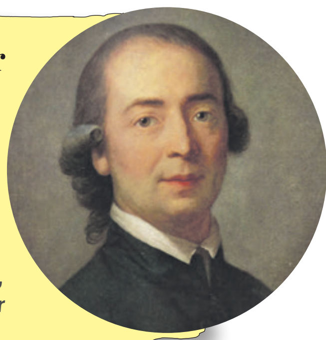
a) Die privaten Organisationen, die zur Erreichung des gemeinsamen Zieles einen Beitrag zu leisten vermögen, in Kontakt mit dem deutschen Volk zu bringen.
b) Ein wirksames Deutschland-Programm der UNESCO zu unterstützen.
c) Als demokratisch bekannte Elemente in der deutschen Bevölkerung zu identifizieren und zu ermutigen.
d) Die Entwicklung oder Wiedererrichtung von Institutionen und Organisationen, die zur Erfüllung unserer Mission beitragen können, zu unterstützen.»

Die Erklärung von Berchtesgarden war nicht nur für die Entwicklung auf dem Erziehungssektor charakteristisch. Auch auf anderen Gebieten sahen die Amerikaner davon ab, den Deutschen direkt Reformen aufzuerlegen, und gingen dazu über, in die bestehende deutsche Gesellschaft Männer und Frauen, Institutionen und Ideen einzubauen, die die Ziele der Militärregierung verwirklichen würden, ohne dass der amerikanische Einfluss auf den ersten Blick erkennbar war. ***(tk)***

Quelle:
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.122-124

«Kein grösserer Schaden kann einer Nation zugefügt werden, als wenn man sie des Nationalcharakters, der Eigenheit ihres Geistes und ihrer Sprache beraubt.»

Johann Gottfried von Herder (†), deutscher Philosoph und Dichter



9. Dezember 1948:
UN-Völkermordkonvention wird erlassen

"Die Welt braucht kein weiteres Kind"

BERUF UND FAMILIE
Man muss wahnsinnig sein, heute ein Kind zu kriegen

Erwerbsbiographien im Vergleich
Auf so viel Rente müssen Sie verzichten,wenn Sie Kinder kriegen

LEBENSENTWÜRFE
Kinderlos glücklich

Vaterschaft
Braucht die Welt wirklich noch ein Kind von mir?

Presseüberschriften der letzten Jahre: Aufgrund zu starker Belastung wird es immer schwieriger für die Deutschen, Kinder in die Welt zu setzen.

Die «Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes» wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 09.12.1948 beschlossen. Sie trat am 12. Januar 1951 in Kraft und wurde bisher von 147 Staaten ratifiziert (Stand: Dezember 2015). In Artikel 2 der Konvention wurde der Begriff des Völkermordes erstmals völkervertraglich definiert. Dieser lautet:

«In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

«Arnold Gehlen hat in seinem Buch ‚Moral und Hypermoral' bereits 1969 darauf hingewiesen, ein Volk von seiner Geschichte abzuschneiden, das bedeutet Völkermord. Der Vorgang ist inzwischen weitergegangen. Nicht nur aus der Geschichte, aus dem geistigen und kulturellen Seinszusammenhang werden die Deutschen ebenso verdrängt wie aus dem biologischen. Der während und nach Beendigung der Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg eingeleitete Genozid wurde nach einer knappen Unterbrechung, als die Deutschen für Hilfsdienste im Kalten Krieg notwendig waren, wieder aufgenommen und mit grossem Schwung weitergeführt. Zuerst Zerschlagung der geistigen und kulturellen Substanz, die biologische und physische folgte dem zwangsläufig. Das muss zur Kenntnis genommen werden. Die Deutschen haben während des Zweiten Weltkrieges keinen Vernichtungskrieg gegen andere geführt, sie haben um ihr Überleben, um ihr Sein gekämpft. Sie haben diesen Krieg schon gar nicht begonnen. Ideologien haben sie bekämpft, die ihnen gefährlich wurden. Dieses muss eingesehen werden, wie immer einer zu dem Regime von 1933 bis 1945 stehen mag. Erst von da aus sind Überlegungen, wie dem Genozid begegnet werden kann, sinnvoll und möglich. Die Deutschen müssen anfangen, sich die Gedankenfreiheit zu nehmen!»

Alfred Ardelt, deutscher Politiker (CDU) und Funktionär des Bundes der Vertriebenen

Quelle: Alfred Ardelt, in: Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten – Gesinnungsdiktatur in Deutschland?, 1997

a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
d) Verhängung von Massnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.»

Nur Paragraph a) des Artikels definiert «Völkermord» als eine direkte physische Tötung. Um den Straftatbestand des Völkermordes zu erfüllen, muss kein Mensch einer Gruppe (z.B. der Deutschen) ermordet werden. Verboten ist vielmehr die gezielte Dezimierung an sich – wodurch auch immer. Wenn sich die deutsche Regierung heutzutage u.a. durch gezielte Propaganda gegen traditionelle Lebensmodelle, die Förderung staatlicher Kindererziehung, die extreme Steuerbelastung des Mittelstandes uvm. an Massnahmen beteiligt, die zu einer Auflösung des eigenen Volkes führen, erfüllt sie dann nicht schon den Tatbestand des Völkermords? ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Mai 1949: Das «Institut für Zeitgeschichte» wird gegründet



Direkt nach Gründung der BRD wurde auf Anregung der Alliierten das «Deutsche Institut für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit» in München ins Leben gerufen. Seit 1952 ist es unter seinem heutigen Namen «Institut für Zeitgeschichte» bekannt. 1961 nahm das Institut die Rechtsform einer öffentlichen «Stiftung des bürgerlichen Rechts» an, die gegenwärtig von der Bundesrepublik Deutschland und sieben Bundesländern getragen wird. (1)

Beispielhaft für die Art der Geschichts«-forschung» des Instituts sei der Schweizer Historiker Walther Hofer genannt, ab 1950 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin für Neuere Geschichte. Sogar der Spiegel urteilte 1962 über ihn:

«Hofer veröffentlichte 1954 im Auftrage des Münchner Instituts für Zeitgeschichte sein Buch ‚Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges' und entwarf damit gleichsam ein für Bundesrepublikaner verbindliches Geschichtsbild. [...] ‚Der Krieg von 1939', entschied der Schweizer, ‚ist ... lange geplant, genau vorbereitet und schliesslich bewusst ausgelöst worden, vom Führer des Dritten Reiches, in sozusagen alleiniger Verantwortung, allerdings mit diplomatischer Unterstützung der sowjetrussischen Regierung.'

Hofer belastete seinen Forschungsdrang freilich mit einem derart zähflüssigen Moralismus, dass für eine nuanciertere Betrachtungsweise kaum Platz blieb. **Er fordert auch, gegenüber der braunen Ära dürfe es keine objektive Geschichtsforschung geben; der Historiker ‚würde nur zur Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit beitragen, wenn er glaubte, mit herkömmlichen methodischen Mitteln gewissen Phänomenen unseres pathologischen Zeitalters beizukommen'.**

Folgerichtig scheute sich Hofer nicht, Hitler als Dämon des ‚pathologischen Zeitalters' bestehen, ‚das undurchdringliche Dunkel der kranken Seele des deutschen Diktators' unerforscht zu lassen und die aussenpolitischen Taten des Dritten Reiches als rational nicht erklärbare Ausgeburten politischen Wahns zu deuten.

Wer aber als Historiker Hitler so dämonisiert, hat kaum einen Blick für andere kriegsfördernde Faktoren, die zwar keineswegs die Kriegsschuld Hitlers verringern, jedoch ebenso zur Krisensituation von 1939 gehören wie das Zusammenspiel von Hitler und Stalin im Schatten des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes.» (2) ***(tk)***

> **«Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.»**
>
> *Helmut Schmidt, deutscher Bundeskanzler 1974-1982*
>
> Quelle: handelsblatt.com, Interview mit Helmut Schmidt, 07.12.2010

Quellen:
1. de.wikipedia.org, Institut für Zeitgeschichte
2. spiegel.de, Zwei Schnipser – und Polen war verloren, 13.06.1962

U.a. veröffentlichte das Institut für Zeitgeschichte 2016 eine kommentierte Neuauflage von Hitlers «Mein Kampf». Es wurde nicht gewagt, das lange verbotene Buch einfach ohne einen Kommentar zu veröffentlichen, denn das unassistierte selbständige Nachdenken über die deutsche Vergangenheit wird von den führenden Vertretern der BRD-«Historiker»-Zunft ungern gesehen.

FAZIT

Erinnert das nicht mehr an Religion als an Forschung? Die Deutschen werden zu Monstern mythologisiert, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs darf nicht mit den anerkannten wissenschaftlichen Methoden untersucht werden. Viele Deutsche wussten, dass objektive Wissenschaft nach westlicher Tradition, die der wertfreien Erforschung der Realität dient, im Kommunismus als «bürgerliche Abweichung» bekämpft wurde. Jetzt bekamen sie diese Praxis – zumindest in bestimmten Bereichen – am eigenen Leib zu spüren.

26. Juni 1950:

Der «Kongress für kulturelle Freiheit» wird gegründet – Tarnt sich Marxismus als Antikommunismus?

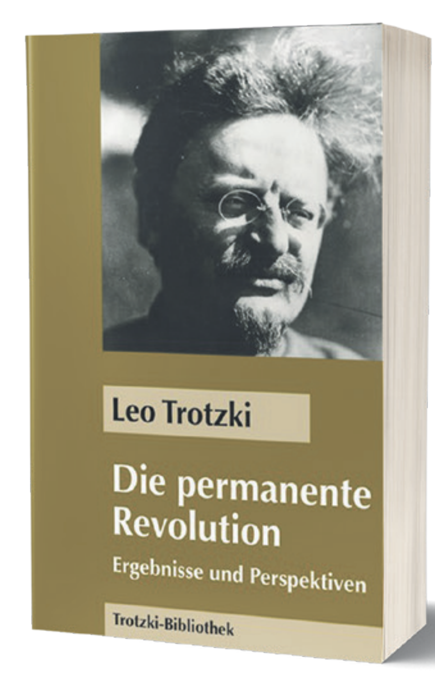
In den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts, der «Roten Dekade», wie der US-Journalist Eugene Lyons diesen Zeitraum bezeichnete, als in New York der Marxismus wie wohl nirgendwo anders auf der Welt im Vormarsch war, entstand in der Cafeteria des New York City College eine neue Gruppe politisierender Studenten. Hier führten Dutzende Stalingegner und Trotzkisten nicht enden wollende Streitgespräche. Irving Kristol, von den 70er-Jahren an der einflussreiche «Pate» der Neokonservativen (siehe S.51 f.), erinnert sich: «Wir studierten in den 30er-Jahren Radikalismus. Es war ein grossartiges Training, was Polemik und messerscharfe politische Analyse angeht. Trotzkist zu sein, war ein intellektueller Höhepunkt. Ich lernte eine Menge.»

Die New Yorker Trotzkisten begnügten sich jedoch nicht mit der virtuosen Beherrschung politischer Streitgespräche. Sie zogen aus, um bei der Schaffung einer neuen Menschheit Hand anzulegen. Leo Trotzki war ihr Prophet. Er zürnte vom mexikanischen Exil aus dem sowjetrussischen Diktator Stalin, der sich mit dem «Sozialismus in einem Lande» zufriedengebe, statt die Revolution unverzüglich über die Landesgrenzen hinauszutragen. Wenn jedoch, prophezeite er, an irgendeinem Punkt des Globus erneut eine Revolution ausbreche, werde auch das von Stalin betrogene russische Proletariat, die Vorhut der Weltrevolution, wiedererwachen und die «permanente Revolution» zu seiner Sache machen.

Was ist die «permanente Revolution»?

Zwar waren sich Stalin und Trotzki über das Endziel der kommunistischen Strategie einig, nämlich eine sozialistische Weltregierung zu errichten, umstritten war jedoch die Art und Weise, wie dieses Ziel zu erreichen sei: Während Stalin zunächst die Errichtung des «Sozialismus in einem Land» anstrebte, plädierte Trotzki für das Konzept der «permanenten Revolution im Weltmassstab». Dieses Konzept sah die Unterwanderung der traditionellen und marktwirtschaftlichen Gesellschaftsordnung in allen Staaten der Welt vor, bevor die Staaten in den Weltkommunismus überführt werden könnten.

Um dieses Ziel zu erreichen, sollten sich die Anhänger Trotzkis des sogenannten «Entrismus» bedienen. Wikipedia sagt zu dem Begriff: «Entrismus ist eine von verschiedenen kommunistischen, vor allem von trotzkistischen Organisationen angewandte Taktik des gezielten (mitunter heimlichen) Eindringens in Organisationen, v.a. in Parteien der Arbeiterbewegung, seltener anderer sozialer Bewegungen. Ziel kann dabei sein, von innen heraus Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, die eigene Ideologie zu verbreiten, Mitglieder zu gewinnen, den Kurs der Organisation zu verändern oder auch in Zeiten der Marginalisierung beziehungsweise des Verbots revolutionärer Organisationen nicht vollständig vom politischen Geschehen isoliert zu sein (‚Überwinterungs-Entrismus') oder eine legale politische Arbeitsmöglichkeit zu haben.» [1]



Trotzkis Schrift «Die permanente Revolution», verfasst 1930

Das heisst, Trotzkisten wollen bestehende Organisationen unterwandern und sie für die eigenen Zwecke vereinnahmen. Sie legen besonders grossen Wert auf eine gute rhetorische Ausbildung und ein dominantes Auftreten, mit dem sie sich schnell in Schlüsselstellungen bei der zu infiltrierenden Organisation manövrieren.

«New Yorker Intellektuelle»

Zurück nach New York: Eine Wiege der Trotzkisten war die Zeitschrift «Partisan Review», die, bis es zu vermeintlichen Meinungsverschiedenheiten kam, anfangs von der Kommunistischen Partei der USA (KPUSA) finanziert worden war. Nach der Entzweiung mit der Partei fand «Partisan Review» einen privaten Mäzen und konnte 1937 wieder erscheinen. Der Historiker Nathan Liebowitz bezeichnet die Gruppe rund um diese Zeitung in seinem Buch «Daniel Bell and the Agony of Modern Liberalism» als «New York Intellectuals» («New Yorker Intellektuelle»). Zu ihnen zählt er: Elliot Cohen, Sidney Hook, Philip Rahv, Lionel Trilling, Diana Trilling, William Phillips, Meyer Shapiro, Hannah Arendt, Max Eastman, Reinhold Niebuhr, Dwight Macdonald, James T. Farrell, Alfred Kazin, Richard Hofstaedter, Saul Bellow, Mary McCarthy, Arthur M. Schlesinger jr., James Baldwin, Daniel Bell, Irving Kristol, Melvin J. Lasky, Seymour M. Lipset, C. Wright Mills, Norman Podhoretz, Susan Sontag, Norman Mailer, Philip Roth, Michael Harrington, Edward Shils, James Agee. [2]

Der «New York Intellectual» Norman Podhoretz beschreibt in seiner Autobiografie, wie er ratlos den Kopf geschüttelt habe, als eine Lehrerin ihm Manieren beibringen wollte. Für ihn war, laut eigener Aussage, der einzige Ausweg, um sich nicht um be-


Foto: Juan Fernando Bastos (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Susan_Sontag_by_Juan_Bastos.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

> **«Die weisse Rasse ist der Krebs der menschlichen Geschichte.»**
>
> *Susan Sontag, amerikanisch-jüdische Schriftstellerin, Teil der «New Yorker Intellektuellen», die entscheidend an der «Reeducation» der Deutschen mitwirkten*

fremdliche Dinge wie Manieren kümmern zu müssen, ein Intellektueller zu werden. Intellektuelle besässen nämlich das Privileg, sich den amerikanischen Gepflogenheiten weniger anpassen zu müssen als mancher andere. Nicht ganz zufällig waren Intellektuelle in der New-Deal-Ära (siehe S.9 ff.) erstmals zu einer in Amerika beachteten Schicht geworden. Zahlreiche neu geschaffene Positionen im Sozialbereich, dem Bildungswesen, den Public Relations warteten auf sie, ihr Selbstbewusstsein wuchs entsprechend.

James Burnham

An der Schaltstelle zwischen den New Yorker Trotzkisten und ehemaligen OSS-Angehörigen, die den raschen Aufbau der neuen, gigantischen Geheimdienstorganisation CIA betrieben, stand ein Philosophieprofessor der New York University, dessen Fachgebiet Ästhetik war. James Burnham gehörte dem Beirat der trotzkistischen Zeitung «Partisan Review» an. Nach zwanzig Jahren akademischer Lehre kehrte er der Universität den Rücken, um sich dem «Office of Policy Coordination» (OPC) anzuschliessen, das – vom Planungsstab des amerikanischen Aussenministeriums ins Leben gerufen – bald darauf im CIA aufging. Eine Direktive des Nationalen Sicherheitsrats wies dem OPC so interessante Politikfelder zu wie Propaganda, Wirtschaftskrieg und subversives Vorgehen gegen feindliche Staaten. Die Verantwortung der amerikanischen Regierung für derlei Tätigkeiten sollte strikt geheim bleiben und gegebenenfalls abgestritten werden. Burnham war für seine neue Aufgabe hochqualifiziert, hatte er doch in den drei Büchern «The Struggle for the World» (1947), «The Coming Defeat of Communism» (1950) und «Containment or Liberation» (1953) die strategischen Grundlagen des gegen die Sowjetunion zu führenden politischen Krieges entworfen, innerhalb dessen die einzelnen Aktionen des OPC erst ihren Sinn bekamen.

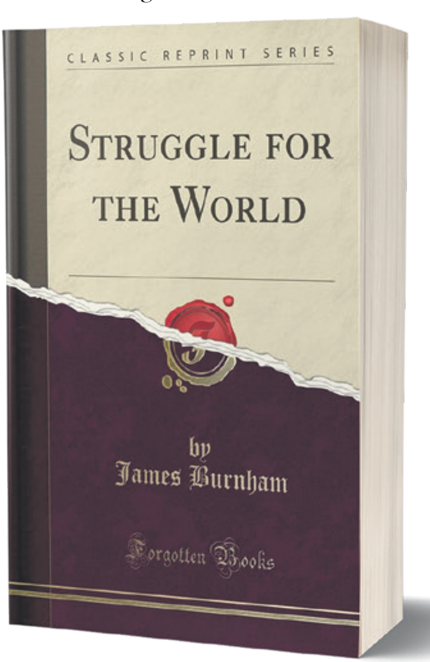


Die «Partisan Review» – anfangs von der Kommunistischen Partei der USA (KPUSA) finanziert – war das Zeitungsmedium, in dem sich die wichtigsten New Yorker Trotzkisten sammelten.

Die «Vierte Internationale»

James Burnham wurde in den 1930er Jahren Mitglied der trotzkistischen, anti-stalinistischen «Socialist Workers Party». Bald erreichte er eine führende Stelle als Berater Trotzkis und Herausgeber der «New International», des theoretischen Organs der «Vierten Internationale».

Die «Vierte Internationale" wurde 1938 gegründet, nachdem Stalin die Kommunistische Internationale (Komintern, auch als «Dritte Internationale» bezeichnet, internationaler Zusammenschluss kommunistischer Parteien) übernommen hatte und sich von den Zielen des Weltkommunismus entfernte. Während des Zweiten Weltkrieges löste Stalin 1943 die «Dritte Internationale» als Zugeständnis an seine westlichen Alliierten endgültig auf. Er wollte den Kommunismus nationalen Zielen unterwerfen und verfolgte nach seiner Machtübernahme die Trotzkisten, die einen internationalen Kommunismus forderten. Trotzki hatte die Sowjetunion 1928 Richtung Mexiko verlassen und wetterte aus dem Exil gegen Stalins Verbrecherregime. [3]



Der Trotzkist James Burnham verfasste Grundlagenwerke über den Kalten Krieg und erhielt 1983 von US-Präsident Ronald Reagan die Freiheitsmedaille (Presidential Medal of Freedom), die höchste Auszeichnung, die ein US-Präsident zu vergeben hat.



Symbol der «Vierten Internationale», deren Ziel die Fortsetzung von Trotzkis «permanenter Revolution im Weltmassstab» war.

Burnham eröffnet den «Dritten Weltkrieg»

Burnhams Bruch mit Trotzki erfolgte 1939, als dieser den sowjetischen Einmarsch in Ostpolen und anschliessend andere Teile des ehemaligen Zarenreiches begrüsste, was Burnham davon überzeugte, dass der Weltrevolutionär ein verkappter russischer Nationalist sei. Auch waren die Auffassung Trotzkis, dass die Sowjetunion trotz allem ein Arbeiterstaat geblieben war, und die Burnhams, dass es sich um einen Funktionärs- und Bürokratenstaat handle, unvereinbar. Nach Burnhams Bruch mit Trotzki verfasste er 1947 mit «The Struggle for the World» das erste seiner strategischen Bücher auf der Grundlage eines 1944 für das Office of Strategic Services (OSS) verfassten Memorandums über die politischen und strategischen Ziele der Sowjetunion.

«The Struggle for the World» begann mit dem lapidaren Satz: «Der Dritte Weltkrieg begann im April 1944.» Neun Monate vor der Konferenz von Jalta hatten unter britischem Befehl stehende griechische Matrosen und Soldaten im ägyptischen Hafen Alexandria gemeutert. Burnham deutete die schnell niedergeschlagene Meuterei als Signal, dass die Welt von nun an zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten geteilt sei. Im Augenblick, wo die Sowjetunion über Atomwaffen verfügen werde, beginne ein Endkampf zwischen den beiden Weltmächten, in dem der Sieger zur «einzigen Weltmacht» aufsteigen werde. Die USA sollten in den «Dritten Weltkrieg» mit einer weltweiten Propagandaoffensive eintreten. Ziel des Krieges zwischen der «Freiheit» und der «totalitären Sklaverei» dürfe nicht der Frieden sein, sondern nur der Sieg. Obsolete Vorstellungen, wie die von dem «gleichen Recht der Nationen» und dem Verbot der Einmischung in die inneren Ange-



legenheiten anderer Staaten, müssten fallen. Die USA solle bereit sein, ihre Interessen mit Gewalt durchzusetzen.

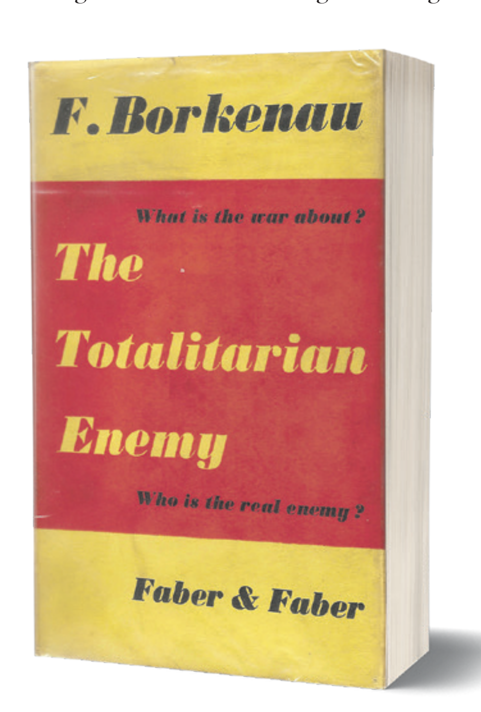
Die Amerikaner – von Burnham nur als das kleinere Übel im Vergleich zum «totalitären» Kommunismus angesehen - müssten die Sowjetunion bekämpfen. Das nichtkommunistische Europa solle zu einer Union zusammengeschlossen werden, der Basis eines westlichen Weltstaates, während die USA als periphere, «halbbarbarische» Macht von aussen ihr Gewicht in die Waagschale werfe. Nach Gelingen des westlichen Zusammenschlusses folge der Schlag gegen die Sowjetunion mit dem Ziel einer «demokratischen Weltordnung». (4)


Günter Grass, Wolfgang Thierse und Melvin Lasky, Akademie der Künste, Berlin, Januar 1992

Der neue Feind «Totalitarismus»

Von den Trotzkisten aus New York wurde ein politischer Kampfbegriff eingeführt, der nach dem Zweiten Weltkrieg im «Kalten Krieg» dominierend werden sollte: «Antitotalitarismus». Das Wort «totalitär» war schon bald nach dem «Marsch auf Rom» als eine Kennzeichnung des italienischen Faschismus verwendet worden, negativ durch den Sozialisten Giovanni Amendola, positiv durch Benito Mussolini («stato totalitario»).

1939 erschien Franz Borkenaus «The Totalitarian Enemy» («Der totalitäre Feind»), in der der Kommunismus als «roter Faschismus» und der Nationalsozialismus als «brauner Bolschewismus» zum Feind erklärt wurden. Franz Borkenau war ab 1924 Mitarbeiter der in der sowjetischen Botschaft in Berlin untergebrachten Forschungsabteilung der Komintern gewesen, sowie – unter einem Tarnnamen – Reichsführer der kommunistischen Studenten. Nach seinem Bruch mit der Komintern und dem Stalinismus ging er 1933 via Frankfurter «Institut für Sozialforschung» (IfS, siehe S.7 f.) in die westliche Emigration. «Antitotalitarismus» setzte sich als Schlagwort eines Netzwerkes Gleichgesinnter durch, das sich vor allem aus New Yorker Marxisten, europäischen Exkommunisten und einigen Sozialwissenschaftlern zusammensetzte.



«Antitotalitarismus» als Schlagwort des Kalten Kriegs wurde bereits 1939 von dem Marxisten Franz Borkenau eingeführt.

Melvin Lasky

In der vom sowjetischen Besatzungsgebiet eingeschlossenen Viermächtestadt Berlin, der vordersten Front des ausbrechenden politischen Krieges, hatte sich der 27jährige New Yorker Melvin Lasky postiert. Nach dem Abschluss am New York City College (Heimstätte der Trotzkisten) und einem Master in Geschichte trat Lasky als Literaturredakteur bei «New Leader» ein – genau wie die «Partisan Review» eine marxistische, jedoch antistalinistische Zeitung. Der Krieg führte Lasky ab 1944 als Armeehistoriker nach Frankreich und Deutschland, wo er als Captain aus der Armee ausschied. Er blieb in Berlin als Korrespondent der «Partisan Review» (siehe S.45) und des «New Leader».

Im Dezember 1947 flatterte den amerikanischen Militärbürokraten ein als «Melvin-Lasky-Vorschlag» betiteltes Papier auf die Schreibtische. In ihm war zu lesen, dass der politische Krieg mit der Sowjetunion in vollem Gange sei. Den Vereinigten Staaten bliebe keine Wahl, sie müssten ihrerseits den Kampf aufnehmen. Dabei dürften sie nicht übersehen, dass der politische Krieg in erster Linie an der kulturellen Front geführt werde. Man müsse davon ausgehen, dass es die deutschen Bildungsschichten seien, die früher oder später die moralische und politische Führung im besiegten Land übernehmen würden. Sie zu beeinflussen und auf den richtigen Weg zu bringen, sei zuvorderst die Aufgabe einer zu gründenden Zeitschrift, die «das deutsch-europäische Gedankengut auf konstruktive Weise in die richtige Richtung lenken» und dem Deutschen zeigen werde, «dass die offiziellen Repräsentanten der amerikanischen Demokratie aus einer grossartigen und fortschrittlichen Kultur voller ruhmreicher Errungenschaften auf dem Gebiet der Künste, der Literatur und Philosophie stammten».

«Der Mann, der den Kalten Krieg begonnen hat»



Melvin Lasky, Schlüsselfigur des Kalten Krieges, ebenfalls ein Trotzkist

Lasky war seit seinem spektakulären Auftritt auf dem «Ersten Gesamtdeutschen Schriftstellerkongress» bekannt und umstritten. Im Oktober 1947 war dieser Kongress im Ostsektor Berlins vom sowjetischen «Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands» einberufen worden. Er sollte alle deutschen Schriftsteller zusammenfassen, ausser denen, die sich irgendwann positiv zum Dritten Reich geäussert hatten und hinfort einem Berufsverbot unterliegen sollten. Da das russische Programm der «demokratischen Erneuerung» sich vom amerikanischen der «Umerziehung der Deutschen» wenig unterschied, erfreute sich der Kulturbund zunächst auch der Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte.

Lasky redete nicht der unpolitischen Literatur das Wort, sondern forderte, dass die Schriftsteller zwar politisch engagiert, aber nicht Werkzeuge der Regierenden sein dürften. Er wandte sich an die stattliche Schar der

sowjetischen Gäste: «Denken Sie daran, was es für die russischen Schriftsteller bedeuten muss, dauernd in Sorge zu sein, ob die neue Parteidoktrin des realen Sozialismus oder Formalismus oder Objektivismus oder was auch immer es sei, nicht bereits überholt ist und sie bereits über Nacht schon als ‚dekadente konterrevolutionäre Werkzeuge der Reaktion' abgestempelt sind.» Die russischen Gäste fuhren in die Luft und zogen aus dem Saal. Mit einer einzigen Rede hatte Lasky die deutschen Schriftsteller in östliche und westliche auseinandergesprengt. Am Schlusstag des Kongresses wurde der sowjetische «Kulturbund» im amerikanischen und britischen Sektor verboten. **Diese Rede soll den SED-Spitzenpolitiker Walter Ulbricht später dazu veranlasst haben, über Lasky zu sagen: «Das ist der Mann, der den Kalten Krieg begonnen hat.»**

War es wirklich nur Zufall, dass Laskys Rede der offiziellen amerikanischen Politik nicht lange vorgriff? Nur drei Wochen später, am 28. Oktober 1947, kündigte US-General Lucius D. Clay auf einer Pressekonferenz eine «Operation Talk Back» an, die der sowjetischen Propaganda vor der deutschen Öffentlichkeit wirksam entgegentreten sollte. Von der Kriegsallianz der Vereinten Nationen, die sich im Viermächtekontrollrat widerspiegelte, ging die amerikanische Aussenpolitik zum «Containment», der Eindämmung der Sowjetunion, über.

«Der Monat»

Als der Viermächtekontrollrat auseinanderlief, die Berliner Blockade einsetzte, getrennte Währungen eingeführt und Ende Juli 1948 eine Luftbrücke zur Versorgung der auf dem Land- und Flussweg abgeschnittenen Stadt eröffnet wurde, gründete Lasky seine eigene Zeitschrift. Im Oktober 1948 wurde die erste Nummer des «Monat» ausgeliefert - laut Impressum offen im amerikanischen Auftrag von der «Information Control Division» (siehe S.25) herausgegeben. Der Untertitel «Internationale Zeitschrift» zeigte, dass der «Monat» im Sinne der trotzkistischen «New York Intellectuals» ein Organ des «Internationalismus» war, das als Modell für ähnliche Publikationen in anderen Ländern diente, die überall entstanden, ausser in den USA, wo die Zeitschriften der New Yorker Marxisten (Partisan Review, New Leader, Commentary) den Platz besetzt hatten, die ihrerseits dem «Monat» als Modell dienten.

Laskys «Der Monat» verband die Umerziehung der Deutschen mit einer Ablehnung des real existierenden Kommunismus in der Sowjetunion.

Im Register der ersten 150 Nummern, also denen der Ära Lasky, findet sich eine Überfülle an Autoren, die fast an Willi Münzenberg erinnerte, der im Auftrag der Komintern eine Volksfront der Intellektuellen zu mobilisieren verstanden hatte. Unter ihnen: Theodor W. Adorno, Albert Camus, Ernest Hemingway, Aldous Huxley, Karl Jaspers, Franz Kafka, Arthur Koestler, Thomas Mann, George Orwell, George Bernard Shaw (das vielleicht aktivste Mitglied der sozialistischen «Fabian Society» aus London). [5]

Die Interessen der amerikanischen Aussenpolitiker und die der New Yorker Marxisten liefen im «Monat» zusammen. **Der Aussenminister Dean Acheson erklärte, dass er die offen kosmopolitische Linie des «Monat» begrüsse, weil sie in der Lage sei, die traditionelle deutsche Denkweise aufzulösen.**

Während die «reeducation» mit «shock and awe»-Methoden («Schrecken und Furcht»), wie dem Film «Die Todesmühlen» (siehe S.24) oder der «Beweisaufnahme» bei den Nürnberger Prozessen, Schuldgefühle auslösen und zur «Läuterung» führen sollte, verschwand «shock and awe» immer mehr aus der Öffentlichkeit. Von den 47 Artikeln der 150 Nummern des «Monat», die den Zweiten Weltkrieg behandelten, sind 13 dem Widerstand gewidmet, nur zwei der Shoah, nicht mehr als dem Thema Katyn und dem Hitler-Stalin-Pakt. Die Vergangenheit, die den Monat interessierte, war der angebliche ideengeschichtliche «Sonderweg» der Deutschen seit Beginn des 19. Jahrhunderts, wobei das Schema der amerikanischen Erster-Weltkrieg-Literatur entnommen war, die sich noch vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten gegen die deutschen «Ideen von 1914» gerichtet hatte.



Der «Kongress für kulturelle Freiheit» tagt vor 15.000 Zuschauern in Berlin.

Der Kongress

In der letzten Juniwoche 1950, in der Truman sich zur vollen Intervention in Korea entschloss, tagte in Berlin der «Kongress für kulturelle Freiheit». Dieser Kongress hatte seine Wurzeln ebenso in den marxistischen Kreisen New Yorks wie Roosevelts New-Deal-Kabinett. Im Frühjahr 1939 war unter Beteiligung führender Philosophen wie John Dewey und Sidney Hook in den USA ein «Komitee für Kulturelle Freiheit» gegründet worden, das feststellte, dass die «totalitäre Idee» bereits in Deutschland, Italien, Russland, Japan und Italien inthronisiert sei, die intellektuelle und kreative Unabhängigkeit unterdrücke und Kunst, Wissenschaft und Erziehung zu Lakaien der Staatsphilosophien mache. Unter dem Aufruf des Komitees wurden 150 Unterschriften gesammelt. Prompt kam ein Gegenaufruf von 400 pro-stalinis-

➔

tischen Intellektuellen, die gegen die «phantastische Lüge, dass die UdSSR und die totalitären Staaten im Grunde gleich seien» schärfstens protestierten. Der vermeintliche Konflikt im marxistischen Lager wurde z.B. dadurch deutlich, dass unter dem ersten Aufruf des «Komitees für Kulturelle Freiheit» der Name Thomas Manns, unter dem zweiten der seines Sohnes Klaus Mann stand.

Der Ost-Westkonflikt machte aus den einstigen trotzkistischen Aussenseitern wichtige Verbündete der US-Regierung. 1949 wurden unter der Leitung des New Yorker Marxisten Sidney Hook die Antitotalitären von 1939 neu gesammelt. Nach dem «Kongress der Intellektuellen für den Frieden» in Wroclaw-Breslau (August 1948) und dem «Weltfriedenskongress» in Paris (April 1949), sollte der «Kongress für Kulturelle Freiheit» in Berlin 1950 zeigen, dass es auch antisowjetische Intellektuelle gab. James Burnham war einer der Mitverfasser des Manifests des Kongresses, während Melvin Lasky zum inoffiziellen Hauptorganisator des Kongresses gemacht wurde.

Die bedeutendsten Köpfe der europäischen Intelligenz waren vertreten: U.a. Hannah Arendt, Albert Camus, Francois Bondy, Ignazio Silone, Raymond Aron, Eugen Kogon, Margarete Buber-Neumann, Manès Sperber, Czeslaw Milosz, Edgar Morin oder Francois Furet waren bei der Gründungstagung des Kongresses in Berlin anwesend.



Der New Yorker Marxist Sidney Hook spricht bei der Eröffnung des «Kongresses für kulturelle Freiheit», laut dem WDR «das neue Forum der demokratischen, nicht-kommunistischen Linken in Deutschland und in Europa».

Finanzierung durch die CIA

Laskys väterlicher Freund Michael Josselson leitete zuerst als Verbindungsmann des CIA den «Kongress für kulturelle Freiheit». Er war zuvor in der Militärregierung für die Entnazifizierung der Musik zuständig gewesen. Der entscheidende Verbindungsmann für Josselson wiederum war der CIA-Agent Thomas Braden, den der WDR in seinem 1999 erschienenen Dokumentarfilm «Germany – Made in USA: Wie US-Agenten Nachkriegsdeutschland steuerten» [6] von 1999 als «heimlichen Paten der Bundesrepublik Deutschland» bezeichnete.

Der WDR weiss über Bradens Arbeitgeber zu berichten: «In Washington wird die psychologische Kriegsführung des Kalten Krieges koordiniert. Das innerhalb der CIA zuständige ‚Office of Policy [Coordination]' ist dafür mit 100 Millionen Dollar ausgestattet.» Sowohl auf die Frage, ob er Melvin Lasky persönlich gekannt, als auch, ob er Geld von der CIA bekommen hatte, antwortete Thomas Braden dem Reporter mit «Ja». Für Braden war der Kongress «eine einflussreiche Kraft, um den Kalten Krieg zu gewinnen». Laut dem WDR war der Kongress für kulturelle Freiheit «das neue Forum der demokratischen, nicht-kommunistischen Linken in Deutschland und in Europa».



Die inzwischen 20 Jahre alte WDR-Dokumentation «Germany – Made in USA» ist auf Youtube noch verfügbar. Allerdings findet in ihr keinerlei Verknüpfung von Kaltem Krieg und Trotzkismus statt. Ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis bestimmter Aspekte der Umerziehung.

Geldverteiler Braden

Doch Laskys Kongress war beileibe nicht die einzige Organisation, die von CIA-Agent Braden bezuschusst wurde. In der WDR-Dokumentation gibt er offenherzig zu: «Ich weiss, dass Willy Brandt Geld von der CIA erhalten hat. Und überhaupt war es so: Benötigte irgendein deutscher Politiker mit demokratischen Absichten Hilfe und Unterstützung gegen die Kommunisten, hätte ihm die CIA geholfen.» Erst nach Willy Brandts Tod stellte sich in Deutschland heraus, dass er bereits während des Zweiten Weltkriegs Informant des russischen Geheimdienstes gewesen war. Dass gerade er als demokratischer US-Verbündeter ausgesucht wurde, lässt sich möglicherweise mit der trotzkistischen Wandlung des Kommunismus im Westen erklären.

Der WDR berichtete auch über die verdeckte Finanzierung deutscher Gewerkschaften durch die CIA Ende der 40er, Anfang der 50er-Jahre: «Die amerikanische Deutschlandpolitik wird umfassend über die US-Gewerkschaftsverbände AFL und CIO abgewickelt. Dahinter stecken der Geheimdienst CIA und Tom Braden. Schritt 1: Kontrolle über die deutsche Arbeiterschaft, die nach Kriegsende zu 40% gewerkschaftlich

organisiert ist – mit einem hohen Anteil Kommunisten.» Auf die Frage «In welchem Ausmass wurde die amerikanische Arbeiterbewegung von der CIA benutzt, um Einfluss auf die deutschen Gewerkschaften zu nehmen?» antwortete Braden: «In ganz grossem Stil. Wir nutzten sie voll und ganz, so weit wir es nur ermöglichen konnten. Die Arbeiterbewegung hatte unter Jay Lovestone und Irving Brown ein internationales Komitee für freie Gewerkschaften gegründet. Sie pumpten viel Privatkapital aus Spenden rein und Geld aus den Mitgliederbeiträgen, um in Westeuropa den Aufbau freier, unabhängiger Gewerkschaften zu fördern. Das war der Anfang des Einflusses der amerikanischen Arbeiterbewegung in Europa. Und wir, die CIA, wir nutzten diese Komitees, die sie errichtet hatten, um unseren Einfluss auszubauen und den Aufbau freier Gewerkschaften voranzutreiben, und dafür stellten wir reichlich mehr Geld zur Verfügung.»

Jay Lovestone: Ein weiterer New Yorker Marxist, der urplötzlich eine Kehrtwendung zum Antikommunisten machte und begann, für die CIA zu arbeiten.

Ex(?)-Kommunist «Superagent der CIA»

«Dieser unglaublich klingende Geheimbund zwischen CIA und Gewerkschaft hängt an dem ebenso spektakulären Jay Lovestone. Der Sohn des polnischen Rabbi Liebstein macht Karriere: In den 20er-Jahren zunächst als Chef der kommunistischen Partei Amerikas und ab Ende der 40er-Jahre als ihr erbitterter Feind. Jay Lovestone: Kommunist, Antikommunist, Gewerkschafter und zugleich Super-Agent der CIA. Der Topverbindungsmann zu Deutschland. [...] Ein Blick in das Nationalarchiv der USA beweist: Jay Lovestone hat in den 50er-Jahren enge persönliche Kontakte zu den Spitzen der deutschen Gewerkschaften, die sich gerade neu formieren,» führt der WDR fort.

Tom Braden war die verantwortliche Führungsperson für den «Superagenten» Jay Lovestone, den der WDR als «eine der Schlüsselfiguren des Kalten Krieges» betitelt. Braden über Lovestone: «Er war vorher ein Kommunist. Ja, er war sogar der Chef der Kommunistischen Partei Amerikas. Aber in seinen reiferen und späteren Jahren machte er eine Kehrtwendung. Er verabscheute, er hasste die Kommunisten in einem Mass, dass er an nichts anderes mehr dachte.» Also ein weiterer New Yorker Kommunist, der sich zum Antikommunisten gewandelt hatte.

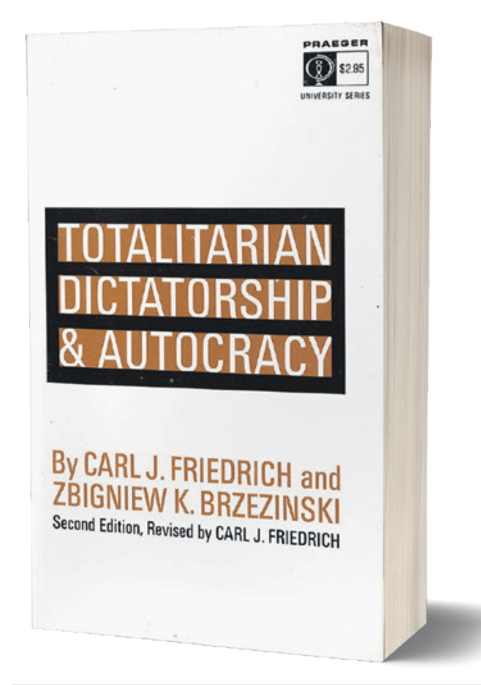
Jay Lovestone und sein engster Mitarbeiter Irving Brown handelten im Namen der US-Gewerkschaft AFL (American Federation of Labor) und im Auftrag der CIA. In Westdeutschland organisierten sie Gewerkschaftskongresse und Ausstellungen, unterstützen mit Geld den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsbewegung. «Ob für die Gewerkschaft ÖTV (Transport) oder die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, für ein Auto, die Beschaffung von Büroräumen, deren Einrichtung oder die Bezahlung einer Sekretärin springen die amerikanischen Freunde ein. Dies ist in bislang geheimgehaltenen Briefen dokumentiert,» so der WDR.

Die offiziellen Gewerkschaftsvertreter Irving Brown und Jay Lovestone hielten auch engen Kontakt zu diversen Verlagshäusern. Sie unterstützen sie direkt und indirekt mit garantierten Abnahmen von Buchauflagen, sponserten politisch für sie interessante Veröffentlichungen oder kümmerten sich um einen Kreditantrag über 1,5 Millionen Mark für den Bau einer Grossdruckerei.

Der Einfluss von Jay Lovestone und Irving Brown reichte bis in die Spitzen der deutschen Politik. Sie nahmen Einfluss auf die SPD-Führung und die Besetzung des DGB-Vorstandes. So zeigt der WDR-Film auf, wie das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine in Washington über die neue Zusammensetzung des DGB-Vorstandes gebrieft wurde.



> **«Die Sklaverei lässt sich bedeutend steigern, wenn man ihr den Anschein der Freiheit gewährt.»**
>
> *Ernst Jünger, deutscher Schriftsteller*
>
> Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.146



Das Buch «Totalitarian Dictatorships and Autocracy» («Totalitäre Diktaturen und Autokratie») des Politikwissenschaftlers Carl Friedrich. Co-Autor war der spätere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski. Ein weiteres Standardwerk des Kalten Kriegs.

Der «Psychologische Strategieplan für Deutschland»

Die Ziele von Bradens Arbeitgeber wurden vom WDR anhand von ehemals streng geheimen Dokumenten der CIA erläutert: «Der New Yorker Anwalt Frank Wisner wird Ende 1947 zum Chef einer streng geheimen

➔

Abteilung innerhalb der CIA ernannt. Zuständig für verdeckte psychologische Operationen in Europa. 1952 läuft der ‚Psychologische Strategieplan für Deutschland' an. ‚Top Secret' unter dem Decknamen ‚pocketbook' (Taschenbuch).» Unter Punkt 6 des Plans ist zu lesen: «[...] es wird in absehbarer Zukunft nicht möglich sein, mit der Sowjetunion ausreichende Übereinstimmung zu erzielen, um eine befriedigende Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrags zu schaffen.»

Der «Psychologische Strategieplan für Deutschland» wurzelte in der ursprünglich von den New Yorker Trotzkisten erdachten «Totalitarismustheorie». Die Botschaft lautete gemäss WDR: «Der Kommunismus ist so gefährlich wie der Nationalsozialismus. Die Gefahren beider Systeme verbinden sich in der ‚Totalitarismustheorie'. Der spätere US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski schreibt Anfang der 50er-Jahre als Coautor ein Buch über totalitäre Diktaturen.» Die grundsätzliche Botschaft des Buches war laut Brzezinski: «Totalitarismus bedeutet nicht nur Nazismus, sondern er war ein Phänomen des 20. Jahrhunderts, das sowohl Nazismus als auch Kommunismus betraf.»

Auch Laskys «Monat» wurde in dem streng geheimen CIA-Arbeitspaper berücksichtigt: «Der Monat ist ein Magazin, das mit einer monatlichen Auflage von 30.000 Exemplaren kulturelle und politische Meinungen reflektiert. Zielgruppe sind Deutschlands kulturelle Wortführer, die massgeblich öffentliche Meinung beeinflussen,» so die Einschätzung der CIA. Sowohl der «Monat» als auch Laskys Londoner Kulturmagazin «Encounter» erhielten als «Publikation für die kommende Linke» (WDR) grosszügige Millionen-Zuschüsse der CIA.

Shepard Stone gründete auch 1974 die US-Lobbyorganisation Aspen-Institut in Berlin. Er war auch Förderer der Frankfurter Schule (siehe).

Shepard Stone

Nach dem Rücktritt des Lasky-Vertrauten Michael Josselson im Jahre 1967 wurde der «Kongress für kulturelle Freiheit» in «Internationale Vereinigung für Kulturelle Freiheit» umbenannt. Den Vorsitz übernahm der Vertreter der CIA-gesteuerten Ford Stiftung, Shepard Stone, der zuvor nur einen Teil der Kosten getragen hatte, jetzt aber die gesamte Finanzierung übernahm.

Stone war, was den «New York Intellectuals» gefehlt hatte, ein erfahrener Deutschlandexperte. Nach einem Studium in Theodor Heuss´ «Hochschule für Politik» in Berlin wurde er 1934 New York Times Redakteur mit dem Schwerpunkt Deutschland. Bei Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig und wurde dem militärischen Nachrichtendienst (G2) zugeteilt. In Deutschland befasste er sich mit der Lizenzierung von Zeitungen. Seinem alten Lehrer Theodor Heuss – später erster Bundespräsident der BRD - konnte er eine Lizenz für die «Rhein-Neckar-Zeitung» sichern, als Heuss wegen einiger unpolitischer Beiträge für die NS-Wochenzeitung «Das Reich» unter Druck gekommen war.

Kampf gegen den «Totalitarismus»

Ende 1945 schied Stone als Oberstleutnant aus der Armee aus und kehrte vorerst zur «New York Times» zurück. Seine grosse Zeit begann mit der Gründung der Bundesrepublik, als er unter dem Hohen Kommissar John McCloy zu dessen engstem Berater aufstieg und «McCloys Harry Hopkins» (siehe S.9) genannt wurde. Er wurde zum Leiter des «Office of Public Affairs» (OPA) gemacht, der Abteilung der Hohen Kommission, die mit 400 amerikanischen und 3.500 deutschen Mitarbeitern den Bereich der Propaganda, Public Relations und kulturellen Angelegenheiten umfasste. Nach dem revidierten Besatzungsstatut war die Kultur offiziell nicht mehr Sache der Alliierten, doch hatte OPA die Aufgabe, «wesentliche Entscheidungen



Der New Yorker Wallstreet-Anwalt John McCloy wurde nach Gründung der BRD Hoher Kommissar, d.h. der höchste Vertreter der US-Siegermacht bis zum Ende des Besatzungsstatuts 1955. Er widmete sich dem Kampf gegen den «Totalitarismus». Sein wichtigster Berater: Shepard Stone.

Zbigniew Brzezinski bekennt sich zum Marxismus

«In diesem Sinn hat der Marxismus als ein Mechanismus für den menschlichen ‚Fortschritt' gedient, auch wenn er in der Praxis oft seinen Idealen nicht gerecht geworden ist. Teilhard de Chardin bemerkt an diesem Punkt, ‚so monströs es ist, ist nicht der moderne Totalitarismus in Wirklichkeit ein Zerrbild von etwas Grossartigem und damit der Wahrheit sehr nahe?'»

Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater von mehreren US-Präsidenten

Quelle: Zbigniew Brzezinski, Between Two Ages. America's Role in the Technetronic Era, Viking Press, 1970, S. 33 f.

Für Brzezinski ist der Marxismus also keine sinnwidrige, menschenverachtende Ideologie, die weit über hundert Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Der «Totalitarismus» in der Sowjetunion sei «in Wirklichkeit ein Zerrbild» einer grossartigen Idee! So wurde der «Totalitarismus», nicht der Marxismus, zum Sündenbock für die Verbrechen der Sowjets.

in einem geographischen Gebiet, das für die Sicherheit der Vereinigten Staaten vital ist, zu beeinflussen [...] und die Entwicklung der deutschen Demokratie zu stärken, weil ein demokratisches Deutschland das einzige Deutschland ist, das im Kampf gegen den Kommunismus oder jede andere Form des **Totalitarismus** verlässlich ist.»

Welche Präferenzen Shepard Stone hatte, ging aus der Gründung einer «Wirtschaftlichen Genossenschaft der Presse» hervor, die amerikanische Subventionen an deutsche Zeitungen verteilte. Der grösste Beitrag (1,6 Millionen DM) ging an die Frankfurter Rundschau, da sie «als einzige Zeitung sich aktiv für die Sache der militanten und progressiven Demokratie einsetze». Die FAZ ging als diesbezüglich «nicht vertrauenswürdig» leer aus.

Weniger zufrieden war Stone mit einem anderen von ihm geförderten Projekt, «vielleicht ein Fehler von mir». Er meinte: «Horkheimer, Adorno und Marcuse gäbe es nicht, wenn die Hohe Kommission nicht auf mein Betreiben hin Maxie (Horkheimer) sehr beträchtliche Mittel gegeben hätte, um ihm sein Institut zu ermöglichen».

Stone war ein Experte im Anbahnen und Pflegen von Beziehungen, die der Basis der Bildung einer neuen Elite dienen sollten. Schon in der US-Army benötigte er sieben Dienstboten, um seine Einladungen durchführen zu können. Im Gefolge von McCloy setzte er sich in der Ford-Stiftung fest, die mit einem Stiftungskapital (1960) von 3,3 Milliarden Dollar die reichste Stiftung der Welt war. Ursprünglich für lokale Projekte gegründet, wurde sie zu Zeiten Stones internationalisiert. Als die Washingtoner Behörden sich aus Haushaltsgründen aus der Kulturarbeit im Ausland zurückzogen, sprangen die Stiftungen ein. [7]



Der Neokonservatismus gewann in der Person führender Politiker wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle prägenden Einfluss auf die Grundzüge der amerikanischen Aussenpolitik unter George W. Bush von 2001 bis 2009. Was jedoch kaum bekannt ist: Der geistige Urvater der Neokonservativen war ein überzeugter Trotzkist.

Trotzkisten als Antikommunisten?

Aus welcher politischen Tradition entstammten also die entschlossenen «Antikommunisten», die das Nachkriegsdeutschland prägten? Hatten sie ihre Vergangenheit als Trotzkisten wirklich abgelegt? Der Lebenslauf von Irving Kristol spricht an dieser Stelle Bände: Der Sohn russisch-jüdischer Einwanderer war ein besonders engagierter Trotzkist im bereits erwähnten New York City College. Er nannte sogar eines seiner Essays für die New York Times «Memoiren eines Trotzkisten». Wie so viele seiner ideologischen Genossen trat auch er der US-Armee bei und weilte von 1941 bis 1944 in Europa.



Der Trotzkist Irving Kristol erhielt genau wie James Burnham 2002 die Presidential Medal of Freedom von George W. Bush.

In den 1960er Jahren wandte sich Kristol mehr und mehr dem Konservatismus zu und wurde zu einem der wichtigsten Vertreter des von ihm erdachten «Neokonservatismus». Heise.de schrieb 2003 über ihn: «Andere sehen in Irving Kristol, dem Herausgeber von Neoconservatism, den Vater der Bewegung [des Neokonservatismus].» [8] George W. Bush, der Mann, der am 20. Januar 2001 das Präsidentenamt übernahm, entstammt wie sein Vater genau dieser politischen Strömung, die sich «neokonservativ“ nennt. Die «Neocons“ mit dem Aussenminister Colin Powell, dem Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, dem stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und dem Vorsitzenden der verteidigungspolitischen Kommission des Pentagon, Richard Perle, platzierten sich nach George W. Bushs Vereidigung im Zentrum der amerikanischen Aussenpolitik. «Neocons» dominierten auch den Think-Tank «Project for the New American Century» (PNAC), in

➔

dem schon in den Neunzigern die Kriege gegen Irak und Afghanistan vorgeplant wurden (siehe Ausgabe 10).

Das Ergebnis der neokonservativen Politik waren zwei vernichtende imperialistische Kriege gegen Irak und Afghanistan. Dazu eine extreme Einschränkung der Bürgerrechte im Inland, die Ausweitung des Polizeistaats, Inflation, Subprime-Krise und steigende Armut. Es ist auch bei George W. Bushs Präsidentschaft mehr als absurd, von einer «marktwirtschaftlichen» oder auch nur «konservativen" Politik zu sprechen. Waren die Konservativen und vermeintlichen Kommunismus-Gegner im Nachkriegsdeutschland, die ihren Ursprung mit den Neokonservativen teilen, weiterhin Marxisten, die die freie Marktwirtschaft diskreditieren wollten?

Die Präsidenten Ronald Reagan, George H. W. Bush und sein Sohn George W. Bush bekannten sich bereits zum Neokonservatismus und machten ihn zur Leitlinie der republikanischen Partei. Republikaner, die weiterhin auf die strenge Einhaltung der US-Verfassung pochten, wurden mundtot gemacht. Im Juli 2002 erhielt Irving Kristol von George W. Bush die höchste zivile Auszeichnung verliehen, die «Presidential Medal of Freedom». Der Sozialstaat wurde während der republikanischen Legislaturperioden nicht effektiv eingeschränkt und die Verschuldung des US-Haushaltes nahm im Vergleich zu den Demokraten sogar zu. Öffentlich spielten die Republikaner aber weiterhin die Rolle der patriotischen Amerikaner. Sind die US-Republikaner nur eine von vielen Organisationen, die mit der Methode des «Entrismus» (siehe S.44) von Trotzkisten ausgenutzt wird, solange sie für deren Ziele nützlich ist? *(tk)*

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Entrismus
2. Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.243-247
3. de.wikipedia.org, Vierte Internationale
4. Caspar von Schrenck-Notzing, S. 251-254
5. Ebenda, S.254-258
6. youtube.com, Germany made in USA, 23.10.2011
7. Caspar von Schrenck-Notzing, S.263-265
8. heise.de, Die Machtergreifung der Neocons in Washington, 13.08.2003

FAZIT

Das Konzept des «Entrismus» (trotzkistische Unterwanderung) liefert eine nachvollziehbare Erklärung dafür, warum Trotzkisten in enormer Anzahl dem US-Militär, den Geheimdiensten und den Republikanern beitraten. Sie schienen das Ziel zu verfolgen, den Kurs dieser Organisationen marxistisch zu verändern. Die Tarnung als «Antikommunisten» war für sie notwendig, da sie erkannten, dass der real existierende Kommunismus gescheitert war. Mit Millionensummen, u.a. von der CIA, konnten sie ihre marxistische Politik unter dem Deckmantel des «Antistalinismus» im Kalten Krieg weiter fortführen. Ganz nach dieser entristischen Strategie, berichtete der WDR, der «Kongress für kulturelle Freiheit» sei «das neue Forum der demokratischen, nicht-kommunistischen Linken in Deutschland und in Europa». Das ist auch der Kurs, den die BRD-Regierung und das von ihr favorisierte «Establishment» jahrzehntelang verfolgt hat: Die westlichen Grundwerte wie Marktwirtschaft, Familie oder Heimatverbundenheit wurden «entristisch» von innen heraus zerstört.

19. Juli 1950: Der «Zentralrat der Juden in Deutschland» wird gegründet



Angela Merkel hält beim Zentralrat 2018 eine Rede zum 80. Jahrestag der Reichspogromnacht.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ) ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts die grösste Dachorganisation der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland und deren politische Vertretung. Er wurde 1950 in Frankfurt am Main gegründet und hat seit 1999 seinen Sitz in Berlin. Ihm gehören 23 Landesverbände mit 105 Gemeinden und etwa 100.500 Mitgliedern an. [1]

Wieviel Druck diese relativ kleine Organisation seit Jahrzehnten auf die Bundespolitik und -Wirtschaft ausüben kann, soll hier nur anhand weniger Beispiele erörtert werden:

Hohmann-Affäre

Am 03. Oktober 2003 hielt der hessische CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann in Neuhof eine Rede zum «Tag der


Opfer der sowjetischen Geheimpolizei Tscheka

Deutschen Einheit». Folgender Teil seiner Rede wurde zum Stein des Anstosses:

«Die Schuld von Vorfahren an diesem Menschheitsverbrechen [Holocaust] hat fast zu einer neuen Selbstdefinition der Deutschen geführt. Trotz der allseitigen Beteuerungen, dass es Kollektivschuld nicht gäbe, trotz nuancierter Wortneuschöpfungen wie ‚Kollektivverantwortung' oder ‚Kollektivscham': Im Kern bleibt der Vorwurf: die Deutschen sind das ‚Tätervolk'. [...] Auf diesem Hintergrund stelle ich die provozierende Frage: Gibt es auch beim jüdischen Volk, das wir ausschliesslich in der Opferrolle wahrnehmen, eine dunkle Seite in der neueren Geschichte oder waren Juden ausschliesslich die Opfer, die Leidtragenden?

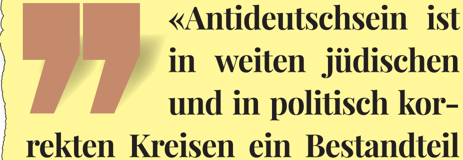
[...] Meine Damen und Herren, es wird Sie überraschen, dass der amerikanische Autokönig Henry Ford 1920 ein Buch mit dem Titel ‚The International Jew' herausgegeben hat. [...] Darin prangert Ford die Juden generalisierend als ‚Weltbolschewisten' an. Er vermeinte, einen ‚alljüdischen Stempel auf dem roten Russland' ausmachen zu können, wo damals die bolschewistische Revolution tobte. Er bezeichnete die Juden in ‚hervorragendem Masse' als ‚Revolutionsmacher'. [...] Ford brachte in seinem Buch eine angebliche ‚Wesensgleichheit' von Judentum und Kommunismus bzw. Bolschewismus zum Ausdruck. Wie kommt Ford zu seinen Thesen, die für unsere Ohren der NS-Propaganda vom ‚jüdischen Bolschewismus' ähneln?

[...] Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase nach der ‚Täterschaft' der Juden fragen. Juden waren in grosser Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschiessungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk' bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet. [...]

Daher sind weder ‚die Deutschen' noch ‚die Juden' ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts [...] Mit Gott in eine gute Zukunft für Europa! Mit Gott in eine gute Zukunft, besonders für unser deutsches Vaterland!»

Mit dieser Rede, die versöhnlich feststellte, weder Juden noch Deutsche seien ein Tätervolk, schien Hohmann Frieden stiften zu wollen, anstatt weitere Spaltung zu riskieren. Davon war in der Reaktion auf die Rede leider nichts zu spüren. Dass Juden in der Zeitgeschichte nicht «ausschliesslich Opfer» waren, konnte wohl nicht akzeptiert werden: CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer ging auf Distanz zu seinem Partei-Freund. Meyer nannte die Äusserungen des Abgeordneten unerträglich. «Das kann nicht unsere Meinung sein.» Deshalb werde die CDU-Führung das Gespräch mit Hohmann suchen.

Dieter Graumann von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt sowie Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland sagte dem Hessischen Rundfunk:



«Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen. Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit ‚die Schwarzen' oder ‚die Lateinamerikaner' oder ‚die Muslime' beginnt, wird man von den Vorurteilsbekämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man ‚the Germans' sagt, kann man den Satz vollenden.»

Robert B. Goldmann, amerikanischer Journalist in der FAZ

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.86

«Der Antisemitismus in Deutschland ist über die Stammtische hinweggewandert und im Deutschen Bundestag angekommen.» (2)

Schon 2004 wurde Hohmann aus der Partei ausgeschlossen.

Bundesverteidigungsminister Peter Struck hatte 2003 schon den Brigadegeneral Reinhard Günzel 2003 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, da er Hohmanns Rede gelobt hatte. In seinem Peter Struck gewidmeten Buch «Und plötzlich ist alles politisch» beschreibt er unter anderem, wie ihm die Übergabe der Dienstgeschäfte ebenso verboten wurde wie die offizielle Kommandoübergabe oder die übliche Verabschiedung aus der Kommandeurrunde. Auch die vom Bundespräsidenten unterzeichnete Entlassungsurkunde habe nicht die übliche Dankesformel «Für die dem deutschen Volk geleisteten treuen Dienste spreche ich ihm Dank und Anerkennung aus» enthalten, obwohl diese Formel bisher nur demjenigen verweigert worden sei, «der nach schweren kriminellen Verfehlungen im Zuge eines disziplinargerichtlichen Verfahrens aus der Armee entlassen wurde». [3]

Foto: kremlin.ru



«[Die Zusammensetzung der ersten Sowjetregierung] war 80-85% jüdisch.»

Wladimir Putin am 13. Juni 2013 beim Besuch einer jüdischen Bücherei in Moskau

Quelle: timesofisrael.com, Putin: First Soviet government was mostly Jewish, 19.06.2013

Im Gegensatz zu Hohmann wurde Putin nicht aus seiner Partei geworfen und ist bis heute Präsident Russlands.









Der Brunnen „Bodenseereiter" ist ein Kunstwerk des Bildhauers Peter Lenk in Überlingen. Er wurde 1999 errichtet und vor allem als Karikatur und groteskes Denkmal für den am Ort ansässigen Dichter Martin Walser bekannt. Als „Ritt über den Bodensee" wird eine verwegene Tat bezeichnet, bei der dem Akteur erst im Nachhinein bewusst wird, wie riskant das Unterfangen war. Peter Lenk spielt damit auf die Kontroverse um Walsers „Paulskirchenrede" an. Eine Stadt „ehrt" also einen der bekanntesten deutschen Schriftsteller vom Bodensee, indem sie ihn wegen einem einzigen politisch unkorrekten Ausrutscher verspottet.

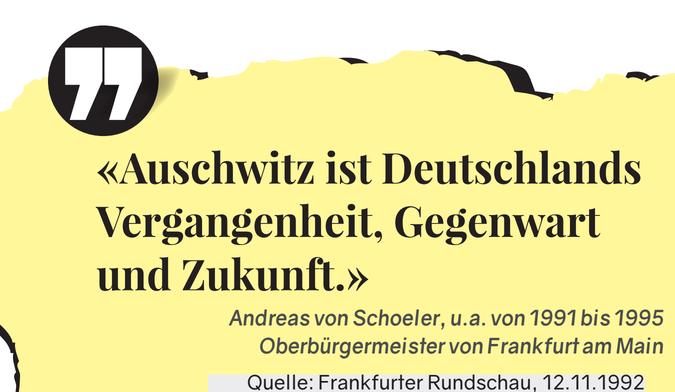
Der Fall Martin Walser

Der deutsche Schriftsteller und Journalist Martin Walser war von den Besatzern als vertrauenswürdig eingeschätzt worden und begann früh für die Lizenzmedien (siehe S.32 ff.) der Alliierten zu arbeiten. Von 1949 bis 1957 arbeitete der Sozialdemokrat in Stuttgart beim Süddeutschen Rundfunk als Reporter, Regisseur und Hörspielautor.

Im umerzogenen Deutschland reichte bereits ein ideologischer Ausrutscher, um Walser zur Persona non Grata zu machen. Als er anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche eine Rede hielt, in der er eine «Instrumentalisierung des Holocaust» ablehnte, brach ein Sturm der Kritik über ihn ein.

«Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, dass sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt. Anstatt dankbar zu sein für die unaufhörliche Präsentation unserer Schande, fange ich an wegzuschauen. Ich möchte verstehen, warum in diesem Jahrzehnt die Vergangenheit präsentiert wird wie nie zuvor. Wenn ich merke, dass sich in mir etwas dagegen wehrt, versuche ich, die Vorhaltung unserer Schande auf die Motive hin abzuhören, und bin fast froh, wenn ich glaube entdecken zu können, dass öfter nicht das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken. Immer guten Zwecken, ehrenwerten. Aber doch Instrumentalisierung. [...] Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. [...]», so Walser.

Nach Walsers Rede war im Anschluss allgemein von den Anwesenden stehend applaudiert worden, mit Ausnahme des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland Ignatz Bubis. Bubis warf Walser später vor, «wegsehen» zu wollen, und bezeichnete die Rede als «geistige Brandstiftung». Danach schoss sich die deutsche Presse und der Kulturbetrieb auf Walser ein, der die «Moralkeule» Auschwitz sogar noch als Mittel zu «guten Zwecken» verstand. Walser ruderte später zurück. Er sagte, er bedauere, die Rede so gehalten und Bubis damit getroffen zu haben, womit sein Name bald wieder reingewaschen war. [4]



«Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.»

Andreas von Schoeler, u.a. von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main

Quelle: Frankfurter Rundschau, 12.11.1992



Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F046799-0024 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0

«Pogromstimmung» nur bei Juden erlaubt

Vor dem 70. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht sorgte Christian Wulff mit einer Gleichstellung der «Pogromstimmung" gegen Unternehmer und Juden für Aufsehen. «Ich finde, wenn je-

> «Jegliche Kritik [an Israel] wird als Antisemitismus verurteilt, und dadurch ist ja schon fast jeder mundtot gemacht worden.»



Evelyn Hecht-Galinski, Tochter des 1992 verstorbenen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Heinz Galinski, über genau diesen Zentralrat

Quelle: deutschlandfunk.de, ‚Sprachrohr der israelischen Regierung", 01.09.2006

mand zehntausend Jobs sichert und Millionen an Steuern zahlt, gegen den darf man keine Pogromstimmung verbreiten», sagte er in der Fernseh-Gesprächssendung Friedman. Wulff zog die Äusserung am Tag darauf zurück. «Die Verwendung des Wortes ‚Pogromstimmung' bedauere ich [...] Nichts kann und darf mit der Judenverfolgung und den schrecklichen Pogromen gegen die Juden verglichen werden», sagte Wulff. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte empört auf den Pogrom-Vergleich reagiert. Der Generalsekretär des Zentralrats, Stephan Kramer, legte dem Politiker den Rücktritt nahe. «Wulff sollte sich einfach fragen, ob er für sein Amt geeignet ist [...] Für mich ist das keine taugliche Entschuldigung, für mich ist die Sache noch lange nicht erledigt», sagte Kramer. [5]

Günther Oettinger: Filbinger-Trauerrede 2007

Günther Oettinger hielt am 11. April 2007 eine Trauerrede beim Staatsakt im Freiburger Münster zum Begräbnis von Hans Filbinger, einem seiner Vorgänger im Amt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten, der 1978, auf politischen Druck hin, zurückgetreten war. Oettinger führte in dieser Rede aus:

«Anders als in einigen Nachrufen zu lesen, gilt es festzuhalten: Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes. [...] Es bleibt festzuhalten: Es gibt kein Urteil von Hans Filbinger, durch das ein Mensch sein Leben verloren hätte.»

Oettinger wurde dafür vom Zentralrat der Juden in Deutschland und von Bundeskanzlerin Angela Merkel kritisiert, sowie vom Dramatiker Rolf Hochhuth, der seinerzeit Filbingers Rücktritt forciert hatte. Rufe nach einer Entschuldigung und Rücktrittsforderungen wurden laut. Am 16. April erklärte Oettinger bereits, dass er sich von seinen eigenen Äusserungen distanziere. [6] ***(tk)***

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Zentralrat der Juden in Deutschland
2. hagalil.com, CDU-Politiker verharmlost Holocaust, 30.10.2003
3. Und plötzlich ist alles politisch - Im Gespräch mit Brigadegeneral Reinhard Günzel, Antaios, 2004
4. de.wikipedia.org, Martin Walser
5. welt.de, Wulff entschuldigt sich für Pogrom-Vergleich, 07.11.2008
6. rp-online.de, «Damit ist alles gesagt»: Oettinger distanziert sich von Filbinger-Rede, 16.04.2007

1952: Gründung der Atlantik-Brücke



ATLANTIK-BRÜCKE

Um ihren Einfluss auf die deutsche Politik, Wirtschaft und Medienlandschaft weiter zu verstärken, gründeten die US-Besatzer eine Art Kaderschmiede, mit der in Zukunft hochrangiges Personal für die wichtigsten Entscheidungsbereiche der BRD rekrutiert werden sollte. Als offiziell «privater, überparteilicher und gemeinnütziger Verein» mit dem Ziel, eine wirtschafts-, finanz-, bildungs- und militärpolitische Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zu schlagen, wurde 1952 die Atlantik-Brücke e.V. gegründet.

Der Gründer der Atlantik-Brücke, Eric M. Warburg, war während und nach dem Zweiten Weltkrieg Freund und Berater des Hohen Kommissars in Deutschland John J. McCloy. In den USA gründeten sie zusammen 1952 den «American Council on Germany», die Schwesterorganisation der Atlantik-Brücke. Als Hochkommissar für das besetzte Deutschland von 1949 bis 1952 gehörte McCloy zum auserlesenen Kreis von drei Leuten, die die Nachkriegspolitik in der neu gegründeten Bundesrepublik koordinierten. McCloy hatte in den 1930ern das Chemieunternehmen IG Farben rechtlich beraten, dessen Produktionskapazitäten Deutschland den Krieg erst ermöglichten. Nun bestimmte er die Zukunft der BRD. James Warburg – ein naher Verwandter von Gründer Eric Warburg – war in den 30ern Mitglied der Denkfabrik «Brain Trust» gewesen, die Roosevelts New Deal (siehe S.9 ff.) ausgearbeitet hatte. [1]

Die Atlantik-Brücke dient der Findung, Heranziehung und Förderung von deutschem politischem Führungspersonal, das Vorgaben und Interessen der Eliten in den Vereinigten Staaten von Amerika über den Atlantik hinweg in BRD-Politik umsetzt. Das wird z.B. deutlich durch eine Aussage des Lobbyisten Arend Oetker im Jahr 2002, der über die Atlantik-Brücke so sprach: «Die USA wird von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte haben.» [2] ***(tk)***

Quellen:

de.wikipedia.org, Atlantik-Brücke
1. de.wikipedia.org, Brain Trust
2. cicero.de, Ein Präsident für die Eliten



> «Ohne Amerika würden wir geistig verkümmern»

Marion Gräfin Dönhoff, einst Chefredakteurin und Mitherausgeberin der ZEIT, 1964 in einer Kolumne über die militärische Zusammenarbeit mit den USA

Quelle: zeit.de, Ohne Amerika würden wir geistig verkümmern, 18.12.1964

➔

Dass ein Beitritt zur Atlantik-Brücke einen schnellen Aufstieg in der BRD ermöglichen kann, ist schon bei einem Blick auf die Liste der jetzigen und ehemaligen Mitglieder erkennbar:



1. Angela Merkel; 2. Kurt Georg Kiesinger, dritter Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland; 3. Carlo Schmid, «Vater» des Grundgesetzes (Ausgabe 29); 4. Helmut Schmidt, 1974–1982 Bundeskanzler; 5. Cem Özdemir, 2008 bis 2018 Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen; 6. Claudia Roth, ehemalige Co-Vorsitzende Bündnis90/Die Grünen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags; 7. Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung ZEIT; 8. Axel Springer, Gründer der Axel Springer AG (Bild, Bild am Sonntag, Die Welt, Ullstein Verlag); 9. Hilmar Kopper, ehemals Vorstand Deutsche Bank, Aufsichtsrat Daimler AG, HSH Nordbank; 10. Otto Wolff von Amerongen, Otto-Wolff-Konzern, heute ThyssenKrupp AG; 11. Thomas Enders, u.a. ehemals Vorstandsvorsitzender der Airbus SE; 12. Max Horkheimer, führender Kopf der Frankfurter Schule, Galionsfigur der 68er-Bewegung; 13. Sigmar Gabriel, u.a. Wirtschaftsminister 2013-2017, seit Juni 2019 Vorsitzender der Atlantik-Brücke; 14. Friedrich Merz, CDU-Politiker und Lobbyist; 15. Claus Kleber, Leiter der ZDF-Nachrichtenredaktion; 16. Kai Diekmann, von 2001 bis 2015 Chefredakteur der Zeitung Bild

Bildquellen:
1. Foto: ©Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)
2. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F024017-0001 / Gathmann, Jens / CC-BY-SA 3.0
3. Foto: Anefo (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carlo_Schmid_(1963).jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en
4. Foto: © Bundeswehr/Archiv (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Verteidigungsminister_Helmut_Schmidt.jpg)
6. Foto: Sven Teschke (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2014-09-11_-_Claudia_Roth_MdB_-_7893.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en
7. Foto: Halifax International Security Forum (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Josef_Joffe.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.de
10. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F052084-0041 / Wegmann, Ludwig / CC-BY-SA 3.0
11. Foto: Heinrich-Böll-Stiftung (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tom_Enders_(cropped).jpg) Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic
13. Foto: Martin Kraft (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MJK63114_Sigmar_Gabriel_(Frankfurter_Buchmesse_2018).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en
14. Foto: Michael Lucan, Lizenz: CC-BY-SA 3.0 de
16. Foto: Birulik (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kai_Diekmann_MediaMakers.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

1954: Ernest Hemingway erhält den Literaturnobelpreis


Hemingway 1960 neben Fidel Castro

Ernest Hemingway war einer der erfolgreichsten und bekanntesten US-amerikanischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. 1953 erhielt er den Pulitzer-Preis für seine Novelle «Der alte Mann und das Meer» und 1954 den Literaturnobelpreis.

Dabei weist sein Lebenslauf erschreckend dunkle Kapitel auf: Wie das Buch «Spione: Aufstieg und Fall des KGB in Amerika» des ehemaligen KGB-Agenten Alexander Vassiliev nachweist, war Hemingway 1941 kurz vor einer Reise nach China vom KGB-Vorläufer NKWD angeworben worden. Er habe den Decknamen «Argo» erhalten und bei Treffen mit Sowjetagenten in Havanna und London «mehrfach seinen Wunsch und Willen ausgedrückt, [den Sowjets] zu helfen». Dass Hemingway grosse Sympathien für die kommunistische Bewegung hegte, war kein Geheimnis; dass er für sie arbeitete, wurde erst in dem 2009 erschienen Buch aufgedeckt. [1]

Wie das Portal «The Daily Beast» es beschreibt, war Hemingway für die Sowjets u.a. aus folgenden Gründen von Interesse: «Hemingway war bereits ein weltberühmter Schriftsteller. Seine Beziehungen reichten von europäischen Hauptstädten bis ins Weisse Haus. Hemingways dritte Frau, Martha Gellhorn, war eine enge Freundin von Eleanor Roosevelt.»

Hemingway ein Kriegsverbrecher?

Doch diese Enthüllungen wirken geradezu harmlos im Vergleich zu den Taten, die Hemingway zu Lebzeiten gestand: Seit der Landung der Alliierten in der Normandie 1944 arbeitete Hemingway als amerikanischer Kriegsberichterstatter in Europa. Am 27. August 1947 berichtete er über seine damaligen Erlebnisse an seinen Verleger Charles Scribner:

«Einmal habe ich einen besonders frechen SS-Kraut umgelegt (Anm.: Kraut = verächtlicher Ausdruck für Deutsche). Als ich ihm sagte, dass ich ihn töten würde, [...] sagte der Kerl doch: ‚Du wirst mich nicht töten. Weil du Angst davor hast und weil du einer degenerierten Bastardrasse angehörst. Ausserdem verstösst es gegen die Genfer Konvention.'»

Hier berichtete Hemingway von der Ermordung eines Kriegsgefangenen, womit er – für die Alliierten nicht ungewöhnlich - in der Tat gegen die Genfer Konvention verstossen hätte. In einem anderen Brief schilderte er, wie er einem einzelnen deutschen Soldaten, «ein Junge, etwa so alt wie mein Sohn Patrick zu der Zeit», der auf einem Fahrrad flüchtete, von hinten «durch das Rückgrat geschossen» habe. Am 2. Juni 1950 erzählte Hemingway dem amerikanischen Literaturprofessor Arthur Mizener von der Cornell-Universität (New York), er habe 122 Deutsche getötet. Waren dies etwa alles Kriegsgefangene? In diesem Sinne titelte zumindest die Bild 2006: «Ernest Hemingway erschoss 122 deutsche Kriegsgefangene». [3]

Zu einer Untersuchung seiner Behauptungen kam es nie, da seit dem Kriegsende weder von der BRD noch den Kriegssiegern jemals irgendwelche Anstrengungen unternommen wurden, um alliierte Kriegsverbrechen zu bestrafen. Die USA stellten sich 1946 in Nürnberg als internationaler Hüter des Rechts dar (Ausgabe 29). Hätten sie sich in dieser Rolle nicht auch darum kümmern müssen, dass Kriegsverbrechen, für die die deutschen Angeklagten in Nürnberg verurteilt wurden, in den eigenen Reihen ebenso gesühnt werden würden?

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einem regelrechten Siegeszug Hemingways durch die deutsche Literatur: Für den Schriftsteller Michael Kleeberg, selbst von Hemingway geprägt, gibt es «kaum einen zweiten Schriftsteller, der in der ersten Zeit des Neubeginns der westdeutschen Literatur einen solchen Einfluss auf seine Kollegen ausübte». [4] ***(tk)***


Briefe des Nobelpreisträgers enthüllen
Ernest Hemingway erschoss 122 deutsche Kriegsgefangene

Von PAUL C. MARTIN

Ernest Hemingway, 1954 Nobelpreisträger für Literatur („Der alte Mann und das Meer"). Er liebte den Kitzel der Gefahr und den süßlichen Geruch des Blutes.

Hemingway (li.) in einer eroberten deutschen Artilleriestellung in Frankreich. Daneben sein Kriegsfreund, US-Oberst Charles Lanham (Herbst 1944)

US-Nobelpreisträger Ernest Hemingway (1899–1961) auf Großwildjagd. In seinem Bestseller „Die grünen Hügel Afrikas" (1935) bekennt er sich zur Lust, die er beim Töten empfindet

„Wir haben's hier sehr nett und lustig, viele Tote, deutsche Beute, viel Schießerei und jede Menge Kämpfe."

Titelseite der Bildzeitung 2006


Quellen:

1. 20min.ch, Hemingway als KGB-Agent enttarnt, 10.07.2009
2. de.sputniknews.com, Wie der sowjetische Geheimdienst Ernest Hemingway zum Spion machte, 21.03.2017
3. bild.de, Briefe des Nobelpreisträgers enthüllen: Ernest Hemingway erschoss 122 deutsche Kriegsgefangene, 25.09.2006
4. stern.de, Der unzeitgemäss Zeitgemässe

September 1954:

Adenauer warnt vor neuer deutscher Armee



v.l.n.r: Der britische Aussenminister Anthony Eden, Konrad Adenauer, US-Aussenminister Dean Acheson und EU-Gründervater Robert Schuman. Adenauer konnte die europäische Einheit kaum abwarten – allerdings ohne Wiederaufrüstung der Deutschen.

Im September 1954 kam es in London zu einer Reihe entscheidender Unterredungen mit einigen europäischen Regierungschefs über die zukünftige westeuropäische Integration. Während der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer dabei die Vision eines Zusammenschlusses unter Einbindung Westdeutschlands verfolgte, brachte Frankreich unter Ministerpräsident Mendes-France unter anderem das Konzept einer gesamteuropäischen Verteidigungsallianz ins Gespräch, zu der Deutschland mit der Aufstellung eigener Nationalstreitkräfte seinen Beitrag leisten sollte. Hier stellte sich Adenauer quer - mit geradezu hanebüchenen Argumenten, wie sich im Rückblick sagen lässt. In der Nacht vom 28. auf den 29. September 1954 liess Adenauer in Gesprächen mit den Aussenministern Luxemburgs und Belgiens, Joseph Bech und Paul-Henri Spaak, die Katze aus dem Sack. Spiegel-Korrespondent Lothar Rühl war damals in dem Londoner Konferenzhotel als zufälliger Zeuge zugegen und notierte Adenauers Auslassungen mit: «Ich bin fest überzeugt», redete der Bundeskanzler demnach auf seine Gesprächspartner ein, «hundertprozentig überzeugt, dass die deutsche Nationalarmee, zu der uns Mendes-France zwingt, eine grosse Gefahr für Deutschland und Europa werden wird - wenn ich einmal nicht mehr bin, weiss ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen.»

An dieser Stelle schaltete sich der luxemburgische Minister Joseph Bech mit der Bemerkung ein, Frankreich werde schon dafür sorgen, dass die deutsche Armee unter Kontrolle gehalten werde. Doch Adenauer liess sich in seinen antideutschen Ressentiments nicht irremachen. Mit einer ungeduldigen Handbewegung entgegnete er: «Wenn Europa nicht wird und Deutschland eine Nationalarmee hat, dann können Sie eines Tages was erleben, Herr Bech, das sage ich Ihnen jetzt. Wenn in Deutschland wieder die Nationalisten an die Macht kommen...»

Selbst dem anwesenden Spiegel-Redakteur erschienen solche Tiraden reichlich dick aufgetragen und er notierte in seinem damaligen Beitrag: «Die Furcht vor dem Wiedererstehen eines zynisch-bornierten deutschen Nationalismus schien ihn gänzlich ergriffen zu haben.» ***(tk)***

Quelle:
spiegel.de, Etwas Eis, Gentlemen?; 06.10.1954

Wussten Sie...

...dass Konrad Adenauer mit John McCloy - dem Hohen Kommissar der USA und damit dem vielleicht einflussreichsten Mann Westdeutschlands - verwandt war? McCloy heiratete er am 25. April 1930 die Deutsch-Amerikanerin Ellen Zinsser, eine Cousine von Konrad Adenauers Ehefrau Auguste Adenauer, geborene Zinsser. Ein Schelm, wer vermutet, dieser Umstand habe zur Wahl Adenauers zum ersten BRD-Bundeskanzler beigetragen...

Quelle: de.wikipedia.org, John Jay McCloy

September 1956:

Adenauer täuscht die Bevölkerung über die Wiedervereinigung



CDU-Bundestagswahlplakat von 1961. Unter vier Augen versicherten Regierungsvertreter den Siegermächten allerdings, man versuche nur den «Eindruck zu erwecken, dass die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe».

Auf ein wichtiges Dokument aus Jahrzehnte geheim gehaltenen britischen Akten wies 1989 Dr. Joseph Foschepoth hin. Er schrieb: «Bezeichnenderweise wurden immer dann grossangelegte Kampagnen zur Wiedervereinigung Deutschlands [von der Bundesregierung] gestartet, wenn Wahlen vor der Tür standen. Als im September 1956 die Bundesregierung mit grossem propagandistischen Aufwand den vier Mächten ein Memorandum zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit übergab, beschwichtigte der damalige Vertraute Adenauers, Wilhelm

G. Grewe, die Westmächte, dass dies alles nicht so ernst zu nehmen sei: ‚[Die deutsche Regierung hatte nicht] die Absicht, in direkte Verhandlungen mit den Russen [zur Wiedervereinigung] einzutreten', sondern, sie sei ‚lediglich der Meinung, dass es angebracht sei, den Austausch von Noten bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen fortzusetzen, um den Eindruck zu erwecken, dass die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe.'»

Das beweist wohl überzeugend, dass Adenauer die deutsche Wiedervereinigung entgegen seinen Worten nicht nur nicht als wichtigstes Ziel seiner Politik betrachtete, sondern dass er ihr sogar Widerstände in den Weg legte. Dass der SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher Adenauer den «Kanzler der Alliierten» nannte, kam wohl nicht von ungefähr. ***(tk)***

Quelle: Joseph Foschepoth, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.06.1989 – britisches Staatsarchiv (PRO, FO 371 /124548/ WG 10 71/131)

FAZIT

Konrad Adenauer verkörperte also die Grundprinzipien der Umerziehung: Er sah die Deutschen als militaristisch und gefährlich an. An einer Wiedervereinigung war er trotz leerer Versprechungen nicht interessiert. Kurt Schumachers Bezeichnung «Kanzler der Alliierten» scheint durchaus angemessen.

24. Dezember 1959:

Hakenkreuze in Köln eine KGB-Aktion?

In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1959 wurde die Synagoge in Köln, Roonstrasse, laut Behörden und Medien von zwei jungen Männern mit Hakenkreuzen und der Parole «Juden raus» beschmiert. Es handele sich um den Bäckergesellen Arnold Strunk und den kaufmännischen Angestellten Paul Josef Schönen, beide 1934 in Köln geboren. Die Täter waren Mitglieder der Deutschen Reichspartei DRP, der sie im Jahre 1958 beigetreten waren.

Folgen: Die Schmieraktion von Köln hatte ein geradezu hysterisches Echo. Alle möglichen Publikationsorgane und auch die Kirchen überschlugen sich vor Selbsterniedrigung und Anklagen gegen Rechts. Es kam zur zweiten Welle der «Vergangenheitsbewältigung» – ein Begriff, der geradezu systematisch wiederholt wurde. Am 18. Februar 1960 musste Bundesinnenminister Schröder im Bundestag erklären: «Wir stellen uns ernsthaft die Frage, ob wir den nach 1945, insbesondere seit der Bildung der Bundesrepublik 1949 eingeschlagenen neuen Weg ohne Beeinträchtigung fortsetzen können [...]»

Ab dieser Zeit wurden regierungsamtliche Jahresberichte über «Rechtsextremismus», die Verfassungsschutzberichte, vorgelegt. Die «Ständige Konferenz der Kultusminister» gab im Februar 1960 neue Richtlinien (Saarbrücker Rahmenvereinbarungen) für die Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichtsunterricht heraus. An Universitäten und Pädagogischen Hochschulen wurden weitere Lehrstühle für «Politische Wissenschaften» zur Verstärkung der Umerziehung errichtet. Die Ludwigsburger Zentralstelle (Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen) wurde eingerichtet, um eine grosse Prozesswelle gegen ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere in Gang zu bringen.



Sicher eine strafwürdige Schmiererei. Doch wie ist es möglich, dass solch ein Zwischenfall die deutschen Medien wochenlang dominieren und eine regelrechte Staatskrise herbeiführen konnte?

Propagandaaktion?

Schon in dem von der Bundesregierung 1960 herausgegebenen Weissbuch (1) wird (z.B. auf Seite 52) auf den kommunistischen Propagandafeldzug aufmerksam gemacht, der im Zusammenhang mit den Ereignissen in Köln gegen die Bundesrepublik (nicht etwa gegen die DRP oder die beiden Täter) in DDR und Sowjetunion stattfand. Auch Verteidigungsminister Franz-Josef Strauss hatte vor der CDU/CSU-Fraktion in Bonn am 19. Januar 1960 bereits aufgrund von Indizien betont, dass die Einzelaktionen das Ergebnis kommunistischer Infiltrationsarbeit seien. Dafür wurde Strauss von den Medien mit Spott und Häme übergossen.

Im Jahre 1974 kam ein Buch des amerikanischen Geheimdienstoffiziers John Barron auf den Markt, Titel «KGB». Barron belegt darin die kommunistische Beteiligung (2) im Falle der Kölner Hakenkreuzschmierer: Der für Desinformation zuständige sowjetische KGB-General Agajanz habe die weltweiten Hakenkreuzschmiererei-



➔ en - auch die in Köln - und vor allen Dingen die antisemitischen Parolen organisiert. Der Westen sei über diese Ereignisse durch Überläufer aus dem Osten informiert worden.

Mit dem Nachlassen der Ost-West-Spannungen kam es – etwa ab 1961 – in Deutschland und auch anderswo zu einer langsamen Veränderung des Meinungsklimas. Die linke Studentenrevolte von 1968 und der «lange Marsch durch die Institutionen» taten ein Übriges. Und im Kielwasser des neuen Marxismus schwamm – generalüberholt und mit neuem Wortschatz ausgestattet – die wiedererstandene Kollektivschuldthese. ***(tk)***

Quellen:
Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
1. Weissbuch und Erklärung der Bundesregierung, Bonn, 1960, S. 29 f.
2. John Barron, KGB, Scherz, München, 1974



«Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren» war der Leitspruch der 68er, die als erste Generation in den «Genuss» einer verstärkten «Vergangenheitsbewältigung» gekommen waren. Der Spruch griff die Theorie der Alliierten und der Frankfurter Schule (siehe S.7 f.) auf, die Kriegslust sei tief im deutschen Wesen verankert.

Die «Bewältigung der Vergangenheit» in anderen Ländern

Die Dimension der deutschen «Vergangenheitsbewältigung» zeigt sich am allerbesten im internationalen Vergleich. Im Hinblick auf die Kolonialgräuel in Algerien 1954—1962 hat die französische Staatsspitze eine Entschuldigung ebenso abgelehnt wie die gerichtliche Aufarbeitung oder auch nur die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Auch amerikanische Kriegsverbrecher können ruhig schlafen. Bekanntlich hatten US-Einheiten in mehreren Dörfern Vietnams Massenverbrechen begangen, zum Beispiel am 16. März 1968 in der Ortschaft My Lai, wo 347 Zivilisten zusammengetrieben und massakriert wurden; das jüngste Opfer war zwei Jahre alt. U.a. in Afghanistan, Irak oder Libyen setzten sich die Gräueltaten fort.

Auch der Genozid am armenischen Volk im Türkischen Reich im Jahr 1915 spricht Bände: Den Stand der türkischen Vergangenheitsbewältigung beleuchtet am besten die Tatsache, dass nach §130 des deutschen Strafgesetzbuchs wegen Volksverhetzung strafbar ist, wer den Völkermord an den Juden während des Zweiten Weltkriegs negiert (siehe S.79 ff.), während es nach §312 des türkischen Strafgesetzbuchs wegen Volksverhetzung strafbar ist, den Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs als Realität zu bezeichnen.



Hängen, Verbrennen und Verfolgung von Indios durch die Spanier, Illustration von Bartolomé de las Casas, Kupferstich von 1552

In spanischen Schulbüchern erscheinen die Eroberer Mittel- und Südamerikas bis heute meist als Vermittler des Christentums und der abendländischen Kultur. In zeitgenössischen Berichten wie dem des Indianerbischofs Bartolomé de Las Casas («Kurzgefasster Bericht über die Verwüstung der Westindischen Länder») lesen wir eine andere, eine schreckliche Geschichte. Heute weiss man zum Beispiel, dass die Bevölkerung Perus innerhalb weniger Jahrzehnte nach Ankunft der Spanier von 10 bis 15 Millionen auf 800.000 zurückging. Vor allem Zwangsarbeit und eingeschleppte Infektionen waren die Ursachen der Katastrophe. Trotzdem wird in Kreisen spanischer Historiker die dunkle Kehrseite der Kolonialgeschichte auch heute noch gern

als Legende und Schwarzmalerei («leyenda negra») abgetan. Ähnlich wurden auch die Gräuel des britischen oder belgischen Kolonialismus verharmlost, wobei sich dies im Rahmen einer weltweiten politisch korrekten Umerziehung allmählich ändert.

Soviel zum Vorwurf der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im internationalen Vergleich. ***(tk)***

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.77



Zeichnung britischer Soldaten bei der Schlacht von Amoy in China 1841. Der britische Kolonialismus hinterliess ebenso wie der spanische und belgische Millionen Tote.

«Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen. Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite und in der eigenen Sache einschleicht. [...] Das Schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor herrschte, ist, dass er mit gänzlich unbewusster Automatik funktioniert, ohne dass die Leute auch nur merken, dass sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmässig mit zweierlei Mass messen.»

Sebastian Haffner, Journalist einer der einflussreichsten Autoren über den Nationalsozialismus zur Mentalität der «Achtundsechziger»

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.126

04. Mai 1960: Theodor Oberländer muss zurücktreten

Im Mai 1960 sah sich Bundeskanzler Adenauer unter dem Druck der Medienöffentlichkeit gezwungen, seinen seit 1953 amtierenden Vertriebenenminister Theodor Oberländer (1905-1998) fallenzulassen, da dieser angeblich im Ostblock als Kriegsverbrecher entlarvt worden sei. Oberländer trat am 04. Mai 1960 zurück. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Fall um eine klassische sowjetische Verleumdungskampagne, der die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien trotz besseren Wissens nachgaben. Ein vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn durchgeführtes Ermittlungsverfahren wurde im Oktober 1960 mangels Tatverdacht eingestellt.

Oberländer war als Soldat Teil der aus Ukrainern gebildeten Einheit «Nachtigall» und nahm in dieser am Ostfeldzug teil. Als Oberleutnant der Wehrmacht wurde er auf seinen Vorschlag von Admiral Canaris, dem Chef der deutschen Abwehr, 1941 mit der Aufstellung des «Verbandes Bergmann» aus Freiwilligen der kaukasischen Völker beauftragt. Nach Kriegsgefangenschaft 1945/46 übernahm Oberländer im Jahre 1954 (bis 1956) die Führung des von ihm 1950 in Bayern gegründeten «Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten» (BHE), war 1951 bayerischer Staatssekretär für das Flüchtlingswesen und wurde 1953 Bundesminister für Vertriebene. Dieser Aufstieg machte ihn zur Zielscheibe für Moskau, wobei die Bundesregierung getroffen werden sollte. Am 5. April 1960 wurde im «Oktober- Saal» des «Hauses der Gewerkschaften» in Moskau der «Fall Oberländer» aus der Taufe gehoben. In einer Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten wurde der Deutsche einer langen Kette von Verbrechen aller Art beschuldigt,





Foto: Bundesarchiv, Bild 183-72704-0001 / CC-BY-SA 3.0

Urteilsverkündung gegen Oberländer vor dem Obersten Gericht der DDR am 29. April 1960. Das Ergebnis des Schauprozesses wurde von vielen deutschen Medien unkritisch als Schlagzeile übernommen.

➔ die er in Lemberg 1941 und im Kaukasus begangen, befohlen oder geduldet haben sollte. Als Zeugen traten ehemalige Angehörige des «Verbandes Bergmann» auf, die als frühere Offiziere der Roten Armee freiwillig zu «Bergmann» gekommen waren. Mit ihren Verleumdungen hofften sie wohl, der Hölle des sowjetischen Gulags zu entkommen.

Deutsche Medien folgen Moskau

Als folgsamer «Freund» veranstaltete die DDR einen auf die Moskauer Vorwürfe gestützten Schauprozess in Abwesenheit gegen Oberländer, der dort am 29. April 1960 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Diese Ostblockmassnahmen entfachten gegen den Vertriebenenminister einen Mediensturm im Westen, an dem sich auch weite Pressekreise in Westdeutschland beteiligten, die schliesslich auch den dadurch veranlassten Rücktritt des derart Beschuldigten feierten. Nach der Wende wurde durch Einblick in einschlägige sowjetische Akten bestätigt, dass die Kampagne gegen Oberländer nur den Zweck hatte, der Regierung Adenauer Schwierigkeiten zu bereiten. Aus dem Bericht eines russischen Historikers, dem die – begrenzte – Akteneinsicht gelungen war, geht hervor, dass «auf Vorschlag des KGB das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU», also die Führungsspitze der Sowjetunion, «am 24. Februar 1960 entschieden hat, wegen der politischen Stellung Oberländers» als Minister Adenauers, «seine Entlarvung mittels einer Pressekonferenz vorzubereiten». Zügig konnte das KGB schon in der Sitzung des Präsidiums vom 10. März 1960 entsprechende Vorschläge machen: «Die Pressekonferenz soll am 5. April 1960 stattfinden, und es soll Vorsorge getroffen werden für ein möglichst grosses Echo im Westen.» Das Material der Entlarvung solle der DDR zur weiteren Verwendung übergeben werden. Ferner wurde vorgeschlagen, den Hauptzeugen, der 1949 wegen seiner Zugehörigkeit zu «Bergmann» zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt worden war, als Anerkennung für seine Mitarbeit bei der Beschuldigung Oberländers vorzeitig zu entlassen.

Das Skandalöse des «Falles Oberländer» ist jedoch nicht die von Moskau ausgegangene und von der DDR übernommene Verleumdung – eine klassische Form kommunistischer Desinformation –, sondern die Beflissenheit, mit der nicht nur westdeutsche Meinungsmacher, sondern auch Historiker wider besseres Wissen oder aus Blindheit gegenüber der Arbeitsweise eines kommunistischen Regimes die Verleumdungen aufgriffen und jahrzehntelang bis über den Tod Oberländers am 4. Mai 1998 hinaus immer wieder von neuem vorgebracht haben. Der Beschluss der Staatsanwaltschaft Bonn über die Einstellung des letzten – mit Oberländers Einverständnis – gegen ihn angestrengten Ermittlungsverfahrens datiert vom 8. Mai 1998, vier Tage nach seinem Tod. Allein der Umfang von 607 Seiten bezeugt die Sorgfalt der Untersuchung, die Oberländer von allen Vorwürfen freispricht. ***(tk)***



Bundesarchiv, Bild 183-68855-0001
Foto: Drowski | November 1959

Desinformierte Bürger protestieren für den Rücktritt Oberländers.

Quelle: zeit.de, Der «Fall Oberländer», 09.10.1959

1961:

Fritz Fischers «Griff nach der Weltmacht» gibt Deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg

Der spätere Hamburger Geschichtsordinarius Fritz Fischer löste 1961 mit seinem Buch «Griff nach der Weltmacht» den ersten Historikerstreit der Nachkriegszeit in Westdeutschland – die «Fischer-Kontroverse»- aus, weil er in diesem Werk – wie auch in seinen späteren Büchern – im Zeichen der Siegerpropaganda versuchte, Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuzuschieben und den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Vertrags (Ausgabe 28) zu rechtfertigen. Die Reichsregierung habe spätestens seit 1911 zielstrebig auf den Weltkrieg hingearbeitet, weil sie die führende Weltmachtstellung habe erringen wollen. Trotz heftiger Gegenwehr seitens anderer Geschichtsforscher, die die bald nach dem Ersten Weltkrieg auch international anerkannte Ansicht vertraten, dass Deutschland am Ausbruch des Ersten Weltkrieges keine Alleinschuld trug, konnte sich Fritz Fischer, gefördert von Regierung und Medien, bei der jüngeren Historikergeneration weitgehend durchsetzen und wurde der wirkungsmächtigste deutsche Historiker der zweiten Jahrhunderthälfte. Seine Bücher trugen wesentlich mit zur ideologischen Untermauerung der Verzichtspolitik in Bezug auf die deutschen Ostprovinzen sowie zur Sühne- und Schuldhaltung der deutschen Bevölkerung bei.

Viele seiner Berufskollegen erkannten die Schlampigkeit von Fischers Arbeit.

Gefälschte Zitate

Er gelangte zu dieser Bedeutung, obwohl ihm unseriöser Umgang mit den Quellen zu seinem Standardwerk nachgewiesen werden konnte. So hatte Fischer mehrfach Zitate in dem von ihm gewünschten Sinne zur Belastung Deutschlands einfach verändert. Der Geschichtslehrer Gunter Spraul wies auf eine Reihe solcher Beispiele hin.[1] So habe Fischer als ein schwerwiegendes Zitat des damaligen preussischen Innenministers Bethmann Hollweg aus dem Jahre 1903 ausgegeben, was eine Baronin aus einem Gespräch mit einem Dritten in ihrem Tagebuch aufschrieb, und zudem nicht angeführt, dass Bethmann Hollweg 1903 noch Oberpräsident war und erst 1905 Innenminister wurde. Ferner habe Fischer in ein Zitat, ohne das kenntlich zu machen, den Einschub «Das ist des Kaisers feste Überzeugung» eingefügt sowie das Wort «soll» durch «muss» ersetzt, was den Sinn sehr verschärfte. In einem anderen angeblichen Zitat des Kaisers habe Fischer ein «wenn nötig» in «wenn möglich» verändert sowie aus «Sozialisten» dabei «Sozialdemokraten» gemacht. Spraul bedauert sehr, dass bei der Fischer-Kontroverse «eine Diskussion über die Erkenntnisvoraussetzungen, Quellenbasis und -auswahl, Interpretationsmethode, Korrektheit im Umgang mit Belegen [...] kaum geführt» wurde, da sonst die Fragwürdigkeit von Fischers Behauptung der deutschen Hauptschuld am Ersten Weltkrieg deutlich geworden wäre.

Fritz Fischer war ein beliebter Gast in Geschichtsdokumentationen.

In einem anderen Fall schreibt Fischer über den 1. August 1914: «Der Generalstabschef Moltke hatte angenehme Erinnerungen an den 1. August.» Und er zitiert ihn anschliessend: «Es herrschte, wie gesagt, eine freudige Stimmung.» Das erweckt den Eindruck, Moltke habe sich auf den drohenden Krieg gefreut. Doch das Gegenteil ist richtig. Moltke beschreibt seine Freude über die zwar unzutreffende, aber zunächst für ihn befreiende Mitteilung des deutschen Botschafters in London, «England wolle die Verpflichtung übernehmen, dass Frankreich nicht in den Krieg gegen uns eintreten werde, wenn Deutschland sich seinerseits verpflichte, keine feindselige Handlung gegen Frankreich zu unternehmen. Es herrschte, wie gesagt, eine freudige Stimmung».

Dieser schlampige und bewusst einseitige Verfälschungen nicht ausschliessende Umgang Fischers mit den Quellen wird von dem Journalisten Elmar Schubbe (u.a.

➔

«Die Deutschen sind doch immer derselbe unveränderbare Misthaufen, ganz gleich, welche Regierungsform (schliesslich ist es ja auch wirklich egal, ob ein Kuhfladen rund oder ins Quadrat getreten ist: Scheisse bleibt´s immer!).»

Arno Schmidt, einer der bekanntesten deutschen Schriftsteller der Nachkriegszeit, 1956 im Briefwechsel mit seinem Freund Alfred Andersch

Quelle: spiegel.de, «The Germany kann me furchtbar leckn!!», 04.11.1985



➔ ZEIT) bestätigt, der kurz nach 1961 sich als Geschichtsstudent in einem quellenkritischen Seminar bei dem Heidelberger Geschichtsordinarius Werner Conze mit Fischers «Griff nach der Weltmacht» befasste. Er schreibt: «Ich gehörte zu jenen Studenten, die sich mit diesem Buch zu befassen hatten. Was wir entdeckten, war erschreckend: Viele im umfangreichen Anmerkungsapparat als Beleg für die im Textteil vertretenen Deutungen deutscher Politik aufgeführte Quellen erwiesen sich als nichtssagend oder schlimmer noch: manche gar als im Sinne der Deutungen völlig interpretationsungeeignet. Je mehr wir uns mit Fischers Quellen befassten, desto deutlicher wurde uns, dass in diesem Werk nicht gefragt wurde, was wirklich gewesen war, sondern nur eine politische These vertreten wurde. Fischers wissenschaftliche Kritiker bemerkten natürlich, in welch schludriger oder fahrlässiger Weise der Hamburger Ordinarius mit den Quellen umsprang. Doch welch ein Journalist hatte Zeit und Gelegenheit, zu den Quellen zu gehen? [...] Am Ende des Semesters waren wir ratlos. Keiner von uns, der so mit Quellenmaterial umgegangen wäre, hätte ein Testat bekommen. Beherrschte der anerkannte Wissenschaftler sein Handwerk nicht? Kaum zu glauben! Blieb nur die Vermutung, dass dieses Buch lediglich um der politischen Wirkung der These von der deutschen Alleinschuld geschrieben worden war – in der begründeten Hoffnung, dass sich kein Journalist der Mühe unterziehen würde, quellenkritisch das Werk zu überprüfen. Eine böse Vermutung. Ich gestehe, dass ich diese Vermutung noch heute habe.» (2)

Ein williger Helfer der Briten?

Der britische Historiker Christopher Clark stellte die These auf, Fritz Fischer sei zu der Aufnahme des Kriegsschuldkapitels erst nachträglich genötigt worden. Fischer war der erste deutsche Historiker, der von den Alliierten Zugang zu den «Akten zur deutschen auswärtigen Politik» (ADAP) des entsprechenden Zeitraumes erhielt. Den Alliierten war an der Bestätigung der Alleinkriegsschuldthese gelegen. Zweifel an der angeblichen Alleinschuld Deutschlands hätten eine Mitschuld der Siegermächte am späteren Aufstieg Hitlers und auch am Zweiten Weltkrieg bedeutet. Dies hätte wiederum der Nachkriegsordnung nach 1945 die moralische Grundlage entzogen. Es wäre eine Naivität zu glauben, dass die Alliierten Fischer zugestanden hätten, ergebnisoffen zu forschen. Dass Fischer in der «Encyclopedia of Historians and Historical Writing» (London 1999) als der wichtigste deutsche Historiker des 20. Jahrhunderts bezeichnet wird, kann als eine Danksagung der Briten an ihren willigen Helfer verstanden werden. ***(tk)***

Quellen:
1. Gunter Spraul, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr. 5, 1987, S. 296-303
2. Elmar Schubbe, Der Griff nach der Wahrheit – Fritz Fischer und der unseriöse Umgang mit den Quellen in seinem Standardwerk, in: Das Ostpreussenblatt, 18.12.1999

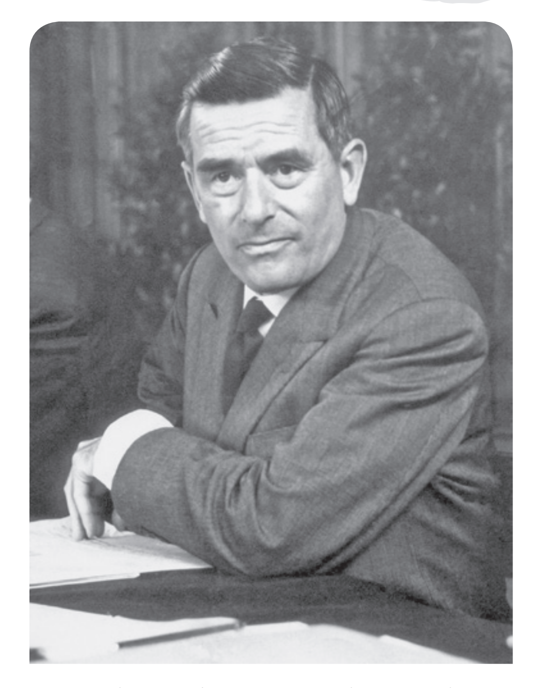
FAZIT

Ungeheuerlich: Der vielleicht wichtigste Nachkriegshistoriker Deutschlands verfälscht sehr wahrscheinlich absichtlich Zitate und vertritt die längst widerlegte Alleinschuldthese Deutschlands am Ersten Weltkrieg. Was sagt uns das über die Zuverlässigkeit der «BRD-Geschichtsforschung»?

1961: Objektive historische Forschung «volkspädagogisch unwillkommen»

Die These des Autors Fritz Tobias, die Nazis hätten den Reichstag 1933 nicht selbst angezündet, sondern es habe sich von ihnen verlautbart um einen kommunistischen Einzeltäter gehandelt, fand in Historikerkreisen grosse Anerkennung. Der Welt-Redakteur Sven Felix Kellerhoff schrieb lobend: «Im Alleingang widerlegte er Ende der Fünfzigerjahre die bis dahin unbestrittene Deutung, die Nazis selbst hätten am Abend des 27. Februar 1933 im Berliner Reichstag gezündelt. Als erster Autor nahm Tobias die Geständnisse des 1934 hingerichteten holländischen Anarchisten Marinus van der Lubbe ernst – und fand so den Weg zur Lösung des Rätsels um die folgenreichste Brandstiftung der deutschen Geschichte.» Der Sozialdemokrat Tobias hatte 1933 als «mittelbare Auswirkung des Reichstagsbrandes Stellung, Beruf und Heim» verloren, womit wohl ausgeschlossen werden kann, dass Tobias die Nazis aus politischer Sympathie im Nachhinein freisprach.

Tobias´ Thesen – ob richtig oder nicht – offenbarten, dass die Geschichtswissenschaft im „befreiten" Deutschland mehr als Erziehungswissenschaft interpretiert wird. Der renommierte Historiker Golo Mann – Sohn von Thomas Mann (siehe S.15 f.) – schrieb an Tobias in einem Brief: **«Diese neue These ist mir nicht angenehm.» Würde sich die Argumentation von Tobias als richtig erweisen, so wäre «es mir sozusagen volkspädagogisch unwillkommen».** Was für Mann zählte, war also nicht die historische Wahrheit oder objektive Forschung, sondern die Aufrechterhaltung eines möglichst dunklen Narrativs über das Dritte Reich. (1) Noch origineller formulierte es der Historiker Walther Hofer: **«Wenn nämlich bewiesen werden könnte, dass die Nationalsozialisten zu Unrecht verdächtigt würden, den Reichstagsbrand inszeniert zu haben, so könnte versucht werden, den gleichen ‚Beweis' auch für die anderen Verbrechen [...] zu erbringen.»** (2)



Ausgerechnet Golo Mann – Sohn von Thomas Mann, der sich für die Alliierten gegen Deutschland gewandt hatte – war einer der renommiertesten Historiker der Nachkriegszeit.

Quellen:
1. welt.de, Der Mann, der den Reichstagsbrand aufklärte, 05.01.2011
2. zeit.de, Ende einer Fälschung, 21.02.1986



Das marxistische Gedankengut machte auch vor der Kirche nicht halt: Der evangelische Theologe Jürgen Moltmann verpackte die Gedanken des Stalinisten Bloch in einer neuen «Theologie der Hoffnung».

1961:

Stalinist wird Professor an der Universität Tübingen

Der Schriftsteller Ernst Bloch, den mit dem Mitbegründer der Frankfurter Schule (siehe S.7 f.), Georg Lukacs, eine enge Freundschaft verband, hatte sich zur Vermeidung des Wehrdiensts im Ersten Weltkrieg von München in die Schweiz begeben. Von dort aus verfasste er Schriften gegen den deutschen Militarismus, während er die bolschewistische Machtübernahme in Russland bejubelte: «Wo Lenin herrscht, da liegt Jerusalem!» In anderen Worten: Wo der Kommunismus herrschen wird, dort ist die messianische Hoffnung des Judentums erfüllt.[1]

In den 1920er Jahren lebte er vor allem in Berlin, wo er Verbindung zu Theodor W. Adorno hatte. Bloch trat der KPD bei und betätigte sich für diese. Deswegen wurde er 1933 ausgebürgert. Über Zürich, Paris, Wien und Prag kam er 1938 in die Vereinigten Staaten von Amerika, wo er in der stalinistisch durchsetzten Bewegung «Freies Deutschland» mitwirkte. Bloch begrüsste die Schauprozesse und den stalinistischen Massenmord. Er veröffentlichte nicht nur Hymnen auf Stalin, sondern propagierte auch eine «Weltkoalition» zum Kampf gegen Deutschland. 1949 begab er sich in die DDR, wo er an der Universität Leipzig als Ordinarius Philosophie lehrte. Einen Ruf an die Universität Frankfurt hatte er hochmütig mit den Worten abgelehnt, er denke nicht daran, dem Kapitalismus zu dienen. 1955 erhielt er den «Vaterländischen Verdienstorden» und den «Nationalpreis» der kommunistischen DDR-Machthaber. Bloch verband den Marxismus mit der jüdisch-christlichen Endzeiterwartung zu einer utopischen Vorstellung, vor allem in seinem dreibändigen Hauptwerk «Das Prinzip Hoffnung» (1954–59).

Nach seiner Emeritierung 1957 konnte der offene Stalinist 1961 seine Aktivitäten problemlos in den Westen verlagern, wo er, schon hochbetagt, noch im selben Jahr an der Universität Tübingen eine Gastprofessur und damit einen neuen Wirkungsbereich erhielt. Von hier wirkte er weiterhin besonders stark auf jüngere protestantische Theologen — so auf den ab 1967 ebenfalls in Tübingen lehrenden Jürgen Moltmann, der eine marxistisch angehauchte «Theologie der Hoffnung» (1964, angeregt durch «das Prinzip Hoffnung») abfasste. Nach seinen hohen Auszeichnungen in der Ostzone erhielt Bloch 1964 den Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes und 1967 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, obwohl er zur Gewalt aufgerufen hatte und der Jugend unzweifelhaft kein friedliches Vorbild war. 1970 wurde Bloch Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Ludwigshafen. Die Universität Tübingen machte ihn noch 1975 zum Ehrendoktor, wie auch die Pariser Sorbonne. Ernst Bloch wurde in den 1960er Jahren — neben Marcuse, Horkheimer und Adorno — zum Leitbild und ideologischen Führer der sogenannten «Neuen Linken» in der Bundesrepublik. 1977 verstarb er. ***(tk)***

DDR-Präsident Wilhelm Pieck zeichnet Ernst Bloch mit dem Nationalpreis 2. Klasse aus.

Quellen:
de.wikipedia.org, Ernst Bloch
1. spiegel.de, Heilung durch die Bibel, 20.12.1971

FAZIT

Marxisten, so weit das Auge reicht, die in der BRD mit Preisen, Verdienstkreuzen und Ehrendoktorwürden überschüttet wurden und werden. Die Folgen für die gesamte Gesellschaft wurden spätestens mit der 68er-Bewegung spürbar.

1962: Deutscher Verlag veröffentlicht Ehrenburg-Biografie





Opfer des von der Roten Armee verübten «Massakers von Nemmersdorf». Als Stalins Chefpropagandist war Ilja Ehrenburg für diese Verbrechen mitverantwortlich. Selbst dem Ansehen des genozidalen Kommunisten wurde in Deutschland zu neuem Glanz verholfen.

Der Verleger und Autor Helmut Kindler erhielt nach der «Befreiung» mehrere Presselizenzen (siehe S.32 ff.): Unmittelbar nach Ende des Krieges war er aktiv an der Gründung zweier Berliner Zeitungen, des Tagesspiegels und der Berliner Zeitung, beteiligt. Von 1949 an wirkte er als Herausgeber der Illustrierten «Revue» in München mit. 1956 gründete er die heute noch herausgegebene Jugendzeitschrift Bravo.

In seinem Buchverlag (Kindler Verlag) kamen nahezu ausschliesslich Autoren zu Wort, die die deutsche Geschichte recht einseitig aus der Perspektive der Sieger betrachteten (u.a. Willy Brandt, Ludwig Marcuse, Fritz Kortner, Walter Jens, Robert Jungk, Eugen Kogon und Sebastian Haffner). Der Höhepunkt von Kindlers Anbiederung an die Siegermächte war allerdings die Veröffentlichung der Memoiren Ilja Ehrenburgs, eines sowjetischen Propagandisten während des Zweiten Weltkriegs. Er hatte u.a. mit Aufrufen wie «Wenn du nicht pro Tag wenigstens einen Deutschen getötet hast, war es ein verlorener Tag» in der sowjetischen Militärzeitung Krasnaja Swesda die barbarischen Gewaltexzesse der Roten Armee verstärkt. [1]

Am 25. November 1960 gab der Kindler Verlag im «Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel» bekannt: «Ilja Ehrenburg, der sowjetrussische Revolutionär, Romancier, Essayist und Propagandist, hat seine Memoiren geschrieben. Er, der Verfasser des ‚Julio Jurenito' und des ‚Tauwetters', war stets gross - und umstritten. [...] Der erste Band von Ehrenburgs Autobiographie erscheint in Kürze.» (Buch erschien nach Verzögerungen erst 1962)

Die ZEIT fragte: «Können wir uns Ilja Ehrenburg leisten?» und liess unter anderen den damals noch politisch angepassten Schriftsteller Martin Walser (siehe S.54) antworten, der apologetisch für Ehrenburg feststellte: «Die Rote Armee musste nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial-Einheiten in der Sowjet-Union vorwärtsmordeten. Aber zweifellos: Ein Deutschenhasser ist er. Soll ich ihn deshalb mit weniger Interesse lesen? Bin ich verpflichtet, zurückzuhassen'?» [2] Kindlers Buchveröffentlichung war nur einer von vielen Anläufen, Ehrenburg in der BRD reinzuwaschen. Er folgten zahlreiche positive Buchkritiken und Artikel, die Ehrenburgs Deutschenhass im Kontext der damaligen Zeit zu relativieren versuchten. 2003 wurde Ehrenburgs Verleger Helmut Kindler übrigens mit dem «Verdienstkreuz 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland» ausgezeichnet.

Seit Jahrzehnten und trotz zahlreicher Parteiinitiativen zur Umbenennung bleibt auch die Ilja-Ehrenburg-Strasse im Rostocker Ortsteil Toitenwinkel bestehen. ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Helmut Kindler
1. de.wikipedia.org, Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg
2. spiegel.de; Tötet, tötet, tötet; 05.09.1962

1964: Kulturhistoriker mit Tirade gegen das deutsche «Kleinbürgertum» und die «Spiesser-Ideologie»



Der Nürnberger Schul- und Kulturreferent Hermann Glaser (SPD) verfasste 1964 das Buch «Spiesser-Ideologie», dessen Inhalt an manchen Stellen wohl den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt:

«Die These wird [von Glaser] aufgestellt und soll bewiesen werden, dass die ‚Geschichte' des offiziellen deutschen Geistes innerhalb der letzten eineinhalb Jahrhunderte keine Entwicklung brachte, sondern einem monotonen Rotieren um gleichbleibende ideologische Verzerrungen und Lebenslügen glich [...]»

Glaser klagte den Kleinbürger an, und zwar den deutschen, da «kleinbürgerliches Wesen und Verhalten bei anderen Nationen nie dieses Ausmass wie in Deutschland angenom-



Keine Kinder mehr zu bekommen war für viele Frauen der 68er-Bewegung ein Zeichen, um gegen die alte «Spiesser-Ideologie» zu rebellieren.

men hat». Aber auch die Oberschicht, die vom Kleinbürgertum als Autorität angesehen wurde, habe «ungeheuerliche Schuld» auf sich geladen, denn «wer sich als Stütze der Gesellschaft erwies, als ‚untertäniger' Richter, Pfarrer, Offizier, Beamter, Professor, Lehrer, Journalist, ist anzuklagen».

«die deutsche Frau Gebärmaschine»

Weiter heisst es: «Der Kleinbürger ist asozial: ihm ist der Mitmensch Menschenmaterial, manipulierbarer, verwertbarer Gegenstand. **Der Spiesser verdrängt in sich die Menschlichkeit; sein Intimbereich offenbart heillose innere Leere: die Geliebte ist als Mädel Geschlechtstier, die deutsche Frau Gebärmaschine; über der Familie thront der Mann als heldischer Patriarch. [...] Die Gartenlaube war überhaupt an der Entwürdigung und Verdummung der deutschen Frau massgeblich beteiligt. [...] Gänsen und Juden von Fall zu Fall den Hals umdrehen, gesunde blondsträhnige Kinder mit gebärfähigen Frauen zeugen, hoch auf dem Erntewagen des Jahres Frucht einbringen, im milden Mondenschein mit den kecken Maiden scherzen – das entsprach dem Wunschbild des Pangermanischen.»**

«Deutsche ‚Sauberkeit' hatte man seit den Tagen des Turnvater Jahn mit heiligem Eifer verfochten; ‚Obszönität' (‚undeutsche Geschlechtlichkeit' und Sinnlichkeit) mit Entrüstung von sich gewiesen. Den aus einer derartigen Verdrängung und Tabuisierung der Triebwelt aufsteigenden Komplexen und perversen Abreaktionen hätte man nur durch ‚Erhellung' seiner selbst und der umgebenden Sozialwelt erfolgreich zu Leibe rücken können. [...] Bismarck war das Idol des deutschen Kleinbürgertums, da er von einem brutalen und persönlichen Machtstreben geprägt war, sich über Rechts- und Verfassungsfragen hinwegsetzte, junkerliche Überheblichkeit an den Tag legte und Politik als Taktik und nicht als Ethos betrieb,» geht es anklagend weiter.

Leider hätten sich diese Wesenszüge auch nach der Entnazifizierung nicht aufgelöst: «Mit Aufatmen sehen wir [1964] die Konturen einer sittlichen Renaissance vor uns; mit Beklemmnis registrieren wir, dass Wesenszüge des deutschen Spiessertums ‚in alter Frische' sich erhalten haben.[...] Die politische Anthropologie bedarf der Sozialpathologie. Die deutsche Ideologieneurose ist noch nicht geheilt.» ***(tk)***

Quelle:
Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.233-234

«[Der deutsche Faschismus] entstammt deutschem kleinbürgerlichen Lebensbezug, auf Plüsch ersonnen und in den Gasöfen von Auschwitz und Theresienstadt praktiziert.»

Paul Hühnerfeld, deutscher Schriftsteller und Literaturkritiker

Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.232



Demo gegen das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen 1975



Anhand solch literarischer Auswüchse, die in Deutschland keine Seltenheit darstellen, wird noch einmal deutlich, dass es sich bei «Entnazifizierung» und «Umerziehung» eigentlich um eine «Entdeutschung» gehandelt hat.



Plakate und Spruchbänder der jüngeren Vergangenheit, die sich mit Marcuses Empfehlungen decken, Rechten und Konservativen keine Toleranz zu zeigen.

1965: Herbert Marcuse empfiehlt die Zensur von «Intoleranten»

Kaum ein anderer Intellektueller hat den Begriff der «Toleranz», wie er heute in der BRD politisch eingesetzt wird, so entscheidend geprägt wie Herbert Marcuse von der Frankfurter Schule (siehe S.7 f.). In dem Sammelwerk «Kritik der reinen Toleranz» erschien 1965 sein Essay zur «Repressiven Toleranz», das vor allem die 68er-Studentenbewegung beeinflusste, dessen Grundgedanken jedoch auch in der aktuellen Politik mehr als präsent sind.

Marcuse beschreibt die damalige Industriegesellschaft als intolerant (familiär organisiert, autoritätshörig, traditionell, militaristisch) und stellt diesem Status Quo seine Idee der «befreienden Toleranz» gegenüber. In dieser (marxistischen) utopischen Gesellschaftsvorstellung wäre das Individuum von allen Zwängen befreit und öffentliche Wohlfahrt für alle gewährleistet.

Marcuses «befreiende Toleranz» schliesst allerdings eine uneingeschränkte Toleranz gegenüber «rückschrittlichen Bewegungen» (also traditionellen, antimarxistischen Bewegungen) aus. In anderen Worten: Der Kämpfer für Toleranz habe das Recht, die Intoleranten, die weiter an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhalten, auch mit intoleranten Mitteln zu bekämpfen.

So rechtfertigte Marcuse die Zensur der «Intoleranten» im typisch verklausulierten Stil der Frankfurter Schule: «Aber die Gesellschaft kann nicht dort unterschiedslos verfahren, wo die Befriedung des Daseins, wo Freiheit und Glück selbst auf dem Spiel stehen: hier können bestimmte Dinge nicht gesagt, bestimmte Ideen nicht ausgedrückt, bestimmte politische Massnahmen nicht vorgeschlagen, ein bestimmtes Verhalten nicht gestattet werden, ohne dass man Toleranz zu einem Instrument der Fortdauer von Knechtschaft macht.» [1]

Beispielsweise der «Sozialistische deutsche Studentenbund» (prägend für die 68er-Bewegung) griff Marcuses Gedanken auf und begründete damit das Streben nach einer angeblich besseren neuen Gesellschaftsordnung. ***(tk)***

Quelle:
de.wikipedia.org, Repressive Toleranz
1. Kritik der reinen Toleranz, S.99

FAZIT **Genau wie Hass kein Gegenmittel gegen Hass (siehe S.23), Zensur kein Gegenmittel gegen Zensur (siehe S.39 f.), Unwissenschaftlichkeit kein Gegenmittel gegen Unwissenschaftlichkeit (siehe S.43) sein kann, so wird auch Intoleranz nie zum erwünschten Ziel der Toleranz führen.**

«Wenn man sich unter Zensur nicht einen fleissigen Beamten vorstellt, der mit einem Rotstift dicke Bände durchgeht, sondern die Technik, mit der eine Seite verhindert, dass die andere zu Wort kommt, dann kann nur unterstrichen werden, dass in den modernen Demokratien die Zensur einen Höhepunkt erreicht hat. Der grösste Erfolg der ‚neuen Zensoren' ist jedoch, das Publikum überzeugt zu haben, dass es keine Zensur mehr gibt.»

Thomas Steven Molnar, ungarisch-amerikanischer Philosoph und Schriftsteller

Quelle: Thomas Molnar, Die neuen Zensoren, in: Criticón, Jg. 1972, S. 111

Foto: ©Superbass/CC-BY-SA-4.0 (via Wikimedia Commons)

«Auch wenn Politiker schwächeln […], dann liegt es an uns zu diktieren, wie die Gesellschaft auszusehen hat.»

Der linksgerichtete Sänger Herbert Grönemeyer im September 2019 bei einem Konzert in Wien. Auch er scheint im Sinne Marcuses den angeblich «Intoleranten» eine für ihn «tolerante» Gesellschaft vordiktieren zu wollen.

Quelle: musikexpress.de, Herbert Grönemeyers Anti-Rechts-Rede in Wien: Könnt ihr ihn hören?, 16.09.2019

01. Oktober 1965:

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) macht die Deutschen für ihre Vertreibung verantwortlich

In der Vertriebenendenkschrift «Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn» wurde der vorherrschende Allein- und Kollektivschuldglaube innerhalb der EKD (siehe S.30 ff.) weiter gefestigt. Die darin enthaltene Argumentation hat sich bis heute fast unverändert erhalten. «Das deutsche Volk» habe «schwere politische und moralische Schuld gegenüber seinen Nachbarn auf sich geladen» und die Vertreibung sei ein «Gericht Gottes» und «Wiedergutmachung für vergangenes Unrecht». Auf Seite 40 heisst es: «Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Weltkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schliesslich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat.»

Mit dieser Schrift wurde der Umbruch zur Politik des Verzichts auf Ostdeutschland, auf das seit vielen Jahrhunderten deutsche Land östlich von Oder und Neisse, erreicht. Lange Jahre nach Kriegsende hatte man die deutsche Bevölkerung in der Hoffnung gewiegt, diese Gebiete eines Tages zurückzubekommen. Die Denkschrift mahnte dagegen, den deutschen Anspruch auf diese Gebiete zu hinterfragen, «um dadurch eine Chance zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen und zur Errichtung einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu ermöglichen» [1]. *(tk)*



Mindestens zwei Millionen Tote während der Vertreibung aus den Ostgebieten. Die Evangelische Kirche sagt: Selber schuld!

Quelle: archiv.ekd.de, Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen Nachbarn
1. de.wikipedia.org, Ostdenkschrift

FAZIT Ein Hohn für die Opfer! Anstatt die Kirche zum Ort einer aufrichtigen Trauer zu machen und die vielen in der Tat unschuldigen deutschen Opfer anzuerkennen, sagt die evangelische Kirche einfach: Ihr seid selbst schuld, beschwert euch nicht! Man stelle sich vor, Opfer der Sklaverei, der Gulags oder gar der NS-Konzentrationslager würden von ihren religiösen Vertretern so behandelt werden!









Szene, mit der Rettungsarbeiter konfrontiert wurden, als sie einige Tage nach dem Luftangriff in Hamburg 1943 einen Schutzraum betraten.



Sir Arthur Harris war im Zweiten Weltkrieg Oberkommandierender der britischen Luftwaffe und hauptverantwortlich für die Terrorbombardierungen deutscher Städte (Ausgabe 28). «Bomber Harris, do it again!» («Bomber Harris, tu es nochmal!») ist ein oft verwendeter Slogan der radikalen Linken, der sich vor allem bei der jüngeren Generation grosser Beliebtheit erfreut.



> «Das Ansehen Deutschlands leidet Schaden, wenn wir unsere Bereitschaft zur Selbstreinigung nicht durch die Tat beweisen. Alle müssen wir dabei helfen, denn ein Haus bietet keine gesunde Wohnmöglichkeit, wenn nur die Zimmer auf der ersten Etage in Sauberkeit erstrahlen, während im Keller und auf dem Boden noch der Unrat modert. Es gibt keine Koexistenz mit dem Unrat. Wer heute die geschichtliche und politische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Untaten abbrechen will, breitet lediglich eine Decke über den Schmutz, die es aber nicht verhindern wird, dass der Fäulnisprozess unter ihr weitergeht und nach und nach die ganze Atmosphäre vergiftet.»

Heinrich Lübke, von 1959 bis 1969 der zweite Bundespräsident der BRD

Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche - Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.236

> «Wer vor der Vergangenheit die Augen schliesst, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.»
>
> *Weizsäcker 1985 über Deutsche als Kriegstäter*

> «Der Blick nach vorne heilt die Wunden der Vergangenheit viel besser, als in den Wunden herumzurühren.»
>
> *Weizsäcker 1992 über Deutsche als Kriegsopfer*

08. Mai 1985:

Richard von Weizsäcker spricht die Deutschen schuldig

«Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft» ist der Titel einer am 8. Mai 1985 im Plenarsaal des BRD-Bundestages gehaltenen Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag der Kapitulation der Wehrmacht. Darin unterwarf sich Weizsäcker der Deutungshoheit der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, womit er die deutsche Kollektivschuld erneut untermauerte, ohne dabei konkret von «Kollektivschuld» zu sprechen. Er verwendete stattdessen den Begriff «Kollektivhaftung», was nichts an der Grundaussage änderte, die Deutschen seien voll und ganz für das Leid verantwortlich, das ihnen damals widerfahren war: «Wir alle sind von (der Vergangenheit und) ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. [...] Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.»

Das BRD-Oberhaupt forderte, «nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit» zu sehen, sondern «vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte», man dürfe «den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen». Ausserdem verlangte er u.a., «des Widerstandes der Kommunisten» und der völkerrechtswidrigen Partisanen zu gedenken.

Der ausdrücklichen Direktive der obersten Besatzungsbehörden strotzend, die Deutschland und die Deutschen nicht als «befreit» sondern als «besiegt» ansahen, sagte Weizsäcker: **«Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung.» Die sogenannte «Befreiung» hatte mehr Deutsche das Leben gekostet als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.** [1]

Weiter heisst es: «Wer vor der Vergangenheit die Augen schliesst, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.» Ein bezeichnendes Licht auf die intellektuelle Redlichkeit der Weizsäcker´schen Rhetorik warf dann sieben Jahre später eine Rede im bayerischen Wunsiedel, als es im Zusammenhang mit einem deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrag um deutsche Verbrechensopfer ging: «Der Blick nach vorne heilt die Wunden der Vergangenheit viel besser, als in den Wunden herumzurühren.» [2] ***(tk)***



Seitdem der 1985 amtierende Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 (Kapitulation der Wehrmacht) von diesem als einem «Tag der Befreiung» sprach, hat sich diese Bezeichnung allmählich im kollektiven Bewusstsein verankert.

Quelle: spiegel.de, «8. Mai war ein Tag der Befreiung», 08.05.2005
1. Heinz Nawratil, Die deutschen Nachkriegsverluste, München, Berlin; 1988
2. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.20



> «Wie will eine Politikerin einer Frau aus Ostpreussen, die dreissigmal vergewaltigt worden ist, einreden, sie habe das Kriegsende als grosse Befreiung zu zelebrieren?»
>
> *Joachim Meisner, von 1989 bis 2014 Erzbischof von Köln*

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.104

THE JERUSALEM POST

> «[Weizsäcker hat] die junge Generation in Deutschland [...] konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.»
>
> *Die israelische Zeitung Jerusalem Post am 4. September 1985*

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 19





Faschismus und Kommunismus: Für Ernst Nolte nur zwei Schuhe am selben Körper.

> «Alles in allem muss man also leider feststellen, dass mit zunehmendem zeitlichem Abstand vom Dritten Reich die Vorstellungen über jene Zeit nicht etwa zutreffender werden, sondern vielmehr immer abwegiger.»
>
> *Hans Buchheim, deutscher Historiker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf dem Dritten Reich, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande (1969)*
>
> Quelle: Caspar von Schrenck-Notzing, Charakterwäsche – Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen, Ares Verlag, Graz, 2004, S.272

06. Juni 1986:

Der Historikerstreit entbrennt

Mit einem Artikel für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 06.06.1986 löste der Geschichtswissenschaftler Ernst Nolte den sogenannten Historikerstreit aus. Er bezog sich darin auf den Vortrag «Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus» zurück, den er 1980 vor der Carl Friedrich von Siemens Stiftung gehalten hatte. Nolte hatte in dem Vortrag konstatiert, dass das durchweg anhaltende negative Bild des Dritten Reichs dazu geführt hatte, «dass im Nachhinein bloss die Stimme der Opfer vernehmbar war». Dies berge die Gefahr für die Wissenschaft in sich, die Geschichte nur aus dem Blickwinkel der Sieger wahrzunehmen und festzuschreiben. Heute bedürfe diese Sicht aufgrund neuer Zeitumstände einer Revision, die aber keineswegs mit einer Entschuldung des deutschen Volks gleichzusetzen sei.

In dem sechs Jahre später veröffentlichten Artikel «Vergangenheit, die nicht vergehen will» stellte er u.a. fest, dass die Rede von einer «Schuld der Deutschen» der NS-Propaganda von der «Schuld der Juden» ähnele. Die Aufmerksamkeit für den Holocaust lenke von gegenwärtigen Fragen ab, etwa nach dem ungeborenen Leben (Abtreibung) und danach, ob die sowjetische Besetzung Afghanistans Völkermord sei. Zudem hinterfragte er das Ende der 70er-Jahre in Amerika entstandene Narrativ von einer «Singularität» (Einzigartigkeit) des Holocausts, indem er hervorhob, dass der sowjetische Massenmord dem der Nazis zuvorgekommen war:

«War nicht der ‚Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmords' der Nationalsozialisten? [...] Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte?»

Man könne Morde durch Vergleiche mit anderen Morden nicht rechtfertigen, aber «den anderen» Massenmord nicht ausblenden, da hier ein Kausalzusammenhang wahrscheinlich sei.

Pressekampagne gegen Nolte

Kurz darauf wandte sich der Marxist Jürgen Habermas (siehe S.7 f.) in dem ZEIT-Artikel «Eine Art Schadensabwicklung» gegen die von ihm als revisionistisch bezeichnete Argumentation Noltes und weiterer Historiker, die Noltes These publizistisch mitgestützt hatten. Es sei aufgrund der Einzigartigkeit nationalsozialistischer Verbrechen falsch, den Nationalsozialismus mit dem Stalinismus in einen ideologischen oder historischen Zusammenhang zu bringen. Der Beitrag löste in der Folge einen polemisch ausgetragenen Streit aus, der die deutschen Medien wochenlang dominierte. Wie nicht anders zu erwarten, stellte sich die staatliche Geschichtsforschung der BRD sowie die Mehrheit der Presseorgane gegen Nolte und unterstützte die Thesen von Habermas. ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Historikerstreit



FAZIT **Es wurde im Historikerstreit deutlich, dass der Ruf von eigentlich renomierten Forschern schweren Schaden nimmt, wenn die allgemein anerkannte und durch jahrzehntelange Beeinflussung entstandene Deutung der Geschichte von ihnen nicht widerspruchslos akzeptiert wird. Sich nicht dem Sprachdiktat zu fügen, welches erschütterte Bekenntnisse zur «Singularität» und zur absoluten Bösartigkeit der deutschen Geschichte verlangt, wurde damals schon als Sakrileg gefasst.**

1987: Ralph Giordano veröffentlicht «Die zweite Schuld»

Ralph Giordano kam als Sohn einer Musikerfamilie zur Welt und wuchs mit zwei Geschwistern im Hamburger Stadtteil Barmbek auf. Im Juli 1943 wäre er beinahe dem völkerrechtswidrigen britischen Luft-Angriff auf Hamburg («Operation Gomorrha», Ausgabe 28) zum Opfer gefallen. Dennoch schloss sich Giordano nach Kriegsende den Alliierten an, um sich «um Aufarbeitung und Erklärung der Dehumanisierung in Nazi-Deutschland zu bemühen».

Die «Aufarbeitung» gestaltete sich so, dass er der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) beitrat. Dort war er von 1946 bis 1957 Mitglied. Unter dem Pseudonym Jan Rolfs liess er in der DDR beim Verlag «Neues Leben» 1953 ein Westdeutsches Tagebuch erscheinen, das von Aktionen der KPD in Hamburg berichtete und von Verehrung für Josef Stalin durchdrungen war. 1955 siedelte Giordano in die DDR über, wo er neun Monate blieb. Nach Abwendung von der (ohnehin verbotenen) KPD widmete er sich der Fernseharbeit: Für WDR und SFB (Sender Freies Berlin) drehte er rund 100 Filme, viele davon über Nazideutschland und voller Anklagen gegen «die Deutschen», die angeblich nicht genug gesühnt und gebüsst sowie ihre Verbrechen verdrängt hätten.

Bereits als prominenter Fernsehjournalist veröffentlichte er 1987 das Buch «Die zweite Schuld», das ebenjene These zu untermauern versuchte. Darin erklärte er unverblümt: **«Ich bin immer, ohne je geschwankt zu haben, ein Anhänger der Kollektivschuldthese gewesen.»** (1) Der nahezu gesamte Medienverbund der Republik – vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen über den Spiegel bis hin zum Stern – spendete ihm frenetischen Beifall. Der ZEIT vom 06.11.2019 war z.B. zu entnehmen: «Häuserwände müssten plakatiert werden, von denen die Thesen, Einsichten und Bitterkeiten dieses Buches mahnen.» ***(tk)***



Giordano behauptete, die Deutschen trügen eine «zweite Schuld», da sie sich nicht schuldig genug fühlen und ihre Vergangenheit nicht ausreichend aufarbeiten würden.

Quellen:
de.wikipedia.org, Ralph Giordano
1. Die zweite Schuld; Hamburg, Zürich; 1987, S.276

«Von der Geburt bis zur Universität hört kein Deutscher ein positives Wort über sein Heimatland. Er hört nur von den Sünden, von den schrecklichen zwölf Jahren des Hitlerismus. Die übrige Geschichte fällt unter den Tisch. Ich sehe keine Wiedergeburt des Faschismus, keine Wiedergeburt des Militarismus in Deutschland. Die Deutschen sind die vielleicht am wenigsten militaristischen Menschen in Europa. Ich fürchte die deutsche politische Korrektheit mehr als einen neuen Hitler.»

Frederick Forsyth, britischer Bestsellerautor

Quelle: focus.de, «Ich bin ein Söldner», 15.04.2002

Foto: Das blaue Sofa (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Frederick_Forsyth_-_01.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

November 1988:

Bundestagspräsident muss zurücktreten



Die jüdische Schauspielerin Ida Ehre bei Jenningers Rede. Wollte sie ihn absichtlich missverstehen?

Zum 50. Jahrestag der Reichskristallnacht hielt der amtierende Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) am 9. November 1988 im Bundestag in einer entsprechenden Gedenkstunde eine Rede. Darin benutzte Jenninger das Stilmittel der erlebten Rede, womit er nicht seine eigenen Gedanken aussprach, sondern darlegte, mit welchen Gedankengängen viele Deutsche den Nationalsozialismus seinerzeit entschuldigten und in ihn verstrickt waren. Sätze darin lauteten: «Und was die Juden anging: Hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemasst – so hiess es damals –, die ihnen nicht zu-



kam? Mussten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden?»

Die Rede wurde bewusst missverstanden, als eigene Meinung Jenningers und nicht als die Worte eines Deutschen 1938, wie Jenninger es beabsichtigt hatte. Ein künstlicher Skandal wurde inszeniert und der politisch zweithöchste Mann der Bundesrepublik sah sich gezwungen, zwei Tage später zurückzutreten. Bilder der damals anwesenden jüdischen Schauspielerin Ida Ehre, die in scheinbar fassungsloser Bestürzung ob solcher Worte ihren Kopf in die Hände legte, gingen um die Welt und sollten Jenningers Missgriff emotionswirksam unterstreichen. Die Massenmedien hatten ein gefundenes Fressen und schlachteten nach Kräften aus, dass wieder einmal ein Vorwand gegeben war, die Deutschen an Reue und Busse zu erinnern.

«übelwollend und ressentimentgeladen»

Als interessantes Nachspiel zu dieser Affäre kam erst im November 1995 eine kleine Sensation heraus, von der allgemeinen Presse trotz der Bedeutung des Hauptbeteiligten bewusst als Nebensache behandelt. **Auf einer Hamburger Podiumsdiskussion bekannte der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, dass er ein Jahr später, zum 9. November 1989, damals erst wichtiger jüdischer Funktionär in Frankfurt und noch nicht Zentralratsvorsitzender, Jenningers Rede - mit wenigen unbedeutenden Auslassungen - in der Frankfurter Synagoge gehalten habe - nunmehr ohne jeden Protest, ohne dass jemand empört den Saal verlassen hätte, ohne dass jemand in der Rede Jenningers Original erkannt hätte.** [1] Das beweist, dass der Inhalt von Jenningers Ausführungen, wie früher schon seine Verteidiger behauptet hatten, an sich keine Angriffspunkte bot und auch keinen Grund zur Empörung abgab.

1995 meinte sogar die FAZ, dass die damalige Reaktion der Abgeordneten und der Öffentlichkeit «übelwollend und ressentimentgeladen» gewesen sei: «Mit Philipp Jenningers Sturz sind wir in die Epoche der moralischen Kollektivaufsicht und tyrannischen Medienkontrolle über Sprachregelungen eingetreten. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, dass jeder öffentliche Schritt beargwöhnt wird, der von der ritualisierten Rede ins ungeschützte Nachdenken führt.» [2] *(tk)*

Wussten Sie...

...dass nach dem Zweiten Weltkrieg bis in Jahr 1995 rund 85.000 Bücher allein zum Thema Antisemitismus und Judenmorde geschrieben wurden. Studien über den in der BRD grassierenden Antigermanismus waren dagegen eine absolute Rarität.

Quelle: John Sack, Süddeutsche Zeitung, 13. Mai 1995



Aussenminister Steinmeier erhält 2016 den Ignatz-Bubis-Preis, benannt nach dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland.

"Terrorstaat", "jüdische Herrenmenschen"
DGB-Funktionär tritt nach antisemitischem Facebook-Post zurück
Veröffentlicht am 20.11.19 um 19:41 Uhr

Antisemitismus-Vorwurf: Parteien fordern Rücktritt von AfD-Politiker Brandner

Antisemitismusvorwurf
Deutschrapper Kollegah darf nicht in Rastatt auftreten

Antisemitismus-Affäre: Dekanin tritt zurück

Der Fall Jenninger ist nur ein kleiner Ausschnitt der in Deutschland grassierenden Antisemitismus-Paranoia.

Quellen:
1. Ignatz Bubis, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.1995
2. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.1995

FAZIT

In Diktaturen wussten die Bürger: Ein falsches Wort und die Existenz könnte ruiniert sein. In der Bundesrepublik Deutschland reicht allerdings schon «kein falsches Wort», denn Jenningers Rede war absolut politisch korrekt. Seinen politischen Posten verlor er trotzdem.

1980-1990: Die Wiedervereinigung wird «von innen» bekämpft

Einen interessanten Blick auf die Geisteshaltung führender Politiker bot die Debatte um die deutsche Wiedervereinigung, die besonders stark von Kollektivschuldargumenten überlagert war. **So rief der Rhetorikprofessor Walter Jens 1984: «Keine Wiedervereinigung! Schuld!» Und Günter Grass 1990 (!): «Gegen ein Selbstbestimmungsrecht, das anderen Völkern zusteht, spricht Auschwitz.»** Auch der seinerzeitige CDU-Generalsekretär Heiner Geissler forderte auf dem Parteitag von 1988 die Streichung der Wiedervereinigung aus dem Parteiprogramm. Nur wenige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer nannte der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) das Streben nach Wiedervereinigung «reaktionär und hochgradig gefährlich», und für den SPD-Diplomaten Egon Bahr war es schlicht «politische Umweltverschmutzung». Der spätere Bundespräsident Johannes Rau forderte am 18.11.1989 als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in der «Süddeutschen Zeitung»: «Wiedervereinigung ist die Rückkehr zum Alten. Jetzt wird ein Zukunftsmodell gebraucht.» Hans Eichel – von 1999 bis 2005 Bundesfinanzminister – schrieb als hessischer SPD-Chef in der Parteizeitung «Wir Hessen» im November 1989: «Zusätzlich unterminiert das Wiedervereinigungsgetöne alle Ansätze einer vernünftigen deutsch-deutschen Politik […]» **Die Grünen plädierten geschlossen für die deutsche Teilung.** Der neomarxistische Vordenker Jürgen Habermas (siehe S.7 f.) verneinte das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ebenfalls.

Was bedeutet das in der Praxis? Der Gegensatz von Selbstbestimmung kann doch nur Fremdbestimmung sein? ***(tk)***

Quellen:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.105-107
focus.de, 10 JAHRE EINHEIT – WENDEHÄLSE -«Illusion, nicht Vision», 30.09.2000



«Derjenige, der die Deutschen schlechtmacht, braucht nicht befürchten, dass ihm widersprochen wird. Die Verachtung der Deutschen ist eine Art Rassismus, an der sich viele festklammern, weil jeder andere Rassismus verboten ist.»

Die schwedische Tageszeitung Dagens Nyheter

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.86

Jutta Ditfurth



Claudia Roth



Angelika Beer



Mai 90, Linke und Grüne demonstrieren in Frankfurt gegen die Wiedervereinigung. 1. Reihe Mitte: Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Grünen. Rechts daneben: Claudia Roth, heute Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Daneben: Angelika Beer, von 2002 bis 2004 Bundesvorsitzende der Grünen.



1990: «Rosenholz-Dateien» gelangen an die CIA – Werden deutsche Politiker erpresst?

Man erinnert sich: Nach der Wende im November 1989 wurde die Berliner Stasi-Zentrale gestürmt, ungezählte Akten, die Agenten, Mitarbeiter und Zuträger hätten belasten können, wurden vernichtet oder verschwanden auf dubiose Weise. Die «Gauck-Behörde» (Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)) jedenfalls, die seit fast drei Jahrzehnten die SED-Vergangenheit aufarbeitet, verfügt bei weitem nicht über das vollständige Stasi-Material. Dass ein Gutteil der fehlenden Akten irgendwo in amerikanischen Archiven ruht, ist seit langem bekannt. In der Wendezeit gelangten die sogenannten «Rosenholz-Dateien» unter nicht genau geklärten Umständen in die Hände des US-amerikanischen Nachrichtendienstes CIA und sind bis heute in seinem Besitz. [1] Deutsche Behörden erhielten stets nur abgespeckte Versionen, die wenig aussagekräftig sind. Denn in den Originallisten der Stasi waren Zehntausende von DDR-Agenten mit ihren Klarnamen und den Codenamen aufgeführt. Ohne diese Möglichkeit der Zuordnung ist das übrige Material weitgehend wertlos. Die Frage ist naheliegend, was diese hochbrisanten Akten aus der jüngsten deutschen Vergangenheit in den Vereinigten Staaten zu suchen haben.

Zehntausende IMs?

Die Antwort gab wohl schon vor Jahren der Direktor der Gauck-Behörde, Peter Busse: Nach Erkenntnissen seiner Behörde waren noch im Dezember 1988 rund 1550 Bundesbürger und Westberliner als «inoffizielle Mitarbeiter» (IM) für die DDR-Spionage registriert; insgesamt hätten sogar 20.000 bis 30.000 Menschen in Westdeutschland für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet. Ein Mitarbeiter der Gauck-Behörde, der Historiker Hubertus Knabe, steuerte weitere Fakten bei. Zu der Zahl der West-IMs (inoffizielle Mitarbeiter der Stasi) müssten noch Tausende weitere hinzugezählt werden, die für die Auslandsaufklärung der DDR gearbeitet hätten.

Einerlei, wie gross das Heer der West-IMs wirklich war: Es handelt sich um einen Personenkreis, der durch seine Vergangenheit äusserst kompromittiert und deshalb äusserst erpressbar gewesen wäre, nachdem die USA in den Besitz des Stasi-Materials gelangt waren. Es war für Washington naheliegend, einen Gutteil der bisherigen MfS-Mitarbeiter einfach weiterzuverwenden. Schon aus Gründen der Erpressbarkeit dürfte sich kaum einer der ehemaligen DDR-Agenten den Wünschen der neuen Auftraggeber entzogen haben. Mit welchen Mitteln dabei gearbeitet wurde, macht die eidesstattliche Erklärung eines ehemaligen MfS-Verbindungsoffiziers (Deckname «Grigori») deutlich. Er wies darauf hin, dass die Stasi einflussreiche Persönlichkeiten in Westeuropa mit Kinderpornographie erpresst habe – Herrschaftswissen, das sich heute in amerikanischen Händen befindet: «Zu den Erpressten gehören Politiker, Richter und Industrielle, von denen einige nach wie vor Einfluss in den westlichen Demokratien haben.» Auch der 1996 verhaftete belgische Kinderschänder Marc Dutroux hat demzufolge zeitweise im Auftrag der Stasi gearbeitet. [2] *(tk)*



Foto (gauck2): Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2018-05-10_Joachim_Gauck-7554.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de



Foto: peter schmelzle (https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Peer-steinbrueck-mai2008-bonn.jpg) https://de.wikipedia.org/wiki/GNU-Lizenz_f%C3%B-Cr_freie_Dokumentation



Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Birlikte_-_Podiumsdiskussion-0454_-_Anetta_Kahane_-_Ausschnitt.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Welche Politiker spitzelten für die Stasi oder werden heute noch mit ihrer DDR-Vergangenheit erpresst? Mehr dazu in der ExpressZeitung Ausgabe 23 – Thema: Geschichte der EU.

ExpressZeitung – Ausgabe 23, Februar 2019

Deutsche Wiedervereinigung eine kommunistische Täuschung? Waren der Mauerfall und das Ende der Sowjetunion inszeniert, um den EU-Superstaat zu schaffen? Seite 44

Marxisten beider Machtblöcke planten EU gemeinsam. Strippenzieher aus dem Westen besprachen im Moskauer Zentralkomitee drei Jahre vor Gründung der EU die Zukunft Europas in einem föderalen Staat. Seite 38

Jetzt abonnieren - Seite 2

Die Geschichte der EUdSSR

EUdSSR ist eine schlagwortartige Bezeichnung der Europäischen Union (EU) in Anlehnung an die UdSSR, die ihre Kritiker verwenden, um ihre zentralistische Vereinnahmung und totalitäre Kontrolle der europäischen Bevölkerung zu bemängeln. Doch der Begriff EUdSSR deutet nicht auf rein zufällige ideologische Parallelen zwischen der EU und der Sowjetunion hin. Vielmehr ist eine vollkommen eindeutige historische Linie von den ersten Planungen Trotzkis zu Gorbatschows Perestroika über das Ende der UdSSR bis zur Gründung der EU auszumachen, die bestätigt, dass die Kommunisten und ihre Hintermänner aus dem Westen ihre Pläne erfolgreich verwirklichen konnten.

Der kommunistische Hintergrund der Europäischen Union. Die «Vereinigten Staaten von Europa» sind seit Trotzki ein Ziel der kommunistischen Strategie. Seite 6

Volkswille Fehlanzeige: EU ein Projekt von Geheimorganisationen? Ein Ziel der Geheimtagung «Bilderberg» war seit 1955 die «Vereinigung Europas». Seite 21

Planten die Nazis auch eine Europäische Union? Ist die EU nicht genau die Erfüllung der Grossreich-Pläne, für die die Nationalsozialisten im Geschichtsunterricht gegeisselt werden? Seite 58

«Die Vereinigten Sowjetstaaten Europas, das ist die einzig richtige Losung, die einen Ausweg aus der Zerstückelung Europas zeigt, die nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa mit völligem wirtschaftlichem und kulturellem Niedergang bedroht.» Leo Trotzki, 1930





Quellen:
Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
1. de.wikipedia.org, Rosenholz-Dateien
2. welt.de, Kinderpornographie: Stasi erpresste Politiker, 10.02.2003

FAZIT

Zu den sowieso schon an vielen Schaltstellen der Macht sitzenden Marxisten kamen also auch noch Zehntausende DDR-Agenten hinzu, die das sozialistische Gedankengut in der BRD verbreiteten.

1991: Sendeverbot für das Niedersachsenlied

Das Grab des Komponisten Hermann Grote wurde immerhin noch nicht zugeschüttet.

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen verhängte die 1991 zur Direktorin des NDR-Landesfunkhauses in Hannover ernannte Lea Rosh, die später durch ihren Einsatz für das Holocaust-Denkmal in Berlin (siehe S.109) bekannt wurde, ein Sendeverbot für das «Niedersachsenlied». Der Text des Liedes weise tiefsitzende militaristische Gesinnung und aggressiven Geist aus, «ist eindeutig faschistoid», so Lea Rosh, weil Worte wie «Wut» und «Blut», «Heldenmut» und «Niederwerfen» der «welschen Brut» vorkommen. Nun ist das «Niedersachsenlied» bereits im Jahre 1926 von dem Oberlehrer Hermann Grote gedichtet worden, also mitten in der Weimarer Republik. Es wurde bald so etwas wie die niedersächsische Nationalhymne und wird heute noch auf Schützenfesten zwischen Weser und Elbe angestimmt. Insbesondere wurde es auch von den niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) wie Ernst Albrecht (CDU) oder dem langjährigen CDU-Landesvorsitzenden Hasselmann oft genug mitgesungen.

Auch bei der nicht gerade geringen «Vergangenheitsbewältigung» auf dem Gebiet der Musik hatte das Lied bis dahin noch keinen Anstoss erweckt: Im Geiste der Siegermächte handelnde Forscher im Bereich Musik (Joseph Wulf, Fred K. Prieberg uvm.) haben mehr als 1500 Buchseiten über NS-Liedgut verfasst. Doch an keiner Stelle erwähnen sie das Niedersachsenlied oder seinen Schöpfer Hermann Grote.

> **«Die Konservativen wiegten sich in dem Irrglauben, es genüge, die Wirtschaft im Griff zu haben. Indem sie die Kultur der Linken überliessen, haben sie mitgeholfen, der Kulturnation das Grab zu schaufeln.»**
>
> *Siegmar Faust, politischer Häftling in der DDR*
>
> Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.163

Auf ein kritisches Schreiben antwortete der Intendant des NDR, Jobst Plog, am 29. Oktober 1991 unter anderem: «Ich halte diese Entscheidung der Landesfunkhausdirektorin für vertretbar. Frau Rosh, in deren Händen die Programmhoheit liegt, hat sich im Einklang mit vielen fachlich kompetenten Stellen in Niedersachsen, z.B. dem Landesmusikrat, zu diesem Schritt entschlossen, weil belegt werden kann, dass diese Fassung des Textes vom NS-Lehrerbuch Gau Süd-Hannover-Braunschweig herausgegeben und in SA-Büchern an herausragender Stelle abgedruckt wurde. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Norddeutschen Rundfunks, eine solche von unrühmlicher Vergangenheit belastete Kultur weiter zu pflegen.»

So einfach geht das: Weil ein altes Lied im Dritten Reich in einem SA-Liederbuch stand, darf es nun nicht mehr gesendet werden. So könnten praktisch alle deutschen Volkslieder von vor 1933 verboten werden, weil diese in NS-Liederbüchern aufgeführt waren und gern gesungen wurden. ***(tk)***

Quelle:
Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.09.1991 und 18.10.1991

1992: Sozialhilfe und Durchschnittslohn fast identisch



Der Zustand der deutschen Gesellschaft in drei «Memes» auf den Punkt gebracht

Seit 1992 haben sich Löhne und Sozialhilfe weitgehend angenähert. Nach Mitteilung des Bundesfinanzministeriums hatte damals ein «repräsentativer Arbeitnehmerhaushalt» mit zwei Kindern monatlich netto 2738 DM zur Verfügung gegenüber 2659 DM Sozialhilfe bei einem identischen Haushalt. In den östlichen Bundesländern hatten die Sozialhilfeempfänger sogar schon einen Vorsprung: Hier betrug die obige Relation 2112 DM zu 2279 DM. Wie soll ein Land einen Wirtschaftsaufschwung erleben, in dem es sich nicht mehr lohnt zu arbeiten? ***(tk)***

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.197



Februar 1992:

Kohl erfindet deutschen Angriffskrieg gegen Tschechen und Slowaken

Aus Anlass der Unterzeichnung des deutsch-tschechischen Nachbarschaftsvertrags in Prag im Februar 1992 meinte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, die Deutschen wüssten, «dass der Vertreibung das schreckliche Unrecht vorausging, das durch die Besetzung und den Angriffskrieg von deutscher Seite am tschechischen und slowakischen Volk verübt wurde.»

Kohl meinte also, sich an einen schrecklichen Angriffskrieg gegen das tschechische Volk zu erinnern. Ein Kommentar dazu fällt schwer, denn entweder verwechselte er Polen und Tschechen, oder er stand mit der deutschen Sprache auf Kriegsfuss und verwechselte die Begriffe «Annexion» und «Krieg». ***(tk)***

Quelle: Augsburger Allgemeine, 28.02.1992



Grünen-Abgeordnete begrüsst das Dahinschwinden der einheimischen Bevölkerung

Foto: Sven Teschke / Lizenz: Creative Commons CC-by-sa-3.0 de

Stefanie von Berg ist eine in die Hamburgische Bürgerschaft gewählte Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen. Am 11.11.2015 sprach sie vor der Hamburgischen Bürgerschaft die Worte:

«Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, dass wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.»

Quelle: Youtube.com, Stefanie von Berg Grüne freut sich, das Deutschen bald in der Minderheit sind, 29.02.2016



«Das Beste wäre für Europa, wenn Frankreich bis an die Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt.»

Die Grünen-Abgeordnete Sieglinde Friess 1989 im deutschen Bundestag (spiegel.de, «Leere Hände, leere Hirne», 19.02.1990)





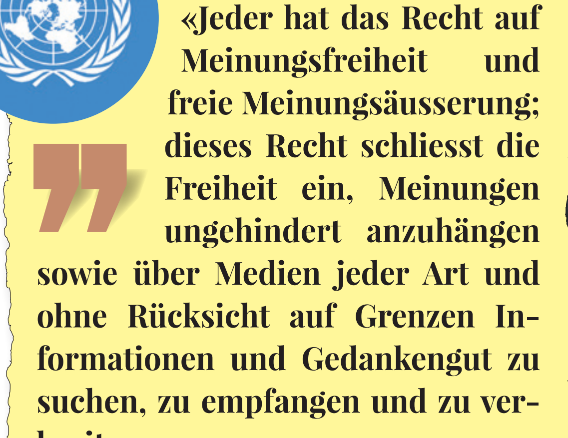
Der GRU-Überläufer Viktor Suworow vertrat die bei deutschen Politikern äusserst unbeliebte These, Hitler habe einen Präventivkrieg gegen Stalin geführt (Ausgabe 28).

Mai 1993:

Objektive Geschichtsforschung unwillkommen

Am 12. Mai 1993 berichtete der russische Fernsehregisseur Wladimir Sinelnikow in Freiburg anlässlich seiner Deutschlandreise über seine Gespräche mit Richard von Weizsäcker, Marion Gräfin Dönhoff und Egon Bahr. Man sprach unter anderem über die Vorgeschichte des Deutsch-Russischen Kriegs, über Stalins Vorbereitungen für einen Erstschlag und die Präventivkriegthese des russischen Autors Viktor Suworow. Man habe ihm – Sinelnikow – zu verstehen gegeben: Selbst wenn Suworow recht hätte und Hitler Stalin nur um Wochen zuvorgekommen wäre, dürfe dies nicht gesagt werden, weil damit Hitler ja entlastet würde. Umgekehrt kann dies auch bedeuten: Stalin muss um jeden Preis entlastet werden – selbst um den Preis der historischen Wahrheit. ***(tk)***

Quelle:
Henning Bieg, Die Wurzeln des Übels, Tübingen, 2000, S.86



«Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäusserung; dieses Recht schliesst die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.»

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Resolution der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948



20. Mai 1994:
Bundestag stimmt Erweiterung des Volksverhetzungsparagraphen zu

Artikel 5 des bundesdeutschen Grundgesetzes (GG) besagt unter anderem, dass jeder das Recht habe, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äussern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, und dass die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet würden. Eine Zensur finde nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre seien frei.

Die Realität sieht inzwischen leider anders aus: Im April 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht endgültig, dass diejenigen, die das systematische Vergasen von Millionen Juden während des Dritten Reiches in Frage stellen, durch die grundgesetzlich garantierte Meinungs(äusserungs)freiheit nicht länger geschützt würden. Die nach Amnesty International zweitgrösste Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, kommentierte diesen Entscheid mit den Worten: «Das Gericht scheint das geschützte Recht auf Redefreiheit und Meinungsäusserung auf übertriebene Art und Weise eingeschränkt zu haben.» [1]

Als direkte Folge des oben genannten Entscheides stimmte der Bundestag am 20. Mai 1994 einem Gesetz zu, in dem für den § 130 Abs. III. des Strafgesetzbuchs (StGB) ausdrücklich festgelegt wird: «Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. I. des Völkerstrafgesetzbuches [Völkermord] bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.»

Gegenwind sogar von links

Diese fragwürdige Gesetzgebung stiess auf heftige Kritik. Der linke Publizist Horst Meier, der sich in der Vergangenheit schon öfters öffentlich für die Meinungsäusserungsfreiheit des politisch Andersdenkenden eingesetzt hatte, verurteilte das Gesetz scharf. In der taz bezeichnete er «die Verknüpfung von Geschichtspolitik und Gewaltmonopol» als «Armutszeugnis für die Demokratie». In seiner umfangreichen Stellungnahme hob Meier hervor, dass die Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen «die politische Freiheit potentiell aller zur Disposition gestellt und das demokratische Selbstbewusstsein korrumpiert» habe. [2]



Max Güde, ehemaliger Generalbundesanwalt und CDU-Bundestagsabgeordneter, hielt das politische Strafrecht für nicht ungefährlich. Ihm zufolge konnte es nicht darauf ankommen, durch hohe Strafmassnahmen eine fragwürdige Abschreckungswirkung zu erzielen, sondern vielmehr auf die viel wichtigere Zustimmungswirkung im täglichen Plebiszit der öffentlichen Meinung, sprich des rechtschaffenden Bürgers. [3]

Selbst der Süddeutschen Zeitung waren die durch das Gesetz bewirkten erheblichen Einschränkungen der Wissenschafts- und



«Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden»

Rosa Luxemburg, in Deutschland verehrte kommunistische Revolutionärin

Quelle: welt.de, Was «Freiheit der Andersdenkenden» wirklich meint, 25.01.2019





Meinungsfreiheit nicht verborgen geblieben. Am 8. Oktober 1998 stellte sie fest, dass das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben habe, dass «nicht nur wertvolle, sondern auch falsche, ja verwerfliche Meinungen geschützt» seien. «In der Tat wäre es absurd, wenn der Staat festschriebe, für welche Meinungen die Meinungsfreiheit gilt. Genau dies tut er aber im neuen Paragraphen 130 III. StGB. Der Gesetzgeber gibt historische Tatsachen wieder und verbietet bei Strafe nicht nur, sie zu leugnen, sondern auch, sie anders zu bewerten, nämlich zu verharmlosen. [...] Wer aber mit dem Strafrecht kommt, begeht einen gefährlichen Weg. Er gefährdet die geistige Freiheit.»

«Wenn ich erlebe, wie durch die Herrschenden alles Nationale unterdrückt, wie mit Verboten reagiert wird, dann spüre ich, dass es mir wieder so gehen könnte wie in der kommunistischen Zeit. Zum Beispiel, wenn ich mich heute für nationale Interessen einsetze und deswegen vom BND oder vom Verfassungsschutz einvernommen werde, dass ich dort vielleicht Offiziere der Stasi wiedertreffe. Ich wollte die Freiheit, meine Meinung sagen zu dürfen, und das wird heute schon wieder unterdrückt.»

Lothar Piche, Alterspräsident der letzten Volkskammer (Parlament) der DDR

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.134

Gottfried Dietze, Menschenrechtler an der John Hopkins Universität, meinte, dass sich der Paragraph 130 des deutschen Strafgesetzbuches gegen die «gehegte und gepflegte rechtliche Beschützung der Meinungsäusserung stellt und damit den Rahmen des allgemein Anerkannten missachtet». [4]

Viele anerkannte Juristen haben die Absurdität dieses Zustandes scharf kritisiert. Stefan Huster beispielsweise legte in der Neuen Juristischen Wochenschrift überzeugend dar, dass § 130 Abs. III. StGB mit Art. 5 Abs. I. GG unvereinbar sei: «§ 130 Abs. III. StGB stellt ersichtlich geradezu den Musterfall einer Norm dar, die auf diese (vom Bundesverfassungsgericht näher bestimmte) Weise gegen eine bestimmte inhaltliche Meinung gerichtet ist.» Günter Bertram legte in der gleichen Fachzeitschrift eindeutig dar, dass § 130 StGB «irreguläres Ausnahmestrafrecht» beinhalte und damit zu Verfassungsrecht und Meinungsfreiheit «im Widerspruch» stehe. [5]

Die Meinungsfreiheit ist laut dem FDP-Politiker Karl-Hermann Flach «das höchste Gut der Bürger einer freien Gesellschaft; der Grad der Einschränkung der Meinungsfreiheit markiert den Grad der Entmündigung». [6] Das fundamentale Grundrecht auf freie Meinungsäusserung ist in der BRD nur noch theoretisch garantiert, in der Wirklichkeit besteht es nicht mehr.

Wissenschaft auf den Kopf gestellt

Eine freie öffentliche Debatte über diese, ja keineswegs nur die deutsche, sondern die gesamte Weltpolitik der Nachkriegszeit bestimmenden Themen Kriegsschuld und Judenverfolgung ist unter diesen Umständen nicht möglich. Vor allem bezüglich der sogenannten Holocaustforschung sind die grundsätzlichen Merkmale, die einen freiheitlichen Rechtsstaat ausmachen, nicht existent. In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist es Grundvoraussetzung, dass Forschung und Wissenschaft frei sind, ebenso wie der Zugang zu Information frei und das Recht, seine Meinung zu äussern, gewährleistet sein müssen – ansonsten ist der Staat eben weder rechtsstaatlich noch freiheitlich. Jedem Wis-



Das ist also keine «Volksverhetzung»?





Die inzwischen 91jährige Ursula Haverbeck musste aufgrund ihrer Meinung zum Holocaust am 2. Mai 2018 eine zweijährige Haftstrafe antreten und sitzt heute im Gefängnis. Sollte sich die Justiz nicht lieber dort nützlich machen, wo die Sicherheit und das Wohl der Bürger geschützt werden?

senschaftler muss die Freiheit zugestanden werden, frei zu entscheiden, worauf er sein Augenmerk richtet. Alle Informationsquellen haben ihm frei zugänglich zu sein. Für seine Schlussfolgerungen hat er sich in der Regel lediglich gegenüber seinen Fachkollegen zu rechtfertigen, nicht aber gegenüber Funktionären von Parteien oder Zentralräten.

Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass es für eine freie Wissenschaft und Forschung grundlegend, ja unabdingbar ist, die herrschende Lehre ergebnisoffen und undogmatisch hinterfragen zu dürfen. Ohne diese Freiheit kann es keine Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis geben. Dieser Grundsatz erstreckt sich auf alle Fakultäten und alle Forschungsgebiete. Es werden von Forschern ständig neue Entdeckungen gemacht, und ebenso ständig kommen Wissenschaftler zu neuen Erkenntnissen. Zu Beginn seiner Untersuchung bezweifelt oder überprüft der Forscher eingehend die bestehende Ausgangslage und die bisherigen Erkenntnisse, Entdeckungen und Forschungsergebnisse. Während dieses wissenschaftlichen Prozesses gelangt er möglicherweise zu neuen Schlüssen, die die bisherigen Erkenntnisse korrigieren und gegebenenfalls bislang bestehende Lehren ersetzen. Wissenschaftliche Forschung kann gar nicht auf andere Weise betrieben werden, als vorgegebene Voraussetzungen kritisch zu untersuchen und Ergebnisse nicht vorwegzunehmen. Nur auf diese Weise hat Forschung den geistigen Erkenntnisbereich des Menschen erweitert und den Fortschritte ermöglicht.

BRD-«Meinungsterror»

In Verbindung mit der in der BRD wirklich bestehenden Meinungsfreiheit sprach Michael Neibach, Bundesschatzmeister des «Freien Deutschen Autorenverbandes», des zweitgrössten deutschen Schriftstellerverbandes, schlicht von «Meinungsterror». Seiner Ansicht nach werden die wirklichen nationalen Probleme derart massiv unter Tabuschutz gestellt, dass man nur noch von Regierungskriminalität sprechen könne. Gewiss werde noch kein Andersdenkender umgebracht, mindestens aber beschattet, beobachtet, registriert, steuerrechtlich observiert, in grossen und kleinen Lauschangriffen entwürdigt und durch Rasterfahndung in die private Nische getrieben.

In der Tat: Die Unterdrückung und Verfolgung von Meinungen in der BRD, die nicht der gängigen Lehrmeinung, der veröffentlichten Meinung und damit dem augenblicklichen Zeitgeist entsprechen, haben Formen angenommen, die den Massgaben eines Rechtsstaats widersprechen. Nur aus dem fortwährenden Streit der Meinungen erwächst in einem freiheitlichen System die Fähigkeit, dem immerwährenden Suchen nach Antworten auf Fragen Lösungen folgen zu lassen. Rede und Gegenrede sind der Dreh- und Angelpunkt eines solchen freiheitlichen Systems – auch und gerade, wenn Meinungen bewusst gegensätzlich gehalten und scharf formuliert sein mögen. ***(tk)***

Quellen:

Der Grosse Wendig - Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Band 2, Grabert-Verlag, Tübingen
1. Human Rights Watch World Report 1995, New York, 1995, S. 209
2. Zitiert nach: Junge Freiheit, 16.12.1994
3. Max Güde, Die Verwirrung unseres Staatsschutzrechtes, in: Zur Verfassung unserer Demokratie, Rowohlt, Reinbek, 1978, S. 28
4. Gottfried Dietze, Ein Schritt zurück in polizeistaatliche Intoleranz, in: Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, Nr. 3, 1998, S.22
5. Günter Bertram, Der Rechtsstaat und seine Volksverhetzungs-Novelle, in: Neue Juristische Wochenschrift, Nr. 21, 2005, S. 1476
6. Karl-Hermann Flach, Keine Freiheit ohne Pressefreiheit, in: Presse und Pressewesen, Stuttgart 1993, S. 11



«Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, dass viele Deutsche den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismässigkeit verloren haben. Oder schlimmer, dass manche Deutsche anscheinend an einer Megalomanie leiden – sie wollen die grössten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die grössten Büsser. Dies halte ich für pathologisch.»

«Die geistige Landschaft in Deutschland, vor allem im Bereich der Geschichtsschreibung, ist zunehmend politisiert und intolerant geworden, eigentlich unwissenschaftlich im Kern, totalitär in Ziel und Methode.»

Alfred-Maurice de Zayas, US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und Schriftsteller

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.80

FAZIT

Über 70 Jahre ist es her, dass die Alliierten die «Freiheit» nach Deutschland brachten? Stellt sich heute die Frage: Von welcher Freiheit sprachen sie? Die ökonomische Freiheit ist in der BRD inzwischen so weit eingeschränkt, dass es sich kaum noch lohnt zu arbeiten. Die Meinungsfreiheit ist auch nicht mehr gegeben. Die künstlerische Freiheit («Kongress für kulturelle Freiheit», siehe S.44 ff.) gilt auch nur noch für diejenigen, die die politische korrekte Einheitsmeinung vertreten. Die Forschung wird entweder von Konzerninteressen (z.B. der Pharmalobby) oder der Politik (Geschichts- und Klimawissenschaften) instrumentalisiert. Die «Frauenbefreiung» machte die Frauen meist nur abhängig vom Staat oder ihrem Arbeitgeber. Kinder werden so früh wie möglich in staatliche Bildungseinrichtungen gezerrt. Inwieweit wurde das Versprechen der «Freiheit» also erfüllt? Im heutigen Deutschland ist sie kaum noch zu finden!

1995:

Augsburg stiftet «Bertolt-Brecht-Preis»

Bertolt Brecht war einer der einflussreichen deutschen Dramatiker und Lyriker des 20. Jahrhunderts. Er bezeichnete sich selbst als Kommunisten. Als Zwanzigjähriger hielt er bereits in den Wirren der Revolution von 1918 Verbindung zur USPD - eine Abspaltung der SPD, die der Programmatik der kommunistischen KPD nahestand. 1927 besuchte Brecht die Marxistische Arbeiterschule (Masch) der KPD in der Weimarer Republik. 1933 verliess er Deutschland und reiste durch Europa, was ihn 1935 auch in die UdSSR führte. Auch die direkte Konfrontation mit dem Stalinismus beirrte ihn jedoch nicht in seinem kommunistischen Engagement.

1948 kam er in die Sowjetzone Deutschlands zurück, gründete 1949 die marxistische Experimentalbühne «Berliner Ensemble» und wurde 1954 Vizepräsident der «Akademie der Künste» (zentrale Kunstakademie der DDR). 1954 bekam Brecht für seine «Verdienste » von den Sowjets den Stalinpreis. U.a. hatte er Hymnen auf die DDR-Diktatur wie das «Aufbaulied der FDJ» und «Lob des Kommunismus» geschrieben. In seinem Stück «Die Massnahme» von 1930 wird die Liquidierung eines Abweichlers durch einen Moskauer Kommissar gerechtfertigt.



Das «Brechthaus» in Augsburg

Zu Ehren des 1898 in Augsburg geborenen Dichters verleiht die Stadt Augsburg seit 1995 alle drei Jahre den «Bertolt-Brecht-Preis» an Persönlichkeiten, «die sich in ihrem literarischen Schaffen durch die kritische Auseinandersetzung mit der Gegenwart auszeichnen». Die Preissumme beträgt 15.000 Euro. ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Bertholt Brecht
1. augsburg.de, Bertolt-Brecht-Preis



Foto: TRIALON/Kläber (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gregor_gysi_20050705_3.jpg)

«Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, dass die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.»

Gregor Gysi, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Linken, in einem Online-Video vom 24.05.2015

DIE LINKE.

«Die Linke»-Politikerin: «Ich liebe und fördere den Volkstod»

Auf die Anfrage eines Bürgers, der 2012 in einem Rundschreiben an verschiedene Politiker Bürgerrechtsverletzungen in der BRD anprangerte, kam folgende Antwort des Linkspartei-Mitglieds Christin Löchner:

«Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen.»



Foto: Euku (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman_Herzog_2012.JPG)
https://en.wikipedia.org/wiki/Creative_Commons

«[Wenngleich die Nachkriegsgeneration keine persönliche Schuld trägt], werden wir Redeformen entwickeln müssen, die dieser Generation ihre Verantwortung vor Augen führen.»

Roman Herzog, 1994 - 1999 Bundespräsident der BRD, in einem Pressegespräch

Quelle: jungefreiheit.de, «Das Rückgrat brechen», 15.08.2003

So erweiterte Herzog die Kollektivschuldthese zur Erbsünde eines ganzen Volkes.

1996: Pamphlet über die deutsche Kollektivschuld wird zum Bestseller



Mit seinem Buch «Hitlers willige Vollstrecker» fand der amerikanisch-jüdische Soziologe Daniel Jonah Goldhagen in den USA nur mässiges Interesse, wurde aber in der Bundesrepublik mit Hilfe des Bertelsmann-Konzerns, der es verlegte, und einflussreicher Meinungsmacher mit aller Kraft ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt und hymnisch gefeiert, womit seine Schrift zum Bestseller wurde. Unterstützt wurde Goldhagen bei seinem Buchprojekt u.a. von der Krupp-Stiftung, vom mit deutschen Steuergeldern bezuschussten Minda-de-Gunzberg-Zentrum und von zahlreichen öffentlichen bundesdeutschen Institutionen. **Goldhagen behauptet in dem Buch, der Deutsche sei im «allgemeinen brutal und mörderisch» gegenüber Angehörigen anderer Völker und gehöre «einer politischen Kultur des Todes an».**

Konzentrationslager eine deutsche Erfindung?

Goldhagen schreibt zudem, die Konzentrationslager seien das «Wahrzeichen» NS-Deutschlands gewesen, die «neuartige», «originäre» und «revolutionäre» Institution, «durch die sich Deutschland wesentlich von den anderen europäischen Staaten unterschied». Der Verfasser weiss offenbar nichts von den polemischen Äusserungen Hitlers, die Idee der Konzentrationslager sei britischen Gehirnen entsprungen. Dieses trübe Kapitel ist im Übrigen sogar noch viel komplexer, als es Hitler sah. Das englische Wort «concentration camp», das während des Burenkriegs (1899-1902) international Schlagzeilen machte, ist nämlich nur die Übersetzung eines spanischen Wortes; die spanische Kolonialmacht bekämpfte 1896/97 die Aufständischen auf Kuba durch sogenannte «campos de concentración». Zirka 400.000 Nichtkombattanten wurden zur leichteren Partisanenbekämpfung dort «konzentriert» («reconcentrado»). Im Burenkrieg hatten die Briten zwar «nur» etwa 150.000 Farmersfrauen und -kinder in Lager verschleppt, aber die Sterblichkeit war erschreckend; über 26.000 verloren ihr Leben durch Hunger und Seuchen. Unter den ebenfalls verschleppten schwarzen Hausangestellten gab es zwischen 10.000 und 15.000 weitere Tote.

Am 5. September 1918 wurde das schreckliche Wort in eine dritte Sprache übersetzt. An diesem Tag nämlich beschloss der Sowjetische Rat der Volkskommissare (Minister) das Dekret über den Roten Terror; es gebot unter anderem, «die sowjetische Republik gegen Klassenfeinde mittels deren Isolierung in Konzentrationslagern (‚konzentrazionnyje

→



Der Spiegel schloss sich Goldhagens Analyse im Wesentlichen an.

Bei einer Umfrage in Westdeutschland lautete die Frage: «Wer war schuld am Deutsch-Ungarischen Krieg von 1893?» Eine erdrückende Mehrheit bekannte sich zur deutschen Schuld; nur wenige antworteten: «Die Ungarn» oder «Weiss nicht». Das Pikante an der Sache war natürlich, dass dieser Krieg nie stattgefunden hat.

Quelle: Armin Mohler, Der Nasenring, Essen, 1989, S.12

➔ lagerja') abzusichern». Das politische Terrorlager als Mittel der Ausschaltung von Oppositionellen und potentiellen Regimegegnern war geboren.

Soviel zu Goldhagens These von der Neuartigkeit und Einzigartigkeit der «deutschen» Konzentrationslager. Zum wissenschaftlichen Wert von Goldhagens Erkenntnissen bemerkte ohne Umschweife der Historiker Raul Hilberg in der Süddeutschen Zeitung vom 22. April 1999: «Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, dass der Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat.» ***(tk)***

Quelle:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 14 und S.60-61



Transparent bei «Fridays For Future». Mit der internationalen Klimakampagne wird die Kollektivschuld auf die ganze Welt ausgeweitet. Besonders in Deutschland fällt dies auf fruchtbaren Boden.

1996:

Jürgen Trittin macht sich für die Antifa stark

Als Antifa (Akronym für Antifaschistische Aktion) werden seit etwa 1980 linke bis linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen bezeichnet, die nach eigenem Selbstverständnis Faschismus aktiv bekämpfen wollen. In den 1970er Jahren griffen Antifagruppen das Symbol der «Antifaschistischen Aktion» von 1932 auf. Gruppen, die dieses Symbol verwenden, verstehen Faschismus im Anschluss an die Kritische Theorie (siehe S.7 f.) als besondere Form des Kapitalismus und Antifaschismus daher als Teil eines revolutionären Kampfes zur Überwindung der freien Marktwirtschaft.[1]

In einer Dokumentation der Göttinger Antifa vom März 1993 heisst es unter anderem: «Niemals würde sich die Autonome Antifa (M) auf eine Politik der ‚Gewaltfreiheit' einlassen, denn das käme einem politischen Selbstmord gleich.» Wer sich auf die Dauer zusammenschliesst, um politische Vorstellungen auch durch Straftaten zu verwirklichen, macht sich allerdings der Bildung einer kriminellen Vereinigung schuldig (§ 129 des Strafgesetzbuchs). In fast vierjähriger (1991-1995) Arbeit sammelten u.a. das niedersächsische Landeskriminalamt und der zuständige Generalstaatsanwalt in Celle Beweise für die zahlreichen Delikte der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen, darunter Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung, Nötigung, Brandstiftung, Werbung für eine terroristische Vereinigung, ferner Verstösse gegen das Versammlungsgesetz und das Uniform-, Vermummungs- und Bewaffnungsverbot. Die Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung war unvermeidlich.

Nach Hausdurchsuchungen bei den mutmasslichen Straftätern gab es mehrere Protestdemonstrationen, an denen unter anderem der spätere grüne Umweltminister Trittin und die SPD-Abgeordnete Gudrun Hulle Hartwig teilnahmen; nach Hartwigs Meinung leisteten die Autonomen Vorbildliches bei der Bekämpfung des Faschismus. Auch Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) äusserte «Unverständnis» für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Wie der Zufall so spielt: Im gleichen Jahr hatte der Minister ein Verbot der «Wiking-Jugend» durchgesetzt. Eine Gefahr für den demokratischen Rechtsstaat sah er darin, dass sich zirka 150 unbedarfte Knaben in Lederhosen regelmässig in einem Heidedorf trafen und am Sonnwendfeuer altgermanisches Brauchtum pflegten – unbewaffnet, wohlgemerkt.

> **«Zweifellos ist es für das Wohl der Nationen wichtig, dass die Regierenden Tugenden und Talente besitzen. Aber vielleicht noch wichtiger ist, dass die Regierenden keine im Gegensatz zu den Regierten stehenden Interessen haben.»**
>
> *Alexis de Tocqueville, französischer Philosoph, Politiker und Staatsdenker*

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.123

Bundesumweltminister radikaler Kommunist?

1996 gab es dann einen als «Göttinger Resolution» bezeichneten Aufruf, der von über 1000 Sympathisanten unterschrieben war und die «sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M)» forderte. Fast die gesamte PDS-Prominenz von Lothar Bisky bis hin DDR-Funktionären wie Egon Krenz und Hans Modrow hatte unterschrieben, daneben DKP-Funktionäre, sechs grüne Bundestagsabgeordnete, aber auch zahlreiche Gewerkschafter, einzelne SPD-Mitglieder und der Allgemeine Studentenausschuss (AStA) von drei Hochschulen. **Am eifrigsten engagierte sich der grüne Spitzenmann Jürgen Trittin – aus gutem Grund, denn die Göttinger Grünen hatten der Antifa (M) ihr Parteibüro für deren berühmtberüchtigte Mittwochstreffen zur Verfügung gestellt, und Trittin hatte diese Treffen mehrfach besucht und erst im Juni 1996 dort einen Vortrag über deutsche Innenpolitik gehalten.**

Mobilisierungsbild der Antifa zum 1. Mai 2010



Trittins Biographie erklärt einiges: mit 15 Jahren Beteiligung an Strassenkrawallen in Bremen. 1979 als Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB) Einzug in den Göttinger AStA, 1980 Mitgründer der Grünenpartei. Als der Generalbundesanwalt Siegfried Buback von Linksextremisten ermordet wurde und der sogenannte Mescalero-Nachruf «klammheimliche Freude» darüber signalisierte, verweigerte Trittin eine Distanzierung sogar noch, als er im Januar 2001 zufällig dem Sohn des Ermordeten begegnete: «Rückwirkend betrachtet, haben wir damals versucht, auf eine vielleicht zu trotzköpfige Art die Meinungsfreiheit zu verteidigen.»

So tolerant er gegenüber Linksextremisten ist, so intolerant ist er gegenüber zumindest einst konservativen Parteien: Bei der FDP sah er eine «KZ-Wächter-Mentalität» und beim CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer die «Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen». «Bei Trittin, dem verspäteten ‚Achtundsechziger', wird man den Eindruck nicht los, er habe nur seine Strategie geändert, nicht seine Überzeugungen», schrieb Stefan Dietrich in der FAZ vom 24. Februar 1999. ***(tk)***

Plakate und Transparente der Antifa, die bereits von hochrangigen Politikern wie Jürgen Trittin unterstützt wurde.

Quellen:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.144-146
1. de.wikipedia.org, Antifa

FAZIT

Wenn ein zukünftiger Umweltminister sich für eine Organisation starkmacht, die Faschismus mit freier Marktwirtschaft gleichsetzt, ist dann die Chance nicht ziemlich hoch, dass er später im Minister-Amt die freie Marktwirtschaft bekämpfen wird?

1998: Bundesinnenminister Schily: «Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten.»

«Völkische Wesensschau» nannten die Nationalsozialisten das pseudowissenschaftliche Räsonieren über Wert und Unwert von Völkern und Rassen. Es ist in der BRD wieder salonfähig geworden, nur unter umgekehrten politischen Vorzeichen. Die Kollektivschuldthese in ihrer extremsten, jedoch sehr häufigen Form erklärt die Phänomene der nationalsozialistischen Diktatur nicht wissenschaftlich – soziologisch, ökonomisch und historisch –, sondern verlagert das Problem tatsächlich auf die rassische Ebene. Die Deutschen seien genetisch als obrigkeitshörige Befehlsausführer veranlagt.

Die Idee einer Kollektivschuld der Deutschen ist in vielen Köpfen unlösbar mit einer Art Rassismus verbunden. Schon 1943 ernsthaft in der amerikanischen Öffentlichkeit diskutiert wurde der Vorschlag des Harvard-Professors Earnest Hooton, den am 4. Januar 1943 die amerikanische Zeitschrift «Peabody Magazine» publizierte. **In seinem Aufsatz «Die kriegerische Veranlagung aus den Deutschen herauszüchten» («Breed War Strain out of Germans») schlägt der Anthropologe Hooton vor, frei nach Mendels Gesetzen die «deutsche Aggressivität» aus dem Volk herauszuzüchten. Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und ausserdem die Einwanderung nichtdeutscher Menschen, vor allem nichtdeutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten. Auf diese Weise liesse sich die Zahl der reinrassigen Deutschen (pure Germans) und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.**

Warum sollte bei Menschen nicht gelingen, was bei Hunderassen gang und gäbe ist? Dass dieser Gedanke nicht nur die Privatmeinung eines verschrobenen Gelehrten war, konnte man auch dem Buch von Wendell E. Willkie «One World» (New York 1943) entnehmen. **Dieser Mr. Willkie, ein früherer Präsidentschaftskandidat, war von US-Präsident Franklin D. Roosevelt zur Ausarbeitung alliierter Kriegsziele nach Moskau entsandt worden, und eines dieser Kriegsziele der US-Seite war zeitweise tatsächlich die «Abschaffung der Reinrassigkeit» («abolition of racial exclusiveness») in Deutschland.**



Hooton-Plan prophetisch?

Während solche Vorstellungen in der BRD zumindest kurzzeitig verschwanden, erlebten sie in den 60er Jahren eine Auferstehung. Zum Beispiel bei dem Schriftsteller Rolf Italiaander: «Im Blut vieler Deutscher ist noch das Erbe des Nationalsozialismus virulent, nicht nur in jenen, die ihn leibhaftig erleben mussten, sondern auch in ihren Kindern.» Der Autor Joseph von Westfalen hält die «deutsche Bestie» gar für den «widerlichsten Typ des Zweibeiners, den die menschliche Rasse bisher hervorgebracht hat». Hier hilft wohl nur eine Mischung à la Prof. Hooton.

Aus ähnlichen Gründen bevorzugt wohl auch Prof. Gunnar Heinsohn, Sozialpädagoge von der Uni Bremen, «ein vielfältiges Gemisch, das einander mehr Anregung und Abwechslung bereiten könnte als die Öde massiver Teutonenhaufen». Ein anderes Argument führte Jutta Limbach (SPD) an, die es immerhin bis zur Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts gebracht hatte. Wegen der «historischen Verantwortung» nach Holocaust und Naziterror müssten die Deutschen lernen, «mit Fremden zu leben und zu teilen».

Als Indiz für die beginnende Abschaffung des deutschen Volkes kann der Bundestagsbeschluss vom 6. April 2000 gelten, gegen die Inschrift «Dem deutschen Volke» über dem Westportal des Reichstagsgebäudes ein Zeichen zu setzen und im Lichthof Nord in riesigen leuchtenden Lettern «Der Bevölkerung» zu schreiben. Der Vater der Idee, der Projektkünstler Hans Haake, fand die historische Widmung des Parlaments «aggressiv»; die Wörter «deutsch» und «Volk» hätten im 20. Jahrhundert eine unheilvolle Rolle gespielt. Der Volksname grenze nicht nur viele Einwohner dieses Landes aus, sondern sei auch angesichts der fortschreitenden Integration Europas fragwürdig. Wenn eine Mutter vor allem ihr eigenes Kind versorgt oder ein Ehemann nur seine eigene Frau liebt, müsste man nach dieser Logik wohl auch von Diskriminierung der anderen oder gar von einem aggressiven Verhalten sprechen. Der Vorschlag wurde später im Bundestag angenommen.

Nun ist es aber allgemeine Meinung, dass zu einem Staat drei Elemente gehören: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. Dietrich Murswiek, Professor für öffentliches Recht in Freiburg, erläuterte dazu im Focus Nr. 52/1999: «Subjekt der Staatsgewalt und Quell der demokratischen Legitimation aller Staatsorgane ist das deutsche Volk (Präambel und Artikel 20). Mit ‚Volk' ist hier das Staatsvolk gemeint. Dieses umfasst alle Staatsangehörigen, ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft. Der Bundestag repräsentiert das Volk; seine Abgeordneten sind dessen Vertreter (Artikel 38). Sie haben ihr Mandat vom Volk erhalten, damit sie für es die politische Macht ausüben. Die Regierung hat sich vor der Volksvertretung, diese vor dem Volk zu verantworten. Alle Staatsorgane haben dem Gemeinwohl des Staatsvolks zu dienen. Deshalb geloben Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister mit ihrem Amtseid, dass sie ihre Kraft ‚dem Wohle des deutschen Volkes widmen'. Dies schliesst

➔





© picture-alliance/dpa/T. Kleinschmidt



Das «Kunstwerk» «Der Bevölkerung» von Hans Haacke wurde im Jahr 2000 im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes nach Beschluss des Bundestages errichtet. Die Arbeit bezieht sich auf den Schriftzug «DEM DEUTSCHEN VOLKE» am Reichstag. Haacke wollte mit dem Begriff «Bevölkerung» alle einschliessen, die in Deutschland leben.

➔ durchaus ein, dass sie auch dem ausländischen Teil der Bevölkerung dienen. Aber Verpflichtungsgrund und -gegenstand sind die Interessen des Subjekts, von dem alle Staatsgewalt ausgeht. Diesen Bezugspunkt durch einen anderen auszutauschen, wäre mit dem Grundgesetz unvereinbar.»

Tatsächlich ist es schwer zu verstehen, dass zu einer Änderung der Verfassung eine Zweidrittelmehrheit nötig ist, für eine Änderung des Verfassungsgebers aber nicht. Angesichts des Ostberliner Arbeiteraufstands von 1953 spottete Bertold Brecht einmal, die Regierung sei mit dem Volk unzufrieden; sie gedenke das Volk aufzulösen und sich ein neues zu wählen. Mittlerweile scheint aus dem Scherz Ernst zu werden... [1]

Einwanderungsparadies Deutschland

Aber sind die Dinge wirklich so dramatisch? Lastet der Migrationsdruck nicht auf allen Industriestaaten? Letzteres ist sicher richtig und alle Industrieländer haben sich mit der Einwanderung auseinanderzusetzen. Gegenüber der Bundesrepublik besteht aber ein quantitativer Unterschied. Der Ausländerzuzug ist in der Bundesrepublik – addiert man alle Arten der Einwanderer – relativ und absolut der höchste. Im klassischen Einwanderungsland USA zählte man in den 80er-Jahren 2450 Einwanderer pro Million Einwohner, in der Bundesrepublik dagegen 10.220; 1993 stieg die letzte Zahl sogar auf 15.660. Bei einem Bevölkerungsanteil von 23% an der EG-Bevölkerung erhöhte sich der Anteil Deutschlands an den Asylbewerbern in Europa von 1989 bis 1992 von 52,6 auf 78,8%.

Weitere Zahlen: Während in den 80er und 90er Jahren in Deutschland rund sechs Millionen Ausländer legal oder illegal zuzogen, waren es in Grossbritannien weniger als zwei Millionen, in Italien weniger als eine und in Frankreich weniger als eine halbe Million. Von den 686.500 Bosnienflüchtlingen kamen nicht weniger als 410.000 nach Deutschland und Österreich. Experten rechnen damit, dass etwa um das Jahr 2030 in Frankfurt am Main mehr Ausländer als Deutsche leben werden und dass sich auch in Stuttgart und München der Ausländeranteil der 50-Prozent-Marke nähern wird.

Nur ein Bruchteil der Asylanträge in Deutschland war oder ist begründet. Die meisten Asylbewerber sind also nichts anderes als illegale Einwanderer. Aber sie haben trotzdem gute Karten, zumindest in Deutschland. Schon am 15. Oktober 1991 kommentierte die russische Tageszeitung Iswestija: «Ein Flüchtling aus Äthiopien, Sri Lanka, Pakistan etc. braucht nur das Zauberwort ‚Asyl' auszusprechen, und der deutsche Staat sorgt für ihn mit Wohnung, Essen, Kleidung und Taschengeld, und sein Verfahren um Anerkennung zieht sich jahrelang in die Länge.» Nach drei bis vier Jahren erfolgt in der Regel die endgültige Ablehnung des Antrags und danach die Ausweisung. Ausweisung bedeutet aber noch keineswegs Abschiebung. Denn erstens enthält schon das Ausländergesetz eine Reihe von Gründen gegen die Abschiebung selbst von Schwerverbrechern, zum Beispiel «menschenunwürdige Behandlung» im Heimatland. Man spricht hier vom «kleinen Asyl». Im Übrigen muss der Betreffende nur seinen Pass wegwerfen oder untertauchen und in einem anderen Bundesland mit anderer Identität wieder auftauchen. Das Spiel beginnt von vorne. Nach acht Jahren hat er es dann geschafft. Er gehört jetzt zu den «Altfällen» und darf «aus humanitären Gründen» nicht abgeschoben werden. Nun ist er eingegangen in das Paradies, wo er als Sozialhilfeempfänger zigfach mehr verdient als durch harte Arbeit in seiner arabischen oder afrikanischen Heimat – zumindest so lange, bis das System zusammenbricht. [2]



© AFP/Getty Images

Die angebliche «Flüchtlingskrise» 2015 hat die Lage noch weitaus verschlimmert. Mehr dazu in den ExpressZeitungs-Ausgaben 05, 13, 14 und 19.

Belastung statt Entlastung

Um die Politik, die in Deutschland seit Jahrzehnten durchgeführt wird, zu rechtfertigen, gehört tatsächlich auch die These, die einwanderungsfreundliche Politik und die Vernachlässigung einer aktiven Familien- und Bevölkerungspolitik sei eben eine Abkehr von der nationalsozialistischen Politik der Rassenreinheit mit ihren Mutterkreuzen und «Kinderzuchtprämien». Das ist zunächst historisch falsch; denn in der Zwischen-

Foto: Olaf Kosinsky (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2019-11-23_Armin_Laschet_CDU_Parteitag_by_OlafKosinsky_MG_5910.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en

«Gerade wenn sich die Gesellschaft verändert, ist es wichtig, das Erbe unserer Geschichte immer wieder neu anzunehmen und weiterzureichen. 38 Prozent der untersechsjährigen Kinder in Deutschland haben eine Zuwanderungsgeschichte. Diese tragen in Zukunft unsere Gesellschaft. Auch sie müssen sich der besonderen Verantwortung, die aus der Vergangenheit hervorgeht, bewusst sein. Nur so, nur indem alle Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit den Zugewanderten an die deutsche Geschichte erinnern und den Opfern des Nationalsozialismus gedenken, können wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Lehren aus unserer Geschichte niemals in Vergessenheit geraten. Dies ist Teil unserer gemeinsamen Leitkultur.»

Armin Laschet, seit 2017 NRW-Ministerpräsident, damals als Integrationsminister anlässlich des «Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus» in Düsseldorf

Quelle: land.nrw/de, Minister Armin Laschet: «Gedenken an Holocaust Teil unserer gemeinsamen Leitkultur», 27.01.2010

kriegszeit bekannten sich auch sozialdemokratische Regierungen zu einer aktiven Bevölkerungspolitik, um den ersten grossen Geburtenrückgang des Jahrhunderts (von 1900 an) zu stoppen. Auch die Logik dieser Form des «Antifaschismus» ist wenig überzeugend. Wenn grundsätzlich alles, was im Dritten Reich passierte, des Teufels ist, dann müsste man konsequenterweise auch Sport und Strassen verbieten.

Wer immer noch an das Argument glaubt, der Zuzug von Ausländern sei notwendig, um die Wirtschaft und das Rentensystem zu retten, der sollte doch in Anbetracht der Tatsache, dass die Einwanderer das soziale System immer weiter belasten und nicht entlasten, ins Grübeln kommen (Ausgabe 19). Vielleicht könnte ihn auch das japanische Beispiel nachdenklich stimmen. Sieht man von den wenigen hunderttausend koreanischen Gastarbeitern in Japan einmal ab, so bleibt es unbestreitbare Tatsache, dass die Wirtschaft dieses Landes ihren kometenhaften Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg ohne jede Einwanderung geschafft hat. [3]



Mit dem «Mutterkreuz» ehrte Adolf Hitler kinderreiche Mütter. Dass der nationalsozialistische Staat Frauen instrumentalisierte, rechtfertigt jedoch noch lange keine familien- und kinderfeindliche Politik in der Gegenwart.

«Mord und Totschlag»

Über die Realität der Migration werden Bundesbürger aber regelmässig von der Politik dreist angelogen. Heiner Geissler (CDU) sagte 1991 auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing: «Durch Asylbewerber und Ausländer hat kein einziger Deutscher auch nur eine Mark weniger verdient oder weniger Rente bekommen oder auch nur einen Quadratmeter Wohnraum verloren.» [4]

Zehn Jahre später kam man bei der Berechnung der jährlichen Kosten der deutschen Asylpolitik in allen ihren Facetten und auf allen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) auf weit über 30 Milliarden Mark; im «Asyl-Rekordjahr» 1992 waren es sogar 35 Milliarden. [5]

Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Heinz Kühn (SPD) haben schon vor vielen Jahren erkannt: «Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch.» Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und Bundesinnenminister Schily (SPD) musste 1998 zugeben: «Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten.» Weitsichtig warnte schon 1981 Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einer DGB-Versammlung in Hamburg: «Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.» Aber auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Grosszügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der «Reichen» gegenüber den «Armen». Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Der Autor Hans Magnus Enzensberger hat für diese Konfliktform den Ausdruck «molekularer Bürgerkrieg» geprägt. Er schrieb: «Der Anfang ist unblutig, die Indizien harmlos. Der molekulare Bürgerkrieg beginnt unmerklich, ohne allgemeine Mo-

Schon 2011: Kinder mit Migrationshintergrund in vielen deutschen Grossstädten in der Mehrheit

Eine Statistik aus dem Jahr 2013 legt offen, in welche Richtung sich Deutschland demographisch bewegt. Sie zeigt den Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund unter 6 Jahren an der Gesamtbevölkerung in deutschen Grossstädten:

Hamburg	48,94 %
Hannover	46,67 %
Bremen	57,58 %
Berlin	43,83 %
Duisburg	57,14 %
Dortmund	53,33 %,
Köln	50,98 %
Düsseldorf	50,00 %
Essen	50,00 %
Darmstadt	52,76 %
Stuttgart	56,67 %
Nürnberg	51,85 %
München	58,44 %
Augsburg	61,54 %
FRANKFURT	**75,61 %**

Quelle: *Statistische Ämter Bund/Länder, «Bevölkerung nach Migrationsstatus regional» (Die Zahlen wurden 2011 erhoben, im März 2013 veröffentlicht)*





«In einem modernen Europa ist kein Platz für ethnisch reine Staaten oder Völker. Das ist eine falsche Idee aus dem 19. Jahrhundert. Wenn wir ein modernes Europa in das 21. Jahrhundert hinüberretten wollen, dann werden wir dies mit multi-ethnischen Staaten vollziehen.»

Wesley Clark, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Kosovo-Krieg und Präsidentschaftskandidat 2004

« [...] der Antigermanismus [stellt] letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie [dar]. Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Tradition der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte [...]»

Michael Wolffsohn, jüdisch-deutscher Historiker, u.a. Universität der Bundeswehr München

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.82

➔ bilmachung. Allmählich mehrt sich der Müll am Strassenrand. Im Park häufen sich die Spritzen und zerbrochenen Bierflaschen [...] In den Schulzimmern werden die Möbel zertrümmert, in den Vorgärten stinkt es nach Scheisse und Urin. Es handelt sich um winzige, stumme Kriegserklärungen, die erfahrene Städtebewohner zu deuten wissen.» Am Ende stehen, so Enzensberger, Räume, die «off limits» sind, die nicht mehr ungefährdet betreten werden können.

Die Probleme mit dem deutschen Asylsystem sind seit Jahrzehnten bekannt. In einer Bundestagsrede vom 28. Mai 1993 wies der CDU-Ehrenvorsitzende, Dr. Alfred Dregger, auf Tatsachen hin, die nichts an Aktualität verloren haben: «Unbestreitbar ist, dass wir für die Finanzierung des Massenmissbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe.» Und weiter: «Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können.»

Aus der Sicht vieler Einwanderer handelt es sich leider tatsächlich um eine unblutige Landnahme. **Der grüne Abgeordnete Cem Özdemir hat es an Deutlichkeit nicht fehlen lassen: «Was unsere Urväter (1683 mit Feuer und Schwert) vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen.»** Aus der Sicht der Einheimischen handelt es sich um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, dass ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Strassen im Kiez zu unsicher geworden sind. Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. [6]

Deutsche Migranten unwillkommen

In den Stellungnahmen der deutschen Grossparteien (mit Ausnahme der AfD) spielt die Belastung des Arbeits- und Wohnungsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme in der Regel kaum eine Rolle, wenn es sich um die Einwanderer aus dem Nahen Osten, Afrika oder der Balkanregion handelt. Interessanterweise ändert sich das Argumentationsmuster schlagartig, wenn es um Spätaussiedler aus Oberschlesien, um Russlanddeutsche oder – früher – um DDR-Flüchtlinge geht. Einen wahren Feldzug gegen diesen Personenkreis führte der

«An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren - das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewusst zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.»

Angela Merkel am 06.12.2019 bei ihrem ersten Besuch in Auschwitz

Quelle: domradio.de, Rede von Kanzlerin Merkel im NS-Vernichtungslager Auschwitz, 06.12.2019

Merkel at Auschwitz: Remembering Nazi crimes inseparable from German identity

Die «Times of Israel» titelt: «Merkel in Auschwitz: Das Erinnern an Naziverbrechen ist untrennbar mit der Deutschen Identität verknüpft».



Pegida-Gegner in München

frühere saarländische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung fragte er zum Beispiel: «Ist es richtig, dass wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – dass wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten?»

Mit den deutschen Aussiedlern habe er «nur das Menschsein gemeinsam». Ähnlich äusserten sich andere SPD-Spitzen wie Gerhard Schröder oder Johannes Rau. Und Joschka Fischer, seinerzeit noch grüner Umweltminister in Hessen, forderte noch 1986 ausdrücklich, DDR-Flüchtlinge «zurückzuschicken».

Wie sind diese Widersprüche zu erklären? Eine plausible Erklärung hat der Schriftsteller Botho Strauss so formuliert: «Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthass verdankt [...] Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüssen, was es zerstört.» [7] ***(tk)***

Quellen:

1. Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 165-168
2. Ebenda, S. 172-173
3. Ebenda, 174-176
4. Ebenda, S. 177
5. Ebenda, S. 178
6. Ebenda, S. 185
7. Ebenda, S. 186-188

27. August 1998: Holocaust-Betrüger fliegt auf

Der selbsterklärte Holocaust-Überlebende Binjamin Wilkomirski veröffentlichte 1995 im zur Suhrkamp-Gruppe (Herausgeber der Frankfurter Schule) gehörenden «Jüdischen Verlag» das Buch «Bruchstücke - Aus einer Kindheit 1939–1948». Die Publikation, die im Stil einer Autobiographie verfasst war, beschrieb in fragmentarischer Form und hauptsächlich aus der Perspektive eines Kindes Erlebnisse aus dem Leben des Ich-Erzählers aus der Zeit des Nationalsozialismus in Lettland und anderen Ländern. Als früheste Erinnerung schilderte der Autor, wie er als kleines jüdisches Kind in Riga der Ermordung eines Mannes durch «Uniformierte» habe zusehen müssen. Dieser Mann sei möglicherweise sein Vater gewesen – er sei damals zu klein gewesen, sich genau erinnern zu können. Nachdem er sich dann zusammen mit seinen Brüdern auf einem Bauernhof in Polen habe verstecken können, sei er verhaftet worden und in zwei Konzentrationslager gekommen. Im ersten Lager sei er seiner sterbenden Mutter, an die er vorher keine Erinnerung gehabt habe, ein letztes Mal begegnet. Nach der Befreiung aus dem Vernichtungslager sei er zunächst in ein Waisenhaus nach Krakau und dann in die Schweiz verbracht worden. Dort habe er erst durch jahrzehntelange Nachforschung seine nur bruchstückhaft erinnerte (und von seinen Schweizer Adoptiveltern tabuisierte) Vergangenheit rekonstruieren können.

Wilkomirskis hochgelobte Lügengeschichte wurde sogar international als Buch verbreitet – u.a. übersetzt ins Englische und Französische.

Lobeshymnen in der BRD

«Bruchstücke» wurde in zwölf Sprachen übersetzt und erhielt von der Kritik viel Lob. Der Historiker Wolfgang Benz, Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (siehe S.43) begonnen hatte, attestierte den «Bruchstücken» in der ZEIT (Nr. 37/98) «nicht nur Authentizität, sondern auch literarischen Rang». Wilkomirskis «Bruchstücke» seien «eine Darstellung, die dem Leser nachvollziehbare Einsichten in die komplexe Tragödie vermittelt wie kaum ein anderes Dokument». [1]

Der Autor selbst trat bei vielen Gelegenheiten vor einem beeindruckten Publikum als Zeitzeuge und Experte auf, sei es vor Schulklassen, in den Medien oder bei wissenschaftlichen Veranstaltungen zur Schoah und zu deren Folgeproblemen (etwa zur fehlenden Identität von Überlebenden, die während der Schoah noch im Kindesalter waren). Er gab angesehenen Archiven Videointerviews und liess sich in Fernsehdokumentationen porträtieren. Zudem erhielt er





für sein Werk drei bedeutende Preise. Bei seinen öffentlichen Auftritten präzisierte er überdies vieles, was im publizierten Text ungesagt oder im Vagen geblieben war. So nannte er mündlich die Namen der KZs, in denen er sich aufgehalten habe (Majdanek und Auschwitz), oder erwähnte, dass er selbst Opfer bestialischer Menschenversuche gewesen sei.

Im Spätsommer 1998 wurde Wilkomirskis öffentliches Ansehen jedoch jäh erschüttert. In einem Artikel vom 27. August in der Wochenzeitung Weltwoche enthüllte der in der Schweiz lebende jüdische Autor Daniel Ganzfried, dass Wilkomirski in Wahrheit Bruno Grosjean heisse und der uneheliche Sohn der Schweizerin Yvonne Grosjean sei. Nach einem Aufenthalt in einem Waisenhaus in Adelboden (Schweiz) sei er von dem wohlhabenden und kinderlosen Ehepaar Dössekker aus Zürich adoptiert worden.



The Telegraph

Home Video News World Sport Business Money Comment Cu
USA | Asia | China | Europe | Middle East | Australasia | Africa | South A

HOME » NEWS » WORLD NEWS

'Wolf woman' invents Holocaust survival tale



Mrs Defonseca's book became a runaway bestseller

Der englische «Telegraph» berichtete 2008 über die erfundene und niedergeschriebene Opfergeschichte von Misha Defonseca, übersetzt in 18 Sprachen und verfilmt: Die Autorin (jetzt Millionärin) «überlebte» den «Holocaust», weil Wölfe sie adoptierten.

> **«Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiss es bis heute nicht.»**
>
> *Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen, in seinem Buch «Patriotismus – Ein linkes Plädoyer»*



Stern-Titelseite mit Robert Habeck.

Die Konzentrationslager kenne er nur als Tourist. All dies stellte sich nach Untersuchungen als wahr heraus. Der Schwindel flog auf.

Der Schwindler Enric Marco wurde im Fernsehen als Überlebender und Zeitzeuge des KZs Flossenburg interviewt.

ENRIC MARCO
Superviviente de Flossenburg
Sobrevivente de Flossenburg

Kein Einzelfall

Fest steht, dass der «Bruchstücke»-Schreiber kein Einzelfall ist; so traf Wilkomirski beispielsweise im Jahr 1998 in den USA Frau Laura Grabowski, die wie er im KZ-Auschwitz gewesen sein wollte. Vor laufender Kamera gab es dann tatsächlich ein tränenreiches Wiedersehen. Nur kurze Zeit später wurde Grabowski ebenfalls als eine notorische Betrügerin entlarvt. [2] Weitere Holocaust-Schwindler waren die Belgierin Misha Defonseca [3], die sich als Jüdin ausgab und behauptete, den Holocaust nur dadurch überlebt zu haben, dass sie sich einem Wolfrudel angeschlossen habe; Enric Marco [4], der im Mai 2005 als Präsident einer spanischen KZ-Überlebendenorganisation zurücktreten musste, als durch einen Forschungsbericht des spanischen Historikers Benito Bermejo bekannt wurde, dass wesentliche Daten seiner Biographie, die seine behauptete Inhaftierung in den Konzentrationslagern Mauthausen und Flossenbürg betrafen, gefälscht waren, oder Herman A. Rosenblat [5], dessen publizierte Erinnerungen ebenso als Fälschung entlarvt wurden. ***(tk)***



Quellen:

de.wikipedia.org, Binjamin Wilkomirski
1. zeit.de, Ein fast perfekter Schmerz, 17.09.1998
2. de.wikipedia.org, Laurel Rose Willson
3. de.wikipedia.org, Misha Defonseca
4. de.wikipedia.org, Enric Marco
5. en.wikipedia.org, Herman Rosenblat

FAZIT

Schwindler und Lügner gibt es überall. Das ist nicht das Problem. Vielmehr muss man Journalisten in Frage stellen, die jeder Person, die nur das Wort «KZ-Häftling» in den Mund nimmt, den roten Teppich ausrollen, ohne sich kritisch mit der Person auseinanderzusetzen. Sollten nicht alle Alarmglocken klingen, wenn jemand angeblich von Wölfen adoptiert wurde? Dem unbescholtenen Zuschauer wird in den Medien die Glaubwürdigkeit des Hochstaplers attestiert und er richtet sein Geschichtsbild dementsprechend aus.

27. Oktober 1998: Joschka Fischer wird Aussenminister der BRD


DER SPIEGEL
Industrie-Schreck Joschka Fischer
ERSTER GRÜNER UMWELT MINISTER
SOWJETREPUBLIK AFGHANISTAN
Bericht aus einem besetzten Land

Fischer 1985 auf dem Spiegel-Cover

Als einer der erfolgreichsten Vertreter des «Marschs durch die Institutionen» (siehe S.60) ist der Grünen-Politiker Joschka Fischer hervorzuheben. Er engagierte sich früh in der 68er-Studentenbewegung und der Ausserparlamentarischen Opposition (APO). In Frankfurt am Main widmete er sich, obwohl nie wohl aufgrund des fehlenden Abiturs regulär an der Universität eingeschrieben, intensiv gesellschaftspolitischen Studien. Er hörte Adorno sowie Habermas und setzte sich eingehend mit Marx, Mao und Hegel auseinander. Fischers Mentor war Hans-Jürgen Krahl, führender Kopf des «Sozialistischen Deutschen Studentenbundes» (SDS) in Frankfurt.

Zwischen 1968 und 1975 beteiligte sich Fischer als Mitglied der militanten Gruppe «Revolutionärer Kampf» (RK) an Demonstrationen, Strassenkämpfen mit der Polizei und Hausbesetzungen. Im September 2015 entdeckten Zollbeamte eine bis dato verschwundene Polizeiakte, welche die Verstrickung Fischers in linksverbrecherische Kreise dokumentiert. So wurde dieser im Jahre 1976 bei gewalttätigen Ausschreitungen für die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof festgenommen. Unter anderem wurden Brandsätze auf Polizisten geworfen. Ein Beamter erlitt dabei lebensgefährliche Verletzungen. Gegen Fischer wurde damals wegen Landfriedensbruchs, versuchten Mordes und der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. 1985 war die Polizeiakte von der hessischen Staatskanzlei angefordert worden, um zu prüfen, ob Fischer für ein Ministeriumsamt tauge. Danach war die Akte spurlos verschwunden. [1]

Kosovo-Einsatz wegen Holocaust

Eine neue politische Heimat fand Fischer 1982 bei der neu gegründeten Partei Die Grünen, für die er im März 1983 in den Bundestag gewählt wurde. Als erster und bisher einziger «grüner» Aussenminister (1998-2005) hat Fischer eine Schlüsselrolle dabei gespielt, das Tabu internationaler Bundeswehreinsätze zu brechen und seine Anhänger für weltweite Kriegseinsätze zu begeistern. **Es war Fischer, der die Teilnahme der Bundeswehr am Kosovokrieg mit dem zynischen Argument rechtfertigte, das Erbe des Holocaust verpflichte Deutschland, auf dem Balkan einen angeblichen Völkermord zu verhindern: «Auschwitz ist unvergleichbar. Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz; nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus.»** [2] Auch die Entsendung der Bundeswehr nach Afghanistan fiel in seine Amtszeit.

➔

Joschka Fischer: Auschwitz als wichtigstes BRD-Staatsfundament

Der Schriftsteller Michael Kleeberg berichtet in der Zeitung WELT vom 22. Mai 1999 von der Deutschlandreise seines französischen Kollegen Bernard-Henri Levy die folgende Episode:

«Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers auf Levys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz. Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden. Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln.» ***(tk)***


Aussenminister Sigmar Gabriel besucht die Gedenkstätte Yad Vashem in Israel.

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.23



Strassenkämpfer Joschka Fischer (mit schwarzem Helm) 1973 in Frankfurt.

➔ Im Zuge der Visa-Affäre hatte die rot-grüne Regierung unter Verantwortung von Fischer grosszügig Einreisevisa in Osteuropa verteilt. Dabei hatte das Auswärtige Amt im Jahr 2000 die Auslandsvertretungen angewiesen, die Verteilung von Visa nicht mehr allzu genau zu prüfen. Dies führte insbesondere in der BRD-Botschaft in Kiew zu einem Massenansturm. Damit wurde der weiteren Masseneinwanderung weiter Vorschub geleistet.

Im Frühjahr 2005 setzte sich Fischer im Rahmen der sogenannten «Nachrufdebatte» dafür ein, dass Nachrufe für einstige NSDAP-Mitglieder aus der Hauszeitung «internAA» des Auswärtigen Amts gestrichen werden. In der Folge wurde eine Historikerkommission eingesetzt, welche die Übernahme von NSDAP-Mitgliedern in das Auswärtige Amt nach dem Krieg aufarbeiten sollte. Unter dem Titel «Das Amt und die Vergangenheit - Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik» wurde 2010 das Ergebnis der Kommissionsarbeit auf 900 Seiten publiziert. Allerdings hagelte es darauf Kritik von Historikern, ehemaligen Diplomaten und Botschaftern aufgrund der historischen Einseitigkeit der Studie. ***(tk)***

Quellen:
1. jungefreiheit.de, Polizeiakte von Joschka Fischer wieder aufgetaucht, 11.09.2015
2. Rede zum Nato-Einsatz im Kosovo, 12. Mai 1999

Bundestagspräsident der BRD: Nachkriegsgenerationen mit Verantwortung für Auschwitz!

Foto: Christliches Medienmagazin pro (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Thierse_2012-09-02_(2).jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de

«Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist – die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dass die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, dass sie es für immer bleiben.»

Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einer Rede vom 27. Januar 2001

So half der SPD-Politiker dabei mit, die Idee salonfähig zu machen, die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen im Zweiten Weltkrieg sei die Erbsünde eines gesamten Volkes, die quasi mit den Genen weitergegeben wird. Seltsam, dass sogar die Bibel anderer Meinung ist: «Ein Sohn soll nicht für die Schuld seines Vaters zur Rechenschaft gezogen werden und ein Vater nicht für die Schuld seines Sohnes.» (Hesekiel, 18,20)

Quelle: bundesregierung.de, 27. Januar - Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus - Gedenkstunde des Deutschen Bundestages - Ansprache des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse

FAZIT

Mit Joschka Fischer und Jürgen Trittin nahmen Personen in höchsten Ministerposten Platz, deren radikale und teilweise sogar menschenverachtende Ansichten (DDR-Flüchtlinge zurückschicken, siehe S.91) klar zu erkennen waren. Trotzdem wurden sie in einem längt marxistisch umgepolten BRD-Meinungsklima gewählt. Ihr antideutsches Gedankengut setzt sich bei der neuen Führungsspitze um Robert Habeck fort, die genau wie die Grüne Partei 1998 bei der jüngsten Wählergeneration am besten ankommt.



«Die gegenwärtige Debatte über Deutsche als Opfer, die vor allem mit dem deutschen Rückzug und dem Vormarsch der Roten Armee beginnt, halte ich für völlig verkürzt. Ich sage das auch vor dem Hintergrund des Schicksals meiner eigenen Familie. Wenn wir über Vertreibung sprechen, kann man das, was vorher war, nicht aussen vor lassen. Sonst kommt man zu einer völlig falschen Debatte, die da lautet: Die Deutschen waren auch Opfer. Damit relativiert man die historische Schuld und kommt in die unheilvolle Konfrontation einer verzerrten Geschichtswahrnehmung, die weder der Wirklichkeit entspricht noch unseren europäischen Interessen.»

2003 im Interview mit der ZEIT

Quelle: zeit.de, «Was haben wir uns angetan?», 28.08.2003

«Im 20. Jahrhundert hat Deutschland zweimal mit Krieg bis hin zum Verbrechen und Völkermord sich selbst und die europäische Ordnung zerstört, um den Kontinent zu unterjochen.»

2012 in der Süddeutschen Zeitung

Quelle: sueddeutsche.de, Deutschland und Frankreich als Europa-Retter, 04.06.2012

«Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn ein wiederhergestelltes Deutschland [...] ein drittes Mal die Zerstörung Europas herbeiführen würde.»

In einem Aufsatz für den US-amerikanischen Think Tank Project Syndicate im Mai 2012

Quelle: project-syndicate.org, The Threat of German Amnesia, 25.05.2012

«Deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen; dies zeigt unsere Geschichte ganz sicher.»

1982 in der linksradikalen Zeitung Pflasterstrand

Quelle: akweb.de, Auf den Hund gekommen, 10.06.1999

Damit trägt Joschka Fischer auch die längst widerlegte Alleinschuldthese der Deutschen am Ersten Weltkrieg mit. (siehe Ausgabe 28)

1999: «Zentrum gegen Vertreibungen» erfährt grossen Gegenwind



v.l.n.r.: Stiftungsdirektor Manfred Kittel, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die damalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) beim Baubeginn des Dokumentationszentrums der «Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung», das AUCH an die deutschen Vertriebenen erinnert.

Kein Jahrhundert hat so viele Vertreibungen gesehen wie das 20. und kein Volk hat so viele Vertriebene zu beklagen gehabt wie das deutsche. Was lag da näher, als in Berlin ein repräsentatives «Zentrum gegen Vertreibungen» zur Erinnerung an die Ostvertriebenen einzurichten, damit die «ethnische Säuberung» nicht noch zum Erfolgsmodell für das dritte Jahrtausend werden würde? Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Jose Ayala Lasso hatte 1995 gemahnt: «Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen.»

Das Vorhaben stiess auf Kritik in Deutschland und im Ausland, besonders in Polen und Tschechien. Während Kanzler Schröder dem Projekt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach «zurückhaltend» gegenüberstand, verstieg sich der Thüringer Innenminister Richard Dewes zu der Behauptung, damit würde ein «Ort der Verherrlichung nationalistischen Denkens» entstehen.

Das Projekt wurde von der deutschen Bundesregierung nicht übernommen. Im Gegenzug wurde 2008 nach einem Beschluss der Bundesregierung in Berlin die «Stiftung



→ Flucht, Vertreibung, Versöhnung» zur Erinnerung an die 14 Millionen Deutschen errichtet, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Ost- und Mitteleuropa vertrieben wurden, aber auch an viele Millionen Flüchtlinge anderswo. Nur der Deutschen zu gedenken, wie es mit zig Holocaust-Denkmälern für die jüdischen Opfer geschieht, ist in Deutschland offensichtlich ein Tabu. ***(tk)***

Quellen:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.98 f.
de.wikipedia.org, Zentrum gegen Vertreibungen

«Das deutsche Volk hat die moralische Verpflichtung auszusterben, und zwar subito. Jeder Pole, Russe, Jude, Franzose, Schwarzafrikaner usw. hat genauso viele Rechte, auf ‚deutschem Boden' […] zu leben wie irgendein Deutscher – wenn nicht sogar noch mehr.»

Wiglaf Droste, deutscher Autor (u.a. Tagesspiegel, junge Welt, taz)

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 9

1999: Günter Grass erhält den Literatur-Nobelpreis

Als besonders strenger «Moralist» (Stern) der BRD tat sich der Schriftsteller Günter Grass hervor. Seinen literarischen Durchbruch erzielte er – wie sollte es anders sein – mit einem Bewältigungsroman über die Nazi-Zeit («Die Blechtrommel»). Grass war seitdem der Liebling des tonangebenden Teils der veröffentlichten Meinung innerhalb der BRD, erst recht, nachdem er für Willy Brandt und die SPD Wahlkampf gemacht hatte.

1985 beteiligte sich Grass an der sogenannten «Bitburg-Kontroverse», die – wie schon oft – eine grosse Diskussion über die deutsche Vergangenheit auslöste. Grass und viele andere «Intellektuelle» kritisierten die Tatsache, dass Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan bei dessen Besuch zum 40. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1985 nicht nur die Gedenkstätte des KZs Bergen-Belsen besucht, sondern es auch gewagt hatten, einen Kranz an einem Soldatenfriedhof in Bitburg niederzulegen. In Bitburg lagen neben US-Soldaten und Wehrmachtsangehörigen auch einige wenige Mitglieder der Waffen-SS beerdigt. Grass kritisierte den Besuch scharf als «Geschichtsklitterung».

Ironischerweise musste Grass im August 2006 bekanntmachen, dass er jahrzehntelang verschwiegen hatte, mit 17 Jahren der Waffen-SS angehört zu haben. Wäre er im Krieg verstorben, hätte zumindest die minimale Chance bestanden, dass Reagan und Kohl einen Kranz an seinem Grab niedergelegt hätten. Grass´ Rolle als moralische Instanz im Nachkriegsdeutschland wurde damit ein schwerer Schlag versetzt. ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Günter Grass



Stern-Titelseite Ausgabe 34, 2006







«Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.»

US-Präsident Ronald Reagan am 5. Mai 1985 bei seinem Besuch des deutschen Soldatenfriedhofs in Bitburg

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.17

21. Juni 1999:

Serbisches Volk trägt laut Gerhard Schröder keine Schuld an Milosevics Verbrechen

Nach einem Fernsehauftritt des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, in dem er sich über den gerade beendeten Kosovokrieg geäussert hatte, fühlte sich der Soziologe und Anthropologe Alexander Schuller in der Welt zu folgendem Kommentar hingerissen:

«Am 21. Juni, abends, im deutschen Fernsehen, meinte Bundeskanzler Schröder, dass man dem serbischen Volk die Sünden seines Führers Milosevic nicht heimzahlen dürfe. Schröder erwähnte nicht, dass das serbische Volk Slobodan Milosevic in mehreren Wahlgängen erst zum serbischen und danach auch zum jugoslawischen Präsidenten gewählt hatte und dass es die Angriffe der Nato mit demonstrativen Solidaritätsbekundungen für ihren Präsidenten beantwortet hatte. Präsident Clinton äusserte sich ähnlich: Schuldig sind die Politiker, das serbische Volk ist unschuldig.

Ähnlich äusserten sich die meisten anderen Nato-Politiker. Für den Tod jener Serben, die während der Angriffe umgekommen waren, drückte man Betroffenheit aus: Die Nato-Politiker folgen damit einem Denkmuster, das als etabliert gelten kann. Als die Sowjetunion zusammenbrach, kam niemand auf die Idee, dem russischen Volk die Taten seiner Diktatoren vorzuwerfen: Man zählte es eher zu den Opfern. Das gleiche gilt für China und die Kulturrevolution, an der immerhin mehrere Millionen junger Fanatiker beteiligt waren. Wir haben uns darauf eingerichtet, zwischen Führer und Volk streng zu unterscheiden, selbst dann, wenn das Volk den Führer bei dessen Untaten willentlich unterstützt.

Zu dieser gewissermassen universellen Regel gibt es nur eine einzige Ausnahme: die Deutschen. Sie sind schuldig, sie sind das Tätervolk, wie es Goldhagen (Anm.: siehe S.83 f.) so trefflich auf den Begriff gebracht hat. Warum das so ist, versteht man nicht ohne weiteres. Jahrelang galt das Argument der grossen Zahl der in den Konzentrationslagern ermordeten Opfer. Seit den 100 Millionen Toten, von denen das ‚Schwarzbuch des Kommunismus' spricht, ist dieses Argument eher verblasst. Dennoch herrscht auch heute noch kein Zweifel, dass die Deutschen als solche Täter sind. Während die Nato mit erheblichem Aufwand die serbische Zivilbevölkerung zu schonen versuchte, war die deutsche Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg ausdrückliches Ziel der Angriffe englischer und amerikanischer Bomber. Warum also sind die Deutschen die grosse Ausnahme? [...]

Wer zwischen Milosevic und den Serben unterscheidet, hat recht. Und wer zwischen Hitler und den Deutschen nicht unterscheidet, erst recht. Beides ist nicht vergleichbar. In dem einen Fall handelt es sich um Zeit, in dem anderen um Ewigkeit. In der Ewigkeit zählen Recht und Gerechtigkeit wenig. Hitler meinte, die arische Rasse an die Stelle des auserwählten, des jüdischen Volkes setzen zu können. Das war, folgt man dem jüdisch-christlichen Mythos, Blasphemie: Mit dem Mord an den Juden habe Hitler Gott herausgefordert. Und Gott habe ihn und sein Volk verflucht. Jetzt sind auch wir Deutsche ein auserwähltes – ein von Gott verfluchtes – Volk.»

Milosevic spricht 1989 vor tausenden Serben.

Quelle: welt.de, Das fluchbeladene Volk, 26.06.1999

FAZIT

Erstaunlich: Wenn es um die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs geht, hiess es für Bundespräsident Weizsäcker: Nach vorne schauen! (siehe S.71) Egal, um welches tyrannische Regime es sich handelt, immer wird die Bevölkerung aussen vor gelassen. Ausnahme: Deutschland. Auschwitz dürfe «nie vergessen werden» (Thierse), es sei eine «Verantwortung, die nicht endet» (Merkel), auch nicht für kommende Generationen. Etwas, das „nicht endet" ist ewig. Die deutsche Bevölkerung trägt laut Merkel eine ewige Schuld. Ist das nicht schon fast religiös, vergleichbar mit der christlichen Erbsünde?

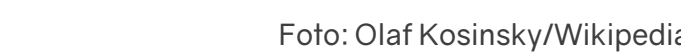
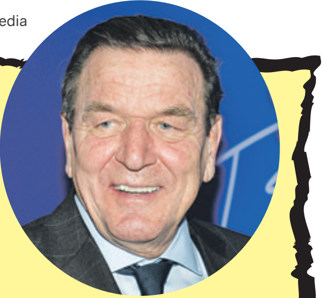


Foto: Olaf Kosinsky/Wikipedia



«Ja, ich bin Marxist!»

Gerhard Schröder 1978 in den «Lutherischen Monatsheften»

Quelle: spiegel.de, Parolen von Juso-Vorsitzenden: «Ja, ich bin ein Marxist», 03.05.2019

03. November 1999:

«Deutschland muss sterben» unterliegt der Kunstfreiheit



Biografie der linksradikalen Punkband Slime.

Als die linke Punkrockgruppe Slime ein Lied mit dem Text «Deutschland muss sterben, damit wir leben können» herausbrachte und daraufhin das Amtsgericht-Tiergarten wegen böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik eine Geldstrafe verhängte (das Berliner Kammergericht bestätigte das Urteil später), entschied das Bundesverfassungsgericht am 03. November 1999 dagegen, das Stück unterliege der Kunstfreiheit, wobei es auf die künstlerische Qualität nicht ankomme. Gleiches gilt für die Darstellung der schwarz-rot-goldenen Fahne als Ziel eines Urinstrahls. ***(tk)***

Quelle: Josef Isensee, Das Tabu im freiheitlichen Staat, Paderborn 2003, S.38

«Nach dem Krieg erlebte die politische Kunst – solange sie von links gegen rechts gerichtet war – einen Höhepunkt. Nicht mehr die Qualität zählte, sondern die Botschaft und der politische Inhalt. Künstler galten als kritisch, wenn sie sich mit der nationalsozialistischen Geschichte beschäftigten, den Alltagsfaschismus aufarbeiteten und in ihren Werken festhielten. Eine politisch konservative Kunst durfte es nicht mehr geben.»

Peter Sichrovsky, österreichisch-jüdischer Journalist und Politiker

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.156

04. November 1999:

Die «Wehrmachtausstellung» wird wegen Fälschungen zurückgezogen

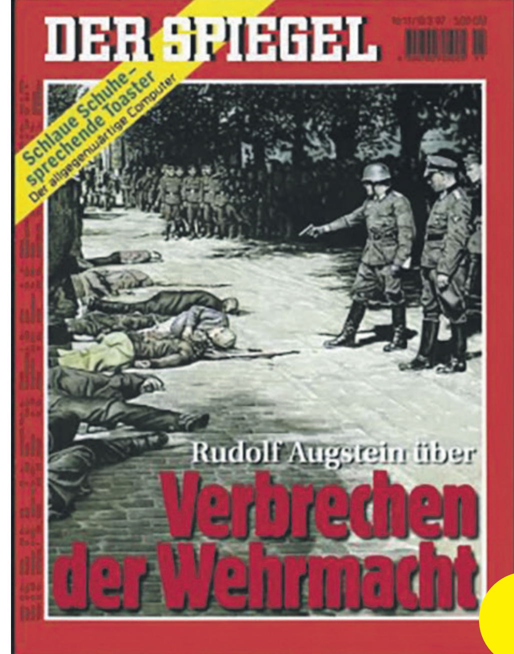
Von 1995 bis 1999 zog die Ausstellung «Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» durch deutsche Städte. Sie war zusammengestellt und organisiert durch den (zumindest früheren) Kommunisten Hannes Heer und finanziert durch den als Unterstützer der Hamburger Hafenstrasse hervorgetretenen Tabak-Millionenerbe Jan Philipp Reemtsma. Was Kritiker der Ausstellung von Anfang an vermuteten, ist inzwischen in vielen Fällen zweifelsfrei nachgewiesen worden: Heer hat – anscheinend auch bewusst – manipuliert und selbst vor üblen Bildfälschungen nicht zurückgeschreckt. Aus der Menge der inzwischen aufgeflogenen Manipulationen und Fälschungen der Heer´schen Ausstellung seien nur zwei herausgegriffen:



Der bereits mehrfach gerichtlich verurteilte Ex(?)-Kommunist Hannes Heer organisierte die Ausstellung.

Foto: Phi (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hannes_Heer_2017.JPG) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

1. Zu einem in vielen Zeitungen veröffentlichten Bild, das die angebliche Hinrichtung unschuldiger Zivilisten im Banat (Rumänien/Serbien) durch Wehrmachtangehörige dokumentieren soll, stellt Professor Dr. Seidler fest: «Das bekannteste Bild der Ausstellung, die Hinrichtung von Zivilisten an der Friedhofsmauer von Pancevo im Banat, das auch als Titelbild des Spiegels vom 10.03.1997 abgedruckt war, ist nicht nur mit kleinen Uniformretuschen, z.B. am Stahlhelm des Pistolenschützen, sondern auch mit einer falschen Legende versehen. Im Katalog heisst es auf Seite 28: ,In Serbien liess die Wehrmacht von Beginn an keine Zweifel aufkommen, dass sie gewillt war, auch gegen Zivilisten mit blutigen Mitteln vorzugehen. Als in Pancevo, der Hauptstadt des Banat, am 17. und 18. April 1941





1.

Aus dem Vollzug eines völkerrechtlich gedeckten Urteils (Exekution von Partisanen, so wie es auch die Alliierten vollzogen), wurde in der Wehrmachtausstellung die wahllose Ermordung von unschuldigen Zivilisten gemacht.

– also noch vor der Kapitulation der jugoslawischen Armee – zwei SS-Männer erschossen wurden, ordnete der Standortkommandant, Oberstleutnant von Bandelow, als ‚Sühnemassnahme' die Ermordung von Zivilisten an: Wehrmachtangehörige trieben wahllos Einwohner der Stadt zusammen.'

Was war die wahre Geschichte? Aus dem orthodoxen Friedhof von Pancevo heraus wurden öfters deutsche Soldaten in der Nacht beschossen. Die Suche nach den Attentätern blieb erfolglos. Erst nach einigen Tagen kam man darauf, dass von einem Mausoleum im Friedhof ein unterirdischer Gang in ein nahegelegenes Wirtshaus führte, von wo die Heckenschützen kamen und wohin sie sich zurückzogen. Eines Nachts wurde den Partisanen eine Falle gestellt. Als wieder geschossen wurde, stürmten die Deutschen das Gasthaus und fanden eine Bodenklappe zu dem Gang in den Friedhof. Alle Anwesenden wurden festgenommen. Ein Standgericht verurteilte sie zum Tode: 18, als Zivilisten getarnte, Angehörige der jugoslawischen Armee zum Tode durch Erschiessen und 17 männliche Zivilisten und eine Frau zum Tode durch Erhängen. Am 22.04.1941 wurde das Urteil vollstreckt. Die Erschiessung wurde von einem Peloton des Regiments Grossdeutschland an der Friedhofsmauer durchgeführt. Die Henkersarbeit besorgte ein Zivilist an anderer Stelle. Bei dem Vorgang handelte es sich also weder um eine Sühnemassnahme noch um eine Aktion des Standortkommandanten, sondern um den Vollzug eines völkerrechtlich gedeckten Urteils. In den Begleitschriften zur Ausstellung wird nicht erwähnt, dass die jugoslawischen Truppen bei ihrem Abzug aus Pancevo neun Volksdeutsche als Geiseln mitschleppten und in einem nahen Wald ermordeten. Untaten werden in den Augen der Ausstellungsmacher nur von Deutschen begangen.» [1]

2. Ein Bild an einer Stellwand der Ausstellung und aus dem Kapitel «Weissrussland – Drei Jahre Besatzung 1941 bis 1944» des Ausstellungskatalogs zeigt teilweise entkleidete Männer vor einem Fluss und trägt die Bildzeile «Juden werden exekutiert». Nach dem Organisator Hannes Heer ist es «eines der bekanntesten Bilder des Holocaust ausserhalb der Vernichtungslager». Die Nachforschungen der Focus-Mitarbeiter Markus Krischer und Robert Vernier ergaben jedoch folgendes: Das Bild findet sich zusammen mit einer weiteren ähnlichen Szene auf Seite 149 in dem im November 1941 als Werbeschrift der Zivilverwaltung des Generalgouvernements von Helmut Gauweiler, Onkel des ehemaligen Münchener CSU-Politikers Peter Gauweiler, herausgegebenen Bildband «Deutsches Vorfeld im Osten». Zur Abbildung heisst es dort:

«Wahrscheinlich zum ersten Male in ihrem Leben ist diese jüdische Mannschaft zum Baden angetreten, und wie man sieht, scheint ihr dieses Bad nicht allzu schlecht bekommen zu sein.» [2]

Der mit mehreren Büchern zur NS-Bewältigung hervorgetretene Journalist Ernst Klee fand auf der Suche nach entsprechenden Bildern einen unscharf reproduzierten Ausschnitt des Bildes ohne jede Beschriftung in einer Fotomappe der für NS-Verbrechen zuständigen Abteilung des Landeskriminalamtes (LKA) Baden-Württemberg in Stuttgart. Er brachte einen etwas kleineren Ausschnitt auf Seite 77 seines Buches «Schöne Zeiten — Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer» [3] im Zusammenhang mit der Ermordung von Juden durch SS-Einsatzkommandos im Osten und erfand dazu – wie er auch offen zugab – unter der Überschrift «…gerne bereit, bei Erschiessungen mitzumachen, Aussagen zur Legende des Befehlsnotstands» die Bildunterschrift «Juden müssen sich vor ihrer Ermordung entkleiden». Mitverfasser dieser «Dokumentation» war der damalige Staatsanwalt bei der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen und ihr späterer Leiter Willi Dressen.

1992 wies der bayerische Schrift- und Fotogutachter Alfred Streim die Ludwigsburger Behörde zur Aufklärung NS-Verbrechen auf das Originalbild hin, was für Dressen schockierend gewesen sein soll und ihn veranlasste, den Streim´schen Brief in die entsprechende Bildmappe mit einer ausdrücklichen schriftlichen Warnung vor dem Gebrauch des Bildes zu legen. Auf Brief und Warnung muss Heer gestossen sein, als er diese Mappe für seine Ausstellung auswertete und ihr das Bild entnahm – er bringt in der Ausstellung einen etwas grösseren Ausschnitt als in dem Klee´schen Buch. Heer gab dann dem Bild in seiner Ausstellung – trotz offensichtlicher Kenntnis der wahren Zusammenhänge – die oben ge-

➔

2.



Der Organisator Hannes Heer übernahm eine falsche Bildbeschreibung des Journalisten Ernst Klee «Juden müssen sich vor ihrer Ermordung entkleiden». Auf den „Fehler" angesprochen, antwortete er: «Es geht hier um Juden, die sich ausziehen müssen. Und jeder Historiker weiss, was dann kommt.»

nannte Legende, wobei er zur Fälschung Klees noch eine draufsetzte: Aus Polen wurde einfach Weissrussland gemacht, und aus Klees unberechtigtem Vorwurf gegen die SS wurde nun ein «Verbrechen der Wehrmacht», was selbst für Dressen «völliger Unsinn» war.

Heer, daraufhin angesprochen, konnte statt Argumenten nur vorbringen: «Es geht hier um Juden, die sich ausziehen müssen. Und jeder Historiker weiss, was dann kommt.» Aber das ist eben auch falsch, und der Focus brachte den Hinweis, dass in der Literatur, etwa in Bernard Goldsteins Memoiren «Die Sterne sind Zeugen», durchaus gefilmte Badeszenen beschrieben sind, zu denen Juden in den Ghettos aus hygienischen Gründen und zur Vermeidung von Epidemien von Deutschen gezwungen wurden. Derart in die Ecke getrieben, erklärte Heer zum Focus: «Dann schreiben Sie halt, es ist eine Fälschung. Machen Sie, was Sie wollen.» [4] Selbst der Focus kommentierte eine solche offensichtlich bewusste Verfälschung mit den Worten: «Wer so wenig fundiert mit Quellen und mit Bilddokumenten umgeht, der hat keinen Anspruch auf Seriosität. Denn bei solch einem komplexen Thema [...] ist wissenschaftliche Redlichkeit der Ausstellungsmacher unbedingt geboten.» [5]

Lob und Preise

Der Münchner Geschichtsordinarius Prof. Dr. Franz W. Seidler stellte zur Heer´schen Anti-Wehrmachtaustellung fest: «Von den Fotos dieser Ausstellung haben 90 % keinen Quellennachweis. [...] Fotos ohne Quellenangaben haben keine Beweiskraft für irgendwelche Vorgänge, an denen die Fotografen möglicherweise beteiligt waren. Belege ohne Orts- und Zeitangaben sind wissenschaftlich wertlos. Von den 314 Fotos im Kleinformat tragen 208 die Bezeichnung ‚unbekannter Ort'. 62 lassen keine Beteiligung von Wehrmachteinheiten erkennen, 19 stammen aus Polen vor 1941. 15 zeigen Kriegsgeschehen, z.B. brennende Häuser, ohne Bezug zum Thema, und 10 betreffen nicht die Wehrmacht, sondern SS, SD oder RAD. Selbst die Zitate, die die Bilder kommentieren, sind nur schwer nachprüfbar. Viele Texte auf den Schautafeln sind verkürzt. Die Belegstellen verweisen gelegentlich auf Gerichtsakten ohne Angabe der Aktenzeichen. Durch Fettdruck werden die Ausstellungsbesucher auf angeblich wichtige Stellen hingewiesen. Es handelt sich ausschliesslich um Passagen, die die Meinung der Aussteller stützen. Einschränkungen oder Widersprüche, die sich in den Schriftstücken finden, werden dem Besucher als gepunktete Auslassungen entzogen. Auch vor offensichtlichen Verdrehungen scheuten die Ausstellungsmacher nicht zurück.» [6]

Aber trotz nachgewiesener Fälschungen zog die Heer´sche Ausstellung mit diesen weiter durch deutsche Städte. Und sogar behördliche Stellen unterstützten diese Geschichtsverzerrung noch, ganz abgesehen davon, dass der Katalogverfasser und Organisator der Ausstellung, Heer, und deren Finanzier, Reemtsma, mit Preisen ausgezeichnet und von den Massenmedien empfehlend vorgestellt wurden.

Jutta Ditfurth
@jutta_ditfurth

Saufen, scheußlich singen, schunkeln, überall hinpinkeln, Kellnerinnen anpöbeln, sich ausnehmen lassen, saufen, rassistisch attackieren, sexuell belästigen, kotzen.
Deutsche Leitkultur eben.
#Oktoberfest #Wiesn

12:48 vorm. · 30. Sep. 2019 · Twitter for iPhone

Die Mitbegründerin der Partei Die Grünen Jutta Ditfurth kommentiert die Eröffnung des Oktoberfests 2019 auf Twitter.



Foto: Ziko van Dijk

Der Tabak-Millionenerbe und Finanzier der Ausstellung Jan Philipp Reemtsma zählt mit einem Vermögen von 700 Millionen Euro zu den 150 reichsten Deutschen. Auf die Frage «Lieben Sie Deutschland?» antwortete er einst mit der Gegenfrage: «Halten Sie mich für nekrophil?

Deutsche Wehrmacht oft Retter statt Täter

Erst als im Oktober 1999 zwei junge ausländische Historiker, Dr. Bogdan Musial aus Polen und Dr. Krisztian Ungvary aus Ungarn, ihre vernichtende Kritik in zwei angesehenen deutschen Fachzeitschriften (7) veröffentlichen konnten, wurde die Ausstellung zurückgezogen. Hinzu war noch die Aufdeckung der falschen Deutung von vier Bildern durch den Historiker Dieter Schmidt-Neuhaus (8) gekommen: Massaker-Opfer des sowjetischen Geheimdienstes NKWD waren wider besseres Wissen von Heer und Mitarbeitern als solche der Wehrmacht bezeichnet worden.

Musial wies im einzelnen überzeugend nach, dass mindestens neun Fotos der Ausstellung und des zugehörigen Katalogs durch den stalinistischen Geheimdienst NKWD Ermordete darstellen und also nicht, wie die Ausstellung suggerieren will, Verbrechen von Deutschen dokumentieren, insbesondere nicht solche der deutschen Wehrmacht.



Der Landtagspräsident Schleswig-Holsteins Heinz-Werner Arens besucht die Ausstellung 1999.



Opfer des NKWD 1941 in Estland

schwere Vorwürfe gegen die Ausstellung. In der Verbandszeitschrift der deutschen Geschichtslehrer unterwarf er die Bilder des Ausstellungskatalogs einer statistischen Analyse und gelangte dabei zu vernichtenden Ergebnissen für die Aussteller. Als Folgerung daraus bezichtigte er die Ausstellungsmacher schwerer wissenschaftlicher Fehler. Sie hätten manipuliert, statt zu informieren. Über die Hälfte der rund 800 Bilder zeigten weder Verbrechen noch Kriegshandlungen. Weitere 63 gäben lediglich Kriegshandlungen ohne Verbrechen wieder, von 185 Fotos kenne man die Täter nicht, 62 Bilder trügen fehlerhafte Bildunterschriften, bei 71 Bildern seien die Täter nachweislich nicht Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Nun konnte auch Professor Dr. Horst Möller, Direktor des gerade für dieses Thema zuständigen Münchner «Instituts für Zeitgeschichte», der bisher wie andere Deutsche auch verschwiegen worden war, in der Presse erscheinen. Für ihn war jetzt klar, «dass es den Ausstellungsmachern um Herrn Heer nicht um die Wahrheit, sondern einzig darum geht, eine These zu beweisen, die als solche keine wissenschaftliche ist [...] Es ist eine politische Aussage». Die Ausstellung habe «gravierende Mängel. [...] Der historisch-wissenschaftliche Umgang mit den Bildern ist schlampig.

So sei zu den Bildern Nr. 29 bis 31 des Katalogs zunächst die falsche Ortsbezeichnung «Gebiet Kiew, Ukraine» angegeben worden, bis man erst nach mehreren Hinweisen die Tatortangabe in «Zloczow» (auch Ukraine) geändert habe. Dort sei zwar, was Augenzeugen bestätigten, ein Massaker verübt worden, aber vom sowjetischen NKWD, nicht von der Wehrmacht: «Erst deutsche Soldaten hätten das Massaker beendet.» Dasselbe gelte für andere Orte: «In Luck wurden die NKWD-Mannschaften von deutschen Soldaten daran gehindert, noch die letzten Gefangenen zu liquidieren. Zuvor hatten sie etwa 2000 Menschen mit Maschinengewehren und Handgranaten ermordet.» Auch bei den in der Ausstellung der Wehrmacht vorgeworfenen Massenmorden in Lemberg und Tarnopol (Ukraine) handele es sich einwandfrei um Kriegsverbrechen der Sowjets, die ihre politischen Gefangenen kurz vor der jeweiligen Ankunft der Deutschen zu Tausenden ermordeten, nachdem der jüdische NKWD-Chef Lawrentij Berija am 24. Juni 1941 angesichts des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen den Geheimbefehl erteilt hatte, alle «konterrevolutionären Elemente» unter den Häftlingen umzubringen. «Dies bedeutete das Todesurteil für mehrere zehntausend Menschen», schreibt Musial dazu. Ausführlich ging der polnische Historiker auf die vielen NKWD-Massenmorde vom Juni 1941 in einem besonderen Artikel ein. (9)

Die geschichtliche Wahrheit war hier also von den Ausstellern genau auf den Kopf gestellt worden: Die deutsche Wehrmacht war nicht nur nicht der Täter, sondern hat in vielen Fällen durch ihren Vorstoss und sofortiges Handeln das Morden des sowjetischen NKWD beendet. Weitere zwei Dutzend ausgestellter Fotos seien mit grosser Wahrscheinlichkeit ebenso Zeugnisse sowjetischer Massaker an Regimegegnern, und die dargestellten Verbrechen würden fälschlicherweise deutschen Soldaten unterstellt. Dazu komme, dass etwa die Hälfte der Bilder der Ausstellung Handlungen zeige, «die nichts mit Kriegsverbrechen zu tun haben».

Schwere wissenschaftliche Fehler

Der ebenfalls noch junge ungarische Historiker Krisztian Ungvary, hervorgetreten durch sein Werk «Die Schlacht um Budapest 1944/45», erhob fast zeitgleich mit Musial



Die Ultras Frankfurt positionierten sich auf dem Höhepunkt der Masseneinwanderung im September 2015 gegen ihre deutschen Landsmänner und für noch mehr Zuzug aus anderen Ländern. «Ausländer rein – Rheinländer raus!» war auf dem Transparent der Ultras zu lesen, um die Gästefans aus Köln zu provozieren. Gegen das eigene Volk scheint so gut wie jede niveaulose Beleidigung zulässig, während schon Witze über Ausländer tabuisiert werden.



Hunderttausende Schüler wurden durch die wissenschaftlich unlautere Ausstellung geführt.

[...] Die Ausstellung steckt voller Fehler und Suggestionen. [...] Wir können es uns aber nicht leisten, Geschichtsklitterungen zu exportieren, zumal jenseits der Grenzen gelegentlich grössere Aufnahmebereitschaft für solche Negativklischees besteht». [10]

Gefragt, warum «weite Teile der politischen Klasse in Deutschland so positiv auf die Ausstellung reagierten», antwortete Musial: «Ich habe den Eindruck, dass die Deutschen Schwierigkeiten haben, an gewisse Wirklichkeiten heranzugehen. Es herrscht ein Betroffenheitsklima, und dies ist eben günstig für Leute wie Hannes Heer und Daniel Goldhagen. Man wagt nicht so recht, deren Thesen nach wissenschaftlichen Kriterien zu hinterfragen. Wer sich, wie ich es versuche, ohne Vorbehalte an die Dinge heranwagt, läuft Gefahr, als Revisionist abgestempelt zu werden.» [11]

Nachdem die Ausstellung im Herbst 1999 unter öffentlichem Druck nach vielen erkannten Fälschungen zurückgezogen worden war, wurde sie dann rund ein Jahr lang «überarbeitet» und zog ab 2001 mit gleicher Tendenz erneut durch deutsche Städte, allerdings mit viel geringerer öffentlicher Beachtung. In den knapp vier Jahren ihrer Dauer war die Ausstellung von rund 800.000 Personen besucht worden, meist Schulklassen, die von ihren entsprechend eingestellten Lehrern im Rahmen politischer Erziehung hineingeführt worden waren. ***(tk)***

FAZIT **Trotz nachgewiesener Fälschungen zog die Heer´sche Ausstellung weiter durch deutsche Städte und wurde frenetisch von Medien und Politik gefeiert. Hunderttausende Schüler bekamen hier eine einseitige, unseriöse Gehirnwäsche, bis der Druck dann doch zu gross wurde.**

Quellen:

1. Franz W. Seidler, Verbrechen an der Wehrmacht - Band 1: Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Pour le Mérite, 1997
2. Helmut Gauweiler, Deutsches Vorfeld im Osten, Krakau, 1941
3. Ernst Klee, Willi Dressen, Volker Riess, «Schöne Zeiten» - Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, S. Fischer, Frankfurt/M., 1988
4. Focus, Nr.16, 14.04.1997, S.45
5. Focus, Nr.18, 28.04.1997, S.336
6. Franz W. Seidler, ebenda, S.11
7. Bogdan Musial, «Bilder einer Ausstellung», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 4, 1999, S. 563- 591; Krisztian Ungvary, «Echte Bilder - problematische Aussagen», in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr. 10, 1999, S. 584-595
8. Dieter Schmidt-Neuhaus, «Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung ‚Vernichtungskrieg- Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944'», in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Nr.10, 1999, S. 596-603
9. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.10.1999
10. Interview mit Horst Möller, in: Focus, Nr. 43, 1999, S. 44 ff.
11. Welt am Sonntag, 24.10.1999

2000: Holocaust in der Sesamstrasse

Welchen Grad die Besessenheit von der NS-Vergangenheit in der deutschen Öffentlichkeit schon erreicht hatte, konnten interessierte Fernseher unter anderem in der Sendung «Sesamstrasse» des Kinderkanals («geeignet für Kinder ab drei Jahren») am 12. April 2000 erleben. Neben Berichten über Kängurubabys und dergleichen erschien plötzlich ein Spot über Hitler und die KZs mit Schreckensbildern und Texteinblendungen wie «Konzentrationslager/KZ» oder «6 Millionen». Schon 1997 hatte es in Hamburg eine Tagung «Holocaust – ein Thema für Kindergarten und Grundschule» gegeben. Und vorher wurde ein Holocaust-Bilderbuch für Kinder ab drei Jahren herausgebracht («Als Eure Grosseltern jung waren»).

Noch bevor das Kleinkind die Grundregeln des menschlichen Zusammenlebens lernt, wie etwa «Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu», soll es also Nazigräuel studieren, und bevor es lernt, bis zehn zu zählen, soll es über «6 Millionen» unterrichtet werden. «Kinderverstörung» lautete der Titel einer einschlägigen Untersuchung des Mainzer Soziologen Helmut Schoeck. ***(tk)***

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.74





Die speziell für Kinder produzierte Serie «Der Krieg und ich» lief in Deutschland ab dem 31. August 2019 im Kinderkanal KiKA. Nur einer von vielen propagandistischen Nadelstichen, der leicht manipulierbaren Kindern das Narrativ von einer Gesamtschuld der Deutschen vermittelt.



Die BILD verbreitete reisserische Fake News: Für die Ermordung des kleinen Joseph durch Neonazis lagen keinerlei stichhaltige Beweise vor.

November 2000:
Ganz Deutschland am Pranger wegen erfundenem Neonazimord

Dass tragische Todesfälle seit Jahren von der politischen, medialen und akademischen Klasse Deutschlands missbraucht werden, um Stimmung für die als politisch korrekt erachtete Gesinnung zu machen, ist kein Geheimnis. Dass dabei jegliche Standards des Rechts und der Moral missachtet werden, sollte auch nicht überraschen. Beispielhaft sei hier der Tod des kleinen Joseph (Deutsch-Iraker) im sächsischen Sebnitz anno 1997 genannt. Im September 2000, drei Jahre nach dem Unfall, wurde der Fall neu aufgerollt. Josephs Eltern hatten über Monate schriftliche Erklärungen möglicher Zeugen zusammengetragen und ein kriminologisches Privatgutachten erstellen lassen. Während bei jedem Kriminalfall der Täter bis zur Rechtskraft des Urteils nur ein «mutmasslicher Täter» ist, reichte ein vager Verdacht der Eltern, um Journalisten den Schaum vor den Mund zu treiben. So schrieb die Süddeutsche Zeitung im November 2000: «Es kommt einem die Wut hoch, nackte Wut. Da schnappt sich eine Gruppe rechter Jugendlicher im Schwimmbad [...] einen kleinen Jungen, flösst ihm ein Betäubungsmittel ein, quält ihn mit Elektroschocks, drückt ihn unter Wasser, tritt auf dem Kind herum, bis es tot ist. Weil es dunkelhaarig und schwarzäugig ist [...]» Typisch für die Geisteshaltung deutscher Journalisten wurde im Zuge einer ausufernden Medienkampagne die gesamte deutsche Bevölkerung medial an den Pran-

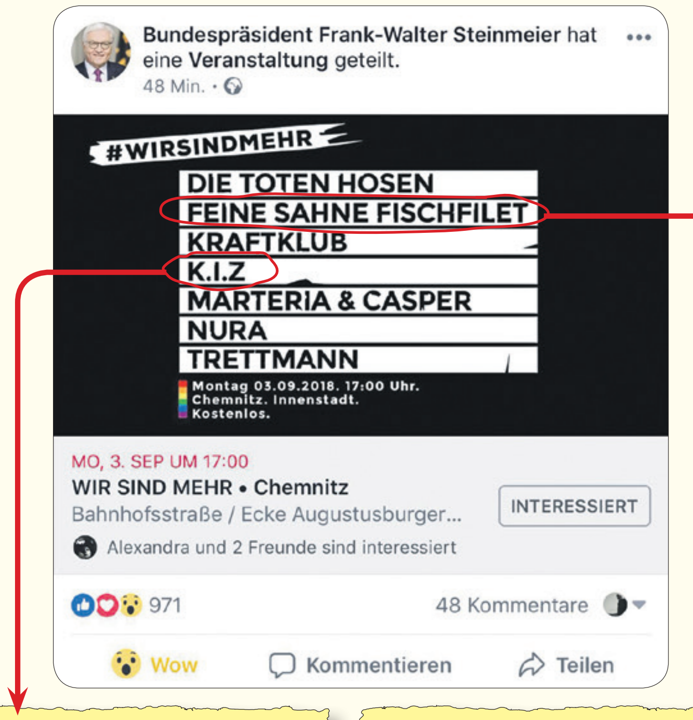




Die Hysterie hat sich inzwischen noch gesteigert: Am 25. August 2018 wurde der 35-jährige halbdeutsche Daniel H. von einem irakisch-kurdischen Asylanten erstochen...



...anstatt verständliche Trauer und Wut über die Einwanderungspolitik zuzulassen, wurde als Reaktion auf einwanderungskritische Schweigemärsche ein gross angelegtes Konzert «gegen Rechts» veranstaltet, bei dem Interpreten mit radikalen, antipatriotischen und gewaltverherrlichenden Texten die Bühne überlassen wurde.



«Ich ramm die Messerklinge in die Journalistenfresse»

Textzeile der Band K.I.Z. aus dem Lied «Ein Affe und ein Pferd»

«Die Bullenhelme, die sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein!»

Aus dem Song «Staatsgewalt» der Band Feine Sahne Fischfilet, gegen die sogar schon wegen linksextremistischer Gewalttaten polizeilich ermittelt wurde.

Wohlgemerkt wurde dieser Song auf dem Wirsindmehr-Konzert gespielt – wenige Tage, nachdem in Chemnitz eine tödliche Messerattacke stattgefunden hatte. An Pietätlosigkeit ist das kaum zu überbieten!

Bundespräsident Steinmeier teilte die Veranstaltung Wirsindmehr auf Facebook. Radikale Gewaltverherrlichung von linker Seite wird vom politischen «Establishment» allzu gern toleriert.

Foto: Hans Herrmann Weinen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Renate_Schmidt.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

«Die Frage, [ob die Deutschen aussterben], das ist für mich eine, die ich an allerletzter Stelle stelle, weil dieses ist mir […] verhältnismässig wurscht.»

Renate Schmidt, Familienministerin Deutschlands 2002 bis 2005

Quelle: 14. März 1987 im Bayerischen Rundfunk

FAZIT

Auch in diesem tragischen Fall war nicht die verzweifelte Mutter verantwortlich zu machen, die verständlicherweise einen Sündenbock für das tragische Schicksal ihres Sohnes suchte, sondern die hysterisch auf das Thema springende Presse, die Vermutungen als Tatsachen darstellte und im eigenen Land eine Pogromstimmung gegen Deutsche erzeugte.

ger gestellt: «In einem Land, in dem ein Sechsjähriger von politisch motivierten Gewalttätern ermordet werden kann, weil Menschen nicht eingreifen, möchte man nicht leben», so der Berliner Tagesspiegel. [1]

Die Mutter, deren Phantasie die Geschichte zu verdanken war, wurde zum Medienstar: Talk-Shows, Empfang beim Bundeskanzler, Lichterketten usw. – bis sich herausstellte, dass die von der Mutter angeheuerten «Zeugen» nicht die Wahrheit gesagt hatten. Die Todesursache des Jungen war kein Neonazimord, sondern höchstwahrscheinlich ein Herzinfarkt beim Schwimmen mit anschliessendem Ertrinken, ausgelöst durch einen angeborenen, von der Mutter bei den Ermittlungen jedoch verschwiegenen, Herzfehler.

Der Schaden war jedoch längst angerichtet, da öffentlich-rechtliche und private Medien ohne weitere Recherche die ungeprüften Vorwürfe der Mutter in ihren Artikeln und Berichten verarbeitet hatten. Die BILD hatte von unterlassener Hilfeleistung der Sebnitzer Bürger und von einem grossangelegten Verschweigen des Mordes gelogen. Die weltweite Presse sowie unzählige Fernsehsender walzten das vorgebliche Verbrechen aus. ***(tk)***

Quellen:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.127-128
1. spiegel.de, Die traurigen Tage von Sebnitz, 04.12.2000

21. März 2001: Erstausstrahlung von «Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer»

SELBER SCHULD!

Econ
Hans Lemberg / K. Erik Franzen
Die Vertriebenen
Hitlers letzte Opfer

Eine dreiteilige ARD-Dokumentation aus dem Jahr 2001 sowie das 2002 dazu erschienene Buch tragen den unverblümten Titel «Die Vertriebenen – Hitlers letzte Opfer». Selbst wenn man die krude These vertritt, die von den Sowjets, Polen und Tschechen durchgeführten Vertreibungen seien nur eine rechtmässige Reaktion auf Hitlers Verbrechen gewesen (Gegenargumente in Ausgabe 28), wird man sich damit schwertun, die polnischen und tschechischen Annexions- und Vertreibungspläne der Vorkriegszeit zu rechtfertigen – u.a. zusammengestellt von dem Historiker Heinz Nawratil. [1] Er kam zu der ernüchternden Erkenntnis, dass der Krieg nicht Ursache der Vertreibung war, sondern nur eine günstige Gelegenheit für die Verwirklichung alter Pläne. Und wäre die Ermordung und Vertreibung Millionen Deutscher durch vorher begangenes Unrecht zu rechtfertigen, dann wäre auch Hitlers Angriff auf die Sowjetunion durch die vorausgegangenen Verbrechen des kommunistischen Systems legitim gewesen. ***(tk)***

Quellen:
1. Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948 - Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit, Universitas Verlag, 14. Auflage, 2007



«Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draussen.»

Johannes Gross, deutscher Publizist, Journalist und Verleger, u.a. Chefredakteur und stellvertretender Intendant der Deutschen Welle

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.223

9. Juli 2001:

Gerhard Schröder schiebt Deutschland die Alleinschuld für den Ersten Weltkrieg unter

Anlässlich einer Dauerausstellung im Bonner «Haus der Geschichte» sagte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Rede: «Geschichte kennt keine abschliessenden Urteile, zumal über die jüngere Vergangenheit. Und sie kennt – das gilt es, zu unterstreichen – keine wie auch immer gearteten Schlussstriche. Dies gilt für die unvorstellbaren Verbrechen des Nationalsozialismus, für zwei von Deutschen angezettelte Weltkriege im 20. Jahrhundert.» [1]

Sogar die FAZ kommentierte damals widersprechend: «Der Versailler Vertrag von 1919 lässt grüssen. Mit Artikel 231 wurde die Kriegsschuld eingeführt, um die alliierten Reparationsansprüche an Deutschland völkerrechtlich abzusichern. Die politische These von der Alleinverantwortung Deutschlands am Ersten Weltkrieg ist aber wissenschaftlich unhaltbar.» [2] ***(tk)***

Quelle:
1. studylibde.com, BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG Nr. 48 - 2 vom 11. Juli 2001
2. FAZ, 16. Juli 2001

INTERESSANT

«Geschichte kennt keine abschliessenden Urteile, zumal über die jüngere Vergangenheit,» so Schröder. Was er wohl von dem Volksverhetzungsparagraphen (siehe S.79 ff.) hält, der über bestimmte Teile der deutschen Geschichte genau dieses abschliessende Urteil fällt?



So wie Psychiater und Psychoanalytiker Deutschland schon während des Zweiten Weltkrieges eine kollektive psychische Störung diagnostizierten (siehe u.a. S.20 f.), taten es auch die Psychoanalytiker Alexander und Margarete Mitscherlitsch drei Jahrzehnte später. Sie kamen in «Die Unfähigkeit zu trauern» (1967) zu dem Schluss, die Deutschen seien emotional so blockiert, dass sie sich nicht für die Opfer interessieren konnten. Sie würden an der «kollektiven Abwehr kollektiv erzeugter Schuld» leiden. Die Bevölkerung müsse sich noch tiefgründiger und intensiver mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen. «Ein Buch, das die deutsche Nachkriegsgesellschaft aufrüttelte wie kaum ein anderes», so der Deutschlandfunk.

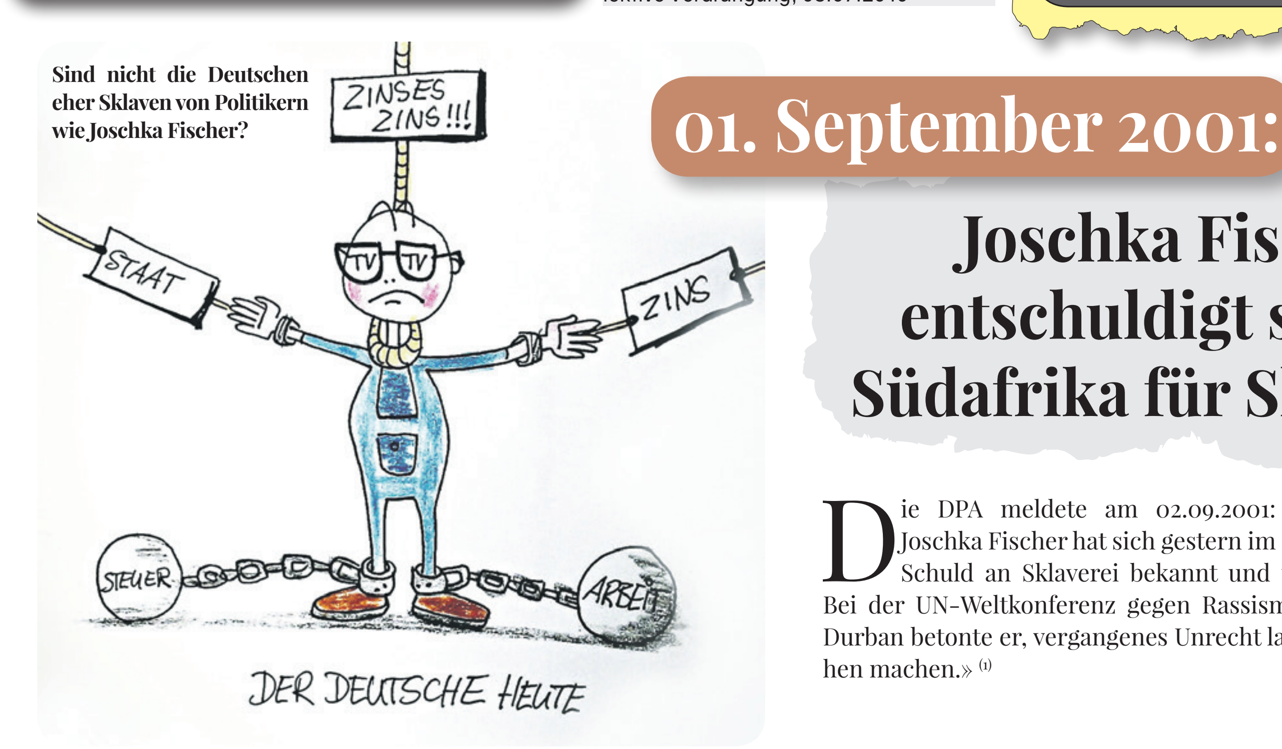
Quelle: deutschlandfunk.de, Kursiv: Kollektive Verdrängung, 05.07.2010

«Wissen Sie, dass die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren – zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht [...] in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls – das kann man eigentlich nicht bedauern.»

Margarete Mitscherlich-Nielsen; deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin; Frau von Alexander Mitscherlitsch, der eng mit Erich Fromm (siehe S.8) zusammenarbeitete, 1986 in einer ZDF-Talkshow

Quelle: zeit.de, Keine friedfertige Frau, 17.06.1987

Mitscherlitsch vertrat den Standpunkt, es sei kein Anlass zur Trauer, wenn das deutsche Volk aussterben würde, denn es habe in den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts unendlich viel Schuld auf sich geladen. Nur eine intensive Vermischung mit den kinderreichen Völkern der Dritten Welt könne den verbrecherischen Volkscharakter allmählich verändern. Die Deutschen seien eine Verbrechernation, die kein Recht mehr auf ein eigenes Volksleben habe.



Sind nicht die Deutschen eher Sklaven von Politikern wie Joschka Fischer?

01. September 2001:

Joschka Fischer entschuldigt sich in Südafrika für Sklaverei

Die DPA meldete am 02.09.2001: «Bundesaussenminister Joschka Fischer hat sich gestern im Namen Deutschlands zur Schuld an Sklaverei bekannt und um Verzeihung gebeten. Bei der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus im südafrikanischen Durban betonte er, vergangenes Unrecht lasse sich nicht ungeschehen machen.» [1]



➔ Jeder, der auch nur über rudimentäre Geschichtskenntnisse verfügt, weiss, dass die Deutschen weder in ihrer extrem kurzen Kolonialgeschichte noch vorher irgendetwas mit der Sklaverei zu tun hatten, ganz im Gegensatz zu den alten Kolonialmächten Europas, zu Nord- und Südamerikanern, zu Arabern und Türken und mehreren afrikanischen Stammesfürsten. ***(tk)***

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.78
1. mopo.de, Fischer bekannte sich in Durban zur Schuld an Sklaverei, 02.09.2001

FAZIT

Joschka Fischer und Gerhard Schröder sowie PDS als auch SPD insgesamt hielten an der längst widerlegten und international nicht anerkannten Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg fest. Sollten sich Politiker nicht mit der Geschichte ihres Landes auskennen, oder handelte es sich gar um eine klare Geste des Volksverrats?

PDS

SPD

«Von der deutschen Hauptstadt gingen zwei Weltkriege aus, die unermessliches Leid über viele europäische Völker brachten.»

Satz aus der Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS für die Legislaturperiode 2001-2006

Seit Ende der 20er-Jahre wird diese These in der Geschichtswissenschaft nur noch von Aussenseitern vertreten, sie ist in der linken deutschen Parteienlandschaft aber weiterhin salonfähig.

Quelle:
archiv.spd-berlin.de, Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)Landesverband Berlin und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2001-2006

Januar 2002:

Tschechischer Ministerpräsident sieht Ermordung und Vertreibung der Sudetendeutschen als gerechte Strafe

Der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman sagte 2002 in einem Interview, die Sudetendeutschen hätten durch ihren Beitritt zum Deutschen Reich 1938 die Tschechoslowakei verraten, und auf Landesverrat stehe die Todesstrafe: «Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.» [1]

Während Menschenrechtsorganisationen, tschechische Intellektuelle, die EG-Aussenminister und Politiker verschiedener Länder gegen Zemans verbalen Amoklauf protestierten, reiste ausgerechnet der deutsche Aussenminister Joschka Fischer zwei Tage nach Erscheinen des Interviews nach Prag und betonte, dass das gute deutsch-tschechische Verhältnis ungetrübt sei. ***(tk)***

Quelle: 1. FAZ, 19.02.2002



Sudetendeutsche gedenken den Opfern der Vertreibung

«Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, dass es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst!»

Der estnische Staatspräsident Lennart Meri zum fünften Jahrestag der Wiedervereinigung am 03. Oktober 1995 in Berlin

Quelle:
Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München, 2008, S.100

17. Dezember 2002:

Ehemaliger Kommunisten-Spion erhält Bundesverdienstkreuz

Foto: Smalltown Boy

War der als «Literaturpapst» verehrte Marcel Reich-Ranicki für den Tod deutscher Zivilisten mitverantwortlich?

Der 1929 mit seiner Familie aus Polen ins Deutsche Reich übergesiedelte Marcel Reich-Ranicki wurde nach eigenen Angaben am 7. November 1938 nach Warschau deportiert und ab November 1940 in das dortige Ghetto umgesiedelt. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im September 1944 trat Reich Ende des Jahres freiwillig der polnischen kommunistischen Geheimpolizei UB (Urząd Bezpieczeństwa) bei, einer Organisation vergleichbar mit den KGB/FSB-Vorgängerorganisationen GPU/NKWD. Anfang 1945 war er dann in der «befreiten» Stadt Kattowitz für die sowjetische Zensur zuständig. Unter dem Titel «Wie Reich-Ranicki in Polen die Zensur organisierte» weiss der Autor Gerhard Gnauck in der Welt folgendes über diese Zeit in Kattowitz zu berichten:

«Oberschlesien 1945: Eine Zeit von Rache und Gewalt, von Widerstand und Ergebung, von Vertreibung und den Anfängen des Kommunismus. Mitten drin Marcel Reich, zuständig für Zensur. [...] Als die Sowjets endlich [in Kattowitz] eingerückt waren, trommelten sie unter dem Vorwand kurzfristiger ‚Arbeitseinsätze' Zehntausende Oberschlesier zusammen. Oft wurden die Menschen aufgefordert, zwei Garnituren Winterkleidung und Bettzeug zu den Sammelstellen mitzubringen. Dort wurden sie verhaftet und zur Zwangsarbeit in Kohlegruben und Lager in Sibirien und der Ukraine verfrachtet; die meisten kehrten nie von dort zurück. ‚Wenn ich durch die Stadt ging, hallten meine Schritte oft in den Strassen wider, so wenige Menschen waren zu sehen', erinnert sich Bronislawa Jurkowska an diese Zeit in Kattowitz, der einst so belebten Metropole.

Ihr Mann Józef war seit Ende Januar 1945 Chef des UB für ganz Oberschlesien und einer der Vorgesetzten des jungen Marceli Reich. (Anm.: nahm erst 1958 das Pseudonym Marcel Reich-Ranicki an)

Die Völkerwanderung hatte also begonnen. Doch ‚Feinde' gab es auch jetzt noch genug, und Arbeitskräfte wurden auch an Ort und Stelle gebraucht. [...] So richteten der NKWD (sowjetische Geheimpolizei) und wenig später auch das UB Lager für Deutsche ein. Dabei nutzten sie vielfach dieselben Baracken, in denen die NS-Behörden wenige Wochen zuvor Juden und andere ‚Feinde' festgehalten hatten. [...] Vielleicht liegt es an all diesen Ereignissen, wenn Reich-Ranicki heute so ungern über seinen Aufenthalt in Oberschlesien spricht. Als ich ihn zum ersten Mal nach seinen Erinnerungen an diese eigentümliche Region fragte, antwortete er kurz und bündig: ‚Ich kann mich an gar nichts erinnern...'» (1)

Wofür die Preise?

Danach arbeitete Ranicki als Einsatzleiter, im Range eines Hauptmanns, für den polnisch-kommunistischen Auslandsnachrichtendienst (MBP). 1948 wurde er Vize-Konsul und nahm den Namen «Marceli Ranicki» an, da sein Familienname «Reich» zu sehr an die Deutschen erinnerte. Er wurde an die polnische Botschaft in London entsandt, wo er vor allem für Informationsbeschaffung zuständig war. In anderen Worten: Er spionierte in London für die Kommunisten. Ranicki erhielt für seine Verdienste in der Geheimpolizei zwei sowjetische Preise: 1946 das Silberne sowie das Goldene Verdienstkreuz und 1948 die «Medaille des Sieges und der Freiheit». 1994 schrieb der Focus: «Wofür hat MRR diese Orden erhalten? Zu einer Stellungnahme war er nicht bereit.» (2)

Im Juli 1958 hielt sich Reich-Ranicki zu Studienzwecken in der Bundesrepublik Deutschland auf und kehrte von dieser Reise nicht mehr nach Polen zurück. Ab August 1958 arbeitete er als Literaturkritiker im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Innerhalb kurzer Zeit gelang Reich-Ranicki, der über keinerlei Diplome



Marcel Reich-Ranicki mit seiner Frau Teofila in Berlin 1946. Dort gehörte er der kommunistischen polnischen Militärkommission an. Er war von 1944 bis 1950 Agent und Hauptmann im polnischen Geheimdienst UB (gleichzusetzen GPU bzw. NKWD).

oder Zertifikate verfügte, ein erstaunlicher Aufstieg im schreibenden Gewerbe. Ab den 1980er Jahren war er dann Dauergast im deutschen Fernsehen und wurde als «Literaturpapst» verehrt. Seine Popularität konnte Reich-Ranicki durch die Leitung der ZDF-Büchersendung «Das Literarische Quartett» noch einmal steigern. Ende 2002 wurde er mit dem Grossen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland für sein Lebenswerk geehrt. ***(tk)***

Quellen:
de.wikipedia.org, Marcel Reich-Ranicki
1. welt.de, Wie Reich-Ranicki in Polen die Zensur organisierte, 10.03.2009
2. focus.de, Wofür die Orden?, 04.07.1994

SPD-Politikerin will deutsche Nation bekämpfen



Foto: Tobias Pforte von Randow (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Franziska_Drohsel_Portrait.png) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en

Seit 2001 gehört Franziska Drohsel der SPD an. U.a. war sie von April 2012 bis März 2014 stellvertretende Vorsitzende der SPD Steglitz-Zehlendorf. In einem auf Youtube zu sehenden Streitgespräch sagte sie:

«Ja, also deutsche Nation, das ist für mich überhaupt nichts, auf was ich mich positiv beziehe; würde ich politisch sogar eher bekämpfen.»

Youtube.com, Cicero Streitgespräch zwischen Drohsel und Mißfelder, 17.04.2009



«Wir wagen hier ein historisch einzigartiges Experiment, und zwar, eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. [...] Dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.»

Yascha Mounk, Journalist (u.a. New York Times, The Wall Street Journal, Zeit Online) am 20. Februar 2018 in den ARD-Tagesthemen über Deutschland



Juni 2003: Friedman-Affäre – Ein Blick in das Privatleben eines Moralapostels



Ignatz Bubis (siehe S.74) und Friedman liefen Sturm gegen das Theaterstück «Der Müll, die Stadt und der Tod».

Seit Jahrzehnten an vorderster Front für eine Umerziehung der deutschen Bevölkerung arbeitet auch der Moderator, Publizist und ehemalige CDU-Politiker Michel Friedman. Gemeinsam mit dem FDP-Politiker Ignatz Bubis (siehe S.74), von 1992 bis 1999 Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, setzte sich Friedman beispielsweise bereits in jungen Jahren gegen das Theaterstück «Der Müll, die Stadt und der Tod» ein, in welchem der Drehbuchautor Rainer Werner Fassbinder es gewagt hatte, eine negative jüdische Hauptfigur einzubauen. Sofort wurde ihm vorgeworfen, selbst antisemitisch zu sein oder doch antisemitische Klischees unbewusst zu bedienen. Friedman machte im weiteren Verlauf seiner Karriere unentwegt damit weiter, die Deutschen an ihre «Schuld» zu erinnern und vor einem Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu warnen.

Auf Vorschlag des damaligen Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Hermann Gröhe, kandidierte Friedman beim CDU-Parteitag am 21. November 1994 für deren Bundesvorstand und wurde mit komfortabler Mehrheit (610 von 919 Stimmen) gewählt. Dort setzte er sich vor allem für die europäische Einigung und eine Lockerung des Einbürgerungs- und Staatsbürgerschaftsrechtes ein.

Im Juni 2003 geriet Friedman im Zuge von Ermittlungen wegen Menschenhandels im Rotlichtmilieu in das Blickfeld der Staatsanwaltschaft. Mehrere Prostituierte, die illegal aus der Ukraine nach Deutschland gebracht und zwangsprostituiert worden waren, sagten aus, er habe mit ihnen mehrmals Sex gehabt, in ihrem Beisein Kokain konsumiert und das Suchtmittel auch ihnen angeboten. Daraufhin wurden seine Kanzlei und seine Wohnung rechtmässig durchsucht. Drei szenetypische Päckchen wurden gefunden, die Anhaftungen von Kokain aufwiesen.

«Versöhnung ist ein absolut sinnloser Begriff. Den Erben des judenmordenden Staates kommt gar nichts anderes zu, als die schwere historische Verantwortung auf sich zu nehmen, generationenlang, für immer.»

Foto: Martin Kraft

Michel Friedman

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S. 19

Foto: blu-news.org (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Rolf_Stolz_(15304047249).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en



«Die Deutschen als lebensunwertes Leben, Deutschland teils als absolute politische Unmöglichkeit, teils als Krebsgeschwür Europas – das ist jenes zugespitzte, übersteigerte Selbst(-hass-)gefühl, das in dieser Radikalität bisher nur eine gewisse Szene erfasst hat, aber heute bereits in abgemilderter Form ein tatsächliches Massenphänomen ist.»

Rolf Stolz, Mitbegründer der Grünen

Quelle: Der deutsche Komplex, Erlangen, 1990, S.43

> «Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, dass bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird. Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren und humanisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozess lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer.»
>
> *Walid Nakschbandi; afghanisch-deutscher Journalist, Film/Fernsehproduzent und Manager in der Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, u.a. einst verantwortlich für die HR-Sendung «Vorsicht! Friedman» und die ARD-Sendung «Friedman», am 19. September 2000 in der Süddeutschen Zeitung*
>
> Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.181

Die gefundene Menge war zu gering, um den genauen Wirkstoffgehalt zu ermitteln. Das Untersuchungsergebnis einer von Friedman abgegebenen Haarprobe war hingegen positiv, was den rechtlichen Nachweis erbrachte, dass Friedman tatsächlich Kokainkonsument gewesen war. Daraufhin erging am 8. Juli 2003 ein Strafbefehl gegen Friedman wegen Kokainbesitzes über 150 Tagessätze in einer Gesamthöhe von 17.400 Euro, den er widerspruchslos akzeptierte. ***(tk)***

Quelle: de.wikipedia.org, Michel Friedman

09. Mai 2005:

Schröder feiert mit Putin den Sieg Stalins

Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes lud Russlands Präsident Wladimir Putin Bundeskanzler Schröder nach Moskau ein, um gemeinsam den «Sieg des Guten über das Böse» (Putin) zu feiern. Die Verkörperung des Guten – eine neue Stalin-Büste (1) – stand unweit der Ehrentribüne am Roten Platz, wo auch schon Ulbricht und Honecker der Siegesparade beigewohnt hatten.

Die Präsidenten Litauens und Estlands wiesen entsprechende Einladungen zurück. Vytautas Landsbergis, der erste postkommunistische Präsident Litauens, schrieb am 04.03.2005 in der Welt: «Indem es diese Feiern auf dem Roten Platz abhält und so den sowjetischen Sieg unterstreicht, feiert das heutige Russland auch seine Zugewinne aus diesem Krieg. Einer davon war mein eigenes Land, Litauen, dessen Angliederung an Stalins Reich von unzähligen Tragödien begleitet war. [...] Es wird also nun ein ehemals versklavtes Land eingeladen, seine Gefangenschaft zu feiern.» ***(tk)***

Quelle: 1. FAZ, 20.04.2005

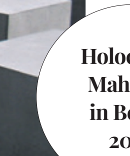


Zu den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des sowjetischen Sieges im «Grossen Vaterländischen Krieg» waren mehr als 50 Staatschefs nach Moskau gereist. Unter ihnen: Gerhard Schröder, George W. Bush und Jacques Chirac.

10. Mai 2005:

Das «Denkmal für die ermordeten Juden Europas» wird eingeweiht

Foto: K. Weisser (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Holocaust-Mahnmal_Berlin_2006.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/de/deed.en



Holocaust-Mahnmal in Berlin, 2006

Das «Denkmal für die ermordeten Juden Europas», kurz Holocaust-Mahnmal, in der historischen Mitte Berlins soll laut Wikipedia «an die rund 6 Millionen Juden, die unter der Herrschaft Adolf Hitlers und der Nationalsozialisten ermordet wurden», erinnern. Für den Bau des aus 2711 quaderförmigen Stelen bestehenden Denkmals wurden 27,6 Millionen Euro aus Mitteln des Bundeshaushalts ausgegeben. (1) Das gigantische Mahnmal wurde trotz leerer Kassen und gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit erbaut. In so gut wie jedem anderen Land der Welt werden Denkmäler für ruhmreiche oder zumindest für die eigene Seite erfolgreiche







Die Gedächtnisstätte Guthmannshausen für die deutschen Opfer musste ohne Steuergelder, mit Spenden, finanziert werden.

«Auf der anderen Seite existieren in Deutschland nicht nur Gedenkstätten für die NS-Opfer unter Homosexuellen und Deserteuren. Auch die kommunistischen Spitzenfunktionäre Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann haben ihre Monumente erhalten. Insgesamt gibt es in der BRD annähernd 1000 Holocaust- und ähnliche Gedenkstätten. Während im Berliner Zentrum, nicht weit vom Reichstag, auf einer Fläche von drei bis vier Fussballfeldern ein gigantisches ‚Denkmal für die ermordeten Juden Europas' entstand, verbreitet sich auch weltweit ein veritabler Kosmos von Gedenkorten für die jüdischen NS-Opfer, der sich von den USA bis Südafrika und Japan erstreckt.
Vor diesem Hintergrund ist es kaum verständlich, dass es für Vertreibung und Vertreibungsverbrechen immer noch keine einzige repräsentative Gedenkstätte gibt. Denn schliesslich trägt die Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, dass die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.»

Heinz Nawratil, deutscher Jurist und Schriftsteller

Quelle: Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.99 f.

→ Momente der Geschichte gebaut, in Deutschland dagegen wird man nun inmitten der Hauptstadt unübersehbar darauf hingewiesen, man sei das Kind, der Enkel oder Urenkel von Mördern und Verbrechern.

Während das Holocaust-Mahnmal ohne Volksbefragung von deutschen Steuergeldern finanziert wurde, musste die Gedächtnisstätte Guthmannshausen für die Millionen ermordeten zivilen Deutschen durch Bombenterror und während der Vertreibung durch Spenden finanziert werden. Sie wurde im August 2014 eingeweiht. [2] ***(tk)***

Quellen:
1. de.wikipedia.org, Denkmal für die ermordeten Juden Europas
2. deutsches-gedenken.de

FAZIT

Es sollte anhand vieler Fälle deutlich geworden sein: Die ermordeten und vertriebenen deutschen Zivilisten im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit sind für die BRD-Politik nur Opfer zweiter Klasse!

Foto: StagiaireMGIMO (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Joop_4.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

«Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf. Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.»

Wolfgang Joop, deutscher Modedesigner im Interview mit der Welt 2003

Quelle: welt.de, Ich war voller Angst, 03.08.2003

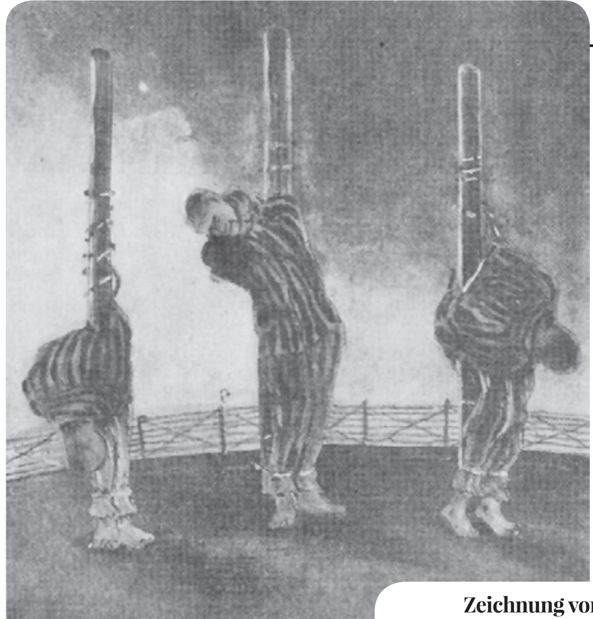
20. September 2005: Tod von Simon Wiesenthal – War der berühmte «Nazijäger» ein Schwindler?

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs machte der Jude Simon Wiesenthal die «Suche nach Gerechtigkeit für Millionen unschuldig Ermordeter» zu seiner Lebensaufgabe. Er forschte weltweit nach Entscheidern aus der Zeit des Nationalsozialismus, um sie einem juristischen Verfahren zuzuführen. Ruhm und Ehre wurden dem anerkennend als «Nazijäger» bezeichneten in der BRD zuteil. Zweimal wurde er für den Friedensnobelpreis nominiert.

Eine weisse Weste hat Wiesenthal allerdings nicht: Der englische Historiker Guy Walters beschreibt Wiesenthal in seinem 2009 erschienenen Buch «Hunting Evil» als einen «Lügner», der falsche oder übertriebene Behauptungen über seine akademische Karriere und seine Kriegsjahre aufgestellt habe. Walters behauptet, dass viele Unstimmigkeiten in seinen Memoiren zu finden seien, so dass es unmöglich sei, ein zusammenhängendes Bild von Wiesenthals Leben im Zweiten Weltkrieg zu zeichnen. «Wiesenthal log über seine zwei Abschlüsse. Seine Geschichten über seine Zeit mit den Partisanen im Krieg widersprechen sich – in manchen Berichten ist er in einer Gruppe, in manchen Berichten ist er in einer anderen, und er überlebte eine verblüffende Anzahl an Nahtoderfahrungen, manche von ihnen medizinisch unglaubwürdig.» [1]

Architekt oder Fabrikaufseher?

Die englische Wikipedia schreibt bestätigend: «Wiesenthals Autobiografien widersprechen einander an vielen Punkten, er überdramatisierte und mythologisierte viele Geschehnisse. In einer Version eröffnet Wiesenthal ein Architekturbüro und erhält dann in der Polytechnischen Hochschule in Lwów einen höheren akademischen Grad. Er entwarf ein Tuberkulose-Sanatorium und Wohnhäuser während seines Studiums und war aktiv in einer zionistischen Studentenorganisati-



Zeichnung von Wiesenthal aus dem KZ Mauthausen. Verdächtig ähnlich.





Fotos aus dem Life-Magazin von exekutierten Deutschen

on. [...] Der Autor Guy Walters stellt fest, dass Wiesenthals frühere Autobiografie kein Studium in Lwów erwähnt. Walters zitiert einen Lebenslauf, den Wiesenthal nach dem Zweiten Weltkrieg angefertigt hatte, in dem er angibt, er habe als Aufseher in einer Fabrik gearbeitet und dann als Mechaniker in einer anderen Fabrik, bis die Nazis 1941 eindrangen. [...] Walters sagt, dass es keine Dokumente über Wiesenthals Studium in Lwów gibt, und dass er im ‚Katalog der Architekten und Baumeister' im entsprechenden Zeitraum nicht erscheine.» [2]

Bereits 1946 erschien Wiesenthals Buch «KZ Mauthausen – Bild und Wort», in dem er über seine Erfahrungen als Lagerinsasse im Konzentrationslager Mauthausen berichtete, aus dem er nach eigenen Angaben im Mai 1945 von den Amerikanern befreit wurde. In dem Buch wird eine von Wiesenthal angefertigte Zeichnung abgebildet, deren Inspirationsquelle sich allerdings recht deutlich erkennen lässt: Im Juni 1945 veröffentlichte das US-Magazin «Life» eine Bildreportage über die Erschiessung dreier deutscher Soldaten, die im Zuge der Ardennenoffensive als Spione hinter den feindlichen Linien gewirkt haben sollen. Life-Fotograf Johnny Florea war mit seiner Kamera dabei. In der Beschreibung von Wiesenthals Zeichnung wurden aus den deutschen Soldaten von den Nationalsozialisten sadistisch gefolterte und ermordete KZ-Häftlinge gemacht. Ob Wiesenthals Erinnerung sich hier nur ausversehen mit einem Presse-Foto vermischte oder ob Wiesenthal seine Leser gezielt täuschte, bleibt bis heute offen. [3]

Auch, was die Erfolge seiner Suche nach Nationalsozialisten anging, übertrieb Wiesenthal masslos. Walters stellte fest: «Das Simon Wiesenthal Zentrum stellt fest, sie hätten 1.100 Nazis ausfindig gemacht. Die echte Zahl liegt eher bei 10.» [1]

Der Fall Frank Walus

In einem von Wiesenthals aussergewöhnlichsten Fällen war ein US-Bürger aus Chicago mit dem Namen Frank Walus verwickelt. In einem vom Dezember 1974 datierten Brief beschuldigte er Walus, während des Krieges in Polen «Juden an die Gestapo ausgeliefert zu haben». Dieser Brief veranlasste die US-Regierung, eine Ermittlung und ein Rechtsverfahren gegen Walus einzuleiten.

Die Washington Post setzte sich im Mai 1981 mit dem Fall in einem Artikel mit der Überschrift «Der Nazi, der keiner war» auseinander:

«Im Januar 1977 beschuldigte die Regierung der Vereinigten Staaten einen Chicagoer namens Frank Walus, während des Krieges in Polen Gräueltaten begangen zu haben. In den folgenden Jahren geriet dieser pensionierte Fabrikarbeiter in Schulden, um mehr als US-Dollar 60.000 für seine Selbstverteidigung aufzubringen. Er sass allein im Gerichts-Saal, während 11 jüdische ‚Überlebende' der Nazi-Besatzung in Polen aussagten, dass sie ihn Kinder, eine alte Frau, eine junge Frau, einen Buckligen und andere ermorden sahen. [...]

Überwältigende Beweise zeigen, dass Walus kein Nazi-Kriegs-Verbrecher war, dass er während des Zweiten Weltkrieges nicht einmal in Polen war [...] In einer Atmosphäre von Hass und [...] Abscheu [...], die an Hysterie grenzte, verfolgte die Regierung einen unschuldigen Mann.»

Doch Wiesenthal wollte nicht aufhören: 1978 besuchte er Chicago und gab Interviews, bei denen er Walus weiter beschuldigte. Die Überschrift in der Tages-Zeitung Sun Times lautete: «Wie Nazijäger dabei half, Walus zu finden». Wiesenthal erzählte der Zeitung, dass es bei ihm nie einen Fall von Verwechslung gegeben habe, und fügte hinzu: «Ich weiss, dass es Tausende von Leuten gibt, die auf einen Irrtum warten.»

Erst nach einem erschöpfenden Rechtsstreit war der Mann, der als «Schlächter von Kielce» verleumdet und körperlich angegriffen worden war, endlich in der Lage zu beweisen, dass er die Kriegsjahre als Arbeiter auf einem Bauernhof in Deutschland verbracht hatte. [4/5]

Skandale und Ungereimtheiten wie diese häufen sich bei Wiesenthal. Auch sein Biograf, der israelische Historiker Tom Segev, vertritt die Auffassung, dass Wiesenthal bei seiner Arbeit übertrieb, dramatisierte, seine Veröffentlichungen mit frei erfundenen Episoden anreicherte und oft mehrere Versionen desselben Ereignisses verbreitete. ***(tk)***







Quellen:

de.wikipedia.org, Simon Wiesenthal
1. thejc.com, «Simon Wiesenthal lied», 23.07.2009
2. en.wikipedia.org, Simon Wiesenthal
3. Life, Band 18, Nr. 24, 11. Juni 1945, S. 50
4. washingtonpost.com, The Nazi Who Never Was, 10.05.1981
5. en.wikipedia.org, Frank Walus



«Ich finde Deutschland zum Kotzen.»

Jutta Ditfurth, Mitbegründerin der Partei Die Grünen

Quelle: Heinz Nawratil, Der Kult mit der Schuld – Geschichte im Unterbewusstsein, Universitas, 2. Auflage, München 2008, S.8



«Eine spezifisch deutsche Kultur ist, jenseits der Sprache, schlicht nicht identifizierbar.»

Aydan Özoğuz, Mitglied des Deutschen Bundestages und von Dezember 2013 bis März 2018 Integrationsbeauftragte der Bundesregierung im Rang einer Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, 2017 im Tagesspiegel

Quelle: causa.tagesspiegel.de, Gesellschaftsvertrag statt Leitkultur- Leitkultur verkommt zum Klischee des Deutschseins, 14.05.2017

«In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird. [...] Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite.»

Deniz Yücel, deutsch-türkischer Journalist (taz, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, BR, WDR und NDR), 2011 ausgezeichnet mit dem Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik

Quelle: taz.de; Super, Deutschland schafft sich ab!, 04.08.2011



Foto: blu-news.org (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Deniz_Y%C3%BCcel.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

2013: Die Grünen fordern Entfernung eines Denkmals für Trümmerfrauen

Die bayerischen Grünen machten sich 2013 für die die Entfernung eines gerade errichteten Denkmals für die «Trümmerfrauen und die Aufbaugeneration» nach dem Zweiten Weltkrieg in München stark. «Ich werde einen Antrag stellen, das sogenannte Trümmerfrauen-Denkmal zu beseitigen», sagte damals der Landtagsabgeordnete Sepp Dürr (Grüne). «Unsere Aufgabe sehen wir dabei darin, relativierenden Bestrebungen entgegenzuwirken und nicht die Nazis, die Trümmer beseitigten, als Helden des Wiederaufbaus zu feiern», meinte Dürr. Wer an das Nachkriegsleid und die Aufbauleistungen erinnere, ohne «einen Zusammenhang zur Vorgeschichte herzustellen und zum unsäglichen Leid, das Nazi-Deutschland über Millionen anderer gebracht hat», verzerre die Realität auf «unerträgliche Art und Weise».

Das Denkmal wurde im Mai 2013 aufgestellt. Im Dezember 2013 überdeckten Dürr und die Grünen-Politikerin Katharina Schulze – inzwischen zur Vorsitzenden der Grünenfraktion im bayerischen Landtag aufgestiegen – den Gedenkstein mit einem Tuch, auf dem stand: «Den Richtigen ein Denkmal. Nicht den Alt-Nazis.» Unterstützung erhielt Dürr vom Stadtarchiv München. Der Historiker Andreas Heusler meinte: «Man kann nicht in Form eines Denkmals eine Aufbaugeneration würdigen, die personell im Prinzip identisch ist mit der Verantwortungsgeneration.»

Der Münchner Stadtrat Reinhold Babor (CSU) zeigte sich hingegen schockiert über die Grünen. «Die sollen mal die Leute aus der Generation befragen, wie die Zeiten damals waren.» Er habe eine andere Ansicht, was eine Trümmerfrau sei. «Es geht um die Frauen, die die harten Nachkriegsjahre allein und mit den Kindern am Rockzipfel in den Trümmern durchgestanden haben.» Das Vorgehen der Grünen sei deshalb «fast schon bösartig». Der CDU-Bundestagsabgeordnete Tobias Zech schrieb auf Twitter: «Klar, wer selber nie gearbeitet hat, kann auch die Aufbauleistung nicht schätzen. Dummdreist, unfähig und peinlich.» ***(tk)***

Quelle: merkur.de, Trümmerfrauen-Denkmal: Grüner fordert Beseitigung, 05.12.2014



Katharina Schulze und Sepp Dürr von den Grünen bei der Verhüllung eines Denkmals für die Trümmerfrauen in München.

FAZIT

Ein Land, das bereit ist, statt bahnbrechender Erfindungen und Werken der Literatur oder der klassischen Musik die angebliche «Schuld» in den Mittelpunkt seiner Geschichtserinnerung zu stellen, steht auf nicht besonders stabilen Beinen. Einem Staat (oder «Staatsfragment»?, Ausgabe 29), dessen wichtigstes Fundament Selbsthass und Schuldkomplexe sind, kann wohl früher oder später nur ein Schicksal blühen: Dessen Auflösung (wahrscheinlich in einem Weltstaat).